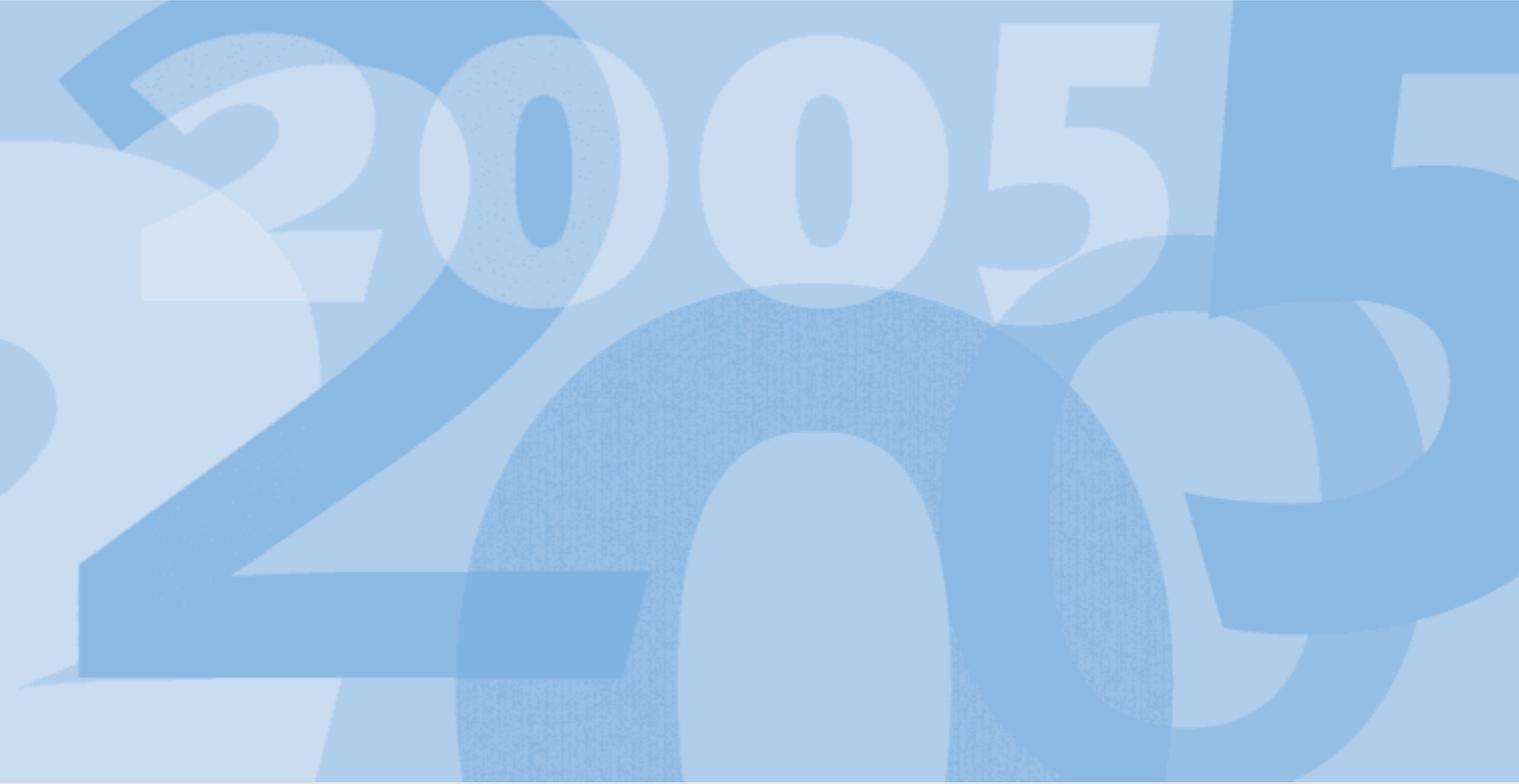


WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Bruttoinlandsprodukt • Von der traditionellen Familie zu neuen Lebensformen • Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe
- Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes • Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen • Preisentwicklung • Der Nutzen von Statistiken aus Sicht eines Unternehmens



1/2005

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Johann Hahlen
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71/93-53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71/93-53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Februar 2005

Einzelpreis: EUR 13,75 [D]

Jahresbezugspreis: EUR 121,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-05101-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11/75-24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11/75-33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 2005

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	3
Textteil		
<i>Norbert Hartmann</i>	Bruttoinlandsprodukt 2004	13
<i>Manuela Nöthen</i>	Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“	25
<i>Ottmar Hennchen</i>	Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	41
<i>Susan Kriete-Dodds</i>	Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2004	48
<i>Sarah Nasse, Jasmin Singer</i>	Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen	58
<i>Dr. Stefan Linz, Andreas Martin</i>	Preisentwicklung im Jahr 2004	64
<i>Dr. Robert Amler</i>	Der Nutzen von Statistiken aus Sicht eines Unternehmens	75
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	3
Texts		
<i>Norbert Hartmann</i>	Gross domestic product, 2004	13
<i>Manuela Nöthen</i>	From the “traditional family” to “new ways of life”	25
<i>Ottmar Hennchen</i>	Enterprise structures in manufacturing, mining and quarrying	41
<i>Susan Kriete-Dodds</i>	Public service pensioners on 1 January 2004	48
<i>Sarah Nasse, Jasmin Singer</i>	Pilot study on the coverage of organic residuals in waste statistics	58
<i>Dr. Stefan Linz, Andreas Martin</i>	Price movements in 2004	64
<i>Dr. Robert Amler</i>	The use of statistics from the viewpoint of an enterprise	75
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
Table des matières		Page
	Informations sommaires	3
Textes		
<i>Norbert Hartmann</i>	Produit intérieur brut, 2004	13
<i>Manuela Nöthen</i>	De la «famille traditionnelle» à des «nouvelles formes de vie»	25
<i>Ottmar Hennchen</i>	Structures des entreprises dans les industries manufacturières et extractives et dans la production de minerais et métalliques	41
<i>Susan Kriete-Dodds</i>	Bénéficiaires d’une pension du service public au 1 janvier 2004	48
<i>Sarah Nasse, Jasmin Singer</i>	Etude-pilote concernant la couverture des résidus organiques dans la statistique des déchets	58
<i>Dr. Stefan Linz, Andreas Martin</i>	Evolution des prix en 2004	64
<i>Dr. Robert Amler</i>	L’avantage des statistiques du point de vue d’une entreprise	75
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the “former territory of the Federal Republic” relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the “new Länder and Berlin-East” relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Western Pomerania, Saxony, Saxony-Anhalt, Thuringia as well as to Berlin-East.

Données pour la République fédérale d’Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour «l’ancien territoire fédéral» se réfèrent à la République fédérale d’Allemagne, territoire jusqu’au 3 octobre 1990; Berlin-Ouest y est inclus. Les données pour les «nouveaux Länder et Berlin-Est» se réfèrent aux Länder Brandebourg, Mecklembourg-Poméranie occidentale, Saxe, Saxe-Anhalt, Thuringe ainsi qu’à Berlin-Est.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Gerhard-Fürst-Preis 2005

Das Statistische Bundesamt zeichnet auch in diesem Jahr hervorragende Diplom-/Magisterarbeiten und Dissertationen mit dem Gerhard-Fürst-Preis aus. Für den Wissenschaftspreis können Arbeiten vorgeschlagen werden, die ein für die amtliche Statistik und ihr Aufgabenspektrum relevantes Thema theoretisch erörtern oder empirische Fragestellungen unter intensiver Nutzung von Daten der amtlichen Statistik untersuchen.

In Frage kommende Arbeiten sollten zwischen dem 1. Januar 2003 und dem 28. Februar 2005 mindestens mit der Note „Gut“ oder „Magna cum laude“ abschließend bewertet worden sein. Einreichungsschluss ist der 31. März 2005 (Datum des Poststempels).

Weitere Informationen zum Gerhard-Fürst-Preis und zu den formalen Anforderungen sind unter dem Stichwort „Wissenschaftsforum“ im Internet unter www.destatis.de zu finden oder können beim Statistischen Bundesamt erfragt werden unter Telefon 06 11/75-26 95, E-Mail: institut@destatis.de.

Aus Europa

Bildung schützt vor Erwerbslosigkeit

Auch ein Hochschulabschluss ist keine Arbeitsplatzgarantie, aber er senkt das Risiko von Erwerbslosigkeit beträchtlich.

Im zweiten Vierteljahr 2003 waren in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-25) 12,3% der Erwerbspersonen mit einfachem Bildungsgrad erwerbslos, während zum gleichen Zeitpunkt nur 5% der höher Gebildeten erfolglos nach Arbeit suchten. Unter Personen mit mittlerer Bildung betrug die Erwerbslosenquote 9,6%.

Auch in Deutschland waren im Frühjahr 2003 5% der Akademiker erwerbslos, jedoch 10% der Erwerbspersonen mit mittlerem Abschluss und sogar 15,7% derer, die nur einen niedrigen Bildungsgrad vorweisen konnten.

Das Muster eines mit der Höhe des erworbenen Abschlusses deutlich sinkenden Erwerbslosigkeitsrisikos zeigt sich durchweg in allen EU-Staaten, für die entsprechende Daten vorliegen. Lediglich die Ausprägung dieses Zusammenhangs variiert teils deutlich: Während beispielsweise in Portugal der Abstand zwischen einfach und höher Gebildeten mit 5,3% gegenüber 6,1% gering ausfällt, ist in der Slowakischen Republik das Risiko einer Erwerbslosigkeit bei einfacher Bildung (47%) mehr als zehnmal so hoch wie mit einer höheren Bildung (4,4%). In mehreren osteuropäischen Staaten ist der Unterschied ähnlich drastisch. Diese Beobachtung deutet darauf hin, dass im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbruch befindliche, ehemals industriell geprägte Staaten besonders große Probleme dabei haben, niedrig Qualifizierten eine berufliche Perspektive zu bieten.

Unter einem einfachen Bildungsgrad wird bei diesen Angaben – exemplarisch auf Deutschland bezogen – höchstensfalls eine Schulbildung bis zur mittleren Reife ohne Abschluss einer Berufsausbildung im Dualen System oder einer Berufsfachschule verstanden. Eine Berufsausbildung

oder Abitur werden als mittleres, ein Hochschul- oder vergleichbarer Abschluss als höheres Bildungsniveau gewertet.

Die hier vorgestellten Ergebnisse stammen aus der europäischen Arbeitskräfteerhebung, die in den Mitgliedstaaten der EU mindestens einmal jährlich in vergleichbarer Weise durchgeführt wird. Die Arbeitskräfteerhebung misst Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), das aufgrund seiner großen Verbreitung und seiner Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche der Erwerbsbeteiligung geeignet ist.

Erwerbslos im Sinne dieses Konzeptes ist, wer über 15 Jahre alt ist und derzeit keiner bezahlten oder selbstständigen Tätigkeit nachgeht, obwohl er oder sie aktiv nach einer solchen Tätigkeit sucht und bereit wäre, sie innerhalb der nächsten zwei Wochen aufzunehmen. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe von Erwerbslosen und Erwerbstätigen).

Mit Einführung der neuen ILO-Arbeitsmarktstatistik, für die jeden Monat 30 000 Personen im erwerbsfähigen Alter in einer Telefonstichprobe befragt werden, wird das Statistische Bundesamt ab dem 1. März 2005 monatlich aktuelle Arbeitsmarktdaten auf Basis dieses international vergleichbaren Konzeptes veröffentlichen. Detaillierte Informationen zu der Erhebung „Arbeitsmarkt in Deutschland“ sind unter <http://www.destatis.de/arbeitsmarkt> im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes verfügbar.

Weitere Auskünfte erteilt
Dominik Asef, Telefon 06 11/75-34 85,
E-Mail: dominik.asef@destatis.de.

Aus dem Inland

Scientific-Use-File des Mikrozensus 2002 für die Wissenschaft zugänglich

Beim Statistischen Bundesamt können ab sofort die faktisch anonymisierten Einzeldaten des Mikrozensus 2002 für Forschungszwecke bestellt werden. Wie für die bisher verfügbaren Mikrozensus-Scientific-Use-Files erfolgt die Lieferung der Daten zu Sonderkonditionen (Bereitstellungsg Gebühr von 65,- EUR), die durch eine Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ermöglicht wurden.

Die Daten der amtlichen Statistik sind für die empirischen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften eine der wichtigsten Informationsquellen im Rahmen der Analyse wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge. Dies gilt insbesondere für den Mikrozensus, der als größte Mehrthemenumfrage Deutschlands vielfältige Informationen über

die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung enthält.

Das jährliche Grundprogramm des Mikrozensus, das mit einem Auswahlsatz von 1% der Bevölkerung erhoben wird, umfasst folgende Themenbereiche: sozio-demographische Angaben, Staatsangehörigkeit, Familien- und Haushaltszusammenhänge, Beziehung zum Lebenspartner (nicht-eheleiche Lebensgemeinschaft), Haupt- und Nebenwohnung, Erwerbsbeteiligung und -tätigkeit, Arbeitsuche, stille Reserve, Schulbesuch, Ausbildungsabschluss, Quellen des Lebensunterhalts, Einkommen und Rentenversicherung. Das ebenfalls jährlich erhobene Ergänzungsprogramm liefert bei einem Auswahlsatz von 0,45% im Bundesdurchschnitt Angaben zu Merkmalen, die den Bereichen frühere und gegenwärtig ausgeübte Erwerbstätigkeit, Aus- und Weiterbildung sowie Situation ein Jahr vor der Erhebung (Hauptstatus, Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig, Wohnsitz) zuzuordnen sind. Die vierjährigen Zusatzprogramme des Mikrozensus werden teils mit dem vollen Auswahlsatz von 1%, teils mit dem geringeren Unterauswahlsatz von 0,45% im Bundesdurchschnitt erhoben. Gegenstand des Mikrozensus-Zusatzprogramms 2002 (Auswahlsatz: 1%) waren die für wohnungspolitische Planungen bedeutsamen Merkmale zur Wohnsituation der Bevölkerung (u. a. Art und Größe der bewohnten Gebäude, Fläche und Baualter der Wohnung, Nutzung der Wohneinheit als Eigentümer, Hauptmieter oder Untermieter, Höhe der monatlichen Miete und der anteiligen Betriebs- und Nebenkosten bei Mietwohnungen).

Nach dem Bundesstatistikgesetz von 1987 dürfen für die Durchführung wissenschaftlicher Vorhaben vom Statistischen Bundesamt und den Statistischen Ämtern der Länder Einzelangaben an Hochschulen oder sonstige Einrichtungen in Deutschland mit der Aufgabe unabhängiger wissenschaftlicher Forschung übermittelt werden, wenn sie den Befragten nur mit einem unverhältnismäßig großen Aufwand an Zeit, Kosten und Arbeitskraft („faktische Anonymität“) zugeordnet werden können. Diese Daten müssen zweckgebunden verwendet werden und sind zu löschen, sobald das wissenschaftliche Vorhaben beendet ist. Für die Weitergabe einer dem konkreten Forschungsvorhaben entsprechenden Variablenauswahl steht das Scientific-Use-File als eine faktisch anonymisierte 70%-Stichprobe des Mikrozensus 2002 mit Einzelangaben über rund 510 000 Personen bzw. 230 000 Haushalte zur Verfügung.

Scientific-Use-Files des Mikrozensus können beim Statistischen Bundesamt bestellt werden. Nähere Informationen dazu erteilt Holger Breiholz, Statistisches Bundesamt, Zweigstelle Bonn, Gruppe VIII C, 53117 Bonn, Telefon 01888/644-87 11, Telefax 01888/644-86 92, E-Mail: mikrozensus@destatis.de.

Darüber hinaus können sich interessierte Wissenschaftler an Ansprechpartner im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim (German Microdata Lab, Postfach 12 21 55, 68072 Mannheim, Telefon 06 21/12 46-2 65, Telefax 06 21/12 46 -100, E-Mail: mikrodaten@zuma-mannheim.de) wenden. Das German Microdata Lab, ZUMA bietet im World Wide Web umfassende Informationen zu

den Scientific-Use-Files an, wie zum Beispiel Setups zum Einlesen der Daten, Datendokumentationen, thematische Übersichten, Fragebogen, rechtliche Voraussetzungen der Datenweitergabe und Mikrodaten-Tools (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Mikrodaten/GML/index.htm>).

Workshop Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 – Möglichkeiten und Grenzen

Das Statistische Bundesamt und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) haben am 24. November 2004 in Wiesbaden einen gemeinsamen Workshop zum Thema „Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002 – Möglichkeiten und Grenzen“ veranstaltet. Der Workshop ermöglichte einen Erfahrungsaustausch unter den Statistikproduzenten sowie zwischen den Produzenten und den Nutzern der Daten. Ziel war es, Möglichkeiten und Grenzen im Hinblick auf die Aussagefähigkeit und Belastbarkeit der Daten darzustellen sowie Verbesserungsmöglichkeiten für die nächste Erhebung im Jahr 2007 zu identifizieren. Darüber hinaus wurde der Entstehungsprozess der statistischen Daten von der Steuerfestsetzung in den Finanzämtern bis zum Bundesergebnis erläutert und die Nutzung der Daten in Politik und Forschung vorgestellt.

Als Teilnehmer am Workshop konnten insgesamt 51 Vertreter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, der Finanzministerien des Bundes und der Länder, der Finanzverwaltung sowie weitere Nutzer aus Politik und Forschung und sonstige Interessierte begrüßt werden. Die Vorträge wurden mit großem Interesse verfolgt und regten zu lebhaften Diskussionen an. Aus Sicht der Teilnehmer und der Veranstalter wurde der Workshop als sehr erfolgreich beurteilt.

Für das Jahr 2005 ist die Veröffentlichung eines Tagungsbandes in der Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ geplant. Darin werden neben weiteren Informationen zur Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik u. a. Aufsätze enthalten sein, die jeweils die Inhalte der Vorträge des Workshops wiedergeben.

Die Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik ist eine dezentrale Statistik, die gemeinsam von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder alle fünf Jahre durchgeführt wird. Die Daten werden in den Erbschaftsteuerfinanzämtern im Rahmen der Steuerfestsetzung erhoben. In der Statistik enthalten sind die steuerpflichtigen Erwerbe von Todes wegen und die Schenkungen, für die im Berichtsjahr erstmals Erbschaft- oder Schenkungsteuer festgesetzt wurde. Erhebungsinhalte sind der Nachlass, die Erwerbe von Todes wegen und die Schenkungen, die Nachlassgegenstände und Nachlassverbindlichkeiten, der Reinnachlass, die Steuerklassen, der steuerpflichtige Erwerb und die festgesetzte Steuer.

Nach der Einstellung der Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 1978 wurde im Jahr 2002 erstmals wieder eine Erhebung durchgeführt (siehe auch Zifonun, N./Schöffel, R.:

„Neue Erbschaft- und Schenkungsteuerstatistik 2002“ in WiSta 9/2004, S. 1028 ff.). Erste Ergebnisse wurden für einzelne Bundesländer und im Rahmen einer Pressemitteilung für den Bund bereits veröffentlicht. Das detaillierte Bundesergebnis kann von der Homepage des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/shop kostenlos heruntergeladen werden.

Neuerscheinungen

Neu bei Eurostat erschienen: „Regionen: Statistisches Jahrbuch 2004“

Das Jahrbuch enthält Karten, Tabellen, Schaubilder und detaillierte Textbeiträge, die für ein Dutzend verschiedener Themenbereiche regionale Unterschiede in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union darstellen.

Zusammen mit der Veröffentlichung wird eine CD-ROM geliefert, die die statistischen Daten, die den Karten zugrunde liegen, sowie die elektronische Fassung des Jahrbuchs in deutscher, englischer und französischer Sprache enthält.

Die diesjährige Ausgabe der CD-ROM umfasst auch einige Texte, die die Einführung der NUTS 2003 Regionalnomenklatur im Jahr 2003 erläutern. Neu in der Ausgabe 2004 sind ein der NUTS Ebene 1 gewidmetes Kapitel sowie die Zusammenführung der bisher getrennten Themenbereiche „Arbeitskräfteerhebung“ und „Arbeitslosigkeit“ in ein Kapitel „Arbeitsmarktstatistik“. Die Ausgabe 2004 des Jahrbuchs ist die erste, die die Nomenklatur NUTS 2003 anwendet und natürlich auch die erste, die über 25 Mitgliedstaaten berichtet.

„Regionen: Statistisches Jahrbuch 2004“ in der Printversion kann zum Preis von 40,- EUR beim EDS Europäischer Datenservice (<http://www.eds-destatis.de>) bestellt werden und steht auch als kostenloser Download im Internet zur Verfügung.

Gemeindeverzeichnis 2003 auf CD-ROM erschienen

Die aktualisierte Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Gemeindeverzeichnis, Stand 31. Dezember 2003“ ist jetzt auf CD-ROM erschienen. Die CD-ROM enthält die Gemeindegemeinschaften für alle selbstständigen Gemeinden Deutschlands und die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den übergeordneten Einheiten wie Landkreisen, Regierungsbezirken und Bundesländern. Zudem bietet die CD-ROM Angaben über Fläche und Einwohnerzahl sowie die Anschriften der Verwaltungssitze der Gemeinden und der übergeordneten Verwaltungseinheiten.

Die Daten werden in einer netzwerkfähigen Microsoft Access Datenbank unter MS Office XP zur Verfügung gestellt

und können menügesteuert abgerufen und in verschiedene Formate exportiert werden.

Die CD-ROM „Gemeindeverzeichnis“ (Hrsg.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bestellnummer 8348001-03700-3 — ISBN 3-8246-0738-7, Einzelplatzlizenz: 98,- EUR zzgl. Versandkosten, Erscheinungsweise: jährlich) ist über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes erhältlich (nähere Angaben siehe Impressum).

Weitere Auskünfte erteilt
Harry Krajzar, Telefon 06 11/75-28 75,
E-Mail: harry.krajzar@destatis.de.

Kompakt

Geringer Bevölkerungsrückgang für 2004 erwartet

Nach einer Schätzung des Statistischen Bundesamtes ist die Einwohnerzahl Deutschlands im Jahr 2004 leicht gesunken. Bei einer nur geringfügig niedrigeren Geburtenzahl als im Vorjahr (2003: 707 000 Geburten) und einer deutlich zurückgegangenen Anzahl der Sterbefälle (2003: 854 000) dürften 2004 voraussichtlich insgesamt etwa 110 000 mehr Menschen gestorben sein, als Kinder zur Welt kamen. Das Geburtendefizit wäre damit 2004 erheblich niedriger als 2003, als es 147 000 betragen hatte.

Allerdings hat sich 2004 auch der Wanderungsüberschuss gegenüber dem Ausland weiter abgeschwächt. 2003 waren 143 000 Personen mehr nach Deutschland zugezogen, als von hier fortgezogen waren. 2004 dürfte dieser Wanderungssaldo nur noch etwa 70 000 bis 80 000 betragen. Damit reichen die Wanderungsgewinne nicht aus, um das Geburtendefizit auszugleichen, und die Bevölkerungszahl (Jahresende 2003: 82,532 Mill.) dürfte auf knapp 82,5 Mill. gesunken sein.

Weitere Auskünfte erteilt
Bettina Sommer, Telefon 06 11/75-27 08,
E-Mail: bettina.sommer@destatis.de.

Jedes vierte Kind wird außerehelich geboren

Während die Geburtenzahl insgesamt zurückgeht, steigt die Anzahl der Kinder, deren Eltern nicht miteinander verheiratet sind, an. Im Jahr 2003 wurden 191 000 Kinder außerhalb einer Ehe geboren, das waren 27% aller Lebendgeborenen. 1998, als mit der Reform des Kindschaftsrechts die Rechtsstellung nichtehelicher Kinder verbessert wurde, waren es 157 000 (20%) und 1993 118 000 Kinder (14,8%).

Innerhalb Deutschlands bestehen erhebliche Unterschiede: Im Norden und Osten haben mehr Kinder Eltern, die nicht miteinander verheiratet sind, als im Süden und Westen. Die höchsten Anteile außerehelicher Geburten an allen Gebur-

ten gab es 2003 in Mecklenburg-Vorpommern mit 60,8% und Sachsen-Anhalt mit 60,0%, die niedrigsten in Baden-Württemberg mit 18,2% und Hessen mit 19,9%.

Weitere Auskünfte erteilt
Martin Conrad, Telefon 06 11/75-23 58,
E-Mail: martin.conrad@destatis.de.

Viehbestand im November 2004

Im November 2004 gab es nach vorläufigen Ergebnissen der repräsentativen Erhebung über die Viehbestände in den Ställen der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland 13,0 Mill. Rinder, 4,3 Mill. Milchkühe und 26,2 Mill. Schweine, darunter 10,3 Mill. Mastschweine.

Kurz vor dem In-Kraft-Treten der ersten Stufe der Agrarreform zum 1. Januar 2005 und der damit verbundenen Umstellung des Prämiensystems auf produktionsunabhängige Prämien hat sich der Rinderbestand gegenüber Mai 2004 insgesamt um 229 000 Tiere oder 1,7% verringert. Dabei ging der Bestand an männlichen Rindern, die ein Jahr oder älter sind (Ochsen und Bullen), am stärksten zurück (- 116 000 Tiere oder - 9,4%). Die Zahl der Färsen sank um 93 000 Tiere oder 3,2% gegenüber der Erhebung vom 3. Mai 2004. Die Milchkuhbestände reduzierten sich um 0,5%. Bei Kälbern gab es einen Zuwachs von 23 000 Tieren oder 1,1% gegenüber Mai 2004. Der Bestand an Jungvieh (im Alter von ½ bis 1 Jahr) blieb nahezu konstant.

Im Vergleich zum November 2003 nahm der gesamte Rinderbestand um 3,1% oder 417 000 Tiere ab. Im Vergleich zum Vorjahreswert sank die Zahl der männlichen Rinder um 12,4%, die der Färsen um 4,5% und die des Jungviehs um 3,9%; die Milchkuhbestände verringerten sich um 1,7%. Lediglich bei Kälbern ist im Jahresvergleich ein Zuwachs von 2,6% festzustellen.

Der Schweinebestand verzeichnete von Mai 2004 bis November 2004 einen Zuwachs von 2,2% (576 000 Tiere). Besonders deutlich war dieser bei den Mastschweinen, deren Zahl gegenüber Mai 2004 um 437 000 Tiere angestiegen ist (+ 4,4%). Auch die Zahl der Jungschweine (+ 1,8%) und die der Ferkel (+ 1,3%) nahm gegenüber Mai 2004 leicht zu. Allerdings ging die Zahl der Zuchtsauen um 61 000 Tiere (- 2,4%) zurück.

Der Vergleich zum November 2003 zeigt, dass der Gesamtbestand der Schweine in den letzten zwölf Monaten reduziert wurde (- 1,0%). Die Abnahme ist dabei vor allem auf rückläufige Zahlen bei den Mast- und Jungschweinen zurückzuführen (- 287 000 Tiere oder - 1,7%). Aber auch die Zahl der Zuchtsauen sank deutlich gegenüber dem Vorjahreswert (- 110 000 Tiere oder - 4,3%).

Weitere Auskünfte erteilt
Sabine Riedl, Telefon 0 1888/6 44-86 56,
E-Mail: sabine.riedl@destatis.de.

Weniger Wintergetreide, aber mehr Winterraps angebaut

Im Herbst 2004 wurde in Deutschland für die Ernte 2005 auf knapp 5,52 Mill. ha Wintergetreide eingesät und auf gut 1,3 Mill. ha Winterraps. Damit hat die Anbaufläche von Winterraps gegenüber den Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung vom Mai 2004 um 3,8% oder rund 47 800 ha zugenommen. Die Fläche für Wintergetreide verringerte sich dagegen um 0,7% oder 41 400 ha.

Während bei Wintergerste bundesweit nur ein leichter Rückgang der Anbaufläche um 13 900 ha (-1,0%) zu verzeichnen ist, beträgt die Abnahme bei Triticale (Weizen-Roggen-Kreuzung) immerhin 29 500 ha oder 5,8%. Der stärkste Flächenverlust ist bei Winterroggen mit 64 600 ha (-10,3%) zu beobachten. Nur Winterweizen erfuhr eine leichte Flächenausdehnung von 2,2% (66 700 ha) gegenüber der Anbaufläche vom Mai 2004.

In den einzelnen Bundesländern sind dabei unterschiedliche Entwicklungen zu beobachten. In Baden-Württemberg wurde entgegen dem allgemeinen Trend die Anbaufläche von Winterweizen um 2,8% reduziert, der Anbau von Roggen jedoch um 1,3% ausgedehnt. Lediglich in Bayern weiteten die Landwirte den Anbau von Triticale aus (+1,8%).

Weitere Auskünfte erteilt
Dr. Isabella Mehlin, Telefon 0 611/75-86 13,
E-Mail: isabella.mehlin@destatis.de.

Rohstahl-Jahresproduktion stieg 2004 auf 46,41 Mill. t

Die deutschen Hüttenwerke erzeugten im Jahr 2004 30,04 Mill. t Roheisen und 46,41 Mill. t Rohstahl. Damit wurden 1,9% mehr Roheisen und 3,6% mehr Rohstahl produziert als im Jahr 2003. Es handelt sich hierbei um die höchste Jahresproduktion von Rohstahl nach der deutschen Vereinigung. Die Kapazität der Stahlwerke war zu knapp 90% ausgelastet.

Im Dezember 2004 wurden 2,57 Mill. t Roheisen und 3,62 Mill. t Rohstahl hergestellt. Gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat hat damit die Roheisenproduktion um 1,5%, die Rohstahlproduktion um 2,5% zugenommen. Gegenüber November 2004 nahm die Produktion von Roheisen um 0,5% zu; die von Rohstahl ging um 9,6% zurück, kalender- und saisonbereinigt (Berliner Verfahren 4.1 – BV 4.1) stieg sie um 3,0%.

Im früheren Bundesgebiet belief sich die Produktion von Rohstahl im Jahr 2004 auf 39,88 Mill. t und war damit gegenüber dem Vorjahr um 4,0% höher. Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat erhöhte sich die Rohstahlproduktion im Dezember 2004 um 1,2% auf 3,09 Mill. t. Gegenüber November 2004 ergab sich ein Rückgang um 9,7%, kalender- und saisonbereinigt ein Plus von 2,4%.

In den neuen Ländern und Berlin-Ost lag die Rohstahlproduktion im Jahr 2004 mit 6,53 Mill. t um 1,0% über der des

Vorjahres. Im Dezember 2004 war hier die Produktion mit 0,53 Mill. t 11,0% höher als im Vorjahresmonat. Gegenüber November 2004 wurden 9,2% weniger Rohstahl hergestellt, kalender- und saisonbereinigt 7,0% mehr.

Weitere Auskünfte erteilt
Roman Hartmann, Telefon 0 18 88/6 44-85 05,
E-Mail: eisen-stahl@destatis.de.

Eckdaten aus der Verkehrsstatistik für das Jahr 2004

Öffentlicher Personenverkehr

Auf der Grundlage vorliegender Monats- und Quartalseckdaten wird für das Jahr 2004 in Deutschland mit folgenden Ergebnissen für den öffentlichen Personenverkehr mit Bussen, Bahnen und Flugzeugen gerechnet:

Im Liniennahverkehr mit Bussen und Bahnen wurden voraussichtlich von den Eisenbahn-, Straßenbahn- und Omnibusunternehmen mit fast 9,9 Mrd. Beförderungsfällen rund 1,0% mehr Fahrgäste als im Vorjahr transportiert. Die Beförderungsleistung – als Produkt aus den beförderten Personen und der Fahrtweite – stieg dabei um 0,5% auf 89,5 Mrd. Personenkilometer (Pkm). Unterteilt nach Verkehrsmitteln wurden von Eisenbahnen im Nahverkehr rund 1,9 Mrd. Fahrgäste (+1,5%) bei einer Beförderungsleistung von 39,6 Mrd. Pkm (-0,3%) befördert; Straßenbahnen und Omnibusse wurden von knapp 8 Mrd. Fahrgästen (+0,8%) bei einer Beförderungsleistung von 49,9 Mrd. Pkm (+1,0%) genutzt.

Im Fernverkehr dürfte die Zahl der Fahrgäste der Eisenbahnen leicht um 0,3% auf 117 Mill. Personen gesunken sein, die Beförderungsleistung wird hier dagegen voraussichtlich um 1,8% auf 32,2 Mrd. Pkm steigen. Mit Omnibussen wurden im Linienfernverkehr 42 Mill. Reisende befördert, dabei wurde eine Beförderungsleistung von 2,3 Mrd. Pkm erbracht.

Der Personenverkehr in der Luftfahrt konnte im Jahr 2004 wiederum ein starkes Wachstum erzielen. Mit 136 Mill. Fluggästen wurde gegenüber dem Vorjahr ein Anstieg um 8% verzeichnet. Die Zunahme ging dabei ausschließlich auf die Entwicklung in der Auslandsluftfahrt zurück: Hier stieg die Zahl der Fluggäste um 11% auf 115 Mill. Passagiere; dagegen blieb das Inlandsaufkommen (21 Mill. Fluggäste) nahezu konstant.

Seit dem Berichtsjahr 2004 wurden insbesondere die kleineren Unternehmen des Verkehrs mit Bussen und Bahnen substanziell von Berichtspflichten entlastet. Auskunftspflichtig sind seit 2004 nur noch rund 900 größere Unternehmen; dagegen müssen rund 1 600 kleinere Unternehmen keine vierteljährlichen Meldungen mehr abgeben.

Güterverkehr

Auf der Grundlage vorliegender Monatseckzahlen zum Güterverkehr in Deutschland wird für das Jahr 2004 mit

folgenden Ergebnissen gerechnet: Das Transportaufkommen aller Verkehrsträger – gemessen in Tonnen – ist im Jahr 2004 voraussichtlich um 1,6% gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die tonnenkilometrische Leistung, das Produkt aus Transportaufkommen und Versandweite, hat um 5,3% und damit wesentlich stärker zugenommen als die Tonnage. Dies liegt vor allem daran, dass der grenzüberschreitende Verkehr mit seinen höheren im Inland zurückgelegten Versandweiten stärker wuchs als der innerdeutsche Verkehr. Nach Verkehrszweigen stellt sich die Entwicklung des Güterverkehrs wie folgt dar:

Den stärksten Anteil am Transportaufkommen hat der Straßengüterverkehr. Auf der Straße wurden – nach einer Schätzung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen – im vergangenen Jahr 3 021 Mill. t befördert, rund 0,7% mehr als im Jahr 2003. Die dabei im Inland erzielten tonnenkilometrischen Leistungen sind aber mit 4,5% auf 380 Mrd. tkm wesentlich stärker gestiegen, das heißt die Güter wurden im Durchschnitt weiter befördert (durchschnittlich 126 km gegenüber 121 km im Jahr 2003).

Bei der Eisenbahn sind das Güterverkehrsaufkommen (310,2 Mill. t im Jahr 2004) um 2,1% und die tonnenkilometrischen Leistungen (86,4 Mrd. tkm) um 8,2% gestiegen. Die durchschnittliche Beförderungsweite der Bahnen nahm damit deutlich auf 278 km zu (2003: 263 km).

Mit 233,5 Mill. t erhöhte sich das Transportaufkommen in der Binnenschifffahrt um 6,1%, die Beförderungsleistung nahm um 6,6% auf 62,0 Mrd. tkm zu. Die durchschnittliche Beförderungsweite lag mit 266 km leicht über der des Vorjahres (rund 264 km). Die Binnenschifffahrt konnte sich damit von dem Rückgang im Jahr 2003, der auf die Niedrigwasser durch die Trockenheit im Sommer und den damit verbundenen Schifffahrtseinschränkungen zurückzuführen war, wieder weitgehend erholen.

Weiter gewachsen, und zwar um 7,3% auf 269,6 Mill. t, ist der Güterverkehr der Seeschifffahrt: Ihr Güterverkehrsaufkommen hat das der Binnenschifffahrt, das bis zum Jahr 2000 immer höher war, inzwischen deutlich überholt.

Der Transport von Rohöl in Rohrleitungen nahm um 1,3% auf 93,5 Mill. t zu; die Beförderungsleistung stieg um 3,8% auf 16,0 Mrd. tkm.

Für die Frachtbeförderung der Luftfahrt wurde mit 2,7 Mill. t der deutlichste Anstieg geschätzt; das sind 15% mehr als im Jahr 2003.

Weitere Auskünfte erteilt
Uwe Reim, Telefon 06 11/75-22 10,
E-Mail: verkehr@destatis.de.

Jeder sechste Schüler lernt Französisch

Im Schuljahr 2003/2004 nahmen in Deutschland rund 1,6 Mill. Schüler und Schülerinnen (16,9%) am Französischunterricht teil. In den letzten 20 Jahren ist dieser Anteil weitgehend unverändert geblieben. Französisch ist nach Eng-

lisch (74,1%) die zweithäufigste Fremdsprache, deutlich vor Latein (7,0%).

Schon in der Primarstufe (Klassen 1 bis 4) steht mittlerweile in allen Bundesländern Fremdsprachenunterricht auf dem Stundenplan. Vorrang im Unterricht haben Hörverstehen und Sprechen. In der Primarstufe lernten nahezu alle Kinder mit Fremdsprachenunterricht Englisch, nur 4,3% Französisch. In der anschließenden Sekundarstufe I (Klassen 5 bis 10) lernten 23,6% der Schüler Französisch und in der Sekundarstufe II (Jahrgangsstufen 11 bis 13) 33,2%.

Am häufigsten (43,0%) lernten Schülerinnen und Schüler in Gymnasien Französisch, gefolgt von Realschülern (23,0%), Schülern in Integrierten Gesamtschulen (19,3%) und in Schularten mit mehreren Bildungsgängen (13,1%). Meist ist Französisch die zweite Fremdsprache und wird in der 7. Klassenstufe begonnen. In Haupt- und Sonderschulen war Französischunterricht dagegen sehr selten (jeweils 0,3%).

Auch zwischen den Ländern gibt es deutliche Unterschiede: Im Saarland nimmt mehr als jede(r) zweite Schüler/-in am Französischunterricht teil, u. a. weil dort in der Primarstufe als Fremdsprache nahezu ausschließlich Französisch unterrichtet wird. Auch in Brandenburg (25,6%), Baden-Württemberg (22,6%) und Berlin (21,1%) lernten überdurchschnittlich viele Schüler Französisch. Dagegen weisen Bayern (9,6%), Bremen (11,9%) und Sachsen (13,4%) die niedrigsten Schüleranteile mit Französischunterricht auf.

Weitere Auskünfte erteilt
Annemie Kehrein, Telefon 06 11/75-25 37,
E-Mail: schulstatistik@destatis.de.

Daten aus der Jugendhilfestatistik 2003

Fast 95 000 Kinder erhielten sozialpädagogische Familienhilfe

Im Jahr 2003 wurden insgesamt 41 900 Familien mit 94 400 Kindern und Jugendlichen durch sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt. Das waren 11% mehr Familien und 8% mehr unterstützte Kinder als 2002. Bei 16 150 Familien wurde die Hilfe im Laufe des Jahres 2003 beendet, für 25 750 Familien dauerte sie über den Jahreswechsel 2003/2004 an.

Sozialpädagogische Familienhilfe unterstützt Eltern bei Erziehungsaufgaben, bei der Bewältigung von Alltagsproblemen sowie in Krisen- und Konfliktsituationen. Unterstützt werden vor allem kinderreiche Familien. Von dem Jahreswechsel 2003/2004 betreuten Familien hatten 33% zwei Kinder und 36% drei und mehr Kinder. Jede zweite der Hilfen richtete sich an Familien von allein erziehenden Müttern oder Vätern.

Die Unterstützung durch sozialpädagogische Familienhilfe wurde bei knapp zwei Dritteln der bestehenden Hilfen vom Jugendamt oder anderen öffentlichen Stellen angeregt. In

27% der Fälle hatten die Eltern selbst um professionelle sozialpädagogische Unterstützung nachgesucht.

Als Anlass für die bestehenden Hilfen wurden am häufigsten Erziehungsschwierigkeiten genannt (68%), gefolgt von Entwicklungsauffälligkeiten (39%), Beziehungsproblemen (29%) sowie Schul- und Ausbildungsproblemen (22%). Trennung bzw. Scheidung der Eltern war in 16%, Vernachlässigung von Kindern in 15% der Fälle Anlass der Hilfsmaßnahme (Mehrfachnennungen waren möglich).

20% der Heimerziehungen endeten mit einem Abbruch

Für 25 650 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene (unter 27 Jahren) endete im Jahr 2003 eine erzieherische Hilfe in einem Heim oder einer sonstigen betreuten Wohnform. Das waren rund 2% mehr als 2002 (25 250 Hilfen).

Ein knappes Drittel der Hilfen (8 100) endete, weil das Erziehungsziel erreicht war; ein Fünftel (5 250 Hilfen) wurde auf Veranlassung des Sorgeberechtigten bzw. des jungen Volljährigen abgebrochen. Die übrigen 12 300 Hilfen (48%) endeten aus anderen Gründen, zum Beispiel wegen einer Adoptionspflege oder der Überleitung in eine andere erzieherische Hilfe wie Erziehungsbeistandschaft oder Vollzeitpflege in einer anderen Familie.

Durchgeführt wurden 75% (19 250) der im Jahr 2003 beendeten Hilfen in einem Heim und 14% in einer Wohngemeinschaft (3 550), bei den übrigen 11% (2 850) lebte der junge Mensch in einer eigenen Wohnung.

Für 10 100 der jungen Menschen (39%) dauerte die Hilfe weniger als ein Jahr, im Durchschnitt waren die Hilfen nach 27 Monaten beendet.

Nach Beendigung der Hilfe kehrten 12 500 junge Menschen (49%) in ihr familiäres Umfeld zurück, 6 750 (26%) lebten in einer eigenen Wohnung. 1 100 (4%) waren ohne feste Unterkunft.

Weitere Auskünfte erteilt
Franz-Josef Kolvenbach, Telefon 0 18 88/6 44-81 52,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Ausgaben für Tabakwaren 2004

Im Jahr 2004 wurden in Deutschland Tabakwaren im Kleinverkaufswert (Verkaufswert im Handel) von 22,9 Mrd. Euro versteuert, das waren rund 284 Mill. Euro oder 1,2% weniger als im Vorjahr. Dieser Betrag ergibt sich aus dem Steuerzeichenbezug von Herstellern und Händlern nach Abzug von Steuererstattungen für zurückgegebene Banderolen (Netto-Bezug).

Im Berichtsjahr wurden die Steuern für alle Tabakwaren zum 1. März 2004 und zum 1. Dezember 2004 erhöht.

Während die Menge der versteuerten Zigaretten im Jahr 2004 um 15,8% gegenüber dem Vorjahr abnahm, wurde bei den anderen Tabakerzeugnissen eine teilweise deutliche

Zunahme verzeichnet. So nahm die abgesetzte Menge an Feinschnitt um 30,4% zu. Rechnerisch wurde damit etwa ein Viertel des Zigarettenrückgangs durch Feinschnitt kompensiert. Zum Feinschnitt zählt neben der klassischen losen Variante auch vorportionierter Tabak, so genannte Stix.

Die Steuerwerte der abgesetzten Tabakwaren-Banderolen betragen für das Berichtsjahr 2004 insgesamt 13,8 Mrd. Euro (-2,2%).

Weitere Auskünfte erteilt
Petra Martin, Telefon 06 11/75-41 33,
E-Mail: petra.martin@destatis.de.

EU-Exporte lassen Bierabsatz im Jahr 2004 leicht ansteigen

Von deutschen Brauereien und Bierlagern wurden im Jahr 2004 105,8 Mill. Hektoliter (hl) Bier abgesetzt, das waren 0,2 Mill. hl oder 0,2% mehr als im Vorjahr. Dieses leichte Plus ist auf gestiegene Bierexporte in die EU-Länder zurückzuführen, während der Inlandsabsatz rückläufig war. In den Zahlen sind der Absatz von alkoholfreien Bieren und Malztrunk sowie das aus Ländern außerhalb der Europäischen Union eingeführte Bier nicht enthalten.

Biermischungen – Bier gemischt mit Limonade, Cola, Fruchtsäften und anderen alkoholfreien Zusätzen – waren im Berichtsjahr mit 2,6 Mill. hl oder einem Anteil von 2,4% am gesamten Bierabsatz beteiligt, das ist ein Minus von 6,3% gegenüber 2003. Daraus ergibt sich für den Absatz von unvermishtem Bier (103,2 Mill. hl) eine Zunahme gegenüber dem Vorjahr um 0,4%.

Unterschiedliche Entwicklungen gab es beim versteuerten Inlandsverbrauch und dem steuerfreien Absatz (Exporte und Haustrunk): Während der versteuerte Inlandsabsatz gegenüber dem Vorjahr um 1,5% auf 91,9 Mill. hl sank, stieg der steuerfreie Absatz um 13,1% auf 13,9 Mill. hl. Vom unversteuerten Bier wurden in die EU-Länder 10,8 Mill. hl (+20,3%) geliefert, in Drittländer 2,9 Mill. hl (-6,5%). Die Erweiterung der EU zum 1. Mai 2004 spielt hierbei eine untergeordnete Rolle. Als Haustrunk gaben die Brauereien 0,2 Mill. hl Bier steuerfrei an ihre Beschäftigten ab (-2,8%).

Die Angaben zum regionalen Absatz von Bier richten sich nach dem Sitz der Steuerlager (Brauereien und Bierlager). Den höchsten Bierabsatz erzielten traditionell die Länder Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 25,3% und Bayern mit 21,3%.

Am Inlandsabsatz haben diese beiden Länder mit 26,5 und 22,1% ebenfalls die mit Abstand höchsten Anteile. Den höchsten Bierabsatz über die bundesdeutschen Grenzen hinweg erzielten dagegen die Brauereien oder Bierlager mit Sitz in Niedersachsen/Bremen mit einem Anteil von 35,3%.

Weitere Auskünfte erteilt
Petra Martin, Telefon 06 11/75-41 33,
E-Mail: petra.martin@destatis.de.

Ausgaben für Nahrungs- und Genussmittel real gesunken

Die privaten Haushalte in Deutschland gaben im ersten Halbjahr 2003 monatlich 298 Euro für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren aus. Dies waren 14,0% der gesamten Konsumausgaben von 2126 Euro im Monat, so die Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003. Gegenüber der ersten Hälfte 1998, als jeder Haushalt 283 Euro monatlich für Ernährungszwecke aufgewendet hatte, war dies ein Anstieg um 5,3%. Real nahmen jedoch die Ausgaben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren um 0,6% ab, da die Preise für diese Produktgruppen im gleichen Zeitraum um 5,9% gestiegen sind.

Welche konkreten Produkte haben sich am stärksten verteuert? Erhebliche Preissteigerungen bei Brötchen (+18,1%) und Brot (Roggenbrot: +8,0%) bestätigen eine oft geäußerte Wahrnehmung der Verbraucher. Teurer geworden sind weiterhin Bienenhonig (+29,5%) und Schokolade (+20,4%). Im Durchschnitt haben sich die Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke jedoch nur mäßig erhöht (+3,8%). Der gesamte Warenkorb hat sich dagegen in diesen fünf Jahren um 6,5% verteuert. Alkoholfreie Getränke wurden sogar günstiger (-4,4%). Besonders verbraucherfreundlich entwickelten sich die Preise für Bohnenkaffee (-23,1%) und Markenbutter (-5,8%).

Alkoholische Getränke verteuerten sich von 1998 bis 2003 nur geringfügig (+3,7%, darunter Bier: +5,3%). Deutlich tiefer in die Tasche greifen mussten Verbraucher dagegen für Tabakwaren (+26,2%). Maßgeblich dafür verantwortlich waren Tabaksteuererhöhungen zu Beginn der Jahre 2002 und 2003. Die Preissteigerung der Produktgruppe Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren von 5,9% ist somit in erster Linie auf die deutliche Teuerung der Tabakwaren zurückzuführen.

Bei den Ausgaben privater Haushalte für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren bestehen je nach sozialer Gruppierung erhebliche Unterschiede: Am wenigsten für den Konsum von Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren gaben im ersten Halbjahr 2003 Haushalte von allein Lebenden mit 163 Euro im Monat aus. Das waren 12,2% der gesamten Konsumausgaben. Mehr als das Zweieinhalbfache (431 Euro) gaben Paare mit Kind(ern) für ihre Nahrungsversorgung aus (15,7% der Konsumausgaben). Anteilig das höchste Nahrungsmittelbudget hatten Haushalte von allein Erziehenden, die 16,1% (257 Euro im Monat) für Ernährungszwecke aufbrachten.

Nach der sozialen Stellung ergibt sich folgendes Bild: Die Beamtenhaushalte tätigten in der ersten Hälfte 2003 mit 380 Euro monatlich die höchsten Ernährungsausgaben. Allerdings lag deren Nahrungsmittelanteil an den Konsumausgaben mit 12,1% am niedrigsten. Die höchsten Anteile für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren wiesen Haushalte von Arbeitern (345 Euro) und Arbeitslosen (252 Euro) mit 16,7 bzw. 17,8% auf.

Im Altersvergleich die höchsten Ernährungsausgaben hatten Haushalte mit Haupteinkommensbeziehern im Alter von

45 bis unter 55 Jahren. Sie konsumierten monatlich Nahrungs- und Genussmittel im Wert von 367 Euro (14,7% der Konsumausgaben). Nur etwa die Hälfte davon gaben die Haushalte der unter 25-Jährigen (173 Euro) sowie der 80-Jährigen und Älteren (185 Euro) aus. Bei beiden Altersgruppen lag der Ausgabenanteil mit 13,8 bzw. 13,0% unter dem Gesamtdurchschnitt aller Haushalte von 14,0%.

Weitere Auskünfte zu Konsumausgaben erteilt der Auskunftsdienst Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets, Telefon 0 18 88/6 44-88 80, E-Mail: viiid-info@destatis.de, sowie zu Preisen Nadin Sewald, Telefon 06 11/75-47 77, E-Mail: verbraucherpreisindex@destatis.de.

Informationstechnologie in Haushalten 2004

Anfang 2004 verfügten 64% der Privathaushalte in Deutschland (ohne Haushalte von Selbstständigen und Landwirten) über einen PC. Im Jahr 2000 waren es 47% der privaten Haushalte gewesen. Dies belegen die Ergebnisse der laufenden Wirtschaftsrechnungen 2004.

Kontinuierlich zugenommen hat seit dem Jahr 2000 die Ausstattung der Haushalte mit Internetanschlüssen. Damals hatten lediglich 16% der Privathaushalte Internetzugang, im Jahr 2002 waren es 36%. Anfang 2004 besaßen bereits 47% der Haushalte die technischen Voraussetzungen, um im Internet zu surfen.

Eine Sättigung zeigt sich bei Mobiltelefonen. Nach teils hohen Zuwachsraten in den Vorjahren stagnierte der Ausstattungsgrad 2004 bei 72%. Allerdings finden sich in deutschen Haushalten inzwischen mehr Mobil- als Festnetztelefone. Kamen beispielsweise Anfang 2000 auf 100 Haushalte 103 Festnetztelefone und 36 Mobiltelefone, so waren es 2004 108 Festnetztelefone und 115 Handys.

Am besten mit Informations- und Kommunikationstechnologien ausgerüstet sind die Haushalte von Paaren mit zwei Kindern. Fast 98% dieser Haushalte verfügten Anfang 2004 über einen PC, vier Fünftel (81%) hatten einen Internetanschluss und 93% besaßen Handys. Allein Lebende waren dagegen nur zu 44% mit PC ausgestattet, weniger als ein Drittel (30%) hatte einen Internetanschluss und nur etwas mehr als die Hälfte (54%) ein Mobiltelefon.

Weitere Auskünfte erteilt der Auskunftsdienst Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets, Telefon 0 18 88/6 44-88 80, E-Mail: viiid-info@destatis.de.

Tarifliche Monatsgehälter 2004 um 2,0% höher als im Vorjahr

Der Index der tariflichen Monatsgehälter der Angestellten lag im Jahr 2004 um 2,0% höher als vor Jahresfrist. Im glei-

chen Maße (+2,0%) erhöhten sich die tariflichen Wochenlöhne der Arbeiter.

Überdurchschnittlich gestiegen sind die tariflichen Monatsgehälter bei den Eisenbahnen (+3,6%), im Textilgewerbe (+2,7%), im Fahrzeugbau (+2,5%), in der Herstellung von Metallserzeugnissen sowie im Kreditgewerbe und bei den Gebietskörperschaften (jeweils +2,4%). Im Handel erhöhten sich die Gehälter um 2,0%.

Der Index der tariflichen Wochenlöhne der Arbeiter lag im Produzierenden Gewerbe um 2,1%, im Handel um 1,8% und bei den Gebietskörperschaften um 1,7% über dem Stand von 2003. Das Friseurgewerbe (+1,2%) wies eine unterdurchschnittliche Zuwachsrates aus.

Weitere Auskünfte erteilt
Dirk Heinlein, Telefon 06 11/75-24 42,
E-Mail: dirk.heinlein@destatis.de.

Daten zur Abfallentsorgung in Deutschland

Zunahme von Sonderabfällen auch durch strengere Deklaration

Im Jahr 2002 fielen in Deutschland 18,4 Mill. t nachweispflichtige Sonderabfälle an. Im Vergleich zum Jahr 2001 bedeutet dies eine Zunahme von 3,8 Mill. t oder 26%, im Vergleich zum Jahr 2000 sind es 4,9 Mill. t oder 36% mehr.

Diese Zunahme geht vor allem auf das In-Kraft-Treten der Abfallverzeichnis-Verordnung (AVV) im Jahr 2002 zurück, nach welcher deutlich mehr Müll als Sonderabfall zu deklarieren ist als dies bis 2001 der Fall war. Veränderungsdaten lassen sich deswegen nur bedingt vergleichen. Besonders zugenommen haben die Bau- und Abbruchabfälle, von denen 2002 rund 2,2 Mill. t oder 30% mehr anfielen als 2001.

Dem Abfallaufkommen steht die Entsorgung gegenüber, Differenzen zwischen beiden Größen ergeben sich durch Lagerung. 2002 wurden in Deutschland 17,5 Mill. t Sonderabfälle entsorgt, 3,7 Mill. t oder 27% mehr als 2001 und 4,6 Mill. t oder 36% mehr als im Jahr 2000. Von diesen 17,5 Mill. t wurden im Jahr 2002 4,9 Mill. t oder 28% auf Deponien gebracht. Diese Menge war im Jahr 2001 mit 4,1 Mill. t geringer, ihr Anteil am entsorgten Sonderabfall jedoch praktisch gleich. Der wiederverwertete Anteil stieg 2002 gegenüber 2001 von 2,4 Mill. t (18% der entsorgten Menge) auf 4,0 Mill. t (23%). Nahezu konstant blieb der verbrannte Anteil des entsorgten Sonderabfalls mit 1,4 Mill. t, das sind 8%.

Weitere Auskünfte erteilt
Christa Nicolai, Telefon 06 11/75-81 97,
E-Mail: umwelt@destatis.de.

Deponierung von Abfällen um 10% zurückgegangen

In Deutschland werden immer weniger Abfälle deponiert und mehr Abfälle verbrannt. Nach vorläufigen Ergebnissen

wurden im Jahr 2003 53,9 Mill. t nicht gefährliche Abfälle deponiert, das waren 10% weniger als im Vorjahr (60,2 Mill. t) und 18% weniger als 1997 (65,7 Mill. t). Dabei handelte es sich insbesondere um Bau- und Abbruchabfälle (43%) sowie Abfälle aus thermischen Prozessen (20%) und Siedlungsabfälle (18%).

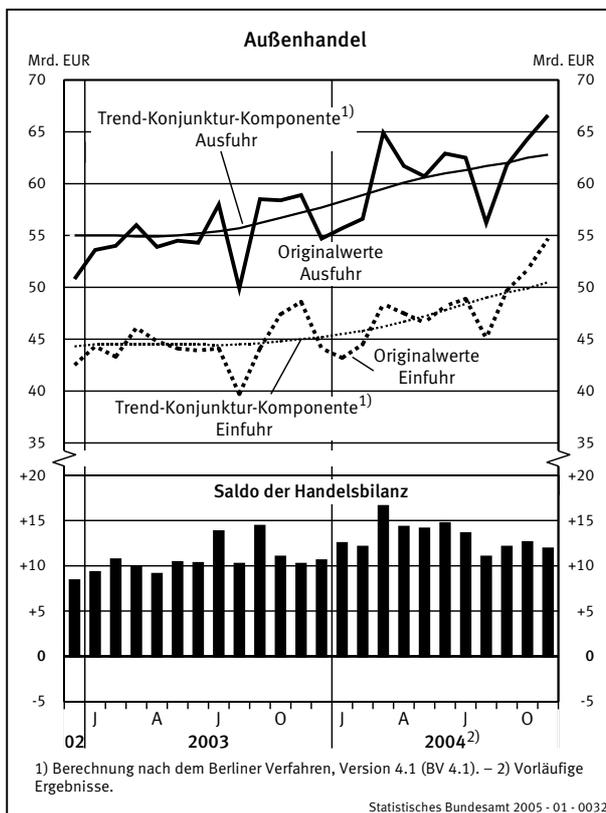
Weiterhin wurden im Jahr 2003 insgesamt 20,6 Mill. t nicht gefährliche Abfälle in Abfallverbrennungs- und Feuerungsanlagen thermisch behandelt und damit 4% mehr als im Vorjahr. Gegenüber 1997 nahm die Abfallverbrennung sogar um rund 63% zu. Die Hälfte (51%) der 2003 verbrannten Menge waren Siedlungsabfälle, gefolgt von Abfällen aus Abfallbehandlungsanlagen mit einem Anteil von 20% (z. B. Schlämme aus der Abwasserbehandlung) sowie Abfällen aus der Holzbearbeitung und der Herstellung von Möbeln, Zellstoffen, Papier und Pappe (17%).

Weitere Auskünfte erteilt
Jasmin Singer, Telefon 0 18 88/6 44-83 35,
E-Mail: umwelt@destatis.de.

Weitere wichtige Monatszahlen

Außenhandel

Der deutsche Außenhandel erreichte im *November 2004* mit einem Ausfuhrwert von 66,6 Mrd. Euro und einem Einfuhrwert von 54,7 Mrd. Euro in beiden Handelsrichtungen neue Rekorde. Die deutschen Ausfuhr sind



um 13,2% und die Einfuhren um 12,5% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat gestiegen. Der Ausfuhrpreisindex lag im November 2004 um 1,2%, der Index der Einfuhrpreise um 2,7% über Vorjahresniveau. Der Einfuhrpreisindex ohne Erdöl und Mineralölzeugnisse befand sich im November 2004 um 0,7% über dem Stand des Vorjahres.

Die Handelsbilanz schloss im November 2004 mit einem Plus von 11,9 Mrd. Euro ab (November 2003: +10,2 Mrd. Euro). Dieser Überschuss konnte die negativen Teilbilanzen der Leistungsbilanz (Bilanzen der Ergänzungen zum Warenverkehr, Dienstleistungen sowie laufende Übertragungen) mehr als kompensieren. So wies die Leistungsbilanz nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank im November 2004 einen Aktivsaldo von 8,5 Mrd. Euro aus. Im Vorjahr hatte sich hier ein Überschuss von 4,9 Mrd. Euro ergeben.

Gegenüber Oktober 2004 nahmen die Ausfuhren im November 2004 nominal um 3,6%, die Einfuhren nominal um 5,7% zu. Saison- und kalenderbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA, Version 0.2.8) kam es im November 2004 gegenüber dem Vormonat bei den Ausfuhren zu einer Zunahme von 0,4%, bei den Einfuhren von 1,8%. [u](#)

Dipl.-Volkswirt Norbert Hartmann, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Bruttoinlandsprodukt 2004

Wie in jedem Jahr gibt das Statistische Bundesamt zu diesem frühen Zeitpunkt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres.

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr real um 1,7% erhöht. Nach nahezu drei Jahren Stagnation ist dies der stärkste Anstieg seit dem Jahr 2000 (+ 2,9%). Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahresdurchschnitt 2004 von 38,4 Mill. Erwerbstätigen erbracht, das waren 128 000 Personen mehr (+ 0,3%) als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der Erwerbslosen (in europäischer Definition) stieg im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 82 000 (+ 2,1%) auf 3,9 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Zahl der Erwerbspersonen erhöhte sich leicht von 9,1% im Jahr 2003 auf 9,3% im Berichtsjahr.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2004 mit 1,3% ungefähr gleich stark wie bei der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde (+ 1,2%).

Auf der Entstehungsseite des Bruttoinlandsprodukts hat im Jahr 2004 die Wertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen Zuwächse zu verzeichnen, mit Ausnahme des Baugewerbes. Dort ging im fünften Jahr in Folge die Wirtschaftsleistung zurück, mit - 2,4% allerdings etwas verlangsamt.

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts trug der im Zuge des expandierenden Welthandels gestiegene Exportüberschuss (Außenbeitrag) mit 1,2 Prozentpunkten zum Wirtschaftswachstum bei. Die inländische Verwendung nahm mit + 0,5% vergleichsweise schwach zu.

In jeweiligen Preisen erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 auf 2 178 Mrd. Euro (+ 2,3%). Vor allem aufgrund rückläufiger geleisteter Vermögenseinkommen an die übrige Welt nahm das Bruttonationaleinkommen (früher Bruttosozialprodukt genannt) um 2,6% auf 2 169 Mrd. Euro zu. Das Volkseinkommen stieg im Berichtsjahr um 3,0% auf 1 616 Mrd. Euro und das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte um 1,3% auf 1 408 Mrd. Euro. Die privaten Konsumausgaben erhöhten sich im gleichen Maße und die Sparquote der privaten Haushalte stieg erneut, von 10,7% im Jahr 2003 auf 10,9% im Berichtsjahr.

Vorbemerkung

In diesem Aufsatz gibt das Statistische Bundesamt einen ersten Überblick über vorläufige Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des gerade abgelaufenen Jahres 2004. Die Berechnungen beruhen auf den bis Anfang Januar 2005 verfügbaren Informationen, die zum Teil noch sehr unvollständig sind. Die Werte für den Dezember 2004 wurden komplett und zum Teil auch für den November nahezu vollständig frei geschätzt. Auch für davor liegende Monate sind die Berechnungsgrundlagen in vielen Fällen noch lückenhaft. Die in diesem Aufsatz enthaltenen Angaben wurden bereits am 13. Januar 2005 als Pressemitteilung und in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 2004“ veröffentlicht. Dieser sehr frühe Termin erklärt sich unter anderem daraus, dass der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung im Januar eines jeden Jahres dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat vorgelegt wird. Die aktuellen amtlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind als

Ausgangspunkt für die Jahresprojektion der Bundesregierung erforderlich, deren Ergebnisse auch Eckdaten für die Steuerschätzungen bilden. Wegen des erwähnten hohen Schätzanteils vor allem im vierten Quartal 2004 werden nur Jahresergebnisse veröffentlicht. Aus der Differenz zwischen den hier veröffentlichten Jahresdaten und der Summe der bislang für die ersten drei Quartale 2004 veröffentlichten Ergebnisse kann nicht in jedem Fall auf den Ansatz für das vierte Quartal geschlossen werden, da die Berechnungen einiger Größen für die ersten drei Quartale im Zuge der Jahresrechnung ebenfalls überarbeitet wurden. Es sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass Ergebnisse für die alten und neuen Bundesländer vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder bereitgestellt werden, und zwar länderscharf. Mit ersten Angaben für das Jahr 2004 ist im Februar 2005 zu rechnen. Vom Statistischen Bundesamt werden – auch in der vorliegenden Veröffentlichung – lediglich die Bauinvestitionen für das frühere Bundesgebiet und die neuen Länder und Berlin-Ost berechnet und nachgewiesen.

1 Entstehung des Inlandsprodukts

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr real um 1,7% erhöht (siehe Tabelle 1). Nach der schwachen wirtschaftlichen Entwick-

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttonationaleinkommen

Jahr	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1995		
	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹⁾	Bruttonationaleinkommen (Sp. 1 + 2)	Bruttoinlandsprodukt	Saldo der Primäreinkommen aus der übrigen Welt ¹⁾	Bruttonationaleinkommen (Sp. 4 + 5)
	1	2	3	4	5	6
Mrd. EUR						
2002	2107,3	-19,2	2088,1	1987,6	-16,7	1970,9
2003	2128,2	-14,0	2114,2	1985,2	-11,8	1973,4
2004	2178,2	-9,4	2168,8	2018,2	-8,1	2010,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr						
	in %	in Mrd. EUR	in %	in Mrd. EUR	in %	
2003	+1,0	+5,2	+1,2	-0,1	+4,9	+0,1
2004	+2,3	+4,6	+2,6	+1,7	+3,7	+1,9

1) Aus der übrigen Welt empfangene Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Subventionen abzüglich an die übrige Welt geleistete Arbeitnehmerentgelte, Vermögenseinkommen und Produktions- und Importabgaben.

lung in den vergangenen drei Jahren ist dies der stärkste Anstieg seit dem Jahr 2000 (+2,9%). Allerdings war der Kalendereffekt im Berichtsjahr mit rund 0,5 Prozentpunkten ungewöhnlich groß; nach rechnerischer Ausschaltung dieses Effekts ergibt sich für das Jahr 2004 eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von 1,1%, die ebenfalls noch deutlich über den Veränderungsdaten der beiden vorangegangenen Jahre lag.

Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
+1,7	+0,8	+1,4	+2,0	+2,0	+2,9	+0,8	+0,1	-0,1	+1,7

In den vorangegangenen Jahren waren kalenderbedingt Änderungen der Wachstumsraten deutlich geringer ausgefallen. Nach rechnerischer Ausschaltung dieser Kalendereffekte ergeben sich folgende reale Veränderungsdaten für das Bruttoinlandsprodukt:

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
+1,8	+0,8	+1,5	+1,7	+1,9	+3,1	+1,0	+0,1	-0,1	+1,1

Die Wirtschaftsleistung wurde im Jahr 2004 von 38,4 Mill. Erwerbstätigen erbracht. Das waren 128000 Personen mehr (+0,3%) als ein Jahr zuvor (siehe Tabelle 2). Damit kam es im Durchschnitt des Jahres 2004 erstmals seit dem Jahr 2001 wieder zu einem Anstieg der Erwerbstätigkeit im Vorjahresvergleich, nachdem sich in den Jahren 2003 und 2002 die Zahl der Erwerbstätigen um 1,0% bzw. um 0,6% verringert hatte. Die Zunahme der Erwerbstätigkeit im Jahr 2004 wurde durch die Reformen am Arbeitsmarkt im Rahmen der Hartz-Gesetze I und II (Ich-AGs und Mini-Jobs) sowie die im Herbst 2004 gestartete Initiative Arbeitsmarkt im Aufbruch (Zusatzjobs) im Vorgriff auf Hartz IV begünstigt. Die Anzahl der Erwerbslosen (in der Abgrenzung der Internationalen Arbeitsorganisation) stieg im Jahr 2004 gegenüber dem Vorjahr um 82000 Personen (+2,1%) auf 3,9 Mill. Personen. Der Anteil der Erwerbslosen an der Gesamtzahl der Erwerbspersonen erhöhte sich damit von 9,1% im Jahr 2003 auf 9,3% im Berichtsjahr.

Die Arbeitsproduktivität, gemessen als Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen, stieg im Jahr 2004 um 1,3%; je Arbeitsstunde gemessen nahm sie um 1,2% zu. Zu dem etwas geringeren Anstieg der Stundenpro-

Tabelle 2: Erwerbstätige, Erwerbslose und Produktivität¹⁾

Jahr	Erwerbstätige im Inland		Erwerbslose ²⁾	Geleistete Arbeitsstunden ³⁾	Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995			
	insgesamt	dar.: Arbeitnehmer			insgesamt	je Erwerbstätigen	je geleistete Arbeitsstunde	
Durchschnitt in 1000				Mrd. Std.	Mrd. EUR	1995 = 100		
2002	38696	34599	3438	55,7	1987,6	110	107	113
2003	38314	34145	3838	55,2	1985,2	110	108	113
2004	38442	34135	3920	55,5	2018,2	112	109	115
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %								
2003	-1,0	-1,3	+11,6	-0,8	-0,1	-0,1	+0,9	+0,7
2004	+0,3	+0,0	+2,1	+0,4	+1,7	+1,7	+1,3	+1,2

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. – 2) Abgrenzung der Erwerbslosen nach den Definitionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). – 3) Quelle für Arbeitsstunden: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit (BA), Nürnberg.

duktivität hat einerseits die vermehrte Teilzeitbeschäftigung (insbesondere Mini-Jobs) beigetragen; dieser arbeitszeitvermindernde Effekt wurde jedoch durch die größere Anzahl der zur Verfügung stehenden Arbeitstage, die weitere Reduzierung des Krankenstandes sowie die Zunahme der Neben-erwerbstätigkeit mehr als ausgeglichen.

Neben den Erwerbstätigen spielt das *Anlagevermögen* als Produktionsfaktor eine wesentliche Rolle. Diese Größe umfasst alle produzierten Vermögensgüter, die länger als ein Jahr wiederholt oder dauerhaft in der Produktion eingesetzt werden. Einbezogen sind materielle und immaterielle Güter. Das *Sachanlagevermögen* umfasst die materiellen Anlagen und setzt sich zusammen aus dem Bestand an Ausrüstungen, Wohnbauten und Nichtwohnbauten sowie Nutztieren und Nutzpflanzungen. Wohnbauten zählen auch dann zum Anlagevermögen, wenn sie sich im Eigentum von privaten Haushalten befinden, da die Wohnungsvermietung sowie die Nutzung von Eigenheimen und Eigentumswohnungen durch private Haushalte als unternehmerische Tätigkeit behandelt wird. Zum immateriellen Anlagevermögen gehören Suchbohrungen, Computerprogramme und große Datenbanken sowie Urheberrechte. Der *Kapitalstock* misst das jahresdurchschnittliche Bruttoanlagevermögen, bei dem – anders als nach dem Nettokonzept – die Wertminderung der Anlagegüter durch die aufgelaufenen Abschreibungen unberücksichtigt bleibt. Um geeignete Aussagen über die zeitliche Entwicklung zu ermöglichen, wird der Kapitalstock in konstanten Preisen (von 1995) nachgewiesen:

Kapitalstock, Kapitalproduktivität und Kapitalintensität
Alle Wirtschaftsbereiche¹⁾
in Preisen von 1995

Jahr	Kapitalstock ²⁾		Kapital- produktivität ³⁾	Kapital- intensität ⁴⁾
	Mrd. EUR	1991=100	EUR je 1 000 EUR	1 000 EUR
2002	10524	131,4	189	272
2003	10688	133,5	186	279
2004	10845	135,4	186	282
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
2003	+1,6		-1,6	+2,6
2004	+1,5		+0,2	+1,1

1) Vorläufiges Ergebnis. – 2) Jahresdurchschnittliches Bruttoanlagevermögen in Preisen von 1995 (Mittelwert aus dem Jahresanfangs- und Jahresendbestand). – 3) Verhältnis Bruttoinlandsprodukt zu Kapitalstock in Preisen von 1995. – 4) Kapitalstock je Erwerbstätigen (Jahresdurchschnitt).

Im Jahr 2004 hat sich der Kapitalstock um 1,5% und damit wiederum etwas geringer als im Vorjahr erhöht. Das Bruttoinlandsprodukt ist mit 1,7% stärker als der Kapitalstock gewachsen. Daraus ergibt sich eine um 0,2% gestiegene Kapitalproduktivität, die sich damit in Deutschland zum zweiten Mal seit 1991 erhöht hat (erstmalig war dies im Jahr 2000 der Fall). Das deutet auf eine höhere Auslastung der Produktionskapazitäten hin, was für die Industrie durch die Ergebnisse des ifo-Konjunkturtests bestätigt wird, der für die ersten drei Quartale 2004 eine gestiegene – aber bei weitem nicht an das Niveau von 2000 heranreichende –

Kapazitätsauslastung ausweist.¹⁾ Der *Kapitalkoeffizient*, der den Kapitaleinsatz je Einheit Bruttoinlandsprodukt misst und der reziproke Wert der Kapitalproduktivität ist, ist um 0,2% gesunken. Anfang 2005 sind in Deutschland Anlagegüter im (Neu-)Wert von 10,9 Billionen Euro für Produktionszwecke einsetzbar. Die *Kapitalintensität* zeigt, wie sich die beiden Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit im Verhältnis zueinander entwickelt haben. Dazu wird der Kapitalstock in Relation zu den im Jahresdurchschnitt eingesetzten Erwerbstätigen gesetzt. Je Erwerbstätigen waren im Jahr 2004 im Durchschnitt der Volkswirtschaft Anlagegüter im (Neu-)Wert von rund 282 000 Euro vorhanden. Gegenüber dem Vorjahr ist der Kapitaleinsatz je Erwerbstätigen mit 1,1% erneut gestiegen, allerdings schwächer als im Vorjahr (+2,6%).

In den folgenden Abschnitten wird der Beitrag der einzelnen *Wirtschaftsbereiche* zum Bruttoinlandsprodukt beschrieben. Dargestellt wird die (unbereinigte) Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, die nach den Konzepten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen zu Herstellungspreisen bewertet ist. Das bedeutet, dass die Bruttowertschöpfung (und der Produktionswert) der Wirtschaftsbereiche ohne die auf die Güter zu zahlenden Steuern (Gütersteuern), aber zuzüglich der empfangenen Gütersubventionen dargestellt werden. Gütersteuern und -subventionen sind solche finanziellen Transaktionen, die mengen- oder wertabhängig von den produzierten Gütern sind (z. B. Umsatzsteuer, Importabgaben, Verbrauchsteuern). Beim Übergang von der Bruttowertschöpfung (zu Herstellungspreisen) zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen) sind zum Ausgleich der Bewertungsdifferenzen zwischen Entstehungs- und Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts die Nettogütersteuern (Saldo von Gütersteuern und Gütersubventionen) global wieder hinzuzufügen. Außerdem muss die unterstellte Bankgebühr (Zinsspanne der Kreditinstitute) als gesamtwirtschaftlicher Vorleistungsverbrauch abgesetzt werden, weil sie in der unbereinigten Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche noch enthalten ist. Nach der großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen im April 2005 wird die – dann etwas anders berechnete und mit „Finanzserviceleistung, indirekte Messung“, kurz FISIM bezeichnete – unterstellte Bankgebühr wie die anderen Vorleistungen behandelt, also in jedem Wirtschaftsbereich vom Produktionswert abgezogen werden.

Die Ergebnisse nach Wirtschaftsbereichen zeigen, dass zur wirtschaftlichen Belebung im Jahr 2004 alle Wirtschaftsbereiche außer dem Baugewerbe beigetragen haben (siehe Tabelle 3 auf der folgenden Seite).

Der größte Anstieg ist bei der Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes ohne Baugewerbe mit real 4,7% zu verzeichnen. Dabei wies der Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden einen Rückgang von 4,0% auf, die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes stieg (+5,1%) und die Energie- und Wasserversorgung übertraf ebenfalls das Ergebnis des Vorjahres (+2,1%). Im Verarbeitenden Gewerbe hat sich die gute Entwicklung im zwei-

1) Siehe ifo Institut für Wirtschaftsforschung: ifo Konjunkturperspektiven 10/2004, S. 5.

Tabelle 3: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Alle Wirtschaftsbereiche			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche			
		Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen	Bruttowertschöpfung (bereinigt) ¹⁾	Bruttowertschöpfung (unbereinigt)		zu-sammen	darunter		zu-sammen	Handel, Gastgewerbe und Verkehr	Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	öffentliche und private Dienstleister
							Verarbeitendes Gewerbe	Baugewerbe				
in jeweiligen Preisen												
Mrd. EUR												
2002	2 107,3	209,4	1 897,9	1 960,3	22,1	566,1	436,4	89,0	1 372,1	353,6	591,8	426,8
2003	2 128,2	213,7	1 914,5	1 978,8	22,0	566,7	438,4	84,0	1 390,0	356,5	603,5	430,0
2004	2 178,2	212,2	1 966,0	2 032,0	22,5	589,8	462,6	81,4	1 419,7	364,9	624,3	430,5
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2003	+1,0	+2,1	+0,9	+0,9	-0,2	+0,1	+0,5	-5,6	+1,3	+0,8	+2,0	+0,7
2004	+2,3	-0,7	+2,7	+2,7	+2,1	+4,1	+5,5	-3,1	+2,1	+2,4	+3,4	+0,1
in Preisen von 1995												
Mrd. EUR												
2002	1 987,6	176,3	1 811,3	1 916,2	24,2	535,2	401,7	92,3	1 356,8	364,5	595,2	397,1
2003	1 985,2	172,5	1 812,7	1 918,9	24,0	533,2	402,5	88,2	1 361,7	367,8	598,5	395,4
2004	2 018,2	169,0	1 849,2	1 956,4	24,8	552,2	423,0	86,1	1 379,5	375,7	607,9	396,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2003	-0,1	-2,2	+0,1	+0,1	-0,7	-0,4	+0,2	-4,4	+0,4	+0,9	+0,5	-0,4
2004	+1,7	-2,0	+2,0	+2,0	+3,0	+3,6	+5,1	-2,4	+1,3	+2,1	+1,6	+0,1

1) Nach Abzug der unterstellten Bankgebühr.

ten und dritten Quartal gegen Jahresende weiter fortgesetzt. Trotz des eher schwachen Produktionsindex im Oktober besteht insgesamt Aussicht auf einen weiteren Anstieg, wobei die Auswirkungen der positiven Arbeitstageeffekte im November und Dezember nur schwer zu schätzen sind. Im November 2004 standen 1,4 Arbeitstage und im Dezember 2004 2 Arbeitstage mehr als im jeweiligen Vorjahresmonat zur Verfügung; inwieweit diese für die Produktion genutzt wurden, hängt auch von der Nachfrage ab. Die Auftragseingänge im November (+ 5,8%) waren im Verarbeitenden Gewerbe positiv, wobei sowohl die Auftragseingänge aus dem Inland (+ 3,2%) als auch die aus dem Ausland stiegen (+ 8,9%).

Im Baugewerbe setzte sich der seit 1995 zu beobachtende Abwärtstrend im Jahr 2004 – allerdings verlangsamt – fort. Die reale Wertschöpfung im Baugewerbe verminderte sich im Berichtsjahr 2004 um 2,4%; im Vorjahr waren es -4,4%. Die Wirtschaftsleistung des Baugewerbes in Deutschland ging damit im fünften Jahr in Folge zurück. Im Jahresverlauf zeigte die Bauwirtschaft uneinheitliche Tendenzen, es ist daher noch nicht abzusehen, wie sich die Entwicklung im Jahr 2005 fortsetzen wird.

Die Baugenehmigungen (Rauminhalt) als vorauslaufender Indikator zeigen für Deutschland von Januar bis November 2004 mit -8,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar eine negative Tendenz. Betrachtet man jedoch die Monate Juli bis November 2004, dann verbesserte sich mit -5,6% die negative Entwicklung des ersten Halbjahres (-10,0%).

Die Diskussion um eine Änderung der Eigenheimzulage zu Beginn des Jahres 2005 könnte zu diesem Ergebnis beigetragen haben.

Die reale Wertschöpfung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft, Fischerei stieg im Berichtsjahr um 3,0% an, nach

einem Rückgang um 0,7% im Jahr 2003. Diese bessere Entwicklung erklärt sich dadurch, dass eine leicht steigende tierische Produktion die schlechte Ernte überkompensiert hat.

Ebenfalls erhöht hat sich im Jahr 2004 die wirtschaftliche Leistung im zusammengefassten Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr (+2,1%). Diese Zunahme ist durch die Entwicklung im Handel (+0,8%), besonders aber bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung (+4,2%) zu erklären. Bei Verkehr und Nachrichtenübermittlung ist der Anstieg, wie auch in den letzten Jahren, besonders auf die Nachrichtenübermittlung zurückzuführen. Das Gastgewerbe hatte im Jahr 2004 – nach den schweren Einbrüchen in den beiden Vorjahren – mit einer Abnahme der realen Bruttowertschöpfung um 1,0% einen schwächeren Rückgang zu verzeichnen.

Etwas schwächer als im zuvor beschriebenen Bereich hat sich im Jahr 2004 die wirtschaftliche Leistung im zusammengefassten Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister erhöht (+1,6%). Die höchste Zunahme wies hier der Bereich Unternehmensdienstleister auf, der sein Ergebnis um 4,2% verbesserte. Das Grundstücks- und Wohnungswesen (+0,9%) zeigte – wie üblich – einen stabilen Zuwachs; der Teilbereich Grundstücks- und Wohnungswesen, der auch die Nutzung des gesamten Wohnungsbestandes einschließlich der Eigentümerwohnungen umfasst, ist grundsätzlich relativ unabhängig von konjunkturellen Schwankungen.

Für den zusammengefassten Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister ergab sich im Jahr 2004 eine nur geringe Zunahme der realen Wertschöpfung (+0,1%). Dieses aufgrund der im aktuellen Jahr verwendeten Rechenansätze recht stabile Aggregat, dessen Ergebnis in star-

kem Maße durch die Beschäftigungsentwicklung bestimmt ist, stieg damit im Jahr 2004 nach einem Rückgang im Jahr 2003 (-0,4%) wieder an. Bei den aktuellen Berechnungen in vielen Dienstleistungsbereichen wird auf Erwerbstätigendaten und Ergebnisse der Arbeitsvolumenrechnung zurückgegriffen, aus denen unter Berücksichtigung der (bisherigen) Produktivitätsentwicklung die Wertschöpfungsgrößen abgeleitet werden.

Die reale Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche stieg im Jahr 2004 unbereinigt um 2,0%, während das reale Bruttoinlandsprodukt um 1,7% zunahm. Zu dieser Differenz trugen in besonderem Maße die gegenüber dem Vorjahr um 2,0% niedrigeren realen Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen) bei. Der Rückgang der realen Nettogütersteuern erklärt sich aus einem Rückgang der Nettogütersteuern in jeweiligen Preisen sowie einem Anstieg des „Preises“ der Gütersteuern. Im abgelaufenen Jahr wirkten sich unter anderem die im März und Dezember 2004 gestiegenen Steuersätze für Tabakwaren preisstärkend aus. Ein Preisanstieg für Gütersteuern ergibt sich rechnerisch aus Steuersatzerhöhungen sowie aus dem gewichteten Anstieg der Preise der jeweiligen Bemessungsgrundlagen dieser Steuern. Der gleichzeitige Anstieg der quantitativ weniger bedeutsamen Gütersubventionen verstärkte geringfügig die negative Wachstumswirkung der Gütersteuern.

Nach den Berechnungen in jeweiligen Preisen (siehe Tabelle 3) erhöhte sich im Berichtsjahr 2004 die Bruttowertschöpfung (unbereinigt) aller Wirtschaftsbereiche um 2,7% gegenüber dem Vorjahr. In den nominalen Ergebnissen spiegelt sich neben der bereits beschriebenen realen Wirtschaftsentwicklung die Preisbewegung in den verschiede-

nen Branchen und Produktionsstufen wider. Rückschlüsse auf die Preisentwicklung in den einzelnen Wirtschaftsbereichen lassen sich aus der Differenz der Veränderungsdaten der Bruttowertschöpfung in jeweiligen Preisen zu denen in konstanten Preisen ablesen.

2 Verwendung des Inlandsprodukts

Auf der Verwendungsseite des Bruttoinlandsprodukts nahmen im Berichtsjahr die Exporte im Zuge des expandierenden Welthandels real um 8,2% zu, während die Importe lediglich um 5,7% stiegen. Dies ergab eine Zunahme des realen Exportüberschusses (Außenbeitrag) und damit einen positiven Wachstumsbeitrag von 1,2 Prozentpunkten. Im Jahr 2003 war der Exportüberschuss dagegen gesunken und hatte somit negativ zum Wirtschaftswachstum beigetragen (-0,6 Prozentpunkte). Dieser negative Wachstumsimpuls konnte durch die Zunahme der inländischen Verwendung (+0,5%) nicht ausgeglichen werden, was im Jahr 2003 zu einer leicht rückläufigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (-0,1%) geführt hatte. Auch im Berichtsjahr nahm die inländische Verwendung des Bruttoinlandsprodukts mit 0,5% vergleichsweise schwach zu. Dabei haben sich die staatlichen Konsumausgaben erhöht (+0,4%), dagegen gingen die privaten Konsumausgaben zurück (-0,3%). Die Bruttoanlageinvestitionen wiesen im Jahr 2004 einen geringeren Rückgang (-0,7%) auf als im Vorjahr (-2,2%). Sowohl in Ausrüstungen (+1,2%) als auch in sonstige Anlagen (+2,4%) – vor allem Computersoftware und Urheberrechte – wurde mehr investiert als im Jahr 2003. Lediglich die Investitionen in Bauten waren weiterhin rückläufig

Tabelle 4: Verwendung des Inlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Inländische Verwendung										Außenbeitrag	Nachrichtlich:		
		insgesamt	Konsumausgaben			Bruttoinvestitionen							Exporte	Importe	
			zusammen	private Konsumausgaben ¹⁾	Staat	zusammen	Bruttoanlageinvestitionen			Vorratsveränderungen und Nettzugang an Wertsachen	von Waren und Dienstleistungen				
						zusammen	Ausrüstungen	Bauten	sonstige Anlagen ²⁾						
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR															
2002	2107,3	2012,5	1647,7	1242,2	405,4	364,8	391,8	151,9	215,4	24,5	-26,9	94,8	761,6	666,8	
2003	2128,2	2036,0	1663,8	1255,3	408,5	372,2	379,8	146,9	208,3	24,5	-7,6	92,2	769,3	677,1	
2004	2178,2	2061,4	1677,8	1271,0	406,8	383,6	377,2	146,8	205,7	24,7	6,4	116,8	832,0	715,2	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %															
2003	+1,0	+1,2	+1,0	+1,1	+0,8	+2,0	-3,1	-3,2	-3,3	+0,2	+19,3	-2,6	+1,0	+1,5	
2004	+2,3	+1,2	+0,8	+1,3	-0,4	+3,1	-0,7	-0,1	-1,2	+0,5	+14,0	+24,6	+8,2	+5,6	
in Preisen von 1995 Mrd. EUR															
2002	1987,6	1884,5	1522,2	1132,5	389,8	362,3	397,9	153,4	217,2	27,3	-35,5	103,1	726,6	623,5	
2003	1985,2	1893,7	1522,7	1132,5	390,2	371,0	389,1	151,2	210,1	27,8	-18,1	91,5	740,0	648,5	
2004	2018,2	1903,0	1521,2	1129,4	391,8	381,8	386,4	153,0	204,9	28,5	-4,6	115,2	800,7	685,5	
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %															
2003	-0,1	+0,5	+0,0	+0,0	+0,1	+2,4	-2,2	-1,4	-3,2	+1,7	+17,4	-11,5	+1,8	+4,0	
2004	+1,7	+0,5	-0,1	-0,3	+0,4	+2,9	-0,7	+1,2	-2,5	+2,4	+13,5	+23,7	+8,2	+5,7	

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

Tabelle 5: Private Konsumausgaben¹⁾
in jeweiligen Preisen

Jahr	Insgesamt	Konsumausgaben der privaten Haushalte						Konsumausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck	Private Konsumausgaben je Einwohner
		zusammen	nachrichtlich: Käufe nach Verwendungszwecken ²⁾						
			Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren	Wohnung, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	Freizeit, Unterhaltung und Kultur	übrige Verwendungszwecke ³⁾		
Mrd. EUR									
2002	1 242,2	1 199,3	190,3	290,2	202,6	109,0	380,9	43,0	15 100
2003	1 255,3	1 211,0	192,7	298,5	204,1	107,8	382,0	44,3	15 200
2004	1 271,0	1 226,1	192,1	304,8	206,7	107,3	390,2	44,9	15 400
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %									
2003	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,3	+ 2,8	+ 0,7	- 1,2	+ 0,3	+ 3,0	+ 1,0
2004	+ 1,3	+ 1,2	- 0,3	+ 2,1	+ 1,2	- 0,5	+ 2,1	+ 1,4	+ 1,3

1) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Käufe der privaten Haushalte im Inland. – 3) Bekleidung, Schuhe, Einrichtungsgegenstände für den Haushalt, persönliche Gebrauchsgegenstände und Dienstleistungen.

(– 2,5%); der Rückgang war jedoch nicht mehr so stark wie in den drei vorangegangenen Jahren. Der Vorratsabbau fiel deutlich geringer aus als im Vorjahr, was zu einem positiven Wachstumsbeitrag der Vorratsveränderungen von 0,7 Prozentpunkten führte.

Für den *privaten Konsum* wurden im Jahr 2004 in Deutschland 1 271 Mrd. Euro ausgegeben, das waren 1,3% mehr als im Jahr 2003. Nach Bereinigung um den Preisanstieg gingen die privaten Konsumausgaben real (in Preisen des Jahres 1995) um 0,3% zurück. Der Preisanstieg für die privaten Konsumausgaben war mit 1,5% höher als im Vorjahr (+ 1,0%), was vor allem auf einen kräftigen Anstieg der durchschnittlichen Preise für die Gesundheitspflege (+ 19%) infolge der geänderten Zuzahlungsregelungen im Gesundheitswesen zurückzuführen war. Auch verteuerte die zweimalige Erhöhung der Tabaksteuer im März und Dezember 2004 die Tabakwaren insgesamt um 11% gegenüber dem Vorjahr. Überdurchschnittlich stiegen auch die Preise für Energie (+ 3,8%) und für Kraftstoffe (+ 4,3%).

Weniger wurde im Jahr 2004 ausgegeben für Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren (– 0,3%) sowie – und das schon im dritten Jahr in Folge – für Freizeit, Unterhaltung und Kultur (– 0,5%). Auch ein leichter Preisrückgang im letztgenannten Bereich konnte die Verbraucher offensichtlich nicht zu Mehrausgaben bewegen. Die Ausgaben für Wohnung, Wasser und Energie erhöhten sich um 2,1% und

für Verkehr und Nachrichtenübermittlung um 1,2%. Ebenfalls gestiegen sind im Jahr 2004 die Ausgaben für Bekleidung und Schuhe, Einrichtungsgegenstände und Geräte für den Haushalt, für Bildung und Gesundheit und im Gastgewerbe um zusammengenommen 2,1%. Hierbei haben sich vor allem die Ausgaben der privaten Haushalte für Gesundheitsleistungen infolge der oben erwähnten Änderungen bei den Zuzahlungsregelungen um mehr als 10% erhöht.

Die *Konsumausgaben des Staates* gingen im Jahr 2004 in jeweiligen Preisen um 0,4% gegenüber dem Vorjahr zurück, in Preisen von 1995 nahmen sie dagegen um 0,4% zu (siehe Tabelle 6). Dabei erhöhten sich die Konsumausgaben der Gebietskörperschaften (+ 0,5%) in jeweiligen Preisen leicht, während die der Sozialversicherung (– 1,8%) abnahmen. Die Konsumausgaben des Staates errechnen sich als Summe der Aufwendungen für soziale Sachleistungen und für die Produktion staatlicher Leistungen (insbesondere Arbeitnehmerentgelt und Vorleistungen) im Rahmen der Nichtmarktproduktion des Staates abzüglich der Einnahmen aus Verkäufen dieser Leistungen und abzüglich der Produktion für die Eigenverwendung. Für das Arbeitnehmerentgelt in der staatlichen Nichtmarktproduktion gab der Staat 1,2% weniger aus als im Vorjahr. Die durch Tarifierhöhungen bewirkten Personalmehrausgaben wurden vor allem durch den weiteren Personalabbau im öffentlichen Dienst deutlich überkompensiert. Die Tarife wurden für die Angestellten und Arbeiter ab Januar und Mai 2004 sowie für

Tabelle 6: Konsumausgaben des Staates

Jahr	In jeweiligen Preisen									In Preisen von 1995 insgesamt
	insgesamt	Vorleistungen			Bruttowertschöpfung ¹⁾		Verkäufe von Waren und Dienstleistungen ²⁾	soziale Sachleistungen	nachrichtlich: Konsumausgaben des Staates für zivile Zwecke	
		zusammen	Gebietskörperschaften	Sozialversicherung	zusammen	dar.: Arbeitnehmerentgelt				
Mrd. EUR										
2002	405,4	75,8	68,9	6,8	193,2	165,7	27,1	163,5	379,0	389,8
2003	408,5	75,4	68,3	7,2	193,5	165,6	27,7	167,3	382,3	390,2
2004	406,8	76,6	69,2	7,4	191,6	163,6	26,9	165,5	381,0	391,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %										
2003	+ 0,8	- 0,4	- 1,0	+ 5,0	+ 0,1	- 0,0	+ 2,0	+ 2,3	+ 0,9	+ 0,1
2004	- 0,4	+ 1,5	+ 1,3	+ 3,5	- 0,9	- 1,2	- 2,8	- 1,1	- 0,3	+ 0,4

1) Geleistetes Arbeitnehmerentgelt, Abschreibungen, geleistete sonstige Produktionsabgaben abzüglich empfangene sonstige Subventionen. – 2) Einschl. Nichtmarktproduktion für die Eigenverwendung.

Tabelle 7: Bruttoanlageinvestitionen

Jahr	Bruttoanlageinvestitionen			Ausrüstungsinvestitionen			Bauinvestitionen			Sonstige Anlagen ¹⁾		
	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat	insgesamt	nicht-staatliche Sektoren	Staat
in jeweiligen Preisen Mrd. EUR												
2002	391,8	355,9	35,9	151,9	146,6	5,2	215,4	186,3	29,1	24,5	22,9	1,6
2003	379,8	347,9	31,9	146,9	142,8	4,2	208,3	182,3	26,1	24,5	22,9	1,6
2004	377,2	347,1	30,2	146,8	143,0	3,9	205,7	181,1	24,7	24,7	23,0	1,6
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2003	-3,1	-2,2	-11,2	-3,2	-2,6	-19,9	-3,3	-2,2	-10,4	+0,2	±0,0	+3,1
2004	-0,7	-0,2	-5,4	-0,1	+0,2	-7,9	-1,2	-0,7	-5,4	+0,5	+0,5	±0,0
in Preisen von 1995 Mrd. EUR												
2002	397,9	360,0	37,8	153,4	147,6	5,7	217,2	186,9	30,3	27,3	25,5	1,8
2003	389,1	355,2	33,9	151,2	146,4	4,8	210,1	183,0	27,1	27,8	25,8	2,0
2004	386,4	354,2	32,2	153,0	148,4	4,6	204,9	179,4	25,6	28,5	26,5	2,0
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %												
2003	-2,2	-1,3	-10,2	-1,4	-0,8	-15,4	-3,2	-2,1	-10,3	+1,7	+1,4	+6,5
2004	-0,7	-0,3	-5,3	+1,2	+1,4	-5,6	-2,5	-2,0	-5,7	+2,4	+2,4	+2,0

1) Nutztiere und Nutzpflanzungen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden.

die Beamten ab April und August 2004 um jeweils 1% angehoben. Ferner wurden Einmalzahlungen von 50 Euro geleistet. An Vorleistungsgütern für die Nichtmarktproduktion kaufte der Staat 1,5% mehr als 2003. Für soziale Sachleistungen gab der Staat 1,1% weniger aus als im Vorjahr. Die Verkäufe des Staates aus Nichtmarktproduktion waren im Berichtsjahr um 2,8% niedriger als ein Jahr zuvor.

Die *Anlageinvestitionen*, sie umfassen die Ausrüstungs- und Bauinvestitionen sowie die sonstigen Anlagen (brutto, d. h. vor Abzug der Abschreibungen), waren im Jahr 2004 das vierte Jahr in Folge rückläufig. Sie lagen in jeweiligen Preisen um 0,7% unter dem Vorjahresniveau. Bei gegenüber dem Vorjahr unveränderten Preisen ergibt sich im Berichtsjahr auch in konstanten Preisen von 1995 ein Rückgang um 0,7%, der deutlich geringer ausfiel als in den Jahren 2002 (-6,4%) und 2003 (-2,2%). Die drei Arten der Anlageinvestitionen entwickelten sich allerdings unterschiedlich. Die Bauinvestitionen, die – mit einer Ausnahme im Jahr 1999 – bereits seit 1995 permanent nach unten weisen, blieben im Jahr 2004 in konstanten Preisen erneut um 2,5% hinter dem Vorjahr zurück. Die realen Ausrüstungsinvestitionen stiegen dagegen im Jahr 2004 real um 1,2% und die sonstigen Anlageinvestitionen haben im Berichtsjahr nach den derzeitigen Schätzungen preisbereinigt um 2,4% über dem Vorjahr gelegen.

Die Berechnungen der Ausrüstungsinvestitionen nach der angewandten indirekten Güterstromrechnung (Commodity-Flow-Methode) können sich zum jetzigen, frühen Berichtszeitpunkt erst auf zwei Quartale mit weitgehend vollständigem Basismaterial (vor allem vierteljährliche Produktionsstatistik und nach Güterarten tief gegliederte monatliche Außenhandelsstatistik) stützen. Nach auf diesen Informationen aufbauenden Schätzungen verharrten die Ausgaben für Ausrüstungsinvestitionen im Jahr 2004 in jeweiligen Preisen etwa auf Vorjahresniveau (-0,1%). Bei einem geschätzten Preisrückgang um 1,2% ergibt sich ein realer Zuwachs um 1,2%. Am Verlaufsbild noch interner saisonbereinigter Quartalsergebnisse deutet sich in der zweiten Jah-

reshälfte 2004 ein leichter Anstieg bei den seit Ende 2001 rückläufigen Ausrüstungsinvestitionen an.

Der Rückgang der *Bauinvestitionen* in Deutschland hat sich im Jahr 2004 erneut abgeschwächt. Nachdem im Jahr 2003 nominal um 3,3% und real um 3,2% weniger in Bauten investiert wurde, lagen die Bauinvestitionen im Jahr 2004 mit 205,7 Mrd. Euro in jeweiligen Preisen um 1,2% unter dem Vorjahreswert. Bei um 1,3% gestiegenen Baupreisen sind die Bauinvestitionen real um 2,5% gesunken. Mit Ausnahme des Jahres 1999 geht die Baunachfrage seit nunmehr zehn Jahren zurück.

Die Nachfrage nach Wohnbauten schwächte sich im Jahr 2004 weiter ab, jedoch weniger deutlich als in den Jahren zuvor: In jeweiligen Preisen sank sie um 0,1%, in Preisen von 1995 um 1,4%. In den Jahren 2002 und 2003 waren die Investitionen in Wohnbauten real um 6 bzw. 2,7% zurückgegangen. Zu dieser Entwicklung dürfte auch die Diskussion um Änderungen bei der Regelung der Eigenheimzulage beigetragen haben.

Die Bauinvestitionen des Staates verringerten sich im Berichtsjahr preisbereinigt um 5,7%. Betrachtet man die Nachfrage des Staates nach neuen Bauten, also ohne die vom Staat per saldo getätigten Verkäufe von bebautem Land, dann betrug der Rückgang nur 4,3%. Im Jahr 2004 verkaufte der Staat per saldo mehr bebautes Land als im Jahr 2003.

Wie in der nachfolgenden Übersicht zu erkennen ist, fiel die Abschwächung der Baunachfrage im Jahr 2004 im früheren Bundesgebiet erneut moderater aus als in den neuen Ländern: In Preisen von 1995 verminderte sich die Baunachfrage im früheren Bundesgebiet um 1,6%, in den neuen Ländern um 6,0%.

Die nach dem ESVG 1995 (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) in den Investitionsbegriff einbezogenen *sonstigen Anlagen* erreichten im Berichtsjahr in jeweiligen Preisen eine Höhe von 24,7 Mrd.

Bauinvestitionen
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Jahr	Früheres Bundesgebiet		Neue Länder und Berlin-Ost	
	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995	in jeweiligen Preisen	in Preisen von 1995
1992	+10,0	+4,6	+57,9	+43,1
1993	+0,7	-2,8	+25,9	+19,7
1994	+3,2	+1,4	+28,0	+24,3
1995	-1,5	-3,5	+4,7	+2,4
1996	-3,8	-3,6	-1,9	-1,2
1997	-0,3	-0,2	-5,2	-4,4
1998	+2,2	+1,8	-9,8	-7,9
1999	+3,9	+4,1	-7,8	-5,8
2000	+1,0	+0,2	-11,8	-11,3
2001	-2,3	-2,5	-13,3	-12,5
2002	-4,7	-4,4	-11,0	-11,0
2003	-2,8	-2,6	-5,4	-6,0
2004	-0,6	-1,6	-4,3	-6,0

Euro, was einem Anteil von 6,5% an den Anlageinvestitionen entspricht. Davon entfielen knapp 80% auf EDV-Software (erworbene und selbsterstellte). Die verbleibenden gut 20% bestehen zu knapp vier Fünfteln aus Urheberrechten und zu etwa einem weiteren Fünftel aus Grundstücksübertragungskosten beim Verkauf unbebauter Grundstücke. Die konzeptionell darüber hinaus noch in den sonstigen Anlagen enthaltenen Suchbohrungen und Investitionen in Nutztiere und Nutzpflanzungen sind in Deutschland quantitativ nahezu vernachlässigbar. Der Gesamtbetrag der sonstigen Anlagen nahm gegenüber dem Vorjahr in jeweiligen Preisen nur geringfügig um 0,5% und preisbereinigt um 2,4% zu. Es ist darauf hinzuweisen, dass sich die Ermittlung der sonstigen Anlagen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen derzeit mangels zuverlässiger und vollständiger Basisstatistiken sehr wesentlich auf Schätzungen stützt.

Der *Außenbeitrag* im Waren- und Dienstleistungsverkehr (Exportüberschuss) betrug im Jahr 2004 in jeweiligen Preisen 116,8 Mrd. Euro nach 92,2 Mrd. Euro im Jahr 2003. Da der Anstieg des Exportüberschusses gegenüber dem Vorjahr stärker ausfiel als der des nominalen Bruttoinlandsprodukts, erhöhte sich der Anteil des Exportüberschusses am Bruttoinlandsprodukt auf 5,4% (nach 4,2% im Jahr 2003). Der Exportüberschuss ergab sich aus einem Anstieg der Exporte um 8,2% und einer schwächeren Zunahme der Importe um 5,6%. Dies war der höchste Außenbeitrag, der

bisher im vereinigten Deutschland verzeichnet wurde. Der Anstieg des Außenbeitrags 2004 insgesamt (24,6 Mrd. Euro) setzte sich aus einer Steigerung des Überschusses im Warenhandel um 24,8 Mrd. Euro auf 158,6 Mrd. Euro und einer leichten Erhöhung des traditionellen Defizits im Dienstleistungsverkehr um 0,2 Mrd. Euro auf -41,8 Mrd. Euro zusammen.

In konstanten Preisen stieg der Außenbeitrag 2004 um 23,7 Mrd. Euro auf 115,2 Mrd. Euro. Dieser Anstieg des realen Außenbeitrags beruht auf einer preisbereinigten Zunahme der Exporte um 8,2% und einer niedrigeren realen Zunahme der Importe um 5,7%. Die Exportpreise veränderten sich dabei gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich (-0,0%), ebenso die Importpreise (-0,1%). Die Terms of Trade blieben damit gegenüber dem Vorjahr praktisch unverändert.

Bei regionaler Betrachtung der Exporte – hier liegen Ergebnisse der Außenhandelsstatistik für Januar bis Oktober 2004 vor – stieg die nominale Warenausfuhr in die Länder der Europäischen Union (EU) um 10,2% im 10-Monats-Vergleich und die in Drittländer um 10,3%. Trotz des starken Euro stiegen die Exporte in die Vereinigten Staaten (+3,7%) und nach Japan (+7,8%). Überproportional erhöhte sich die Warenausfuhr nach China (+16,0%). Auch die Exporte in die zehn neuen EU-Mitgliedstaaten insgesamt erhöhten sich 2004 deutlich um 9%, wobei insbesondere die Warenausfuhr nach Polen mit 15% überproportional stark zunahm. Die nominale Wareneinfuhr aus den EU-Ländern nahm im 10-Monats-Vergleich um 6,8% zu. Etwas stärker stiegen die Importe von Waren aus Drittländern (+8,3%), wobei die Wareneinfuhr aus China (+25,0%) überproportional anstieg. Die Wareneinfuhr aus den 10 neuen EU-Mitgliedstaaten stieg dagegen mit 1,7% nur relativ verhalten.

Die regionale Betrachtung des nominalen Handelsüberschusses zeigt, dass dieser vor allem aus dem Warenverkehr mit den EU-Ländern resultiert; aber auch im Warenverkehr mit den Vereinigten Staaten besteht weiterhin ein merklicher Handelsüberschuss. Im Warenhandel mit den zehn neuen Mitgliedstaaten konnte ein Exportüberschuss erwirtschaftet werden, allerdings sind hierbei erhöhte Ungenauigkeiten wegen der Umstellung auf das europäische Intrastat-System zu beachten.

Tabelle 8: Exporte und Importe

Jahr	In jeweiligen Preisen							In Preisen von 1995						
	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)	Exporte			Importe			Außenbeitrag (Exporte minus Importe)
	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen		insgesamt	Waren	Dienstleistungen	insgesamt	Waren	Dienstleistungen	
Mrd. EUR														
2002	761,6	653,5	108,1	666,8	516,6	150,2	94,8	726,6	626,8	99,8	623,5	491,2	132,3	103,1
2003	769,3	663,5	105,8	677,1	529,8	147,3	92,2	740,0	643,3	96,8	648,5	519,8	128,7	91,5
2004	832,0	729,6	102,4	715,2	571,0	144,2	116,8	800,7	708,0	92,7	685,5	559,8	125,7	115,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr														
in %														
in Mrd. EUR														
2003	+1,0	+1,5	-2,1	+1,5	+2,6	-1,9	-2,6	+1,8	+2,6	-3,0	+4,0	+5,8	-2,7	-11,5
2004	+8,2	+10,0	-3,2	+5,6	+7,8	-2,1	+24,6	+8,2	+10,1	-4,2	+5,7	+7,7	-2,3	+23,7

3 Gesamtwirtschaftliche Einkommen und Vermögensbildung, Verteilung des Volkseinkommens

Das *Bruttonationaleinkommen* als umfassendste gesamtwirtschaftliche Einkommensgröße hatte im Berichtsjahr 2004 mit +2,6% gegenüber dem Vorjahr einen etwas höheren Zuwachs als das Bruttoinlandsprodukt (+2,3%) zu verzeichnen. Der Grund liegt in dem im Vergleich zum Vorjahr geringeren negativen *Saldo der Primäreinkommen* an die übrige Welt in Höhe von jetzt -9,4 Mrd. Euro (siehe Tabelle 9).

Wie die nachfolgende Übersicht zeigt, wird der Saldo der Primäreinkommen vor allem von den grenzüberschreitenden *Vermögenseinkommen* bestimmt. Während die vom Ausland empfangenen Vermögenseinkommen lediglich um -0,6% fielen, sind die an das Ausland geleisteten Vermögenseinkommen um -3,2% zurückgegangen. Die grenzüberschreitenden Vermögenseinkommen werden maßgeblich durch die Zinsströme, die Ausschüttungen aus Unternehmensbeteiligungen von Inländern im Ausland bzw. Ausländern im Inland und die reinvestierten Gewinne bestimmt. Der Rückgang der an das Ausland geleisteten Vermögenseinkommen ist vor allem durch die rückläufigen geleisteten Zinsen (-5,1%) bedingt. Auffallend ist daneben der Rückgang der an das Ausland geleisteten Produktions- und Importabgaben (-21,3%). Ursache hierfür sind die um 2 Mrd. Euro gesunkenen Zahlungen von Mehrwertsteuer-eigenmitteln an die Europäische Union.

den Transfers von und an die übrige Welt ist im Berichtsjahr mit -27,5 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr um rund 1,5 Mrd. Euro weiter in das Minus gerutscht. Hinter dieser Größe verbergen sich unter anderem die an die Europäische Union geleisteten Bruttonationaleinkommen- (früher Bruttosozialprodukt-)Eigenmittel, die gegenüber dem Vorjahr um 2 Mrd. Euro auf jetzt 14,9 Mrd. Euro anstiegen, weiterhin Rentenzahlungen an im Ausland lebende Deutsche sowie Heimatüberweisungen von in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern.

Das *verfügbare Einkommen* der gesamten Volkswirtschaft erreichte im Jahr 2004 einen Wert von gut 1819 Mrd. Euro, das waren 2,8% mehr als im Vorjahr. Die gesamten Konsumausgaben der Volkswirtschaft, die aus den Konsumausgaben der privaten Haushalte (+1,2%), des Staates (-0,4%) und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck (+1,4%) bestehen, erhöhten sich lediglich um 0,8% gegenüber dem Vorjahr, sodass das gesamtwirtschaftliche Sparen mit einem Plus von 33,6% beachtlich über dem Vorjahreswert lag. Das war der höchste Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Sparens seit der deutschen Vereinigung.

Die *Nettoinvestitionen*, das heißt die Bruttoinvestitionen minus der Abschreibungen, lagen mit 61,7 Mrd. Euro um 14,5% deutlich über dem Vorjahresniveau, waren aber verglichen mit rund 130 Mrd. Euro Ende der 1990er-Jahre noch immer vergleichsweise niedrig. Das gesamtwirtschaftliche Sparen war damit um 79,9 Mrd. Euro höher als die Nettoinvestitionen. Der Finanzierungsüberschuss gegenüber dem Ausland erhöhte sich auf 80,1 Mrd. Euro. Dieser positive Finanzierungssaldo setzt sich auf der einen Seite aus einem positiven Außenbeitrag (Exportüberschuss im Waren- und Dienstleistungsverkehr) in Höhe von 116,8 Mrd. Euro und auf der anderen Seite aus per saldo geleisteten Primäreinkommen (-9,4 Mrd. Euro), per saldo geleisteten laufenden Transfers (-27,5 Mrd. Euro) und den per saldo empfangenen Vermögenstransfers (0,2 Mrd. Euro) an die übrige Welt zusammen. Damit ergab sich im vierten Jahr in Folge ein positiver und zudem ansteigender Finanzierungssaldo gegenüber der übrigen Welt.

Grenzüberschreitende Primäreinkommen 2004

	Mrd. EUR	Veränderung gegenüber 2003 in %
Primäreinkommen aus der übrigen Welt ...	104,1	-0,5
Arbeitnehmerentgelt	5,0	+3,9
Vermögenseinkommen	92,7	-0,6
Subventionen	6,3	-3,2
Primäreinkommen an die übrige Welt	113,4	-4,4
Arbeitnehmerentgelt	4,9	-1,0
Vermögenseinkommen	102,1	-3,2
Produktions- und Importabgaben	6,5	-21,3

Das um die Abschreibungen (+1,1% gegenüber dem Vorjahr) verminderte Bruttonationaleinkommen ergibt das *Nettonationaleinkommen* (+2,8%). Der Saldo der laufen-

Im Vergleich zum Vorjahr legte das *Volkseinkommen*, das der Summe der Erwerbs- und Vermögenseinkommen der inländischen Wirtschaftseinheiten entspricht, im Jahr 2004 um 3,0% auf 1 616,4 Mrd. Euro zu (siehe Tabelle 10). Da der

Tabelle 9: Einkommen, Vermögensbildung, Transaktionen mit der übrigen Welt

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Primäreinkommen von der übrigen Welt (Saldo)	Bruttonationaleinkommen	Abschreibungen	Nettonationaleinkommen	Laufende Transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Verfügbares Einkommen	Konsumausgaben	Sparen	Vermögens-transfers von der übrigen Welt (Saldo)	Nettoinvestitionen	Finanzierungs-saldo	Nachrichtlich: Außenbeitrag
Mrd. EUR													
2002	2107,3	-19,2	2088,1	316,6	1771,5	-25,0	1746,5	1647,7	98,9	-0,4	48,2	50,3	94,8
2003	2128,2	-14,0	2114,2	318,3	1795,9	-26,1	1769,9	1663,8	106,0	0,3	53,9	52,4	92,2
2004	2178,2	-9,4	2168,8	321,9	1846,9	-27,5	1819,4	1677,8	141,6	0,2	61,7	80,1	116,8
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %													
2003	+1,0	X	+1,2	+0,5	+1,4	X	+1,3	+1,0	+7,2	X	+11,8	X	X
2004	+2,3	X	+2,6	+1,1	+2,8	X	+2,8	+0,8	+33,6	X	+14,5	X	X

Saldo aus den vom Staat empfangenen Produktions- und Importabgaben und den vom Staat gezahlten Subventionen – zur Berechnung des Volkseinkommens muss dieser Saldo vom Nettonationaleinkommen abgezogen werden – nur um 1,7% anstieg, erhöhte sich das Volkseinkommen etwas stärker als das Nettonationaleinkommen.

Tabelle 10: Verteilung des Volkseinkommens

Jahr	Nettonationaleinkommen	Produktions- und Importabgaben abzüglich Subventionen ¹⁾	Volkseinkommen			Nachrichtlich: Lohnquote (Spalte 4 in % von Spalte 3)
			insgesamt	Arbeitnehmerentgelt (Inländer)	Unternehmens- und Vermögenseinkommen	
	1	2	3	4	5	6
Mrd. EUR						
2002	1771,5	219,6	1551,9	1129,4	422,4	72,8
2003	1795,9	226,7	1569,3	1132,2	437,1	72,1
2004	1846,9	230,6	1616,4	1132,3	484,0	70,1
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
2003	+1,4	+3,2	+1,1	+0,2	+3,5	X
2004	+2,8	+1,7	+3,0	+0,0	+10,7	X

1) Vom Staat empfangene Abgaben bzw. vom Staat gezahlte Subventionen.

Das Arbeitnehmerentgelt stagnierte im Jahr 2004 nahezu (+0,0%) und stieg damit zum vierten Mal in Folge schwächer als im Jahr zuvor (2003: +0,2%; 2002: +0,8%; 2001: +2,0%; 2000: +3,9%). Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen nahmen im Berichtsjahr kräftig um 10,7% zu. Dieses Ergebnis kann sich allerdings bei der nächsten Überarbeitung noch deutlich ändern: Da die Unternehmens- und Vermögenseinkommen als Saldo aus dem Volkseinkommen und dem Arbeitnehmerentgelt berechnet werden, können vergleichsweise geringe Verschiebungen dieser Ausgangsgrößen zu nicht unerheblichen Änderungen der Wachstumsraten der Unternehmens- und Vermögenseinkommen führen.

Die Lohnquote – der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen – betrug im Berichtsjahr 70,1%, das entspricht einem Rückgang um 2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. Die Lohnquote zeigt den Anteil des Faktors Arbeit (ohne unternehmerische Tätigkeit) an den gesamten Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Demgegenüber beschreibt der auf die Unternehmens- und Vermögenseinkommen entfallende Teil der Erwerbs- und Vermögenseinkommen, in welchem Umfang der Produktionsfaktor Kapital (einschließlich der unternehmerischen Tätigkeit der Eigentümer) zum Volkseinkommen beigetragen hat. Aus der Lohnquote allein kann jedoch nicht unmittelbar auf die Einkommenssituation von Arbeitnehmerhaushalten geschlossen werden, weil diese auch Vermögenseinkommen, beispielsweise in Form von Zinsen und Dividenden, beziehen können.

Tabelle 11 stellt das Arbeitnehmerentgelt und seine Komponenten dar. Der Stagnation der Arbeitnehmerentgelte (+0,0%) im Jahr 2004 steht ein leichter Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter um 0,1% gegenüber. Der gleichzeitige

Tabelle 11: Arbeitnehmerentgelt (Inländer)

Jahr	Arbeitnehmerentgelt	Sozialbeiträge der Arbeitgeber ¹⁾	Bruttolöhne und -gehälter	Abzüge der Arbeitnehmer			Nettolöhne und -gehälter
				insgesamt	Sozialbeiträge	Lohnsteuer ²⁾	
Mrd. EUR							
2002	1129,4	218,2	911,2	315,9	145,6	170,4	595,3
2003	1132,2	222,4	909,8	319,3	148,7	170,6	590,5
2004	1132,3	221,6	910,7	310,5	149,6	160,9	600,2
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %							
2003	+0,2	+1,9	-0,2	+1,1	+2,1	+0,1	-0,8
2004	+0,0	-0,3	+0,1	-2,8	+0,7	-5,7	+1,6

1) Tatsächliche und unterstellte Sozialbeiträge. Zu den unterstellten Sozialbeiträgen gehören insbesondere Beiträge für die Altersversorgung der Beamten u. Ä. – 2) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen.

Rückgang der Sozialbeiträge der Arbeitgeber um 0,3% ist insbesondere auf den Rückgang der unterstellten Sozialbeiträge zurückzuführen. Da sich die unterstellten Sozialbeiträge weitgehend an der geleisteten Beamtenbesoldung orientieren, wirken sich an dieser Stelle der Rückgang der Zahl der Beamten sowie die Kürzungen bei ihren Sonderzahlungen aus. Die Bruttolöhne und -gehälter summieren sich im Jahr 2004 auf 910,7 Mrd. Euro. Der leichte Anstieg (+0,1%) resultiert aus einer gegenüber dem Vorjahr nahezu unveränderten Arbeitnehmerzahl (+0,0%) bei gleichzeitigem Anstieg der Durchschnittsverdienste (Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer) um 0,1%. Der im Vergleich zur Tariflohnentwicklung äußerst moderate Anstieg der Durchschnittsverdienste ist vor allem auf den deutlichen Zuwachs der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse mit entsprechend sehr niedrigen Durchschnittsverdiensten zurückzuführen. Die auf freiwilliger Basis bereits eingeführten Arbeitsgelegenheiten, so genannte „1-Euro-Jobs“, wirken in dieselbe Richtung. Im Jahr 2004 konnten sie aufgrund ihrer geringen Zahl jedoch noch keinen spürbaren Einfluss auf die Durchschnittsverdienste ausüben. Der im Vergleich zu den Bruttolöhnen und -gehältern stärkere Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer (+0,7%) ergibt sich aus der zunehmenden privaten Altersvorsorge. Während die Zahl der so genannten Riester-Verträge sich gegenüber dem Jahr 2003 nur unwesentlich verändert hat, sorgte die Verdoppelung der Mindesteigenbeiträge für eine deutliche Steigerung des Beitragsaufkommens. Die wachsende Beteiligung der Arbeitnehmer an der betrieblichen Altersversorgung, namentlich durch eine vermehrte Entgeltumwandlung, trug ebenfalls zum Anstieg der Arbeitnehmersozialbeiträge bei.

Zieht man von den Bruttolöhnen und -gehältern die Sozialbeiträge der Arbeitnehmer und die im Lohnabzugsverfahren abgeführte Lohnsteuer ab, verbleiben die Nettolöhne und -gehälter. Die Nettolöhne und -gehälter nahmen 2004 um 1,6% auf 600,2 Mrd. Euro zu. Diese Zunahme ist auf den Rückgang bei der gezahlten Lohnsteuer – um 5,7% auf 160,9 Mrd. Euro – zurückzuführen, der den vergleichsweise leichten Anstieg der Sozialbeiträge der Arbeitnehmer (+0,7%) bei weitem ausgleicht. Der Rückgang bei der gezahlten Lohnsteuer ergibt sich im Wesentlichen durch die Einkommensteuerreform.

4 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte und seine Verwendung

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte war mit 1407,7 Mrd. Euro im Jahr 2004 um 1,3% höher als im Vorjahr (siehe Tabelle 12). Dies war der größte Anstieg in den letzten drei Jahren. Verglichen mit durchschnittlich 3,4% jährlichem Wachstum in den 1990er-Jahren war der Zuwachs allerdings gering. Bereinigt um den Preisanstieg für die Konsumausgaben der privaten Haushalte (+ 1,5%) gingen die real verfügbaren Einkommen privater Haushalte gegenüber dem Vorjahr leicht zurück.

Die Nettolohn- und -gehaltsumme lag im Jahr 2004 um 1,6% über dem Vorjahresniveau. Zwar stellen die Nettolöhne und -gehälter mit einem Anteil von 42,6% im Berichtsjahr nach wie vor die größte Komponente des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte dar, aber Anfang der 1990er-Jahre machten die Nettolöhne und -gehälter noch rund 49% des verfügbaren Einkommens privater Haushalte aus.

Der Anstieg des verfügbaren Einkommens privater Haushalte ist neben den gestiegenen Nettolöhnen und -gehältern vor allem auf die empfangenen Unternehmens- und Vermögenseinkommen zurückzuführen. So haben sich der Betriebsüberschuss bzw. die Selbstständigeneinkommen und die per saldo empfangenen Vermögenseinkommen – vor Abzug der direkten Steuern – zusammen um 1,7% erhöht.

Die von den privaten Haushalten empfangenen monetären Sozialleistungen (vor Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen) stiegen im Jahr 2004 lediglich um 1,0%. Während die Geldleistungen aus den gesetzlichen Sozialversicherungen, die knapp 65% der monetären Sozialleistungen ausmachen, leicht rückläufig waren (-0,4%), haben sich vor allem die sozialen Geldleistungen der Gebietskörperschaften deutlich erhöht (+ 5,7%). Zu den sozialen Geld-

leistungen der Gebietskörperschaften zählen unter anderem die Sozialhilfe, das Kindergeld und das Wohngeld sowie Zahlungen im Rahmen der Arbeitslosenhilfe (siehe Kapitel 5). Daneben stiegen die Sozialleistungen der Arbeitgeber und die aus privaten Sicherungssystemen im Vergleich zum Vorjahr um 1,5%. Zu ihnen gehören unter anderem Betriebsrenten, Leistungen von Versorgungswerken der Selbstständigen sowie die Pensionszahlungen öffentlicher Arbeitgeber.

Verglichen mit den Sozialleistungen haben sich die Abgaben auf Sozialleistungen im Jahr 2004 überproportional (+ 5,5%) erhöht, sodass die per saldo empfangenen monetären Sozialleistungen nur um 0,1% höher waren als vor Jahresfrist. Ursache hierfür sind insbesondere die gestiegenen Beiträge der Rentner zur Kranken- und Pflegeversicherung durch die volle Einbeziehung betrieblicher Altersversorgungssysteme in die Bemessungsgrundlage und die Zahlung des vollen Beitrages zur Pflegeversicherung. Zu den Abgaben auf Sozialleistungen zählen ferner die Sozialbeiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, das sind beispielsweise Beiträge der Arbeitslosenversicherung für Arbeitslose und Beiträge der Rentenversicherung für Rentner an die gesetzliche Krankenversicherung sowie die Lohnsteuer auf Pensionen.

Der ebenfalls von den empfangenen Einkommen abzuziehende Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers ist im Vorjahresvergleich nahezu unverändert (41,6 Mrd. Euro). Dieser Saldo beinhaltet die von privaten Haushalten geleistete veranlagte Einkommensteuer – die Lohnsteuer der Arbeitnehmer wird bereits bei der Berechnung der Nettolöhne und -gehälter abgesetzt bzw. die Lohnsteuer auf Pensionen den Abgaben auf Sozialleistungen zugerechnet – und die nichtveranlagten Steuern vom Ertrag, wie die Kapitalertrag- und die Zinsabschlagsteuer. In den Saldo fließen darüber hinaus die Sozialbeiträge der Selbstständigen, die Übertragungen privater Haushalte an und aus der übrigen Welt sowie der Saldo aus geleisteten Nettoprämien für Schadensversicherungen und den empfangenen Schadensversicherungsleistungen ein.

Tabelle 12: Zusammensetzung und Verwendung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte¹⁾

Jahr	Nettolöhne und -gehälter	Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen	Monetäre Sozialleistungen	Abzüglich		Verfügbares Einkommen	Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	Private Konsumausgaben	Sparen (Sp. 6 + 7 - 8)	Nachrichtlich: Sparquote (Sp. 9 in % von Sp. 6 + 7)
				Abgaben auf Sozialleistungen ²⁾	Saldo der geleisteten und empfangenen sonstigen laufenden Transfers ³⁾					
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
	Mrd. EUR									
2002	595,3	456,3	439,5	68,7	49,7	1 372,7	15,8	1 242,2	146,2	10,5
2003	590,5	460,8	450,8	70,7	41,7	1 389,8	16,6	1 255,3	151,1	10,7
2004	600,2	468,5	455,2	74,6	41,6	1 407,7	18,4	1 271,0	155,1	10,9
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr									
	in %			in Mrd. EUR			in %			
2003	-0,8	+1,0	+2,6	+2,9	-8,0	+1,2	+5,5	+1,1	+3,3	X
2004	+1,6	+1,7	+1,0	+5,5	-0,0	+1,3	+10,6	+1,3	+2,6	X

1) Einschl. privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Dazu zählen vor allem Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, Eigenbeiträge der Empfänger sozialer Leistungen, Lohnsteuer auf Pensionen. – 3) Dazu zählen vor allem die veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Vermögensteuer, geleistete Nettoprämien für Schadensversicherungen, Transfers an die übrige Welt, empfangene Schadensversicherungsleistungen.

Tabelle 12 zeigt ferner die Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf *Konsum und Sparen*. Mit einem Anstieg von 1,3% haben die Konsumausgaben der privaten Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck im Berichtsjahr in gleichem Ausmaß zugenommen wie das verfügbare Einkommen. Von 1992 bis 2000 hatten die privaten Konsumausgaben in allen Jahren stärker zugenommen als das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. In den Jahren 2001 bis 2003 hatte sich dieses Verhältnis umgekehrt, und die Kaufzurückhaltung der privaten Haushalte trug zu der schwachen Wirtschaftsentwicklung bei. Die Erhöhung der Sparquote im Jahr 2004 auf 10,9% (2003: 10,7%) ist allein auf die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche (+10,6%) und nicht auf ein erhöhtes Sparen aus dem verfügbaren Einkommen zurückzuführen. Gemäß dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995) schließt das Sparen privater Haushalte die betrieblichen Versorgungsansprüche mit ein, und die Sparquote ist einschließlich dieser Größe zu ermitteln. Zum Anstieg der betrieblichen Versorgungsansprüche in den letzten Jahren haben auch die Anlagen im Rahmen der so genannten Riester-Rente und die Entgeltumwandlung als Teil der betrieblichen Altersvorsorge beigetragen.

5 Einnahmen und Ausgaben des Staates

Nach vorläufigen Berechnungen verzeichnete der Staat im Jahr 2004 ein *Finanzierungsdefizit* in Höhe von 84,5 Mrd. Euro, nach einem Defizit von 81,3 Mrd. Euro im Vorjahr. Die Zunahme des Defizits ergab sich aus einem stärkeren Rückgang der Einnahmen (-0,6%) im Vergleich zu dem der Ausgaben (-0,2%). Zum Defizit des Staates trugen Defizite des Bundes von 53,7 Mrd. Euro und der Länder von 31,2 Mrd. Euro bei. Die Sozialversicherung hatte insgesamt einen nahezu ausgeglichenen Finanzierungssaldo (-0,1 Mrd. Euro), während die Gemeinden mit 0,6 Mrd. Euro einen leichten Überschuss aufwiesen. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt betrug das Staatsdefizit im Berichtsjahr 3,9%. Die Quote lag damit über dem im Protokoll zum Maastrichtvertrag genannten Referenzwert von 3% des Bruttoinlandsprodukts.

Im Jahr 2004 hatte der Staat insgesamt *Einnahmen* in Höhe von 952,1 Mrd. Euro; das waren 0,6% weniger als im Vorjahr. Bei den Steuern (-0,1%), die rund die Hälfte der Einnahmen ausmachen, erhöhte sich das Aufkommen an Produktions- und Importabgaben zwar um 1,2%, dagegen verringerte sich das an Einkommensteuern um 1,7%. Mehr nahm der Staat im Berichtsjahr an Sozialbeiträgen (+0,4%) und an Vermögenstransfers (+8,5%) ein. Geringere Einnahmen als im Vorjahr hatte der Staat dagegen aus Verkäufen (-1,4%), sonstigen laufenden Transfers (-6,2%) sowie Vermögenseinkommen (-36,7%), letztere vor allem aufgrund der gegenüber dem Vorjahr deutlich geringeren Gewinnausschüttung der Deutschen Bundesbank an den Bund (250 Mill. Euro).

Die *Ausgaben* des Staates (1 036,6 Mrd. Euro) gingen 2004 um 0,2% gegenüber dem Vorjahr zurück. Aufgeteilt nach

Tabelle 13: Einnahmen und Ausgaben des Staates

Gegenstand der Nachweisung	2002	2003	2004	Veränderung 2004 gegenüber 2003
	Mrd. EUR			%
Einnahmen	949,8	957,5	952,1	-0,6
Verkäufe aus Markt- und Nichtmarktproduktion (einschl. Produktion für die Eigenverwendung) ..	40,6	40,5	40,0	-1,4
Sonstige Subventionen ..	0,8	0,6	0,5	-16,1
Vermögenseinkommen ..	17,5	15,0	9,5	-36,7
Steuern	477,6	481,6	480,9	-0,1
Sozialbeiträge	389,3	394,8	396,5	+0,4
Sonstige laufende				
Transfers	15,3	16,2	15,2	-6,2
Vermögenstransfers	8,7	8,8	9,5	+8,5
- Ausgaben	1027,2	1038,9	1036,6	-0,2
Vorleistungen	84,5	83,9	85,2	+1,5
Arbeitnehmerentgelt	168,0	167,9	165,9	-1,2
Sonstige				
Produktionsabgaben ..	0,1	0,1	0,1	0,0
Vermögenseinkommen ..	66,0	66,7	67,0	+0,4
Subventionen	30,9	28,9	28,1	-3,0
Soziale Sachleistungen ..	163,5	167,3	165,5	-1,1
Monetäre				
Sozialleistungen	409,6	419,8	423,9	+1,0
Sonstige laufende				
Transfers	35,6	38,2	39,4	+3,1
Vermögenstransfers	34,7	35,6	33,2	-6,9
Bruttoinvestitionen	35,9	31,9	30,2	-5,4
Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern	-1,4	-1,4	-1,7	X
= Finanzierungssaldo	-77,5	-81,3	-84,5	X

Ausgabearten erhöhten sich die Käufe an Vorleistungsgütern um 1,5%, während die Aufwendungen für das Arbeitnehmerentgelt um 1,2% abnahmen. Die sozialen Sachleistungen waren – vor allem als Folge der Gesundheitsreform – um 1,1% gegenüber 2003 rückläufig. Als wichtigste Leistungsart der monetären Sozialleistungen an private Haushalte (+1,0%) wurden 0,7% mehr an Renten gezahlt. Die Geldleistungen der Arbeitslosenversicherung (-3,5%) waren insbesondere aufgrund der Entwicklung des Arbeitslosengeldes und des Unterhaltsgeldes niedriger als im Vorjahr. Dagegen nahmen die Ausgaben für Arbeitslosenhilfe (+12,4%), die sich an das Arbeitslosengeld (-1,4%) anschließt, kräftig zu. Deutlich erhöhten sich auch die Aufwendungen für die Geldleistungen der Sozialhilfe (+9,7%). Die Ausgaben für Kindergeld (+0,1%) stagnierten dagegen nahezu. Unter den übrigen Ausgaben des Staates nahmen die sonstigen laufenden Transfers (+3,1%) und die geleisteten Zinsen (+0,4%) zu. Rückläufig waren dagegen die Aufwendungen für Vermögenstransfers (-6,9%), für Subventionen (-3,0%) sowie für Investitionen (-5,4%). [\[U\]](#)

Dipl.-Sozialwissenschaftlerin Manuela Nöthen

Von der „traditionellen Familie“ zu „neuen Lebensformen“

Neuerungen in der Familienberichterstattung des Mikrozensus

Mit der Einführung der Unterjährigkeit im Jahr 2005 wird im Mikrozensus auch die Haushalts- und insbesondere die Familienstatistik auf ein neues Konzept umgestellt.¹⁾ Kernstück der diesbezüglichen Neuerungen ist der Übergang vom „traditionellen Familienkonzept“ des bis 2004 durchgeführten jährlichen Mikrozensus auf das „Lebensformenkonzept“ im unterjährigen Mikrozensus ab 2005. Im Zentrum steht dabei die Integration der „alternativen“ oder auch „nicht-konventionellen Lebensformen“, wie „Singles“ oder nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, in die laufende Berichterstattung. Ein Teil der damit verbundenen Änderungen ist in Form des Veröffentlichungsprogramms ab 2005 direkt für Außenstehende wahrnehmbar. Ein anderer aber, nicht unwesentlicher Teil – der die Datenaufbereitung und -auswertung betrifft – findet intern in den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder, also „hinter der Bühne“, statt und bedarf daher einer besonderen Erläuterung. In einem früheren Aufsatz wurde bereits der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus beleuchtet.²⁾ Dieser Aufsatz verdeutlicht die Notwendigkeit einer Neukonzeption und gab einen Überblick über die durch den Umstieg zu erwartenden Anforderungen. Der vorliegende Beitrag konzentriert sich auf die wichtigsten Neuerungen in der Familienstatistik ab 2005 und den Stand der Arbeiten. Abgerundet wird er durch die Veröffentlichung wesentlicher Eckdaten zu den Lebensformen der Bevölkerung auf der Grundlage des „Lebensformenkonzeptes“.

Vorbemerkung

Essenziell für das Verständnis der Familienbetrachtung im Mikrozensus ist die Tatsache, dass diese Erhebung eine lange Historie – beginnend mit dem Jahr 1957 – besitzt, die gleichzeitig durch eine hohe Kontinuität in der Berichterstattung gekennzeichnet ist.³⁾ So sind im Laufe der Jahre und Jahrzehnte neue Bedürfnisse nach Informationen – etwa zu „Singles“⁴⁾, zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“⁵⁾ und zu nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften – entstanden, die früher nicht oder nur von peripherer Bedeutung waren. Gleichzeitig hat sich das Verständnis von dem, was schon lange Bestandteil des Mikrozensus ist, zum Beispiel davon, wer aus amtlicher bzw. statistischer Sicht zu einer Familie zählt, immer wieder verändert. Das hat einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Inhalte der Erhebung ausgeübt. Beispielsweise wurde der Nachweis nichtehelicher Lebensgemeinschaften erst in den 1980er-Jahren zur Ergänzung der traditionellen Familienbetrachtung eingeführt. Anfänglich auf Schätzungen bestimmter Haushaltskonstellationen beruhend, hat man den Nachweis der Lebensgemeinschaften schließlich in den 1990er-Jahren auf Grundlage eines Fragekonzeptes reformiert.⁶⁾

Einen Überblick über den zeitlichen Ablauf der seit 2002 erfolgten Schritte zur Umsetzung des „Lebensformen-

1) Zum unterjährigen Mikrozensus ab 2005 siehe Lotze, S./Breiholz, H.: „Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 1)“ in WiSta 5/2002, S. 359 ff. sowie Lotze, S./Breiholz, H.: „Zum neuen Erhebungsdesign des Mikrozensus (Teil 2)“ in WiSta 6/2002, S. 454 ff.

2) Siehe Heidenreich, H.-J./Nöthen, M.: „Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus“ in WiSta 1/2002, S. 26 ff.

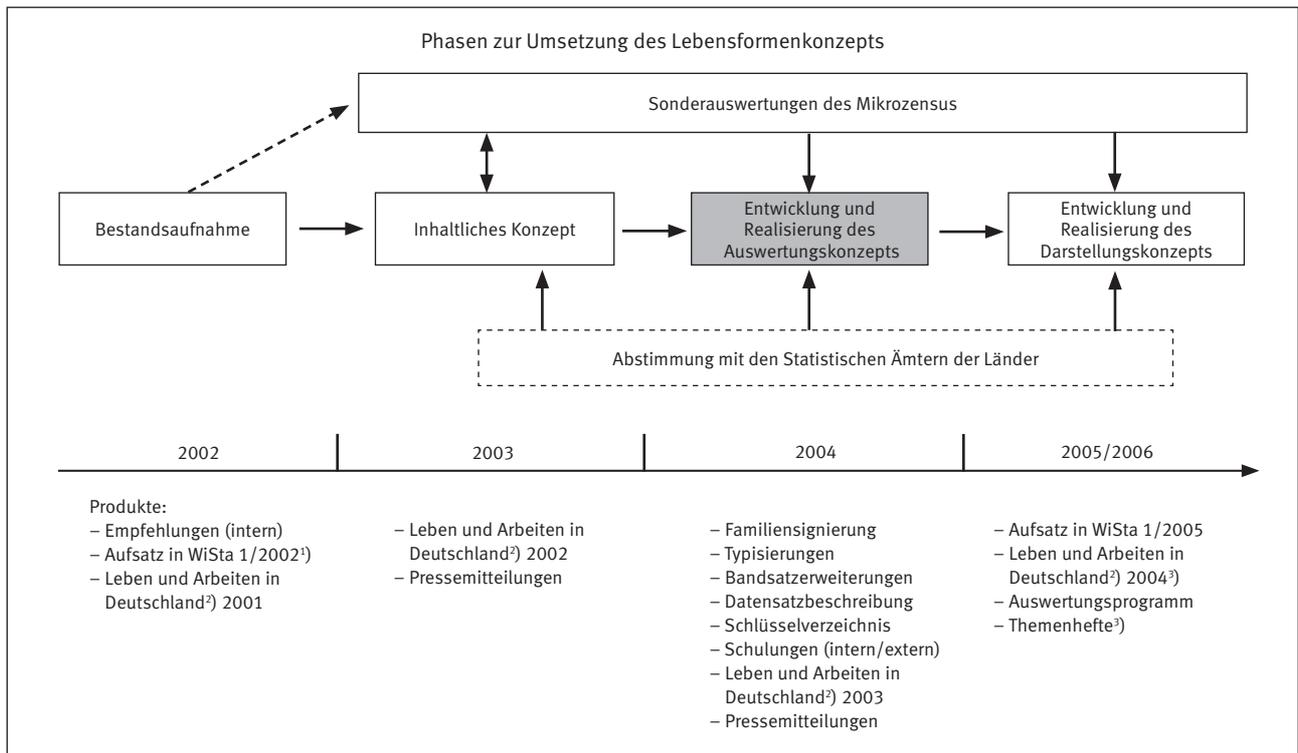
3) Zu weiteren Informationen über die Geschichte und Inhalte des Mikrozensus siehe auch Emmerling, D./Riede, T.: „40 Jahre Mikrozensus“ in WiSta 3/1997, S. 160 ff.

4) Siehe hierzu Pöschl, H.: „Singles – Versuch einer Beschreibung“ in WiSta 10/1990, S. 703 ff.

5) Siehe hierzu Zahn, R.: „Die Erwerbsbeteiligung im Familienzusammenhang und ausgewählte Einflussfaktoren“ in WiSta 1/1999, S. 28 ff.

6) Siehe hierzu Niemeyer, F.: „Nichteheliche Lebensgemeinschaften und Ehepaare – Formen der Partnerschaft gestern und heute“ in WiSta 7/1994, S. 504 ff.

Schaubild 1



1) Heidenreich, H.-J./Nöthen, M.: „Der Wandel der Lebensformen im Spiegel des Mikrozensus“ in WiSta 1/2002, S. 26 ff. – 2) Jährliche Pressebroschüre mit den jeweils aktuellen Ergebnissen des Mikrozensus. – 3) Veröffentlichung vorgesehen.

konzeptes“ sowie die damit verbundenen Produkte gibt Schaubild 1. Demnach existieren zu den Lebensformen der Bevölkerung nach dem neuen Konzept bereits ausgewählte Veröffentlichungen, die bislang auf Sonderauswertungen des Mikrozensus basieren.⁷⁾ Die Umsetzung des Lebensformenkonzeptes im Standardauswertungs- und Veröffentlichungsprogramm des Mikrozensus erfolgt im Rahmen der Veröffentlichung von Ergebnissen zum unterjährigen Mikrozensus ab 2005. Bei der internen Vorbereitung, wie der Erstellung von Bandsatzerweiterungen und Typisierungen für die Lebensformtypologien, hat das Statistische Bundesamt eng mit den Statistischen Ämtern der Länder zusammengearbeitet und das Konzept mit Fachleuten aus Politik und Wissenschaft diskutiert. Ziel war, aktuelle Informationen zu den privaten Lebensformen nutzerorientiert, kundenfreundlich und für die Öffentlichkeit leicht zugänglich aufzubereiten und in die bestehende Berichterstattung zu integrieren. Als konkretes „Endprodukt“ entsteht für den Mikrozensus ein neues Standardauswertungsprogramm, das das bisherige Tabellenprogramm des jährlichen Mikrozensus auf Grundlage des „traditionellen Familienkonzeptes“ ablöst und gleichzeitig – angesichts der zu erwartenden methodischen Brüche – die Kontinuität in den Zeitreihen auch im unterjährigen Mikrozensus ab 2005 sicherstellt.

Betrachtungsebenen im Mikrozensus

Obwohl der Mikrozensus als Haushaltsstichprobe konzipiert wurde, liefern seine Ergebnisse weitaus umfangreichere Informationen zu den Lebens- und Arbeitsverhältnissen der Bevölkerung in Deutschland als reine Haushaltsmerkmale. Das hängt insbesondere mit der Gestaltung des Mikrozensus als Mehrzweckstichprobe, also mit seinen Inhalten, zusammen, die für alle Personen im Haushalt erfragt werden. So werden im Grundprogramm ab 2005 Angaben zu den Lebens- und Familienformen, zum Migrationshintergrund, zum Lebensunterhalt und Einkommen, zur Erwerbslosigkeit und Arbeitssuche, zur (früheren) Erwerbstätigkeit und zur (Aus- und Weiter-)Bildung erhoben. Die jährlich wechselnden Zusatzprogramme beziehen sich u. a. auf Themenfelder wie die private und betriebliche Altersvorsorge.⁸⁾ Dieses breit gefächerte Merkmalspektrum macht die Kombination einer Vielzahl von Themenbereichen möglich (siehe Schaubild 2).

Gleichzeitig – und das ist ein zweites Charakteristikum der Mehrzweckstichprobe „Mikrozensus“ – sind die Informa-

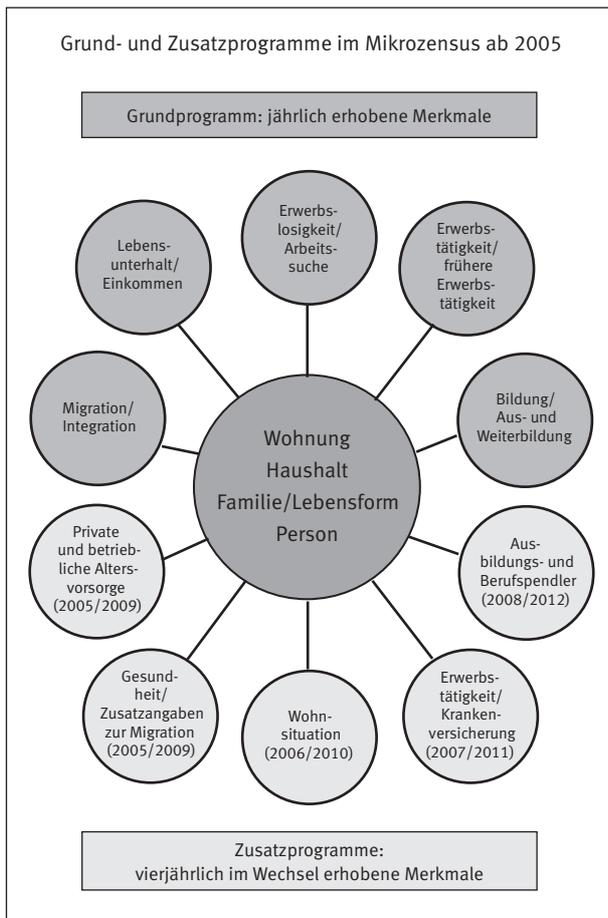
7) Siehe dazu Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2001“, Wiesbaden 2002, sowie Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2002“, Wiesbaden 2003 und Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2003“, Wiesbaden 2004. Diese Publikationen stehen im Internet zum kostenlosen Download bereit unter http://www.destatis.de/themen/d/thm_mikrozen.php.

8) Zu den Inhalten des Mikrozensus ab 2005 siehe das Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350). Darüber hinaus ist die Europäische Arbeitskräfteerhebung einschließlich der jährlich wechselnden Ad-hoc-Module integraler Bestandteil der Erhebung. Von besonderem familiensoziologischen Interesse ist dabei das für 2005 vorgesehene Ad-hoc-Modul zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

tionen, die in der Datenerhebung gesammelt werden, auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt. Das sind

1. die Wohnungsebene,
2. die Haushaltsebene,
3. die Familien- und Lebensformenebene und
4. die Personenebene (siehe auch Schaubild 2).

Schaubild 2



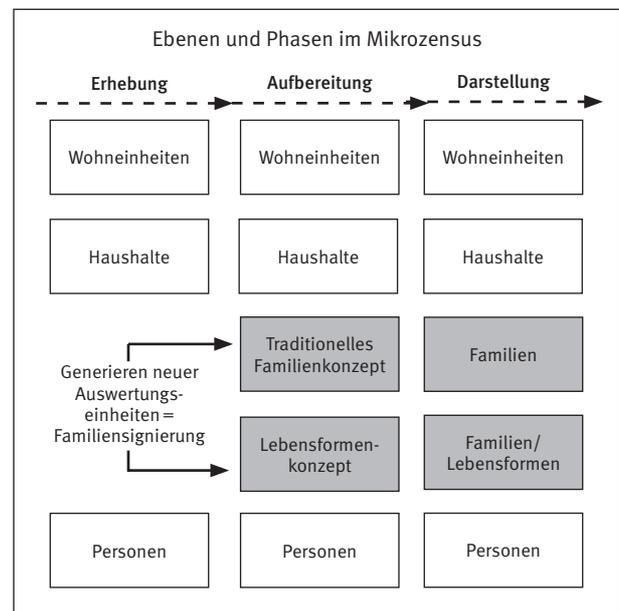
Prinzipiell verfolgen diese Betrachtungsebenen verschiedene Zwecke und setzen inhaltlich unterschiedliche Schwerpunkte: So dient zum Beispiel die Haushaltsebene primär zur Beantwortung von Fragen, die den Haushalt als Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft begreifen. Auf Familien- bzw. Lebensformenebene stehen dagegen die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander im Mittelpunkt des Interesses.

Mit Blick auf eine technisch möglichst einfache und rasche Auswertung der Informationen werden im Rahmen der

Datenaufbereitung entlang den vier Ebenen eindeutig abgegrenzte, homogene Auszähleinheiten gebildet. Solche Einheiten sind Wohnungen, Haushalte, Personen und – auf Familien- und Lebensformenebene – Einheiten wie Familien oder sonstige Lebensformen, zum Beispiel Paare ohne Kinder. Auch wenn diese Einheiten unter Umständen identisch sein können (etwa dadurch, dass Haushalt und Familie deckungsgleich sind), sind sie dennoch unterschiedlich definiert und zusammengesetzt: So kann eine Wohnung prinzipiell von mehreren Haushalten bewohnt werden und ein Haushalt verschiedene Familien beherbergen. Eine Person kann dabei nur einmal Mitglied einer Familie, aber gleichzeitig [sofern sie über einen Haupt- und Nebenwohnsitz(e) verfügt] Mitglied mehrerer Haushalte sein.

Einen schematischen Überblick über den „Verarbeitungsprozess“ der Informationen zum Zusammenleben – von der Datenerhebung über die Datenaufbereitung und -auswertung bis zur Ergebnispräsentation – gibt Schaubild 3: In der ersten Phase, der Datenerhebung, sammeln die Interviewer und Interviewerinnen nach vorgegebenen Definitionen und Regeln⁹⁾ Informationen zu den *Erhebungseinheiten* „Wohnung“¹⁰⁾, „Haushalt“¹¹⁾ und „Person“. Im Anschluss werden im Rahmen der Datenaufbereitung *Auszähleinheiten* gebildet, zu denen die gewünschten Auswertungen vorgenommen werden können.

Schaubild 3



Auch wenn auf Familien- und Lebensformenebene vergleichbare Erhebungseinheiten fehlen, ist es dennoch möglich, den Mikrozensus familienstatistisch zu nutzen. Dazu

9) Siehe dazu auch Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.): „Handbuch für Interviewerinnen und Interviewer des Mikrozensus“, Wiesbaden 2004.

10) Als Wohneinheiten gelten im Mikrozensus nach außen abgeschlossene, zu Wohnzwecken bestimmte, in der Regel zusammenliegende Räume in Wohn- und sonstigen Gebäuden mit Wohnraum, die die Führung eines eigenen Haushalts ermöglichen. Sie weisen einen eigenen Eingang unmittelbar vom Treppenhaus, von einem Vorraum oder von außen auf. Dabei ist gleichgültig, ob in der Wohneinheit ein oder mehrere Haushalte untergebracht sind oder ob die Wohneinheit leer steht bzw. eine Freizeitwohneinheit ist. Mehrere Wohneinheiten in einem Gebäude, die von nur einem Haushalt genutzt werden, zählen als eine Wohneinheit.

11) Haushalte werden im Mikrozensus gemäß dem so genannten Haushaltseinheiten-Konzept (household unit concept) abgegrenzt. Kriterien zur Identifizierung eines Haushalts sind das gemeinsame Wohnen und Wirtschaften: „Einen Haushalt bilden alle Personen, die gemeinsam wohnen und wirtschaften. Wer allein wirtschaftet, bildet einen eigenen Haushalt. Personen mit mehreren Wohnungen werden in jeder ausgewählten Wohnung einem Haushalt zugeordnet“ (§ 2 des Mikrozensusgesetzes, a. a. O.).

generiert man nachträglich – also ex post – durch Zusammenfassungen von Personen und anhand der gegebenen Erhebungsmerkmale entsprechende Auswertungseinheiten. Dieses Verfahren wird als Familiensignierung bezeichnet. Ab dem Jahr 2005 wird zur weiteren Verbesserung der Datenqualität mit der so genannten automatischen Familiensignierung ein standardisiertes Verfahren eingeführt. Die Familiensignierung erfolgt dann mittels des für die Datenerfassung eingesetzten Softwareprogramms „Blaise“. Dieses Vorgehen ersetzt die bisher „per Hand“ durchgeführte Familiensignierung in den Statistischen Ämtern der Länder. Die Einheiten, die künftig mithilfe der automatischen Familiensignierung generiert werden, erlauben sowohl die Auswertung nach dem „Lebensformenkonzept“ als auch nach dem bisherigen „traditionellen Familienkonzept“. Im Gegensatz zu früher stellt die Betrachtung nach dem Lebensformenkonzept den im Auswertungsprogramm und in den Ergebnisveröffentlichungen vorgesehenen Standardfall da. Dennoch sind Analysen nach dem bisherigen traditionellen Familienkonzept weiterhin möglich, fallen mit dem Mikrozensus ab 2005 aber in den Bereich der Sonderauswertungen für methodische Zwecke.

Mithilfe der einmal fixierten Auswertungseinheiten werden anschließend die gewünschten Auswertungen vorgenommen und *Darstellungseinheiten* für die Präsentationsphase bestimmt. So können nicht nur Familien, sondern zum Beispiel auch einzelne Familientypen, wie „Ehepaar mit Kind(ern)“ oder sonstige Lebensformen wie „Allein Stehende“ als Darstellungseinheiten fungieren.

Bevölkerungsbegriffe im Mikrozensus

Der Mikrozensus ist eine laufende Repräsentativstatistik, bei der – auch mit Übergang auf die unterjährige Erhebung – nach wie vor 1% der Grundgesamtheit „Wohnberechtigte Bevölkerung“ zufällig ausgewählt und befragt wird. Zu dieser zählen Personen in Privathaushalten wie in Gemeinschaftsunterkünften (z.B. Alten- oder Kinderheimen), an ihrem Haupt- wie an einem Nebenwohnsitz. Je nach Fragestellung steht im Mikrozensus eine bestimmte Betrachtungsebene – Wohnungs-, Haushalts-, Familien- und Lebensformen- oder Personenebene – im Mittelpunkt der Analyse. Aus dem Blickwinkel der verschiedenen Betrachtungsebenen rückt jeweils eine bestimmte Bevölkerungsgruppe aus der Grundgesamtheit „Wohnberechtigte Bevölkerung“ in den Fokus. Dabei ist im unterjährigen Mikrozensus ab 2005 prinzipiell zwischen fünf Teilmassen der wohnberechtigten Bevölkerung, den so genannten Bevölkerungsbegriffen, zu differenzieren. Diese unterscheiden sich im Wesentlichen durch

1. den Einbezug der Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften und
2. den Einbezug der Bevölkerung am Nebenwohnsitz.

Tabelle 1: Wohnberechtigte Bevölkerung im Mai 2003 nach Wohnsitz und Art der Unterkunft
Ergebnis des Mikrozensus
1 000

Art der Unterkunft	Hauptwohnsitz	Nebenwohnsitz	Insgesamt
Bevölkerung in Privathaushalten	81 734	1 158	82 892 ²⁾
Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften .	767	32	798
Insgesamt ...	82 501 ¹⁾	1 190	83 691

1) Eckzahl für die Erwerbsbetrachtung. – 2) Eckzahl für die Haushaltsbetrachtung.

Prinzipiell ist es auf der Betrachtungsebene Haushalte, zum Beispiel zur Beobachtung der Inanspruchnahme von Wohnraum und Infrastruktureinrichtungen, sinnvoll, Personen mit mehreren Wohnsitz(en) auch mehrfach zu berücksichtigen. Die so abgegrenzte Bevölkerungsmasse wird von der „Wohnberechtigten Bevölkerung“ abgeleitet und blendet die Bevölkerung in Gemeinschaftsunterkünften aus der Betrachtung aus. Sie wird als „Bevölkerung in Privathaushalten“ bezeichnet und bildet die Grundlage für alle Auswertungen mit Bezug zu (Privat-) Haushalten und deren Mitgliedern. In Deutschland zählten im Mai 2003 zur „Bevölkerung in Privathaushalten“ 82,892 Mill. Haushaltsmitglieder, die in 38,944 Mill. Privathaushalten wohnten.

Bei vorwiegend ökonomisch orientierten Fragestellungen, etwa wenn Haushalte als Einkommens- und Konsumgemeinschaften untersucht werden, ist es zur Vermeidung von Mehrfachzählungen sinnvoll, ausschließlich auf den Hauptwohnsitz abzustellen. Dabei ist die Zuordnung eines Haushalts zum Haupt- oder Nebenwohnsitz unproblematisch, solange sämtliche Mitglieder des Haushalts am Haupt- oder am Nebenwohnsitz wohnen. Ist dies nicht der Fall, erfolgt die Zuordnung mittels eines Stellvertreterprinzips, etwa anhand der Angaben der so genannten Haushaltsbezugsperson. Im Mikrozensus ist das die erste im Fragebogen eingetragene Person, wobei Personen unter 15 Jahren nicht als erste Person in den Fragebogen eingetragen werden dürfen. Im Mai 2003 gab es deutschlandweit 38,164 Mill. Haushalte (Haushaltsbezugspersonen) am Hauptwohnsitz. Bei der Zuordnung der Haushaltsmitglieder zum Haupt- oder Nebenwohnsitz kann prinzipiell der Wohnsitz der Haushaltsbezugsperson oder der Wohnsitz des Haushaltsmitglieds selbst, der möglicherweise vom Wohnsitz der Haushaltsbezugsperson abweicht, zugrunde gelegt werden. Im Hinblick auf einen korrekten Nachweis der durchschnittlichen Haushaltsgröße wählt man üblicherweise den erstgenannten Weg. Entsprechend zählen zur „Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz“ alle Personen mit Bezugsperson des Haushalts am Hauptwohnsitz. Im Mai 2003 waren dies 81,837 Mill. Haushaltsmitglieder.¹²⁾

Während es auf Haushaltsebene generell sinnvoll ist, Personen mit mehreren Wohnsitz(en) auch mehrfach zu berücksichtigen,

12) Im unterjährigen Mikrozensus ab 2005 erfolgt bei der Unterscheidung der Haushalte in Haupt- und Nebenwohnsitz – mit Blick auf den primären ökonomischen Hintergrund dieser Fragestellung – ein Übergang von der Haushaltsbezugsperson auf den Haupteinkommensbezieher bzw. die Haupteinkommensbezieherin des Haushalts. Zur „Bevölkerung in Privathaushalten am Hauptwohnsitz“ zählen im unterjährigen Mikrozensus somit alle Mitglieder von Privathaushalten mit Haupteinkommensbezieher/-in des Haushalts am Hauptwohnsitz.

sichtigen, zielt die Familienbetrachtung darauf ab, jede Familie (oder sonstige Lebensform) lediglich einmal zu zählen. So wird auf Familienebene der Familienvater, der am Arbeitsort einen zweiten Wohnsitz führt, lediglich *einmal* entsprechend dem Melderechtsrahmengesetz an seinem Hauptwohnsitz nachgewiesen; die Tatsache, dass er an seinem Arbeitsort einen zweiten Haushalt führt, gilt in diesem Zusammenhang als nachrangig. Die auf Familienebene relevante Bevölkerungsmasse wird von der „Bevölkerung in Privathaushalten“ abgeleitet und anhand des Wohnsitzes der so genannten Familienbezugsperson¹³⁾ auf den Hauptwohnsitz eingeeengt: Deklariert die Familienbezugsperson den befragten Haushalt im Rahmen der Erhebung als ihren Hauptwohnsitz, so wird diese Angabe – auch bei individuell abweichendem Wohnsitz – auf alle weiteren Familienmitglieder übertragen. Stuft die Familienbezugsperson ihren Wohnsitz als Nebenwohnsitz ein, wird auch diese Information für alle anderen Familienmitglieder übernommen. Dieses Vorgehen stellt sicher, dass die Familie nur *einmal als zusammengehörige Einheit* in die Betrachtung einfließt und Personen, die über mehr als einen Wohnsitz verfügen, gemeinsam mit ihren weiteren Familienangehörigen nachgewiesen werden können.

Tabelle 2: Bevölkerung (traditionelles Familienkonzept) im Mai 2003 nach Wohnsitz der Bezugsperson in der Familie und Stellung in der Familie
Ergebnis des Mikrozensus
1 000

Stellung in der Familie	Hauptwohnsitz	Nebenwohnsitz	Insgesamt
Bezugspersonen	41 739	877	42 616
Sonstige Personen	40 070	204	40 274
Insgesamt ...	81 809 ¹⁾	1 081	82 890

1) Eckzahl für die Familienbetrachtung (traditionelles Familienkonzept).

Je nachdem, ob man das traditionelle Familienkonzept oder das Lebensformenkonzept zugrunde legt, weichen die Bevölkerungsmassen auf Familien- und Lebensformenebene geringfügig voneinander ab (siehe die Tabellen 2 und 3): So umfasst die Bezugsgröße „Bevölkerung (traditionelles Familienkonzept)“ alle Personen, deren Familienbezugsperson¹⁴⁾ sich am Hauptwohnsitz befindet; das waren in Deutschland im Mai 2003 81,809 Mill. Personen (siehe Tabelle 2). Zur „Bevölkerung (Lebensformenkonzept)“ zählten im Mai 2003 dagegen 81,823 Mill. Personen mit Bezugsperson der Familie/Lebensform¹⁵⁾ am Hauptwohnsitz (siehe Tabelle 3). Die Differenz von rund 14 000 Personen entspricht im Wesentlichen der Anzahl der Personen, die Lebenspartner/-innen sind und für die der befragte Haushalt der Nebenwohnsitz ist, während die Bezugsperson der Familie/Lebensform ihn als Hauptwohnsitz einstuft.

Tabelle 3: Bevölkerung (Lebensformenkonzept) im Mai 2003 nach Wohnsitz der Bezugsperson in der Familie/Lebensform und Stellung in der Familie/Lebensform
Ergebnis des Mikrozensus
1 000

Stellung in der Familie/Lebensform	Hauptwohnsitz	Nebenwohnsitz	Insgesamt
Bezugspersonen	39 373	826	40 199
Sonstige Personen	42 450	241	42 691
Insgesamt ...	81 823 ¹⁾	1 067	82 890

1) Eckzahl für die Familienbetrachtung (Lebensformenkonzept).

Inhalte des Lebensformenkonzeptes¹⁶⁾

Insgesamt erfragen lediglich acht der rund 150 Fragen im Erhebungsbogen des Mikrozensus ab 2005 Informationen, die primär familienstatistisch genutzt werden. Dabei handelt es sich um die Fragen

- nach dem Geschlecht,
- nach dem Familienstand,
- nach einer Ehepartnerin oder einem Ehepartner im Haushalt,
- nach der Mutter im Haushalt,
- nach dem Vater im Haushalt,
- nach einer Lebenspartnerin oder einem Lebenspartner im Haushalt und
- nach dem Verwandtschaftsverhältnis der Befragten zur Haushaltsbezugsperson (zwei Fragen).

Auf Grundlage der in diesen acht Fragen erhobenen Merkmale wurden – in Kombination mit weiteren Merkmalen – im Datensatz ab 2005 rund 180 Variablen für eine umfassende und differenzierte familienstatistische Auswertung festgelegt. Das deutet bereits darauf hin, dass die Datenaufbereitung für die Familienstatistik großen Raum einnimmt. In der überwiegenden Zahl der Fälle können diese Variablen (Typisierungen und Bandsatzerweiterungen), wie zum Beispiel Lebensformen- oder Familientypologien, nicht originär aus dem Fragebogen übernommen werden. Meist stehen dahinter komplexe (hierarchische) Auswertungsroutinen, die teilweise aufeinander aufbauen und spätere Standard- oder Sonderauswertungen erleichtern und standardisieren.

Damit das „Lebensformenkonzept“ technisch umgesetzt werden kann, müssen diese Variablen entsprechend aufgebaut werden. Voraussetzung dafür war die Entwicklung eines inhaltlichen Konzeptes, das die Lebensformen benennt,

13) Zur Abgrenzung der Familienbezugsperson nach traditionellem Familienkonzept und nach dem Lebensformenkonzept siehe unten.

14) Familienbezugsperson im traditionellen Familienkonzept ist aus aufbereitungstechnischen Gründen bei Ehepaaren der Ehemann, bei allein Erziehenden und allein Stehenden die Person selbst. Personen unter 15 Jahren sind als Familienbezugspersonen ausgeschlossen. Grundsätzlich dient diese Person als Referenzperson zur Ermittlung der Familienbeziehungen im Haushalt.

15) Als Bezugsperson der Familie/Lebensform fungiert aus aufbereitungstechnischen Gründen bei Ehepaaren der Ehemann, bei nichtehelichen Lebensgemeinschaften der männliche Partner und bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften der ältere der beiden Partner. Bei allein Erziehenden und allein Stehenden gilt die Person selbst als Bezugsperson. Personen unter 15 Jahren sind als Bezugspersonen der Familie/Lebensform ausgeschlossen.

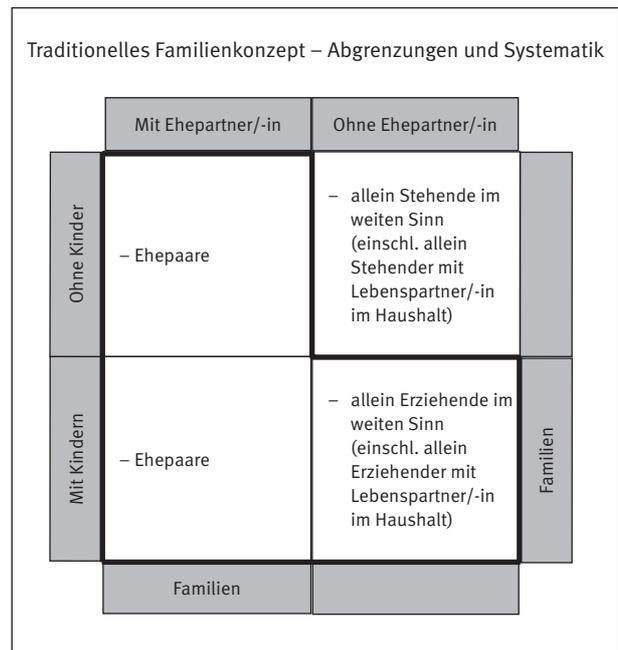
16) Aus Platzgründen konzentriert sich der vorliegende Aufsatz auf die Neuerungen auf Familien- und Lebensformenebene. Nichtsdestotrotz sind auch auf den anderen genannten Betrachtungsebenen Änderungen vorgesehen, darunter der bereits erwähnte Umstieg auf der Haushaltsebene von der Haushaltsbezugsperson auf den Haupteinkommensbezieher bzw. die Haupteinkommensbezieherin.

systematisiert und die Kriterien bestimmt, nach denen die Sortierung erfolgen soll. Dabei ist zu beachten, dass sich die „haushaltsbegrenzte Perspektive“¹⁷⁾ des Mikrozensus auch auf die inhaltlichen Definitionen und Abgrenzungen auswirkt: So konzentriert sich der Mikrozensus bei seiner Betrachtung auch weiterhin auf die „eigenen vier Wände“ (Koresidenzprinzip); ein Blick über die Haushaltsgrenze hinweg könnte nur durch entsprechende „haushaltsübergreifende“ Fragen geworfen werden. Solche Fragen, beispielsweise nach der Zahl der geborenen Kinder von Frauen im Alter von 45 bis unter 65 Jahren¹⁸⁾ oder nach einem Partner oder einer Partnerin außerhalb des Haushalts¹⁹⁾, waren zwar Bestandteil des am 2. Januar 2004 eingebrachten Gesetzentwurfs (Bundratsdrucksache 12/04); beide Fragen wurden aber im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens (wie übrigens auch die Fragen zum Eheschließungsjahr und zur Betreuung der Kinder unter 14 Jahren durch Kindergarten, -krippe oder -hort) aus der Gesetzesvorlage gestrichen. Anhand dieser Fragen hätten die demographisch, gesellschafts- und familienpolitisch so bedeutsamen Gruppen der tatsächlich Kinderlosen²⁰⁾ und der tatsächlich partnerlosen Personen²¹⁾ zumindest näherungsweise quantifiziert werden können.

Die Grundlage des Lebensformenkonzeptes bildet die 1996 erstmalig in das Erhebungsprogramm aufgenommene, ab 2005 leicht modifizierte Frage: „Sind Sie Lebenspartner, Lebenspartnerin einer Person dieses Haushalts?“. In ihrer Formulierung bewusst neutral gehalten, ist sie sowohl an nichteheliche als auch an gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften adressiert.²²⁾ Obwohl die Beantwortung dieser Frage freigestellt ist, war ihre Akzeptanz in der Vergangenheit vergleichsweise hoch: So lag der Item-Nonresponse im Jahr 2003 bei lediglich 4,2%. Die bisherige Fragestellung wurde dahingehend verändert, dass sie ab 2005 nicht mehr nur an die so genannte Haushaltsbezugs person, sondern an alle Haushaltsmitglieder gerichtet ist. Da es sich bei dieser Frage um ein Grundsatzmerkmal handelt, auf dem das Konzept maßgeblich aufbaut, werden die Antwortverweigerungen zusätzlich durch Schätzungen²³⁾ ausgeglichen.

Schaubild 4 gibt einen Überblick über die Systematik des traditionellen Familienkonzeptes; Schaubild 5 verdeutlicht

Schaubild 4



die mit dem unterjährigen Mikrozensus ab 2005 gültige Systematik des Lebensformenkonzeptes: Danach sind die entscheidenden gedanklichen Achsen zur Abgrenzung der Lebensformen im Mikrozensus zum einen die „Partnerschaft“ und zum anderen die „Elternschaft“.²⁴⁾

Das Lebensformenkonzept ermöglicht es, unter dem Gesichtspunkt der „Partnerschaft“ zwischen partnerschaftlichen Lebensformen (Paaren) und nicht-partnerschaftlichen Lebensformen zu unterscheiden. Dabei lassen sich Paare unter Einbezug zusätzlicher Merkmale (wie Geschlecht, Familienstand) tiefer gliedern nach

- Ehepaaren,
- nichtehelichen Lebensgemeinschaften und
- gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften.

17) Siehe dazu Heidenreich, H.-J./Nöthen, M., a. a. O., S. 32.

18) Die freiwillig zu beantwortende Frage zur Zahl der geborenen Kinder wurde im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens durch den Deutschen Bundesrat mit folgender Begründung abgelehnt: „Zu dem Merkmal ‚für Frauen von 45 bis 65 Jahren: Zahl der geborenen Kinder‘ ist zu bemerken, dass diese Frage auch in der Bevölkerungsstatistik mit Rücksicht auf den Adoptionsschutz und andere Gegebenheiten nicht einmal im Zusammenhang mit der Geburtenmeldung erhoben wird. In nicht seltenen Fällen, hierzu gehören Situationen, die sich aus Adoptionsfreigabe, Angaben über gestorbene Säuglinge oder ungewollte Kinderlosigkeit ergeben können, würde diese Frage zu nicht zumutbaren Peinlichkeiten führen, die zur Verweigerung der Beantwortung der Frage oder sogar zum Abbruch des Interviews führen könnten.“ (Bundestagsdrucksache 15/2543, S. 18).

19) Im Gesetzentwurf war die Frage zu einem Lebenspartner außerhalb des Haushalts mit Freiwilligkeit belegt und sollte an alle allein wohnenden volljährigen Personen gestellt werden. Der Deutsche Bundesrat lehnte diese Frage mit folgender Begründung ab: „Eine klare Abgrenzung des Begriffs ‚Lebenspartner‘ existiert nicht und ist den zu Befragenden auch nicht vermittelbar. Von der Ermittlung aussagekräftiger Ergebnisse kann daher nicht ausgegangen werden. Lebensgemeinschaften mit gemeinsamer Wohnung werden bereits erhoben. Daher kann das Merkmal ‚Lebenspartner außerhalb des Haushalts‘ gestrichen werden.“ (Bundestagsdrucksache 15/2543, S. 17).

20) Nach Schätzungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BIB) betrug die Kinderlosigkeit unter den zu Beginn der 1950er-Jahre geborenen Frauen etwa 15% und erhöhte sich für die in der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre und 1960 Geborenen auf 20 bis 25%; ein Anstieg unter den nach 1960 geborenen Frauenjahrgängen auf über 30% wird danach für durchaus möglich gehalten [siehe dazu Dorbritz, J.: „Kinderlosigkeit“ in Roloff, J./Dorbritz, J. (Hrsg.): „Familienbildung in Deutschland Anfang der 90er Jahre“, Schriftenreihe des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, Bd. 30, Opladen 1999, S. 128].

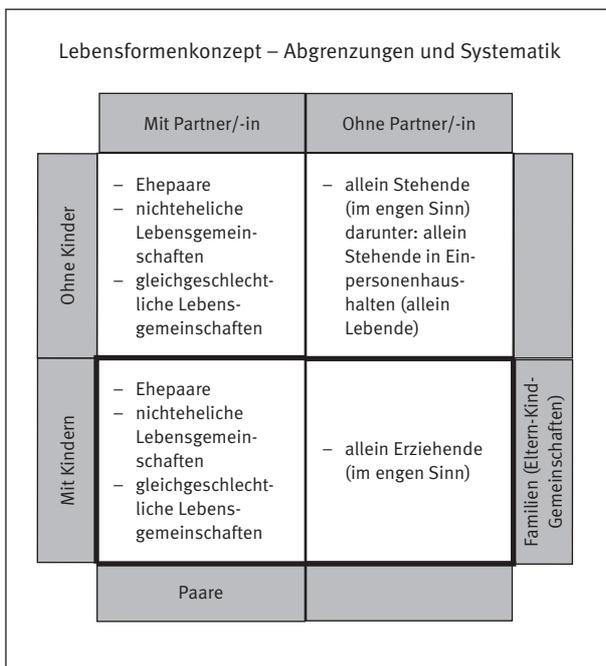
21) Nach Angaben des Familien-Surveys von 1994 hatten etwa 9% der Befragten (906) zwischen 18 und 61 Jahren einen festen Partner oder eine feste Partnerin außerhalb des Haushalts (siehe dazu Schneider, N.: „Partnerschaften mit getrennten Haushalten in den neuen und alten Bundesländern“ in Bien, W.: „Familie an der Schwelle zum neuen Jahrtausend“, Deutsches Jugendinstitut (DJI), Familien-Survey 6, Opladen 1996, S. 88 ff.).

22) Grundlage für die Erfassung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften durch den Mikrozensus ist damit die gemeinsame Haushaltsführung kombiniert mit dem Geschlecht und der Selbsteinstufung anhand der genannten Frage. Eine Abfrage des Personenstandes „Eingetragene Lebenspartnerschaft“ im Sinne des Gesetzes über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (LPartG) vom 16. Februar 2001 (BGBl. I S. 266) ist aufgrund des Stichprobenverfahrens des Mikrozensus problematisch. Es ist zu vermuten, dass die Anzahl der zu erwartenden Fälle kurz- und mittelfristig unter der Nachweiskennzahl von 5 000 Fällen liegt.

23) Mit dem Schätzverfahren wird die Anzahl unverheiratet zusammenlebender potenzieller Paare anhand spezifischer Haushalts-, Geschlechts-, Alters- und (Nicht-)Verwandschaftskonstellationen bestimmt.

24) Siehe dazu auch Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie (Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz) (Hrsg.): „Österreichischer Familienbericht 1999“, Wien 1999, S. 172.

Schaubild 5



Unter dem Gesichtspunkt der „Elternschaft“ wird künftig zwischen familialen Lebensformen (Familien) und nicht-familialen Lebensformen differenziert. Als familiale Lebensformen gelten alle Lebensformen mit ledigen Kindern im Haushalt, wobei generell drei Familientypen unterschieden werden:

- Ehepaare mit Kind(ern)
- nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) und
- allein Erziehende im engen Sinn.

Nicht-familiale Lebensformen sind in dieser Betrachtung

- Ehepaare ohne Kind
- nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften ohne Kind und
- allein Stehende im engen Sinn.

Grundsätzlich können die einzelnen Lebensformen in dieser Systematik, je nach Untersuchungsziel und Veröffentlichungszweck, anders gegliedert respektive zusammengefasst werden, sodass entweder die Partnerschaft oder die Elternschaft im Vordergrund steht. Eine Gegenüberstellung der wichtigsten Definitionen zum Lebensformen- sowie zum traditionellen Familienkonzept gibt die Übersicht auf der folgenden Seite.

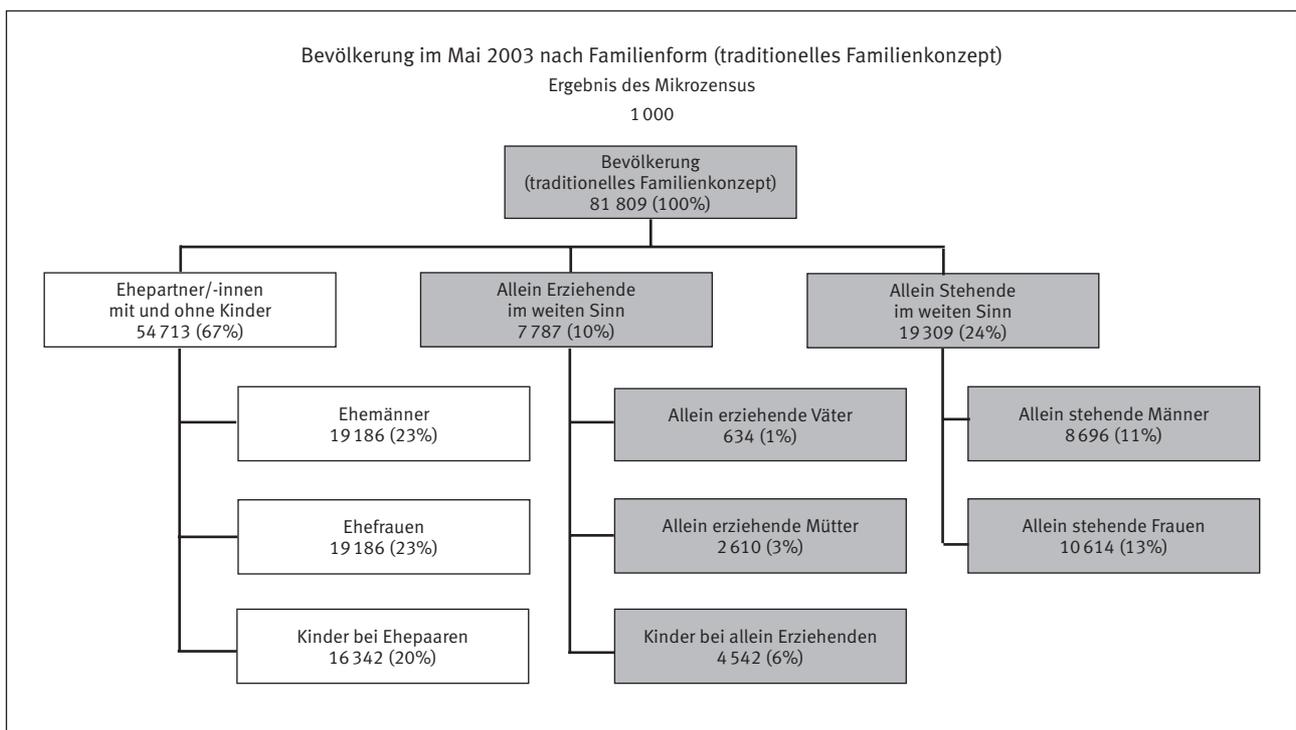
Als weitere (nicht-partnerschaftliche) Lebensformen können

- allein Erziehende im engen Sinn sowie
- allein Stehende im engen Sinn abgegrenzt werden.

Bei den allein Stehenden ist, wenn es um die so genannte „Single-Problematik“ geht, der separate Nachweis von allein Stehenden in Einpersonenhaushalten (allein Lebende) vorzusehen.

Der entscheidende Vorteil des Lebensformenkonzeptes gegenüber dem traditionellen Familienkonzept besteht in der Möglichkeit zusätzlicher Differenzierungen: Neu hinzugekommen sind die Gruppen der nichtehelichen und gleichge-

Schaubild 6



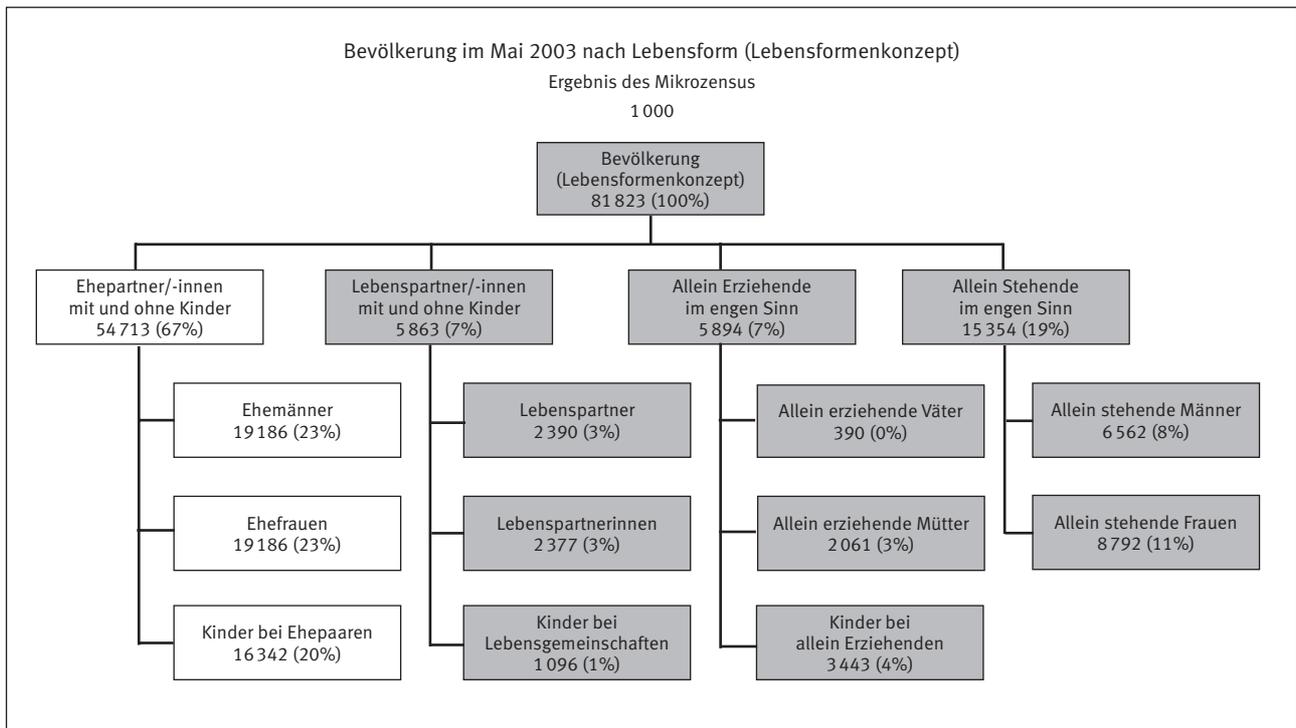
Übersicht: Definitionen im traditionellen Familienkonzept und im Lebensformenkonzept

Traditionelles Familienkonzept	Lebensformenkonzept
<p>Allein Erziehende: Ledige, verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Mütter und Väter, die mit ihren minder- oder volljährigen ledigen Kindern, aber nicht mit einem Ehegatten zusammenleben. Dabei ist unerheblich, ob außer dem allein erziehenden Elternteil und den Kindern noch weitere Personen in dem Haushalt leben (z. B. der Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft). Aus aufbereitungstechnischen Gründen werden zu den allein Erziehenden auch Elternteile mit ausschließlich erwachsenen Kindern gezählt. Die entsprechenden Tabellen enthalten jedoch zum Teil eine Untergliederung nach dem Alter der Kinder, sodass dort eine altersspezifische Einengung möglich ist.</p>	<p>Allein Erziehende: Als allein Erziehende zählen im Mikrozensus Väter und Mütter, die mit ihren (minder- oder volljährigen) ledigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben. Nach dem Konzept der Lebensformen werden allein Erziehende im engen Sinn definiert, das heißt als allein Erziehende ohne Lebenspartner/-in im Haushalt. Elternteile mit Lebenspartner/-in im befragten Haushalt zählen nach diesem Konzept zu den (nichtehelichen oder gleichgeschlechtlichen) Lebensgemeinschaften mit Kindern (im Unterschied zu dem sog. traditionellen Familienkonzept).</p>
<p>Allein Stehende: Verheiratet getrennt lebende, geschiedene und verwitwete Personen, die nicht mit ihren minder- oder volljährigen ledigen Kindern zusammenleben. Es ist unerheblich, ob außer dem allein Stehenden noch weitere Personen im Haushalt leben (z. B. der Partner in einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft oder die Eltern).</p>	<p>Allein Stehende: Allein Stehende sind nach dem Konzept der Lebensformen allein Stehende im engen Sinn, also Haushaltsmitglieder, die im befragten Ein- oder Mehrpersonenhaushalt ohne Partner/-in und ohne ledige Kinder, zum Beispiel bei einem befreundeten Ehepaar, leben. Sie können familienfremd sein (Studenten-Wohngemeinschaften) oder mit den anderen Haushaltsmitgliedern zum Beispiel seitverwandt sein, etwa als Onkel oder Tanten. Allein Stehende in Einpersonenhaushalten werden auch als allein Lebende bezeichnet.</p>
<p>Ehepaare: Zu den Ehepaaren gehören laut Definition des Mikrozensus nur verheiratet zusammenlebende Personen. Hält sich ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Erhebung zeitweilig oder dauerhaft außerhalb des befragten Haushalts auf und erteilt der befragte Ehegatte für ihn keinerlei Angaben, so gilt das Ehepaar zwar als verheiratet, aber getrennt lebend.</p>	<p>Ehepaare: Zu den Ehepaaren gehören laut Definition des Mikrozensus nur verheiratet zusammenlebende Personen. Hält sich ein Ehegatte zum Zeitpunkt der Erhebung zeitweilig oder dauerhaft außerhalb des befragten Haushalts auf und erteilt der befragte Ehegatte für sie oder ihn keinerlei Angaben, so gilt das Paar zwar als verheiratet, aber getrennt lebend.</p>
<p>Familien: Als Familien im Sinne der amtlichen Statistik zählen – in Anlehnung an den im Grundgesetz verankerten Familienbegriff – Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder sowie Ehepaare und allein Erziehende mit einem oder mehreren in der Familie lebenden minder- oder volljährigen ledigen Kind(ern).</p>	<p>Familien oder familiale Lebensformen: Zu den Familien (auch familiale Lebensformen) zählen nach dem neuen (kindzentrierten) Familienbegriff des Mikrozensus ab 2005 alle Eltern-Kind-Gemeinschaften, also Ehepaare mit Kind(ern), (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit Kind(ern) und allein erziehende Mütter und Väter, die gemeinsam mit ihren Kindern in einem Haushalt leben.</p>
<p>Kinder: Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, zum Beispiel der geschiedenen Mutter, in einem Haushalt bzw. einer Familie zusammenleben. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht nicht. Als Kinder gelten auch ledige Stief-, Adoptiv- oder Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen.</p>	<p>Kinder: Ledige Personen, die mit ihren Eltern oder einem Elternteil, zum Beispiel der geschiedenen Mutter, in einer Eltern-Kind-Gemeinschaft leben. Sobald diese Personen selbst ledige Kinder haben oder mit einem Lebenspartner zusammenleben, wird diese Lebensform als vorrangig betrachtet. Als Kinder gelten im Mikrozensus auch ledige Stief-, Adoptiv- oder Pflegekinder, sofern die zuvor genannten Voraussetzungen vorliegen. Eine Altersbegrenzung für die Zählung als Kind besteht prinzipiell nicht, dennoch wird in den Auswertungen in der Regel zwischen minder- und volljährigen Kindern unterschieden.</p>
	<p>Lebensgemeinschaften: Ab dem Mikrozensus 1996 wird den nicht mit der Haushaltsbezugsperson verwandten (oder verschwägerten) Haushaltsmitgliedern die freiwillig zu beantwortende Frage nach einer Lebenspartnerschaft zur Haushaltsbezugsperson gestellt. Es wird unterschieden zwischen nichtehelichen Lebensgemeinschaften (unverheiratete Paare unterschiedlichen Geschlechts) und gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften [Paare gleichen Geschlechts, unabhängig davon ob sie ihre Partnerschaft nach dem 2001 eingeführten Lebenspartnerschaftsgesetz (LPartG) haben registrieren lassen].</p>
	<p>Paare oder partnerschaftliche Lebensformen: Zu den Paaren zählen im Mikrozensus alle Personen, die mit einem Partner oder einer Partnerin zusammen in einem gemeinsamen Haushalt leben. Im Einzelnen zählen dazu Ehepaare, nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.</p>

schlechtlichen Lebensgemeinschaften. Dadurch entstehen bei einem Wechsel der Konzepte „Umbuchungen“ vor allem von den allein Erziehenden im weiten Sinn (traditionelles Familienkonzept) hin zu den Lebensgemeinschaften mit

Kindern (Lebensformenkonzept). Das gilt analog für allein Stehende im weiten Sinn: Hier werden von den allein Stehenden im weiten Sinn (traditionelles Familienkonzept) Personen hin zu den Lebensgemeinschaften ohne Kinder

Schaubild 7



(Lebensformenkonzept) gebucht. Eine (personenbezogene) Betrachtung der Bevölkerung im Mai 2003 verschafft einen Überblick über inhaltliche und quantitative Unterschiede zwischen den beiden Konzepten (siehe die Schaubilder 6 und 7). Dabei sind die Felder, in denen „Umbuchungen“ entstehen, grau unterlegt.

Ein neuer Familienbegriff?

„Unser Familienbegriff“, so heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag, „ist so vielfältig wie die Lebensumstände der Menschen: Familie ist für uns, wo Kinder sind. Uns geht es um die Kinder und die Eltern – unabhängig davon, in welcher Lebensgemeinschaft sie zusammenleben.“²⁵⁾ Damit verleihen die Regierungsparteien einem Verständnis von Familie Ausdruck, welches das Kind ins Zentrum der Begriffsbildung rückt und gleichermaßen von den Oppositionsparteien²⁶⁾ und – wie die Datennachfrage zeigt – inzwischen vermutlich auch dem Großteil der Bevölkerung geteilt wird (im Folgenden als *kindenzentrierter Familienbegriff* bezeichnet).

Der im jährlichen Mikrozensus noch verwendete Familienbegriff auf Grundlage des traditionellen Familienkonzeptes orientiert sich indessen an einer Vorstellung, die zumindest teilweise noch seiner Gründerzeit entstammt und sich implizit am Ideal der Ehe ausrichtet (im Folgenden als *ehezentrierter Familienbegriff* bezeichnet).²⁷⁾ Danach zählen Ehepaare ohne ledige Kinder, Ehepaare mit ledigen Kindern und allein Erziehende im weiten Sinn als Familie. Auch dieser Auffassung kommt heute noch eine besondere Bedeutung zu: So steht nach Artikel 6 des Grundgesetzes nicht nur die Familie, sondern gleichermaßen die Ehe unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Im internationalen Vergleich stellt die deutsche Wertschätzung der Ehe mittlerweile aber eher eine Besonderheit dar: Die Vereinten Nationen empfehlen in diesem Zusammenhang einen weiter gefassten Familienbegriff²⁸⁾, unter den alle allein Erziehenden und alle Paare fallen – unabhängig davon, ob sie miteinander verheiratet sind und unabhängig davon, ob sie eigene Kinder im Haushalt beherbergen (im Folgenden als *Kernfamilienkonzept* bezeichnet).

25) Siehe dazu den Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Berlin 2002, S. 29.

26) Beispielsweise betont die CDU zwar die Bedeutsamkeit der Ehe, aber auch ihr Familienbegriff trägt den verschiedenen Lebensformen Rechnung: „Familie ist überall dort, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern Verantwortung tragen. Familie: das sind Ehepaare mit ehelichen, nicht-ehelichen, adoptierten Kindern oder mit Pflegekindern, erwachsene Kinder, die sich um ihre Eltern kümmern, alleinerziehende Mütter oder Väter oder Alleinerziehende mit Lebenspartner sowie nicht-eheliche Lebensgemeinschaften mit gemeinsamen Kindern. In Familien übernehmen auch Großeltern Verantwortung für ihre Kinder und Enkel.“ (Bundesausschuss der CDU Deutschlands: „Lust auf Familie. Lust auf Verantwortung. Beschluss des Bundesausschusses der CDU Deutschlands“, Berlin 1999, S. 8).

27) In seiner Familiendefinition hat sich der Mikrozensus stets auch an den Abgrenzungen des innerdeutschen Ehe- und Familienrechts orientiert und spiegelt daher in gewisser Weise die Entwicklungen im *Verständnis* von Familie wider. So wurde zu seiner Anfangszeit noch grob zwischen drei Familientypen differenziert, den – so die damaligen Bezeichnungen – „Familien im engeren Sinn“, den „Familien im weiteren Sinn“ und den „Familienresten“. Als Familien im engeren Sinn galten Ehepaare ohne und mit ledigen Kindern, zur Familie im weiteren Sinn zählten dagegen alle sonstigen Verwandten oder z.B. Drei-Generationenhaushalte. „Familienreste“ waren alle verwitweten oder geschiedenen Personen ohne oder mit ledigen Kindern (siehe auch Schubnell, H.: „Haushalt und Familie II“ in Allgemeines Statistisches Archiv, 3/1959, S. 231). Bis einschließlich 1988 bezog die offizielle Familiendefinition alle allein stehenden Personen als „Familienreste“ mit ein, schloss allerdings alle ledigen Personen mit Kindern aus.

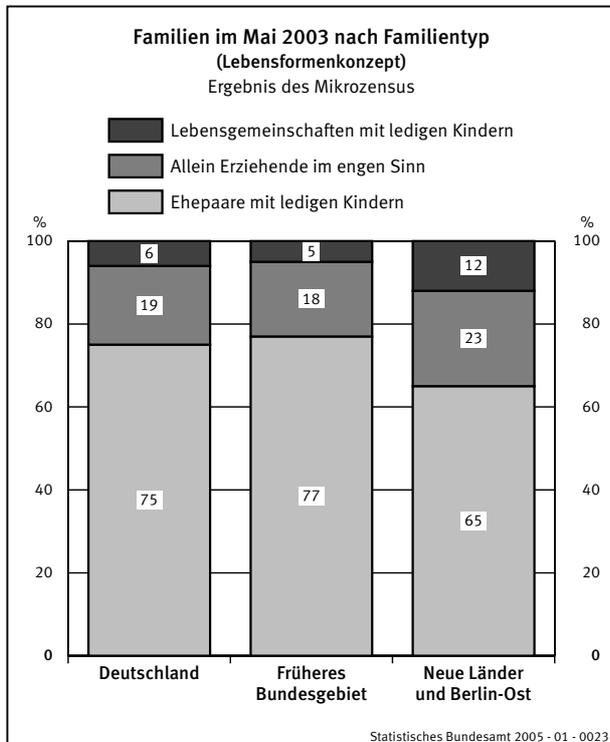
28) Als Familienkonzept empfehlen die Vereinten Nationen für die 2000er Runde der Volkszählung: „A family nucleus is defined in the narrow sense as two or more persons within a private or institutional household who are related as husband and wife, as cohabiting partners, or as parent and child, or as grandparent(s) and grandchild(ren) when the middle generation is not present in the household. Thus a family comprises a couple without children, or a couple with one or more children, or a lone parent with one or more children, or a grandparent(s) and grandchild(ren) when the middle generation is not present.“ [United Nations (Hrsg): „Recommendations for the 2000 Census of Population and Housing in the ECE Region“, New York 1998, S. 43].

Das Auswertungsprogramm zu den Lebensformen der Bevölkerung ist – zur Gewährleistung der größtmöglichen Flexibilität in der Nutzung – modular aufgebaut. Es bietet sowohl Daten zum *kindzentrierten* Familienbegriff als auch zum *ehezentrierten* Familienbegriff sowie zum *Kernfamilienkonzept*. Die Nutzerinnen und Nutzer haben somit die Option, sich die Daten – wie in einem Baukastensystem – „eigenständig“ zusammenzustellen und so auf den „Familienbegriff ihrer Wahl“ abzustellen (siehe dazu auch Anhangtabelle 1 auf S. 39).

In den Veröffentlichungen wird im unterjährigen Mikrozensus ab 2005 zukünftig der zuerst genannte *kindzentrierte Familienbegriff* umgesetzt. Um eine sinnvolle und eindeutige Zuordnung zu garantieren, werden Familien als Eltern-Kind-Gemeinschaften mit höchstens zwei Generationen im Haushalt abgegrenzt, wobei nur *ledige Personen* als Kinder einbezogen werden (Zwei-Generationen-Regel).²⁹⁾ Nach diesem Familienbegriff werden ab 2005 drei Familientypen unterschieden:

- Ehepaare mit ledigen Kindern,
- (nichteheliche und gleichgeschlechtliche) Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und
- allein Erziehende mit ledigen Kindern (allein Erziehende im engen Sinn).

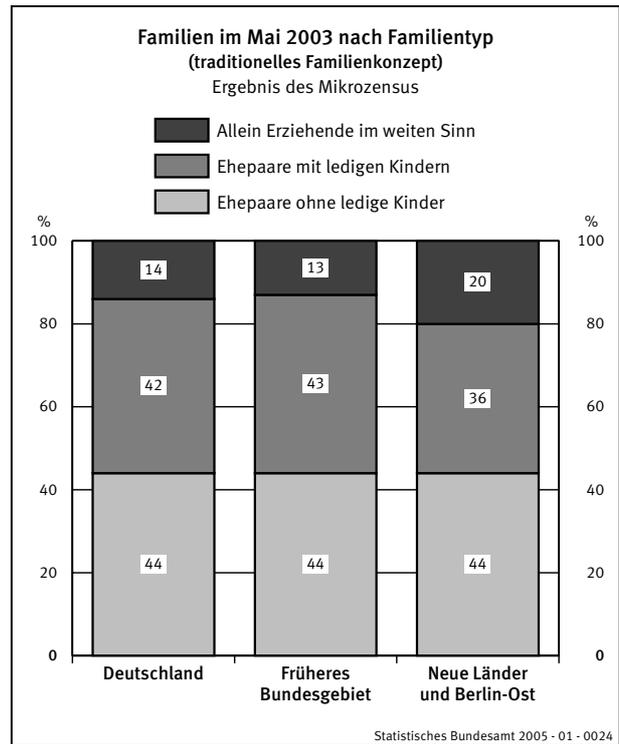
Schaubild 8



29) Verheiratete Personen, die mit ihren Eltern zusammenleben, werden als Ehepaare nachgewiesen. Verheiratet getrennt Lebende, Geschiedene und Verwitwete werden – je nachdem, ob sie selbst ledige Kinder im Haushalt versorgen – als allein Erziehende oder als allein Stehende nachgewiesen. Es gilt, in diesem Zusammenhang eine eindeutige und exklusive Zuordnung aller Personen sicherzustellen.

30) Für das Jahr 2003 weist der Mikrozensus deutschlandweit zwischen 58 000 und 159 000 gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften aus [siehe dazu Statistisches Bundesamt (Hrsg.): „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2003“, Wiesbaden 2004, S. 21 f.].

Schaubild 9

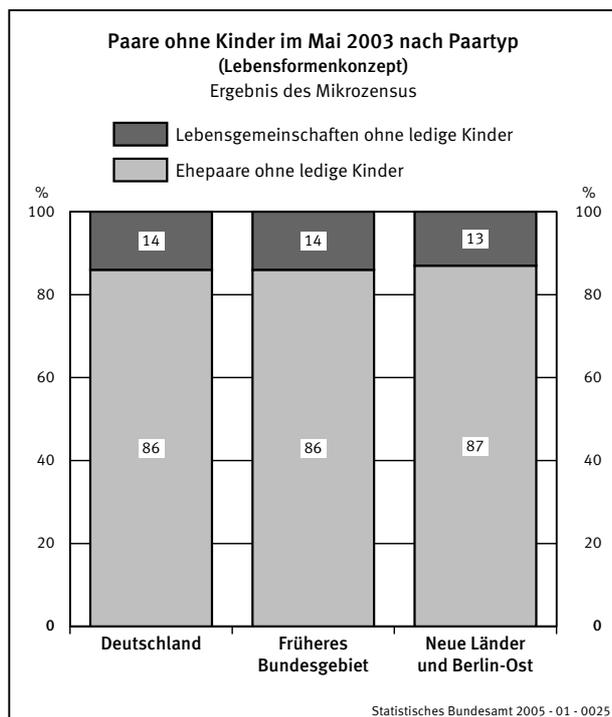


Ergänzend zu den Familien ist für Vergleichszwecke und für Fragestellungen, die weniger auf die Elternschaft als vielmehr auf die Partnerschaft abzielen, zusätzlich der Nachweis von Paaren (partnerschaftlichen Lebensformen) ohne ledige Kinder im Haushalt vorgesehen; dazu zählen dann im Einzelnen:

- Ehepaare (ohne ledige Kinder),
- nichteheliche Lebensgemeinschaften (ohne ledige Kinder) und
- gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften (ohne ledige Kinder).

Die geringe Fallzahl und die sensitive Frage lässt bei gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften nur bedingt eine tiefere Differenzierung nach weiteren Merkmalen zu.³⁰⁾ Deshalb können gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften im Auswertungsprogramm lediglich auf einem hohen Aggregationsniveau separat Berücksichtigung finden. Entsprechend werden nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften im Auswertungsprogramm zusammengefasst. Zusätzlich erfolgt ein separater und differenzierter Nachweis der nichtehelichen Lebensgemeinschaften, in der Regel als „Darunter-Position“ der Lebensgemeinschaften. Gleichwohl beabsichtigt das Statistische Bundesamt wegen des hohen öffentlichen und politischen

Schaubild 10



Interesses ausgewählte und möglichst tief gegliederte Daten zu den gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaften standardmäßig bereitzustellen.

Lebensformen in Zahlen

Erste Ergebnisse auf Grundlage des Lebensformenkonzeptes veröffentlichte das Statistische Bundesamt bereits 2002 und seitdem kontinuierlich in den jährlichen Pressebroschüren „Leben und Arbeiten in Deutschland“ sowie zahlreichen Pressemitteilungen. Gleichzeitig hat das Statistische Bundesamt in seinen Standardveröffentlichungen die bislang weitaus umfangreicheren und detaillierteren Angaben auf Basis des bisherigen „traditionellen Familienkonzeptes“ fortgeführt.³¹⁾ Für die Abstimmung mit den Statistischen Ämtern der Länder, die Diskussion mit Fachleuten aus Politik und Wissenschaft und für den Erfahrungsaustausch mit den Nutzerinnen und Nutzern der amtlichen Statistik war diese parallele Vorgehensweise außerordentlich hilfreich und angesichts der mit dem geplanten Wechsel verbundenen umfangreichen Arbeiten unvermeidbar. Mit der bevorstehenden Veröffentlichung der Pressebroschüre „Leben und Arbeiten in Deutschland“ sowie der Standardveröffentlichung zum Mikrozensus 2004 wird die Familienstatistik auf Grundlage des traditionellen Familienkonzeptes letztmals parallel zum Lebensformenkonzept erstellt. Ab dem unterjährigen Mikrozensus 2005 tritt dann das Lebensformenkonzept an die Stelle des bisherigen traditionellen Familienkonzeptes.

Das zukünftige Auswertungsprogramm zu den Lebensformen der Bevölkerung setzt zwei Schwerpunkte, wobei der erste auf den Einheiten „Familien“ und „Paare“ mit den zugehörigen Untereinheiten „Ehepaare“, „Lebensgemeinschaften“ und „allein Erziehende“ liegt. Für jede dieser Einheiten und zugehörigen Untereinheiten existieren separate Auswertungsprogramme. Diese bieten für „Familien“ und „Paare“ vergleichende Daten mit Übersichtscharakter. Gleichzeitig lassen sich die Auswertungsprogramme zu „Ehepaaren“, „Lebensgemeinschaften“ und „allein Erziehenden“ bei Bedarf wie einzelne Module zu einem kompletten, aber feiner differenzierten Bild zusammenfügen. Ferner sind diese Auswertungsprogramme – soweit möglich – vergleichbar aufgebaut. Liegt beispielsweise zu Ehepaaren ein Auswertungsprogramm nach dem allgemeinen Schulabschluss der Ehegatten vor, so existiert in der Regel auch ein vergleichbar aufgebautes Auswertungsprogramm zu Lebensgemeinschaften und allein Erziehenden.

Mit Blick auf die Verbreitung und Entwicklung der privaten Lebensformen stellen die Auswertungen zu den Einheiten „Familien“ und „Paare“ und deren zugehörigen Untereinheiten „Ehepaare“, „Lebensgemeinschaften“ und „allein Erziehende“ lediglich einen Ausschnitt der erhobenen Informationen bereit. Ein erschöpfender und vergleichender Überblick ist auf der Individualebene möglich. In diese Gesamtschau können – neben Angaben zu den Personen, die in einer Familie oder Partnerschaft leben – zusätzlich Daten zu den allein Stehenden einfließen (siehe Anhangtabelle 2 auf S. 40).

Die Einbeziehung der allein Stehenden ist auf der Individual-ebene angesiedelt, um hier eine umfassende Betrachtung homogener Einheiten (der Personen) zu ermöglichen. Dadurch ist sichergestellt, dass alle Einheiten direkt miteinander vergleichbar sind und zu einer sinnvollen Gesamtgröße (der Bevölkerung) in Bezug gesetzt werden können. Darüber hinaus ist in diesem Zusammenhang eine Auswertung personenbezogener Merkmale (Geschlecht, Alter, Staatsangehörigkeit) möglich und sinnvoll.

Auf Personenebene hält das künftige Auswertungsprogramm neben Daten zu den Lebensformen der Bevölkerung insgesamt auch Daten zu speziellen Bevölkerungsgruppen wie Männern, Frauen, ledigen Kindern in der Familie und allein Stehenden bereit. Auch diese Auswertungsprogramme sind – soweit möglich – vergleichbar aufgebaut. Einzelne Auswertungsprogramme weisen einen Bezug zu speziellen Fragestellungen auf, zum Beispiel zur „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ bei Frauen (Müttern) und Männern (Vätern).

Die folgenden ausgewählten Ergebnisse der Familienstatistik nach dem Lebensformenkonzept geben einen aktuellen Überblick über die Lebensformen der Bevölkerung in Deutschland im Mai 2003 sowie die wichtigsten Entwicklungen in den letzten Jahren. Sie zeigen zugleich den Rahmen auf, in dem sich die zukünftige Berichterstattung bewegen

³¹⁾ Die Standardveröffentlichungen mit Ergebnissen des Mikrozensus stehen im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes zum Download bereit unter <http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/n0000.csp?treeid=12200>.

wird. Während hier nur beispielhaft Eckdaten vorgestellt werden können, bietet das zukünftige Auswertungsprogramm wesentlich detailliertere Daten.

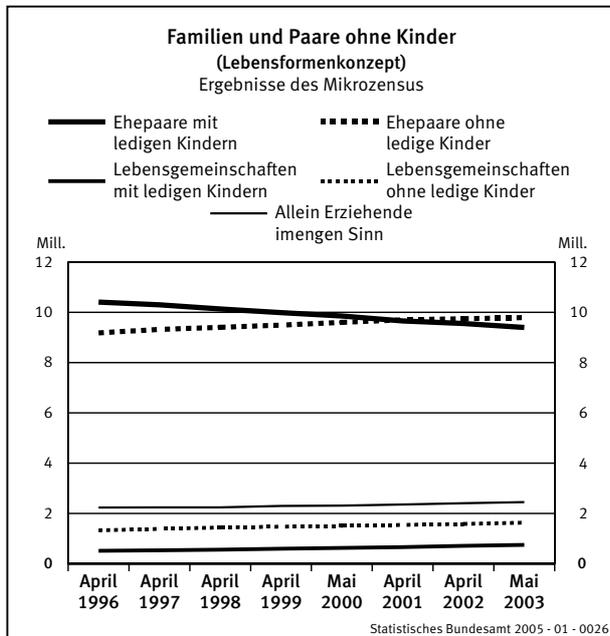
Ausgewählte Ergebnisse

Familien und Paare ohne ledige Kinder

Nach dem Lebensformenkonzept gab es im Mai 2003 in Deutschland rund 12,6 Mill. Familien (Lebensformen mit ledigen Kindern), das sind 4% weniger (- 559 000) als noch im April 1996. Insgesamt liegt der Anteil der allein Erziehenden an den Familien bei knapp einem Fünftel (19%). Dabei sind weit über vier Fünftel (84%) der 2,5 Mill. allein Erziehenden Frauen (siehe Anhangtabelle 1 auf S. 39).

Zeitlich parallel zum Rückgang der Zahl der Familien erhöhte sich die Zahl der Paare ohne ledige Kinder im Haushalt um 9% (+ 912 000) auf 11,4 Mill. Dabei ist zu beachten, dass zu diesen Paaren nicht nur dauerhaft kinderlose Paare, sondern auch solche zählen, deren Kinder das „Elternhaus“ bereits verlassen haben. Einen relativ hohen Zuwachs unter den Paaren ohne ledige Kinder verzeichneten in der Vergangenheit die (nichtehelichen und gleichgeschlechtlichen) Lebensgemeinschaften: Seit 1996 stieg ihre Zahl um 23% auf 1,6 Mill. Dennoch handelte es sich im Mai 2003 nur bei rund jedem siebten der insgesamt 11,4 Mill. Paare ohne ledige Kinder um eine Lebensgemeinschaft (14%).

Schaubild 11



Auffallend sind in diesem Zusammenhang nach wie vor die Ost-West-Unterschiede: Während sich die Zahl der Familien im früheren Bundesgebiet seit 1996 lediglich um 2% auf 10,3 Mill. Familien verringerte, ging sie in den neuen Ländern und Berlin-Ost deutlich – um 13% – auf knapp 2,4 Mill. zurück. Besonders stark rückläufig entwickelte sich die Zahl

der Ehepaare mit ledigen Kindern im Osten, die gegenüber 1996 um 22% auf 1,5 Mill. zurückging.

Bevölkerung nach Lebensform

Einen interessanten Überblick über die Verbreitung einzelner Lebensformen in spezifischen Lebensphasen ermöglicht die altersspezifische Betrachtung der Bevölkerung nach ihrer Lebensform. Zwingende Voraussetzung dafür ist eine exklusive Zuordnung *aller* Personen zu eindeutigen Kategorien innerhalb des gewählten Konzeptes. Das erfordert an dieser Stelle auch die Berücksichtigung der ledigen Kinder als eigene Kategorie. Schaubild 12 stellt die Verteilung der Bevölkerung nach den Altersgruppen

- unter 25 Jahren (Kinder- und Jugendalter, Heranwachsende),
- von 25 bis unter 45 Jahren (junges und mittleres Erwachsenenalter),
- von 45 bis unter 65 Jahren (höheres Erwachsenenalter),
- von 65 Jahren und mehr (Ältere, Hochaltrige)

nach Lebensformen dar.

Schaubild 12

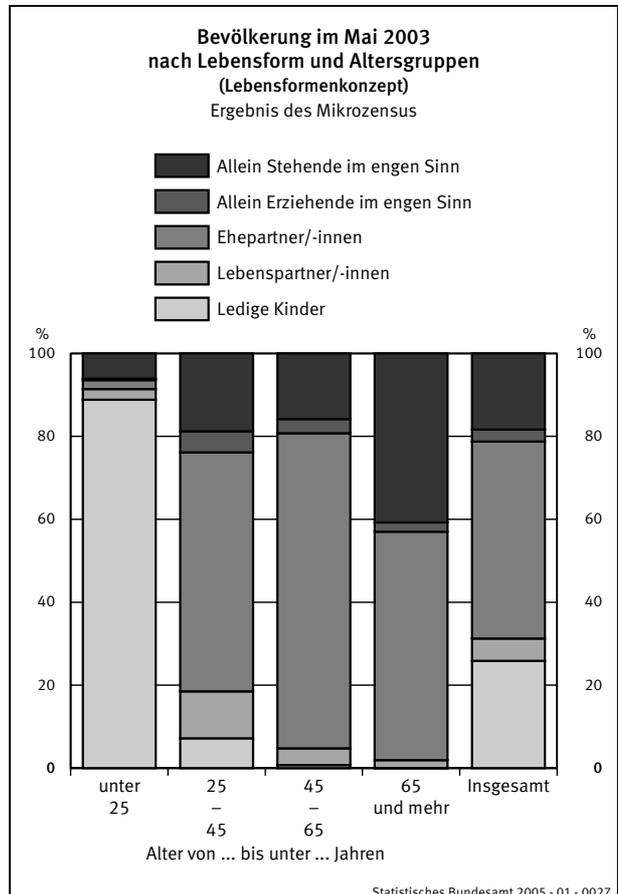


Schaubild 13

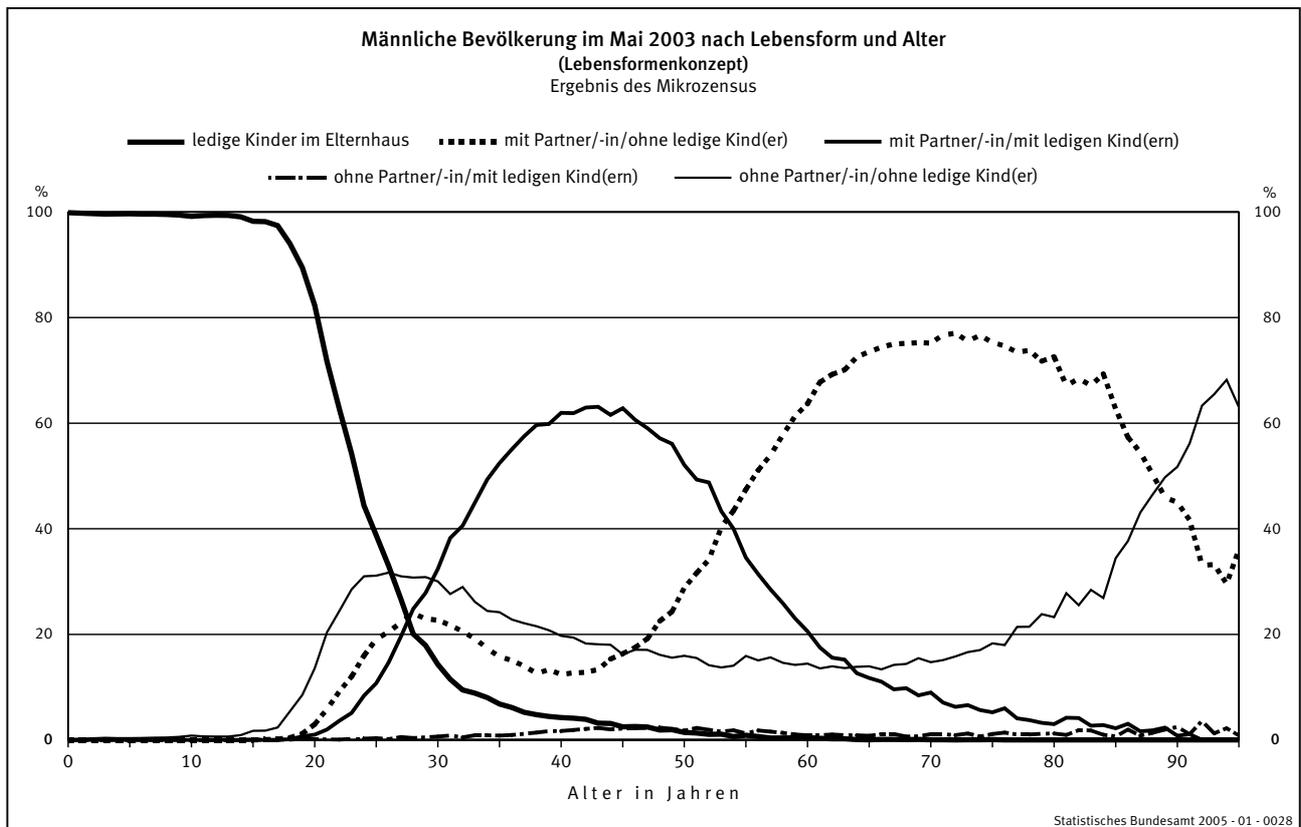
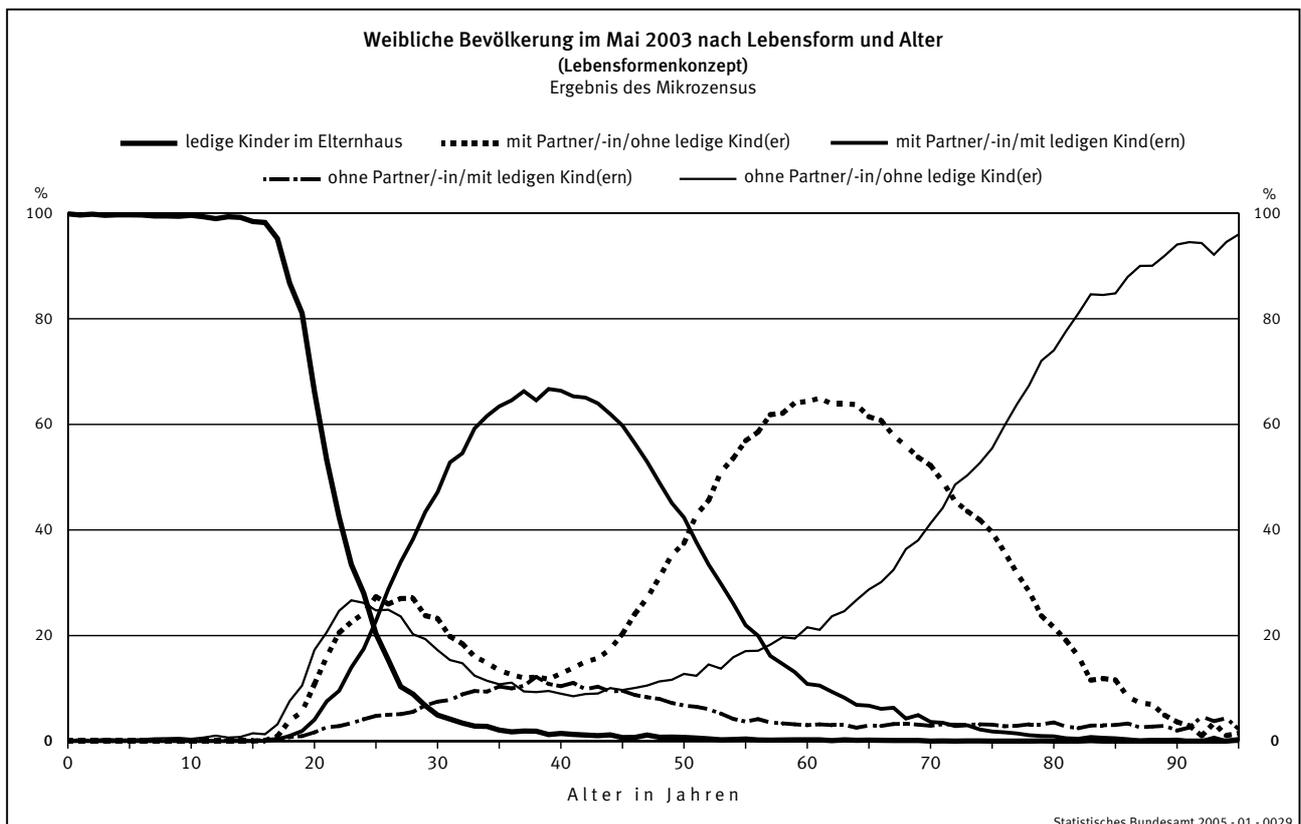


Schaubild 14



Je nach Untersuchungsinteresse ist es prinzipiell möglich, die Altersklassen noch feiner zu gliedern bzw. andere Intervalle zu wählen. Auch hinsichtlich der Zuordnung zu den Lebensformen sind andere Ausprägungen (im Rahmen des oben erläuterten Konzeptes) denkbar und unter Umständen sinnvoll; das Nutzungspotenzial kann hier nur angedeutet werden.

Eine weiterführende Betrachtung „alterspezifischer Lebensformquoten“ kann darüber hinaus Einblicke in geschlechtsspezifische Unterschiede in der Verteilung der Lebensformen liefern. Die dominierende Lebensform der Frauen und Männer bis ins junge Erwachsenenalter ist, als „Kind im Elternhaus“ zu leben, wobei junge Frauen den elterlichen Haushalt in der Regel in einem früheren Alter verlassen als die jungen Männer. Dabei gründet ein Teil der jüngeren, vor allem männlichen, Erwachsenen mit Verlassen des Elternhauses (vor einer potenziellen Familiengründung) zunächst einen Einpersonenhaushalt. Familiäre Lebensformen (also das Zusammenleben in einem gemeinsamen Haushalt mit ledigen Kindern) erhalten erwartungsgemäß mit Erreichen des mittleren Erwachsenenalters ihre größte Bedeutung. Nach der „Familienphase“ dominiert schließlich das Zusammenleben als Paar ohne ledige Kinder im Haushalt. Verantwortlich dafür dürfte überwiegend der Auszug der Kinder aus dem Elternhaus, also die so genannte Empty-Nest-Phase sein. Ein deutlicher Unterschied zwischen den Geschlechtern zeigt sich bei den Älteren und Hochaltrigen: Während Männer bis zum Erreichen von 89 Jahren überwiegend mit einem Partner bzw. mit einer Partnerin „alt werden“, leben Frauen schon mit Erreichen des Alters von 72 Jahren überwiegend allein (siehe die Schaubilder 13 und 14).

Ausblick

Mit Beginn des Jahres 2005 wird in Deutschland erstmalig die unterjährige Erhebung des Mikrozensus durchgeführt. Zeitgleich mit deren Einführung wird das Lebensformenkonzept in das Auswertungsprogramm integriert. Damit tritt es an die Stelle des bisherigen traditionellen Familienkonzeptes und bildet den zukünftigen Standard für alle familienstatistischen Ergebnisse des unterjährigen Mikrozensus. Mit diesem Umstieg gehen zahlreiche Veränderungen einher, die vorrangig die Datenaufbereitung und Datenauswertung sowie – für Außenstehende am deutlichsten wahrnehmbar – die Veröffentlichungspraxis betreffen. Parallel zur Datenerhebung und Datenaufbereitung laufen die Arbeiten am Auswertungsprogramm derzeit auf Hochtouren. Ziel ist es, den Nutzerinnen und Nutzern möglichst rasch Ergebnisse des unterjährigen Mikrozensus zur Verfügung zu stellen.

Inhaltlich wurde dank der zusätzlichen im Lebensformenkonzept angelegten Differenzierungen in nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften eine neue Informationsbasis geschaffen, die nicht nur unmittelbar dem Statistischen Bundesamt, sondern künftig auch den Nutzerinnen und Nutzern der Scientific-Use-Files des Mikrozensus zugute kommt. Auch wenn im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens die „haushaltsbegrenzte“ Perspektive des Mikrozensus nicht aufgelöst werden konnte, so ist es doch

gelingen, den Familienbegriff des Mikrozensus neu zu formulieren und dem aktuellen Verständnis anzupassen.

Der vorliegende Beitrag zieht eine erste Bilanz der Umsetzung des Lebensformenkonzeptes. Er enthält zudem wichtige Eckdaten zu den Lebensformen der Bevölkerung auf Grundlage der jährlichen Mikrozensus 1996 bis 2003. Entsprechende Angaben des ebenfalls noch jährlich durchgeführten Mikrozensus 2004 werden in Kürze folgen. Erste Ergebnisse des unterjährigen Mikrozensus 2005 werden ebenfalls bereits im Laufe dieses Jahres veröffentlicht werden. Über detaillierte familienstatistische Ergebnisse des unterjährigen Mikrozensus, insbesondere zu spezifischen Fragestellungen, methodischen Brüchen und „Umbuchungen“, die durch den Wechsel vom traditionellen Familienkonzept auf das Lebensformenkonzept entstehen, wird im Weiteren noch zu berichten sein. [u](#)

Anhangtabelle 1: Familien und Paare ohne ledige Kinder (Lebensformenkonzept)
Ergebnisse des Mikrozensus
1 000

Zeitpunkt	Insgesamt	Familien ¹⁾							Paare ohne ledige Kinder		
		zusammen	Paare mit ledigen Kindern ²⁾			allein Erziehende ³⁾			zusammen	Ehepaare	Lebens- gemein- schaften
			zusammen	Ehepaare	Lebens- gemein- schaften ⁴⁾	zusammen	Väter	Mütter			
Deutschland											
April 1996	23 665	13 155	10 919	10 408	511	2 236	352	1 884	10 510	9 182	1 328
April 1997	23 775	13 071	10 831	10 299	532	2 240	360	1 880	10 704	9 318	1 386
April 1998	23 777	12 935	10 694	10 135	560	2 240	355	1 884	10 844	9 406	1 438
April 1999	23 848	12 884	10 584	9 987	597	2 300	348	1 952	10 964	9 492	1 472
Mai 2000	23 896	12 793	10 482	9 855	627	2 311	352	1 960	11 103	9 600	1 503
April 2001	23 916	12 672	10 317	9 655	662	2 355	373	1 982	11 244	9 703	1 541
April 2002	24 002	12 671	10 268	9 558	710	2 403	375	2 028	11 331	9 748	1 583
Mai 2003	24 019	12 596	10 146	9 395	751	2 450	390	2 061	11 422	9 790	1 632
Früheres Bundesgebiet											
April 1996	19 006	10 451	8 728	8 442	286	1 723	291	1 432	8 555	7 445	1 110
April 1997	19 115	10 415	8 686	8 382	303	1 730	301	1 429	8 698	7 550	1 148
April 1998	19 148	10 331	8 614	8 284	330	1 717	295	1 422	8 818	7 631	1 187
April 1999	19 239	10 322	8 556	8 204	351	1 767	286	1 481	8 916	7 703	1 213
Mai 2000	19 305	10 295	8 514	8 140	375	1 780	284	1 496	9 011	7 778	1 233
April 2001	19 370	10 232	8 416	8 018	397	1 817	302	1 515	9 138	7 865	1 273
April 2002	19 475	10 270	8 401	7 966	436	1 868	306	1 562	9 206	7 899	1 307
Mai 2003	19 513	10 248	8 345	7 870	475	1 903	315	1 587	9 265	7 922	1 343
Neue Länder und Berlin-Ost											
April 1996	4 659	2 704	2 191	1 966	225	513	61	452	1 955	1 737	218
April 1997	4 661	2 654	2 145	1 916	228	510	59	451	2 006	1 768	238
April 1998	4 629	2 604	2 081	1 851	230	523	60	463	2 026	1 775	251
April 1999	4 610	2 562	2 029	1 783	246	533	62	471	2 048	1 789	259
Mai 2000	4 590	2 498	1 967	1 715	252	531	68	464	2 091	1 822	269
April 2001	4 545	2 440	1 901	1 637	265	538	71	467	2 106	1 838	268
April 2002	4 527	2 401	1 867	1 592	274	535	70	465	2 125	1 849	276
Mai 2003	4 508	2 350	1 802	1 525	277	548	74	473	2 158	1 869	289

1) Als Familien gelten nach dem Lebensformenkonzept alle Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare mit ledigen Kindern, Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und allein erziehende Mütter oder Väter mit ledigen Kindern). – 2) Als ledige Kinder gelten minder- und volljährige ledige Personen ohne Lebenspartner/-in im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben. – 3) Allein Erziehende im engen Sinn. – 4) Nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften.

Lesebeispiel: Im Mai 2003 gab es im früheren Bundesgebiet 10,248 Mill. Familien (Eltern-Kind-Gemeinschaften) und 9,265 Mill. Paare ohne ledige Kinder.

Anhangtabelle 2: Bevölkerung (Lebensformenkonzept) im Mai 2003 nach Geschlecht, Altersgruppen und Lebensform
Ergebnis des Mikrozensus
1 000

Alter von ... bis unter ... Jahren	Ins-gesamt	Dar.: ledige Kinder ¹⁾	In Familien ²⁾							In Paaren ohne ledige Kinder			Allein Stehende ⁵⁾	
			zu-sammen	Ehepaare		Lebensgemein-schaften ³⁾		allein Erziehende ⁴⁾		zu-sammen	Ehe-partner/-innen	Lebens-partner/-innen	zu-sammen	dar.: in Ein-per-sonen-haus-halten
				Eltern-teile	ledige Kinder	Eltern-teile	ledige Kinder	Eltern-teile	ledige Kinder					
Deutschland														
männlich														
unter 25	11 008	10 030	10 130	64	8 146	30	476	5	1 409	216	59	158	663	511
25 – 45	12 043	1 242	7 076	5 208	898	491	15	136	329	2 038	1 132	907	2 929	2 706
45 – 65	10 950	114	4 410	3 987	30	135	/	174	83	4 897	4 549	348	1 642	1 508
65 und mehr ...	5 612	/	462	396	/	6	/	58	/	4 100	3 963	136	1 050	948
Zusammen ...	39 613	11 388	20 256	9 655	9 073	662	492	373	1 823	11 251	9 703	1 549	6 283	5 673
weiblich														
unter 25	10 606	9 168	9 490	192	7 393	54	447	76	1 328	464	149	315	653	505
25 – 45	11 821	478	8 232	6 163	331	520	6	1 072	141	2 031	1 253	778	1 558	1 433
45 – 65	11 160	48	3 780	3 069	11	83	/	580	37	5 523	5 199	324	1 858	1 725
65 und mehr ...	8 357	/	495	232	/	/	/	255	/	3 218	3 101	117	4 644	4 169
Zusammen ...	41 944	9 697	20 486	9 655	7 734	661	454	1 982	1 510	11 236	9 703	1 533	8 712	7 832
insgesamt														
unter 25	21 615	19 198	19 619	256	15 538	85	923	81	2 737	681	208	472	1 315	1 015
25 – 45	23 864	1 719	15 308	11 370	1 228	1 011	22	1 208	470	4 069	2 385	1 685	4 486	4 140
45 – 65	22 110	162	8 190	7 056	41	218	/	754	120	10 420	9 748	672	3 500	3 233
65 und mehr ...	13 969	6	957	628	/	10	/	313	6	7 318	7 064	253	5 694	5 117
Insgesamt ...	81 557	21 085	40 742	19 310	16 807	1 324	946	2 355	3 332	22 487	19 405	3 082	14 995	13 505
Früheres Bundesgebiet														
männlich														
unter 25	9 004	8 238	8 318	57	6 876	18	280	/	1 083	172	55	117	514	392
25 – 45	9 905	1 003	5 706	4 312	733	287	11	103	260	1 796	1 027	769	2 404	2 221
45 – 65	8 835	91	3 632	3 306	25	89	/	146	66	3 846	3 561	285	1 358	1 245
65 und mehr ...	6 719	/	398	343	/	/	/	49	/	3 330	3 222	108	868	784
Zusammen ...	34 258	9 334	16 643	8 018	7 633	398	291	303	1 410	9 144	7 865	1 279	5 143	4 642
weiblich														
unter 25	8 766	7 605	7 859	175	6 303	28	273	51	1 029	379	138	241	528	404
25 – 45	9 781	411	6 606	5 093	284	308	/	794	122	1 802	1 129	673	1 373	1 264
45 – 65	8 993	40	3 115	2 553	10	57	/	465	30	4 356	4 097	258	1 523	1 411
65 und mehr ...	6 719	/	409	197	/	/	/	205	/	2 596	2 501	95	3 714	3 328
Zusammen ...	34 258	8 059	16 804	8 018	6 596	397	278	1 515	1 184	9 132	7 865	1 267	7 137	6 407
zusammen														
unter 25	17 769	15 843	16 177	232	13 178	46	553	56	2 112	551	193	358	1 042	796
25 – 45	19 686	1 415	12 312	9 405	1 017	595	15	897	382	3 598	2 155	1 443	3 776	3 485
45 – 65	17 829	131	6 747	5 859	34	146	/	610	96	8 202	7 659	543	2 880	2 656
65 und mehr ...	11 314	5	806	540	/	7	/	254	5	5 926	5 723	203	4 582	4 112
Zusammen ...	66 598	17 393	33 447	16 037	14 230	794	569	1 817	2 595	18 276	15 730	2 546	12 280	11 049
Neue Länder und Berlin-Ost														
männlich														
unter 25	2 005	1 792	1 812	7	1 270	12	196	/	326	44	/	40	149	119
25 – 45	2 138	238	1 371	895	165	205	/	32	69	242	105	137	525	486
45 – 65	2 114	23	779	681	6	46	/	29	18	1 051	988	63	285	263
65 und mehr ...	1 017	/	64	53	/	/	/	9	/	770	742	29	182	164
Zusammen ...	7 273	2 054	3 613	1 637	1 440	264	201	71	413	2 107	1 838	270	1 140	1 031
weiblich														
unter 25	1 841	1 563	1 630	17	1 090	26	174	24	299	85	11	74	125	101
25 – 45	2 040	67	1 626	1 070	46	211	/	278	19	230	125	105	185	169
45 – 65	2 167	8	664	516	/	26	/	115	6	1 167	1 102	65	335	314
65 und mehr ...	1 639	/	87	35	/	/	/	50	/	622	600	22	930	841
Zusammen ...	7 686	1 638	3 682	1 637	1 138	265	176	467	325	2 104	1 838	266	1 575	1 425
zusammen														
unter 25	3 846	3 355	3 442	24	2 360	39	370	25	625	130	15	114	274	220
25 – 45	4 177	305	2 996	1 965	211	416	6	311	87	471	229	242	710	655
45 – 65	4 281	31	1 443	1 197	7	72	/	144	24	2 218	2 089	129	620	577
65 und mehr ...	2 655	/	151	88	/	/	/	59	/	1 392	1 341	51	1 112	1 005
Zusammen ...	14 959	3 692	7 295	3 274	2 578	529	377	538	738	4 211	3 675	536	2 715	2 456

1) Minder- und volljährige ledige Personen ohne Lebenspartner/-in im Haushalt, die mit mindestens einem Elternteil zusammenleben. – 2) Als Familien gelten nach dem Lebensformenkonzept alle Eltern-Kind-Gemeinschaften (Ehepaare mit ledigen Kindern, Lebensgemeinschaften mit ledigen Kindern und allein erziehende Mütter oder Väter mit ledigen Kindern). – 3) Nichteheliche und gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften. – 4) Allein Erziehende im engen Sinn. – 5) Allein Stehende im engen Sinn.

Lesebeispiel: 4,169 Mill. der insgesamt 8,357 Mill. Frauen in Deutschland im Alter von 65 Jahren und mehr sind allein Stehende in Einpersonenhaushalten.

Dipl.-Betriebswirt (FH) Ottmar Hennchen

Unternehmensstrukturen im Verarbeitenden Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Die strukturelle Unternehmensstatistik im Bereich Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau sowie Gewinnung von Steinen und Erden besteht in Deutschland im Wesentlichen aus den folgenden Jahresehebungen: Investitionserhebung, Kostenstrukturhebung sowie Strukturhebung bei kleinen Unternehmen. Letztere wurde erstmals für das Jahr 2001 durchgeführt. Der folgende Beitrag befasst sich in seinem ersten Teil mit der Methode und einigen ausgewählten Ergebnissen dieser Erhebung für das Jahr 2002 und stellt im zweiten Teil diese Daten im Zusammenhang mit den Ergebnissen der Kostenstrukturhebung dar.

Strukturhebung bei Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten

Ausgehend von der europäischen Ratsverordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik¹⁾, die Strukturdaten für alle Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den einzelnen Mitgliedstaaten vorsieht, wurde das Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe im Jahr 2002 neu gefasst.²⁾ Ziel dieser Neufassung war es unter anderem, ab dem Berichtsjahr 2001 die Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten in die laufende Berichterstattung mit einzu beziehen. Dieser Unternehmenskreis wird durch die Kostenstrukturhebung im Verarbeitenden Gewerbe nicht erfasst. Mit der Einführung der Strukturhebung bei den Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten wird diese Datenlücke

geschlossen, sodass künftig strukturelevante Informationen für alle Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in Deutschland unabhängig von ihrer Größenordnung zur Verfügung stehen.

Methodische Vorbemerkungen zur Strukturhebung

Gemäß den Vorschriften des Gesetzes über die Statistik im Produzierenden Gewerbe³⁾ werden jährlich bei höchstens 6 000 Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten Angaben zu den tätigen Personen, zum Umsatz und zu den Kosten nach Kostenarten sowie zusätzlich die Investitionen erhoben. Die Erhebung erstreckt sich auf das Verarbeitende Gewerbe, den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden, das sind die Abschnitte C und D der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Zur Festlegung der Auswahlgesamtheit aller Erhebungseinheiten dient das bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder geführte Unternehmensregister. Nach der Maßgabe des nach mathematisch-statistischen Grundsätzen erstellten Auswahlplanes werden aus dieser Auswahlgesamtheit mittels einer geschichteten Zufallsstichprobe die auskunftspflichtigen Unternehmen ermittelt. Geschichtet werden die Auswahlseinheiten nach den Vierstellern der WZ 2003 und den zwei Beschäftigtengrößenklassen „weniger als 10 Beschäftigte“ und „10 bis 19 Beschäftigte“. Die

1) Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Amtsbl. der EG Nr. L 14 vom 17. Januar 1997, S. 1).

2) Gesetz über die Statistik im Produzierenden Gewerbe (ProdGewStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. März 2002 (BGBl. I S. 1181).

3) § 3 Buchstabe A Ziffer III.

Größenklassenbildung erfolgt anhand des Merkmals „sozialversicherungspflichtige Beschäftigte“ (SV-Beschäftigte). Die SV-Beschäftigten werden aus einer externen Datei der Bundesagentur für Arbeit in das Unternehmensregister übernommen. Um auch Unternehmen zu berücksichtigen, die keine SV-Beschäftigten haben, wurden auch Einheiten in die Auswahlgrundlage übernommen, für die lediglich Umsatzangaben neueren Datums aus der ebenfalls externen Umsatzsteuerdatei vorlagen.

Die Erhebung für das Berichtsjahr 2002 war – wie bereits die Erhebung für 2001 – durch eine hohe Zahl von Antwortausfällen gekennzeichnet. Am häufigsten kamen Antwortausfälle dadurch zustande, dass die Unternehmen zum Zeitpunkt der Erhebung bereits inaktiv waren. Da sich die aktuellsten Registereintragungen zum Zeitpunkt der Stichprobenziehung im Oktober 2003 auf das Jahr 2000 bezogen, konnten Änderungen neueren Datums bei der Auswahl nicht berücksichtigt werden. Ein weiteres Problem liegt in den häufig auftretenden fehlerhaften Zuordnungen der Unternehmen zu den Wirtschaftszweigen bzw. Klassen der WZ 2003. Die vorliegenden Zuordnungen werden ebenfalls aus der externen Umsatzsteuerdatei übernommen, dort aber nicht hinreichend aktualisiert. So kommt es vor, dass der zum Gründungszeitpunkt vergebene Wirtschafts-

zweig beibehalten wird, obwohl beispielsweise die Produktion schon vor Jahren eingestellt wurde und seither nur noch Umsätze aus Handel oder Vermietung erzielt werden. Die aktuelle Wirtschaftszweigzugehörigkeit der Unternehmen in der Auswahlgrundlage spielt jedoch bei der Stichprobenziehung und der Aufbereitung von aussagefähigen wirtschaftsstatistischen Ergebnissen eine wichtige Rolle.

In die Aufbereitung für das Berichtsjahr 2002 konnten 4 621 Unternehmen einbezogen werden, das waren 2,9% der in den Ergebnissen nachgewiesenen Unternehmen. Diese wurden frei auf die Auswahlgrundlage hochgerechnet. In den einzelnen Abteilungen (Zweisteller der WZ 2003) liegt die Repräsentanz zwischen 1,5 und 14,3% (siehe Tabelle 1).

Zum Zeitpunkt der Hochrechnung der Ergebnisse im April 2004 konnten aus dem Unternehmensregister noch keine neuen Informationen bundesweit zur Verfügung gestellt werden. Damit entfiel die Möglichkeit einer zusätzlichen Angleichung der frei hochgerechneten Ergebnisse an einen aktuelleren Registerstand.

Erhebungsmerkmale, Unternehmensbelastung und Aufbereitung der Stichprobenergebnisse

Für kleinere Firmen bedeuten statistische Auskunftspflichten eine stärkere Belastung als für große Unternehmen. Der umfangreiche Fragebogen der Kostenstrukturerhebung, der von den Unternehmen mit 20 Beschäftigten und mehr auszufüllen ist, konnte den kleinen Unternehmen daher nicht zugemutet werden. In der Gesetzgebung kam dieser Belastungsaspekt insofern zum Tragen, dass die Strukturerhebung bei Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten mit einem deutlich verringerten Fragenprogramm angeordnet wurde. Die Informationen zu den einzelnen Erhebungstatbeständen sind in den Geschäftsaufzeichnungen der Unternehmen enthalten und lassen sich in der Regel ohne nennenswerten zusätzlichen Aufwand übernehmen.

Folgende Erhebungsmerkmale werden bei den kleinen Unternehmen erfasst:

Allgemeine Angaben:

- Berichtsjahr
- Wirtschaftliche Haupttätigkeit und weitere produzierende Tätigkeiten

Tätige Personen:

- Tätige Inhaber
- darunter weiblich
- Arbeitnehmer
- darunter weiblich

Leistungen:

- Gesamtumsatz

Tabelle 1: Anteil der beteiligten Unternehmen an der Grundgesamtheit in ausgewählten Branchen¹⁾
Prozent

Nr. der Klassifikation	Branchen (H. v. = Herstellung von)	Anteil der beteiligten Unternehmen
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	7,0
	darunter:	
14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	6,4
D	Verarbeitendes Gewerbe	2,9
	darunter:	
15	Ernährungsgewerbe	1,8
17	Textilgewerbe	7,5
18	Bekleidungsgewerbe	4,8
20	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	1,8
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung ...	2,2
24	Chemische Industrie	11,3
25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3,7
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	4,5
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	14,3
28	H. v. Metallerzeugnissen	1,9
29	Maschinenbau	3,9
31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	3,9
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	4,2
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	1,5
34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	4,7
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	2,9
C, D	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden insgesamt	2,9

1) Abteilungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Kosten nach Kostenarten:

- Materialaufwand
- Kosten für in Anspruch genommene Dienstleistungen
- Bruttolohn- und Bruttogehaltsumme
- Sozialkosten

Investitionen:

- Bruttoinvestitionen in Sachanlagen

Auf der Grundlage des Fragebogens der Strukturhebung wurde bei den kleinen Unternehmen für das Berichtsjahr 2001 eine Belastungsuntersuchung durchgeführt. Dabei gaben die auskunftspflichtigen Unternehmen an, im Durchschnitt etwa 1,5 Stunden für die Beantwortung aufgewendet zu haben. Hinzu kommt, dass die beteiligten Unternehmen jeweils jährlich durch eine neue Stichprobenziehung in Verbindung mit einer Rotation nahezu vollständig ausgetauscht werden, sodass im Ergebnis bei den auskunftspflichtigen Unternehmen durch die Strukturstatistik keine nennenswerten Belastungen entstehen.

Ziel der Strukturhebung bei kleinen Unternehmen ist es, die Strukturdaten dieser Unternehmen in einem konsistenten Gesamtkonzept zu erheben und nachzuweisen. Damit erfüllt Deutschland seine Lieferverpflichtungen gegenüber Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften. Der Umfang dieser Lieferverpflichtungen, verankert in der Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik, geht jedoch über den Umfang der Erhebungsmerkmale hinaus, sodass ergänzende Schätzungen erforderlich sind.

Für diese Schätzungen werden die Ergebnisse der Kostenstrukturhebung in der Beschäftigtengrößenklasse 20 bis 49 Beschäftigte herangezogen. Dabei werden die Daten, die nicht durch die Strukturhebung erhoben werden, analog zu den entsprechenden Anteilen in der Kostenstrukturhebung im Wege einer Verhältnisschätzung erzeugt. Die Schätzung erfolgt jeweils auf der Ebene der Wirtschaftsklasse (Viersteller) der WZ 2003.

Ergebnisse für das Berichtsjahr 2002

Die freie Hochrechnung der Stichprobenergebnisse auf die Auswahlgrundlage ergab für den Berichtskreis insgesamt rund 160 000 Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten. Diese erzielten mit rund 992 000 Beschäftigten einen Jahresumsatz in Höhe von 78 Mrd. Euro.

Bezogen auf die einzelnen Wirtschaftsabteilungen ergibt sich ein recht unterschiedliches Bild. Sowohl hinsichtlich des Umsatzes als auch der Beschäftigten sind die kleinen Unternehmen im „Ernährungsgewerbe“ und bei der „Herstellung von Metallerzeugnissen“ besonders stark vertreten. Von Bedeutung sind auch, wie Tabelle 2 zeigt, die Branchen „Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung“, „Maschinenbau“ und „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik“. Auf diese fünf Branchen entfallen etwa 60% aller Aktivitäten der kleinen Unternehmen im Berichtskreis insgesamt.

Tabelle 2: Umsatz und Beschäftigte der Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe 2002 nach ausgewählten Branchen¹⁾
Prozent

Nr. der Klassifikation	Branchen (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Beschäftigte
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1,9	0,9
	darunter:		
14	Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1,8	0,9
D	Verarbeitendes Gewerbe	98,1	99,1
	darunter:		
15	Ernährungsgewerbe	15,7	22,1
17	Textilgewerbe	1,4	1,7
18	Bekleidungsgewerbe	1,2	1,1
20	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	6,7	7,1
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	9,9	9,1
24	Chemische Industrie	2,0	1,0
25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	3,5	2,8
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	7,3	4,5
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	1,1	0,8
28	H. v. Metallerzeugnissen	18,1	19,2
29	Maschinenbau	8,4	6,7
31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	3,8	3,2
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	1,1	1,0
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	6,9	8,8
34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1,5	1,1
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw.	5,2	6,0
C, D	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden insgesamt	100	100

1) Abteilungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Tabelle 3 zeigt die Produktionskostenstruktur der kleinen Unternehmen in Abhängigkeit von ihren wirtschaftlichen Tätigkeiten. Auch hier zeigt sich ein recht differenziertes Bild. Der Materialverbrauch, als größter Kostenblock, macht in den meisten Wirtschaftsabteilungen zwischen 40 und 50% des Umsatzes aus und beträgt für den Berichtskreis insgesamt 42,2% des gemeldeten Umsatzes. Der Anteil der Personalkosten am Umsatz liegt in den einzelnen Wirtschaftsabteilungen zwischen 20 und 40%. Nur in der Abteilung „Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik“ liegt der Personalkostenanteil über dem des Materialverbrauchs. Insgesamt erreichen die Personalkosten einen Anteil von 27,4% am Umsatz. Erst an dritter Stelle kommen die Kosten für bezogene Dienstleistungen. Sie erreichen insgesamt einen Anteil von 15,9% gemessen am Umsatz. In den Abteilungen „Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau“ und „Bekleidungsgewerbe“ liegt der Anteil der Kosten für bezogene Dienstleistungen über den Personalkosten.

Die drei Kostenblöcke zusammen haben im Berichtskreis insgesamt einen Anteil von 85,5% am Umsatz. Die verbleibenden 14,5% des Umsatzes dienen der Abdeckung der übrigen, in der Strukturhebung nicht erhobenen Aufwendungen und der Erzielung eines Unternehmensüberschusses.

Tabelle 3: Umsatz und Kostenarten im Verarbeitenden Gewerbe 2002 nach ausgewählten Branchen¹⁾

Nr. der Klassifikation	Branchen (H. v. = Herstellung von)	Umsatz	Materialverbrauch	Personal-kosten	Kosten für Dienstleistungen
		Mill. EUR	Anteil am Umsatz in %		
C	Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1463	28,4	17,7	23,1
14	darunter: Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau	1415	27,8	17,8	23,2
D	Verarbeitendes Gewerbe	76668	42,5	27,6	15,8
15	darunter: Ernährungsgewerbe	12260	49,0	24,3	12,7
17	Textilgewerbe	1074	44,4	28,6	17,0
18	Bekleidungs-gewerbe	928	51,1	16,5	18,4
20	Holzgewerbe (ohne H. v. Möbeln)	5236	48,0	25,2	14,6
22	Verlags-, Druckgewerbe, Vervielfältigung	7735	31,5	29,4	24,4
24	Chemische Industrie	1539	48,8	21,0	18,2
25	H. v. Gummi- und Kunststoffwaren	2770	49,2	23,6	14,7
26	Glasgewerbe, Keramik, Verarbeitung von Steinen und Erden	5684	51,8	20,3	17,4
27	Metallerzeugung und -bearbeitung	888	51,7	24,4	13,3
28	H. v. Metallerzeugnissen	14158	35,7	32,9	14,1
29	Maschinenbau	6569	43,4	28,8	15,7
31	H. v. Geräten der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	2979	42,7	30,0	14,1
32	Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	822	36,1	31,8	18,4
33	Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	5402	30,1	36,5	14,2
34	H. v. Kraftwagen und Kraftwagenteilen	1149	43,8	27,5	14,0
36	H. v. Möbeln, Schmuck, Musikinstrumenten, Sportgeräten usw. ...	4047	46,8	28,0	14,9
C, D	Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden insgesamt	78131	42,2	27,4	15,9

1) Abteilungen der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

Ergebnisse der strukturellen Unternehmensstatistik nach Beschäftigtengrößenklassen

Die Bedeutung der Ergebnisse der Struktur-erhebung bei den kleinen Unternehmen für die einzelnen Wirtschafts- abteilungen und für das Verarbeitende Gewerbe ins- gesamt wird erst in der zusammenhängenden Darstellung der Ergebnisse aller Unternehmen, das heißt einschließlich der Ergebnisse der Kostenstruktur-erhebung, deutlich. Auf diese Weise lassen sich nicht nur Umfang und Struktur der wirt- schaftlichen Tätigkeiten besser einordnen. Auch die Plausi- bilität der Ergebnisse der Struktur-erhebung bei den kleinen Unternehmen lässt sich besser beurteilen. Die folgenden Ausführungen berücksichtigen daher eine Untergliederung nach Beschäftigtengrößenklassen.

Vergleicht man die Aufteilung der Ergebnisse der Struktur- erhebung bei den Unternehmen mit weniger als 20 Beschäf- tigten auf die einzelnen Branchen des Verarbeitenden Ge- werbes mit der entsprechenden Aufteilung der Ergebnisse der Kostenstruktur-erhebung in der Größenklasse 20 bis 49 Beschäftigte, zeigt sich eine große Übereinstimmung der branchenspezifischen Anteile. Auch nach den Ergebnissen der Kostenstruktur-erhebung entfallen in der Größenklasse 20 bis 49 Beschäftigte auf das Ernährungsgewerbe, die Herstellung von Metallerzeugnissen sowie das Verlags- und Druckgewerbe die höchsten Umsatz- und Beschäftigten- anteile. Die übrigen Branchen weisen ebenfalls in beiden Beschäftigtengrößenklassen ähnliche Anteilswerte auf.

Tabelle 4 zeigt die Bruttowertschöpfung, die Wertschöp- fungsquote und die Bruttowertschöpfung je Beschäftig-

ten im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt. Man erkennt eine signifikant ausgeprägte Korrelation zur Unternehmens- gröÙe.

Tabelle 4: Umsatz und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe 2002 nach Beschäftigtengrößenklassen

Beschäftigtengrößen- klasse von ... bis ... Beschäftigte	Bruttowert- schöpfung	Wertschöpfungs- quote ¹⁾	Bruttowert- schöpfung je Beschäftigten
	1 000 EUR	%	EUR
1 – 9	14 642 616	40,7	29 367
10 – 19	17 180 817	40,8	34 820
20 – 49	24 801 965	36,9	42 660
50 – 249	85 681 935	31,1	48 912
250 und mehr	266 138 804	25,1	64 682
Insgesamt ...	408 446 137	27,5	54 901

1) Anteil der Bruttowertschöpfung am Umsatz.

Bei den Unternehmen der Größenklasse 1 bis 9 Beschäf- tigte ist die Wertschöpfungsquote – gemessen am Umsatz – mit 40,7% wesentlich höher als bei den Unternehmen mit 250 Beschäftigten und mehr mit 25,1%. Die Wertschöpfung je Beschäftigten hingegen ist in der kleinsten Größenklasse mit rund 29 000 Euro jährlich weniger als halb so groß wie bei den großen Unternehmen. In Bezug auf die erzielte Wertschöpfung arbeiten die Mitarbeiter kleinerer Unterneh- men wesentlich unproduktiver.

Die vorangegangenen Beispiele haben gezeigt, dass die Struktur-erhebung bei den kleinen Unternehmen des Verar- beitenden Gewerbes durchaus zu plausiblen und mit den charakteristischen Strukturdaten und Indikatoren der Kos-

tenstrukturerhebung vergleichbaren Ergebnissen führt. Sie bilden in dieser Hinsicht eine adäquate Ergänzung der Kostenstrukturergebnisse zu einem Ergebnis für den gesamten Berichtskreis.

Einen Größenvergleich zwischen den beiden Grundgesamtheiten, Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten einerseits und Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten andererseits, zeigen die Schaubilder 1 und 2. Am Beispiel ausgewählter Wirtschaftsabteilungen werden die Anteile der beiden Grundgesamtheiten an der jeweiligen Zahl der Unternehmen (siehe Schaubild 1) und der Wertschöpfung dargestellt (siehe Schaubild 2 auf S. 46).

In fast allen Branchen gibt es mehr kleine Unternehmen als Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten. Eine Ausnahme bildet die Tabakverarbeitung. Im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt haben rund 80% aller Unternehmen weniger als 20 Beschäftigte.

Nahezu umgekehrt proportional verhalten sich die Wertschöpfungsanteile der Teilmengen. Nur etwa 7,8% der gesamten Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes werden von den kleinen Unternehmen erwirtschaftet. In den einzelnen Branchen sind die Wertschöpfungsanteile, die auf die kleinen Unternehmen entfallen, recht unterschiedlich. Am stärksten tragen die Unternehmen mit weniger als

Schaubild 1

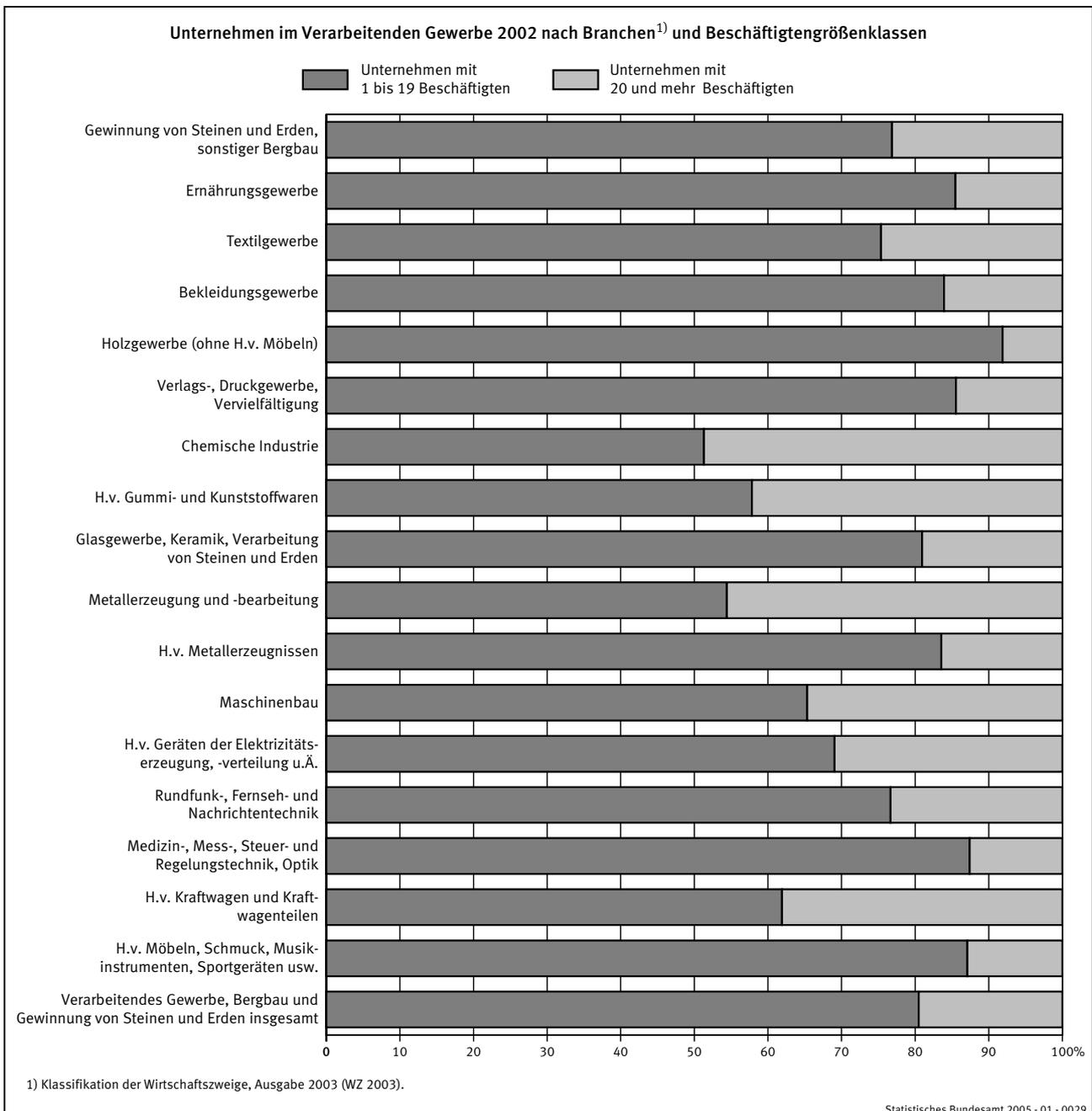
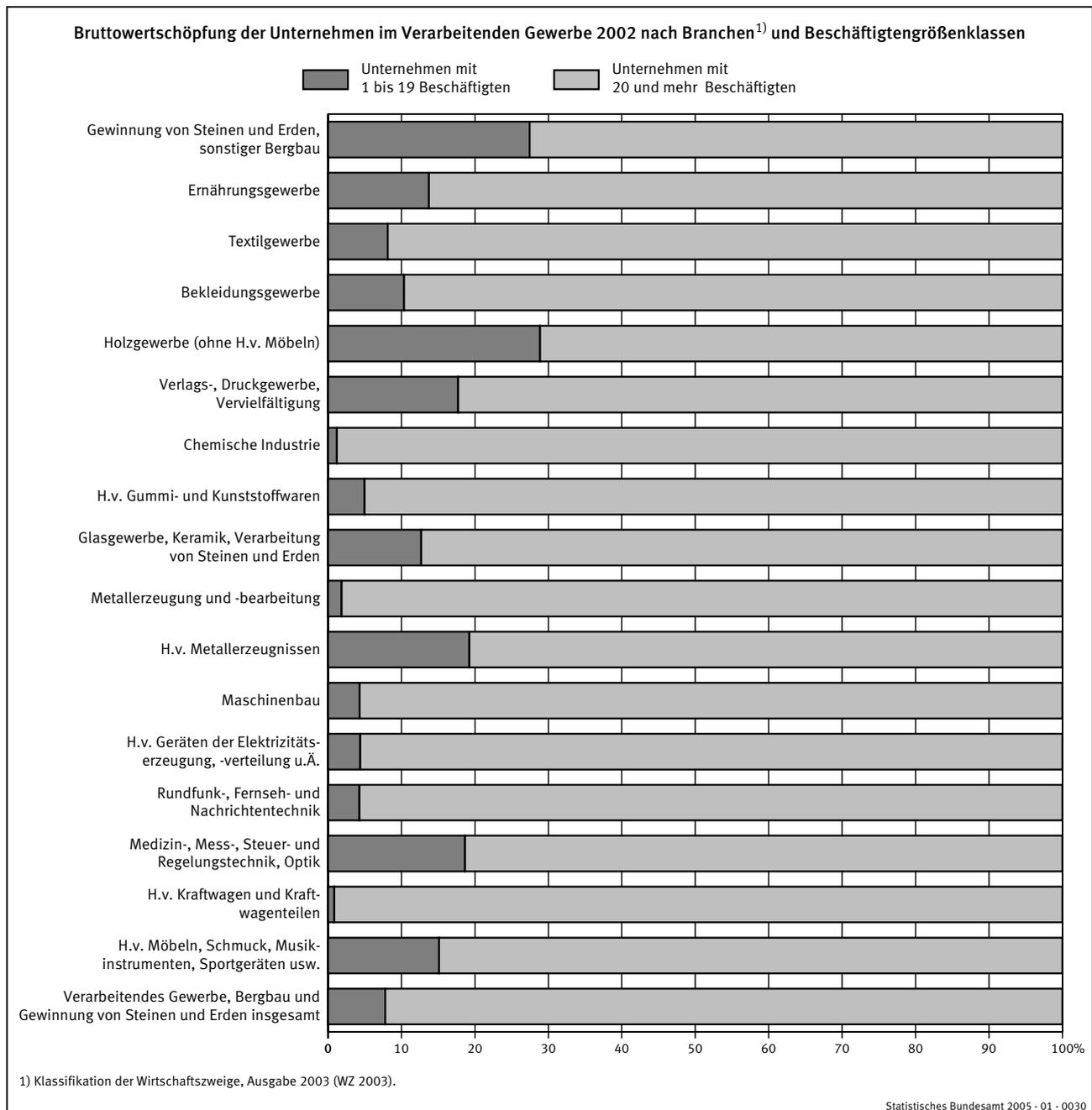


Schaubild 2



20 Beschäftigten in den Branchen „Gewinnung von Steinen und Erden, sonstiger Bergbau“ (27,4%), „Holzgewerbe“ (28,9%) und „Herstellung von Metallerzeugnissen“ (19,2%) zum jeweiligen Branchenergebnis insgesamt bei.

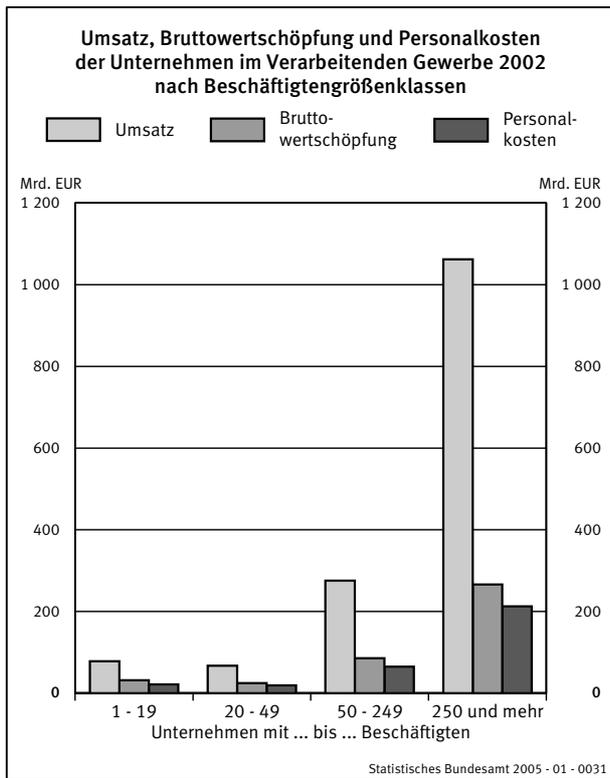
Schaubild 3 zeigt die Verteilung wichtiger Merkmale in den verschiedenen Beschäftigtengrößenklassen.

Die dargestellten Ergebnisse machen deutlich, dass – bezogen auf die Indikatoren Umsatz, Wertschöpfung und Personalkosten – die Unternehmen mit 1 bis 19 Beschäftigten einen höheren Anteil zum Gesamtergebnis beitragen, als die Unternehmen der Größenklasse 20 bis 49 Beschäftigte. Das Schaubild zeigt aber auch, dass im Verarbeitenden Gewerbe

die Unternehmen mit zwischen 50 und 249 Beschäftigten und vor allem die Unternehmen der Größenordnung 250 und mehr Beschäftigte in Deutschland vorherrschend sind. Der Wertschöpfungsanteil dieser mittelgroßen und großen Unternehmen liegt bei rund 86%, gemessen an der Wertschöpfung für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt.

Ergebnisse der strukturellen Unternehmensstatistik für das Verarbeitende Gewerbe werden über den EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes (<http://www.eds-destatis.de>) veröffentlicht. Neben den Ergebnissen nach Wirtschaftsklassen insgesamt werden für einige Merkmale auch Ergebnisse nach Beschäftigtengrößenklassen dargestellt.

Schaubild 3



Stichprobenergebnisse ist daher – wenn man eine zeitnahe Ergebnisdarstellung anstrebt – nur begrenzt möglich.

Derzeit wird die Strukturhebung für das Berichtsjahr 2003 durchgeführt. Nach Abschluss der Aufbereitung und Hochrechnung der Stichprobenergebnisse – also im Frühjahr 2005 – liegt nach den jetzigen Zeitvorgaben ein aktualisierter Registerbestand vor, der für eine zusätzliche Anpassung der hochgerechneten Ergebnisse genutzt werden könnte. [u](#)

Zusammenfassung und Schlussbemerkung

Durch die Einbeziehung der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes mit weniger als 20 Beschäftigten in die strukturelle Unternehmensstatistik ist die Erhebung von Strukturdaten aller Unternehmen des Berichtskreises in einem konsistenten Gesamtkonzept gewährleistet. Somit decken die Ergebnisse nun den gesamten Berichtskreis vollständig ab und ermöglichen auf diese Weise eine differenziertere Betrachtung der wirtschaftlichen Tätigkeiten in den einzelnen Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes. Gleichzeitig erfüllt das Statistische Bundesamt seine Lieferverpflichtungen gegenüber Eurostat gemäß der europäischen Verordnung über die strukturelle Unternehmensstatistik.

Die Strukturhebung bei den kleinen Unternehmen wird in einer die Unternehmen besonders schonenden Weise durchgeführt. Durch die fachliche und organisatorische Eingliederung der Statistik in die laufende Kostenstrukturhebung entstehen auch dem durchführenden Statistischen Bundesamt keine nennenswerten zusätzlichen Aufwendungen.

Probleme ergeben sich jedoch derzeit noch hinsichtlich der durch das Unternehmensregister bereitgestellten Auswahlgrundlage. Die Aktualisierung des Registers erfolgt bei den Unternehmen mit weniger als 20 Beschäftigten nahezu ausschließlich durch externe Verwaltungsdateien, die erst mit einer zeitlichen Verzögerung vorliegen. Der Einsatz dieses Datenbestandes als Hochrechnungsgrundlage für die

Dipl.-Volkswirtin Susan Kriete-Dodds

Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes am 1. Januar 2004

Zu Beginn des Jahres 2004 erhielten 1,42 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems; gegenüber dem Vorjahr waren dies 7 000 oder 0,5% mehr. Damit lag der Anstieg unter dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre (+ 1,2%).

Deutlich zugenommen hat die Versorgungsempfängerzahl bei den Ländern, wo sich die Personalverstärkungen seit Mitte der 1960er-Jahre im Bildungsbereich auswirken. Anfang 2003 belief sich die Zahl der Pensionäre, die aus Landesmitteln versorgt wurden, auf 583 100. Dies sind 2,4% mehr als ein Jahr zuvor. Dämpfend dürfte sich vor allem die weiter sinkende Zahl der Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit ausgewirkt haben. Im Jahr 2003 wurden 13 500 Personen wegen Dienstunfähigkeit pensioniert. Ein Jahr zuvor waren es noch 17 400 und im Jahr 2000 sogar 40 300 gewesen.

Die Ausgaben für die Altersversorgung der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beamten/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen und ihrer Hinterbliebenen sowie die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommenen Bediensteten mit beamtenrechtlichem Versorgungsanspruch sind im Jahr 2003 um 1,8% auf 34,5 Mrd. Euro gestiegen. Hauptursache für den Anstieg der Ausgaben war die größere Zahl von Ruhegehaltsempfängern. Die Hauptlast der Versorgungsausgaben hatten mit 16,6 Mrd. Euro (2,3% mehr als im Jahr 2002) die Länder zu tragen.

Dieser Aufsatz beschreibt die wichtigsten Ergebnisse der Versorgungsempfängerstatistik zum Stichtag 1. Januar

2004. Nach einer methodischen Einführung wird zunächst die zahlenmäßige Entwicklung der Versorgungsempfänger dargestellt. Daran anschließend geht der Beitrag auf die Versorgungsbezüge und Versorgungsausgaben ein.

Vorbemerkung

Die Altersversorgung für die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Beamten/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen ist nach einheitlichen Grundsätzen im Beamtenversorgungsgesetz (BeamtVG) und im Soldatenversorgungsgesetz (SVG) geregelt. Die Versorgung der nach dem Zweiten Weltkrieg nicht übernommenen Beamten, Berufssoldaten, Führer des Reichsarbeitsdienstes, Angestellten und Arbeiter des Deutschen Reiches¹⁾, soweit ein Anspruch auf eine beamtenrechtliche Versorgung besteht, regelt sich nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz (G 131). Hierbei erhalten die Leistungsberechtigten ihre Altersbezüge, wie die Bezüge in ihrer aktiven Dienstzeit, überwiegend aus allgemeinen Haushaltsmitteln des jeweiligen Dienstherrn.

Anspruch auf eine Leistung des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems haben Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen, die wegen Erreichens einer Altersgrenze, Dienstunfähigkeit oder aus sonstigen Gründen (z. B. einstweiliger Ruhestand, Vorruhestand) aus dem aktiven Dienst ausscheiden (Ruhegehalt), sowie Hinterbliebene (Witwen/Witwer und Waisen) von verstorbenen aktiven Beamten oder Pensionären (Witwen-/Witwergeld und Waisengeld).

1) Einschl. ehemaliger Bediensteter aufgelöster Dienststellen.

Die Versorgungsempfängerstatistik erfasst die Leistungsberechtigten des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems jährlich am 1. Januar auf der Grundlage des Gesetzes über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst. Im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes werden die ehemaligen Bediensteten (einschl. Hinterbliebener) des Bundes, der Länder und der Kommunen (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) sowie die in den Ruhestand versetzten Bundesbeamten der Bahn (Bundeseisenbahnvermögen) und Post (Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG und Deutsche Postbank AG) erhoben. Neben dem Bestand zum Stichtag 1. Januar werden auch die Bestandsveränderungen (Zugänge zum bzw. Abgänge aus dem Versorgungssystem) des Vorjahres erfasst. Die Zahlung der Versorgungsbezüge für ehemalige Beamtinnen und Beamte der Post und deren Hinterbliebene wurde vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation übernommen. Für die Versorgungsempfänger des mittelbaren öffentlichen Dienstes (Anstalten, Körperschaften und Stiftungen mit Diensthermfähigkeit) sehen die gesetzlichen Vorschriften teilweise ein verkürztes Erhebungsprogramm vor. Die Tabellen 2 bis 6 beziehen sich deshalb nur auf den unmittelbaren öffentlichen Dienst.

1 Versorgungsempfängerzahl 2003 nur leicht gestiegen

Insgesamt erhielten am Erhebungsstichtag 1. Januar 2004 1,42 Mill. Personen Leistungen des öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystems; dies waren knapp 7 000 oder 0,5% mehr als im Vorjahr (siehe Tabelle 1). Im Durchschnitt der letzten zehn Jahre betrug die Zuwachsrate 1,2%. Von den Versorgungsempfängern erhielten 1,29 Mill. ihre Bezüge nach dem Beamtenversorgungsgesetz (0,9% mehr als ein Jahr zuvor), 83 300 nach dem Soldatenversorgungsgesetz (+ 1,3%) und 50 200 nach Kapitel I des Gesetzes zu Artikel 131 Grundgesetz (- 9,3%).

Mehr Pensionäre – weniger Witwen und Witwer

Wie in den Jahren zuvor stieg die Zahl der Ruhegehaltsempfänger, während die der Witwen- und Witwergeldempfänger rückläufig war. Im Alterssicherungssystem für Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen²⁾ wurden am 1. Januar 2004 950 300 Empfänger von Ruhegehalt erfasst (siehe Tabelle 1). Dies waren 15 400 Pensionäre (+ 1,6%) mehr als im Vorjahr. Am 1. Januar 2004 erhielten noch 5 800 Ruhegehaltsempfänger Leistungen nach dem G 131, 1 200 (- 17,2%) weniger als ein Jahr zuvor.

Die Zahl der Empfänger von Witwen-/Witwergeld ist sowohl bei Leistungsbeziehern nach dem G 131 als auch nach dem BeamtVG und dem SVG weiter rückläufig. Am 1. Januar 2004 belief sich die Zahl der Empfänger von Witwen-/Witwergeld nach dem BeamtVG und dem SVG auf 390 500. Das waren 3 500 oder 0,9% weniger als ein Jahr zuvor. Nach den Rege-

Tabelle 1: Versorgungsempfänger/-empfängerinnen¹⁾ des öffentlichen Dienstes
1 000

Erhebungsstichtag	Empfänger/-innen von			Insgesamt
	Ruhegehalt	Witwen-/Witwergeld	Waisengeld	
Versorgung nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht				
1. Februar 1975 .	544,5	444,0	46,2	1 034,7
1. Februar 1980 .	583,1	444,8	48,4	1 076,3
1. Februar 1985 .	592,5	438,8	46,1	1 077,6
1. Februar 1990 .	631,1	427,3	39,1	1 097,6
1. Januar 1995 ..	712,0	418,0	35,0	1 165,0
1. Januar 1996 ..	740,8	413,1	33,8	1 187,8
1. Januar 1997 ..	768,0	411,6	33,2	1 212,7
1. Januar 1998 ..	801,8	409,5	33,0	1 244,3
1. Januar 1999 ..	827,8	406,3	32,7	1 266,8
1. Januar 2000 ..	859,4	403,6	32,3	1 295,2
1. Januar 2001 ..	897,8	399,9	32,5	1 330,2
1. Januar 2002 ..	920,9	397,2	32,4	1 350,5
1. Januar 2003 ..	934,9	394,0	32,4	1 361,3
1. Januar 2004 ..	950,3	390,5	32,6	1 373,4
Versorgung nach Kap. I G 131				
1. Februar 1975 .	88,8	143,1	5,4	237,3
1. Februar 1980 .	67,0	130,4	3,2	200,6
1. Februar 1985 .	49,1	114,9	2,3	166,2
1. Februar 1990 .	34,0	98,5	1,7	134,3
1. Januar 1995 ..	21,5	81,3	1,4	104,1
1. Januar 1996 ..	19,4	78,0	1,3	98,8
1. Januar 1997 ..	17,2	73,1	1,2	91,4
1. Januar 1998 ..	15,1	68,9	1,1	85,2
1. Januar 1999 ..	13,2	64,9	1,1	79,3
1. Januar 2000 ..	11,5	60,9	1,0	73,5
1. Januar 2001 ..	9,9	56,8	1,0	67,7
1. Januar 2002 ..	8,4	52,0	1,0	61,3
1. Januar 2003 ..	7,0	47,3	1,0	55,3
1. Januar 2004 ..	5,8	43,5	1,0	50,2

1) Bis 1990: früheres Bundesgebiet, ab 1995: Deutschland.

lungen des G 131 wurden am 1. Januar 2004 noch 43 500 Personen versorgt, deren Ehegatten im Dienst des Deutschen Reiches einen Rechtsanspruch erworben hatten und nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs nicht mehr in den öffentlichen Dienst übernommen worden waren. Dies waren 3 900 oder 8,2% weniger als im Vorjahr.

Die Zahl der Empfänger von Waisengeld stieg leicht gegenüber dem Vorjahr. Nach dem BeamtVG und dem SVG erhielten 32 600 Personen derartige Leistungen, gut 100 mehr als im Vorjahr (+0,4%). Daneben wurden noch knapp 1 000 Waisen nach Regelungen des G 131 versorgt, die aufgrund einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung über das 27. Lebensjahr hinaus eine Versorgungsleistung erhalten.

Da als Witwen-/Witwergeld zurzeit in der Regel 60% und als Waisengeld 12% (Halbwaisen) bzw. 20% (Vollwaisen) der entsprechenden Ruhegehälter gezahlt werden, wirkt sich eine Veränderung der Zahl der Ruhegehaltsempfänger wesentlich stärker auf die Versorgungsausgaben aus als Bestandsveränderungen bei den Hinterbliebenen.

Anstieg der Zahl der Leistungsbezieher bei den Gebietskörperschaften

Die Versorgungsempfänger sind aufgrund der Aufgabenstruktur des aktiven Personals unterschiedlich auf die ver-

2) Ohne Versorgungsempfänger nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

Tabelle 2: Versorgungsempfänger/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Art der Versorgung und Laufbahngruppen

Art der Versorgung/ Laufbahngruppen	Bund	Länder	Gemeinden/Gv. ¹⁾	Bundeseisenbahn- vermögen	Post ²⁾	Insgesamt	
	1. Januar 2004						1. Januar 2003
Ruhegehalt	112 369	409 583	68 270	137 110	208 229	935 561	921 216
Höherer Dienst	26 937	119 263	20 993	1 839	2 535	171 567	168 661
Gehobener Dienst	31 019	220 687	28 516	16 675	27 462	324 359	311 599
Mittlerer Dienst	52 182	63 442	16 949	102 160	103 972	338 705	339 510
Einfacher Dienst	2 231	6 191	1 812	16 436	74 260	100 930	101 446
Witwen-/Witwergeld	44 555	154 803	36 363	87 582	60 072	383 375	387 139
Höherer Dienst	9 917	41 710	8 409	1 105	773	61 914	63 039
Gehobener Dienst	12 022	64 168	16 122	9 090	7 918	109 320	108 484
Mittlerer Dienst	20 830	45 122	9 973	57 149	20 655	153 729	155 385
Einfacher Dienst	1 786	3 803	1 859	20 238	30 726	58 412	60 231
Waisengeld	3 251	18 668	2 576	3 451	4 064	32 010	31 897
Höherer Dienst	696	5 797	609	46	74	7 222	7 460
Gehobener Dienst	910	9 331	1 244	395	588	12 468	12 145
Mittlerer Dienst	1 467	3 316	623	2 206	1 740	9 352	9 261
Einfacher Dienst	178	224	100	804	1 662	2 968	3 031
Insgesamt ...	160 175	583 054	107 209	228 143	272 365	1 350 946	1 340 252

1) Einschl. Zweckverbände. – 2) Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG.

schiedenen Beschäftigungsbereiche verteilt. Vor allem die Länder beschäftigen in den personalintensiven Bereichen der inneren Sicherheit und im Bildungswesen ihre Mitarbeiter überwiegend in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis. Aus diesem Grund haben sie auch den größten Teil (42,5%) der Leistungsberechtigten zu versorgen. Im Einzelnen erhielten von den Ländern 583 100, vom Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation 272 400, vom

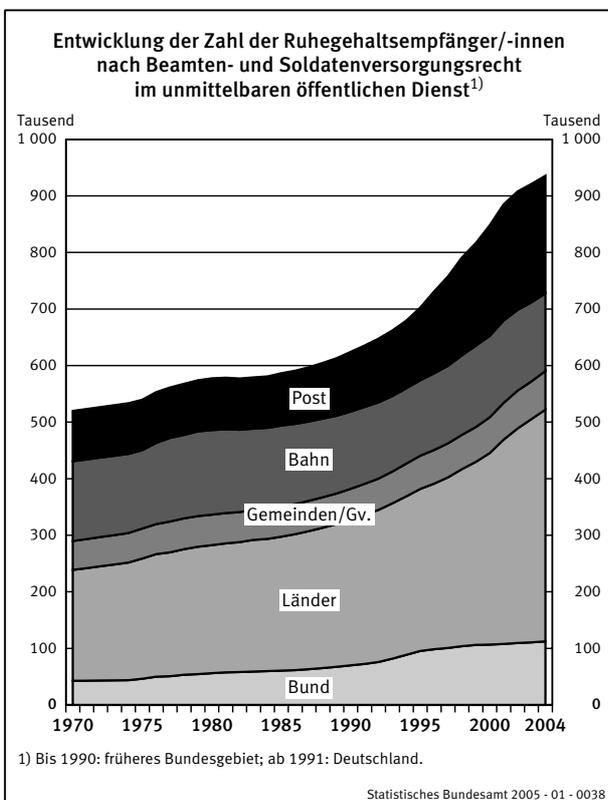
Bundeseisenbahnvermögen 228 100, vom Bund 160 200³⁾ und von den Gemeinden/Gv. 107 200 ehemalige Bedienstete und ihre Hinterbliebenen Versorgungsleistungen (siehe Tabelle 2). Hinzu kamen 22 500 Versorgungsempfänger aus Bereichen des mittelbaren öffentlichen Dienstes. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl der Versorgungsempfänger bei den Ländern (+ 14 000 bzw. + 2,4%), beim Bund (+ 1 800 bzw. + 1,1%) und bei den Gemeinden (+ 1 500 bzw. + 1,4%) gestiegen. Beim Bundeseisenbahnvermögen (– 5 000 oder – 2,3%) und beim Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation (– 1 200 oder – 0,4%) ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen (siehe Schaubild 1).

Der überdurchschnittliche Anstieg der Versorgungsempfänger der Länder geht in erster Linie auf die Personalverstärkungen im Schuldienst seit Mitte der 1960er-Jahre zurück. So war knapp die Hälfte der Ruhegehaltsempfänger der Länder im Schuldienst tätig. Dagegen sind die Zugänge zum Versorgungssystem beim Bundeseisenbahnvermögen niedriger als die Abgänge.

Anteil der Ruhegehaltsempfänger in höheren Laufbahngruppen weiter gestiegen

Die Gliederung nach Besoldungsgruppen und die Zusammenfassung zu Laufbahngruppen gibt sowohl Aufschluss über die Berechnungsgrundlage der Versorgungsbezüge als auch über die berufliche Qualifikation der Versorgungsgeber in ihrer aktiven Dienstzeit. Nach dem Ergebnis der Versorgungsempfängerstatistik 2004 gehörten von den 936 000 Ruhegehaltsempfängern des unmittelbaren öffentlichen Dienstes in ihrer aktiven Dienstzeit 53,0% dem höheren bzw. dem gehobenen Dienst an (siehe Tabelle 2). Aus dem mittleren bzw. dem einfachen Dienst waren 47,0% in den Ruhestand versetzt worden. Im Vorjahresvergleich erhöhte sich der Bestand der Pensionäre des höheren Dienstes um 2 900 oder 1,7% und des gehobenen Dienstes

Schaubild 1



3) Ohne Versorgungsempfänger nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz.

um 12 800 (+ 4,1%). Im mittleren (- 800 oder - 0,2%) und einfachen Dienst (- 500 oder - 0,5%) gab es weniger Pensionäre als ein Jahr zuvor. Entsprechend dem Trend der Vorjahre ist der Anteil der Pensionäre des höheren und gehobenen Dienstes weiter gestiegen. Der Zuwachs der Zahl der Ruhegehaltsempfänger in diesen beiden Laufbahngruppen geht überwiegend auf die hohe Zahl von Pensionierungen aus dem Schuldienst zurück.

Die Laufbahnstruktur der Versorgungsempfänger wich in den einzelnen Beschäftigungsbereichen aufgrund der unterschiedlichen Aufgabenstellungen des aktiven Personals zum Teil erheblich vom Durchschnitt ab. Bei den Ländern und Gemeinden/Gv. lagen die Anteile der Ruhegehaltsempfänger, deren Versorgungsbezüge nach einer Besoldungsgruppe des höheren oder gehobenen Dienstes berechnet werden, mit 83,0 bzw. 72,5% deutlich über dem Durchschnitt. Beim Bund sind etwa die Hälfte (51,6%) aller Pensionäre in den oberen Laufbahngruppen vertreten. Bei den ehemaligen Sondervermögen Bahn und Post überwiegen dagegen mit Anteilen von 86,5 bzw. 85,6% die Besoldungsgruppen des mittleren und einfachen Dienstes.

Von den männlichen Pensionären gehörten 30,5% in ihrer aktiven Zeit dem höheren Dienst, 39,5% dem gehobenen Dienst und 30,2% dem mittleren und einfachen Dienst an. Bei den Frauen ist die Verteilung nicht so ausgewogen; hier gehörten 59,7% dem gehobenen Dienst, 23,8% dem mittleren und einfachen Dienst und nur 16,5% dem höheren Dienst an. Die Ruhegehaltsempfängerinnen des höheren und gehobenen Dienstes waren in ihrer aktiven Zeit vor allem im Schuldienst tätig.

Bei den Beziehern von Witwen-/Witwergeld liegt der Anteil der Besoldungsgruppen des höheren und des gehobenen Dienstes (44,7%) unter den bei den Ruhegehaltsempfängern festgestellten Werten. Der Unterschied zur Laufbahnstruktur der Ruhegehaltsempfänger dürfte unter anderem darauf zurückzuführen sein, dass bei den Witwen/Witwern die aktive Dienstzeit des Versorgungsurhebers länger zurückliegt und somit die Laufbahnstruktur des aktiven Personals früherer Zeiten widerspiegelt wird.

Zahl der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit weiter rückläufig

Für den Eintritt in den Ruhestand sind im Alterssicherungssystem für Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufssoldaten/Berufssoldatinnen vor allem drei Gründe zu nennen: festgestellte Dienstunfähigkeit, das Erreichen einer gesetzlich festgelegten Altersgrenze und die Inanspruchnahme eines gesetzlich geregelten Vorruhestandes.

Insgesamt wurden im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes 41 800 Pensionäre erfasst (siehe Tabelle 3), die im Jahr 2003 erstmals Ruhegehalt erhielten; dies waren 600 weniger als 2002. Von den Neupensionären standen 34 400 im Dienst der Gebietskörperschaften (400 oder 1,2% mehr als im Vorjahr). Hiervon entfielen 4 700 (+ 13,4%) auf den Bund, 27 000 (+ 2,1%) auf die Länder und 2 800 (- 20,2%) auf die Gemeinden/Gv. (siehe Tabelle 4 auf S. 53). Aus dem Bereich der früheren Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost kamen 7 400 (- 11,6%) der Neupensionäre. In diesen Bereichen waren in den vorherigen Jahren wesentlich mehr Beamte/Beamtinnen in den Ruhestand versetzt worden.

Die Zugangsrate im beamtenrechtlichen Alterssicherungssystem betrug im Jahr 2003 bezogen auf den Durchschnittsbestand der Ruhegehaltsempfänger 4,5% (2002: 4,6%). Sie lag beim Bundeseisenbahnvermögen und beim Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation mit 2,1% am niedrigsten, während die Länder (7,1%) die höchste Zugangsrate zu verkräften hatten.

Der Anteil der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit ist von 41% (2002) auf 32% (2003) zurückgegangen. Das war der niedrigste Anteil seit Beginn der Erhebung dieses Merkmals in der Versorgungsempfängerstatistik im Jahr 1993.

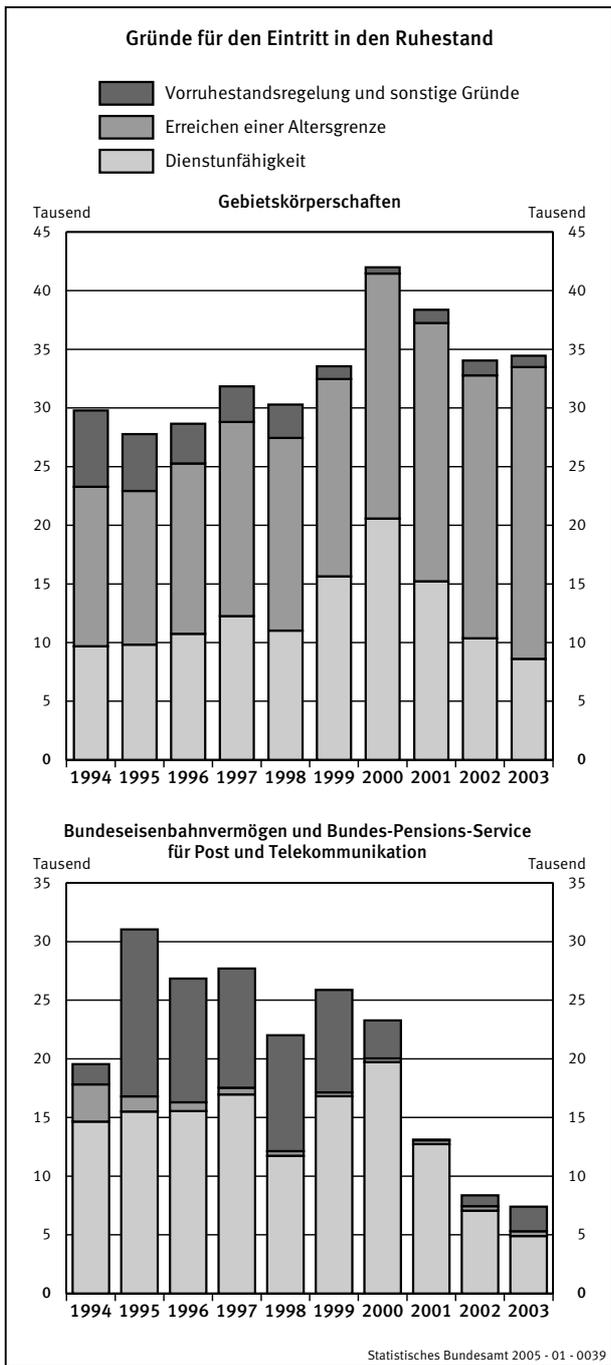
Für diese Entwicklung dürften unter anderem dienst- und versorgungsrechtliche Maßnahmen ausschlaggebend sein: So hat zum einen die Inanspruchnahme von Altersteilzeit deutlich zugenommen. Mitte 2003 hatten rund 55 800 Beamten und Beamte⁴⁾ von der Möglichkeit der Alters-

Tabelle 3: Entwicklung der Zugänge von Ruhegehaltsempfängern/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Dienstunfähigkeit	24 342	25 333	26 294	29 217	22 760	32 462	40 287	27 949	17 419	13 496
Besondere Altersgrenze	3 568	3 612	4 004	4 244	4 995	5 479	6 554	7 135	6 026	6 721
Antragsaltersgrenze										
60. Lebensjahr	1 398	1 430	1 502	1 707	1 950	2 410	2 976	2 849	2 858	2 827
Antragsaltersgrenze										
63. Lebensjahr	8 696	6 602	7 265	8 857	7 253	6 046	7 484	7 482	7 673	7 465
Regelaltersgrenze										
65. Lebensjahr	3 090	2 744	2 497	2 324	2 620	3 206	4 199	4 893	6 230	8 282
Vorruhestandsregelung	6 874	18 233	12 632	12 406	12 279	8 958	3 220	38	1 317	2 537
Sonstige Gründe	1 367	854	1 305	778	439	855	545	1 129	884	510
Insgesamt ...	49 335	58 808	55 499	59 533	52 296	59 416	65 265	51 475	42 407	41 838

4) Unmittelbarer Bundesdienst einschließlich Bundeseisenbahnvermögen und Nachfolgeunternehmen der Deutschen Bundespost.

Schaubild 2



teilzeit Gebrauch gemacht; ein Jahr zuvor waren es 40 900. Zum anderen müssen seit 2001 – ebenso wie in der gesetzlichen Rentenversicherung – Abschläge bei Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit vor Vollendung des 63. Lebensjahres hingenommen werden. Im Jahr 2000, dem letzten Jahr vor Einführung der Versorgungsabschläge, waren noch 62% aller Pensionierungen aufgrund von Dienstunfähigkeit erfolgt.

Besonders deutlich fiel der Rückgang der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit im Jahr 2003 beim Bundeseisenbahnvermögen aus. So erfolgten im Jahr 2003 nur noch gut

800 (28%) aller Pensionierungen in diesem Bereich aufgrund von Dienstunfähigkeit (2002: 1 700 bzw. 60%). Der Rückgang beim Bundeseisenbahnvermögen ist auf die dort erneut eingeführte Vorruhestandsregelung zurückzuführen.

Im Bereich des Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation erfolgten knapp 4 100 (91%) aller Pensionierungen im Jahr 2003 wegen Dienstunfähigkeit (2002: 5 400 bzw. 96%). Bei dieser Zahl ist allerdings zu berücksichtigen, dass nur sehr wenige Beamtinnen und Beamte eine für alle Bereiche gültige Altersgrenze, aufgrund derer sie in den Ruhestand hätten versetzt werden können, erreichen. Dabei kommt zum Tragen, dass ein großer Teil der Beamten/Beamtinnen, die 2003 eine Altersgrenze erreicht hätten, bereits aufgrund von Vorruhestandsregelungen oder Dienstunfähigkeit in früheren Jahren pensioniert worden sind.

Bei den Gebietskörperschaften wurden 8 600 bzw. 25% der Neupensionäre wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt. Das waren 1 800 oder 17% weniger als ein Jahr zuvor. Dabei gibt es große Unterschiede zwischen den verschiedenen Aufgabenbereichen. So ist Dienstunfähigkeit bei Beamten/Beamtinnen, für die eine besondere Altersgrenze gilt, und bei Berufssoldaten/Berufssoldatinnen deutlich seltener Pensionierungsgrund als für andere Beamte/Beamtinnen. Von den Zurruhesetzungen aus dem Vollzugsdienst der Länder, für den eine Altersgrenze von 60 Jahren gilt, erfolgten nur 16% wegen Dienstunfähigkeit, 84,0% der Beamten/Beamtinnen gingen hingegen mit Erreichen der besonderen Altersgrenze in den Ruhestand. Bei

Schaubild 3

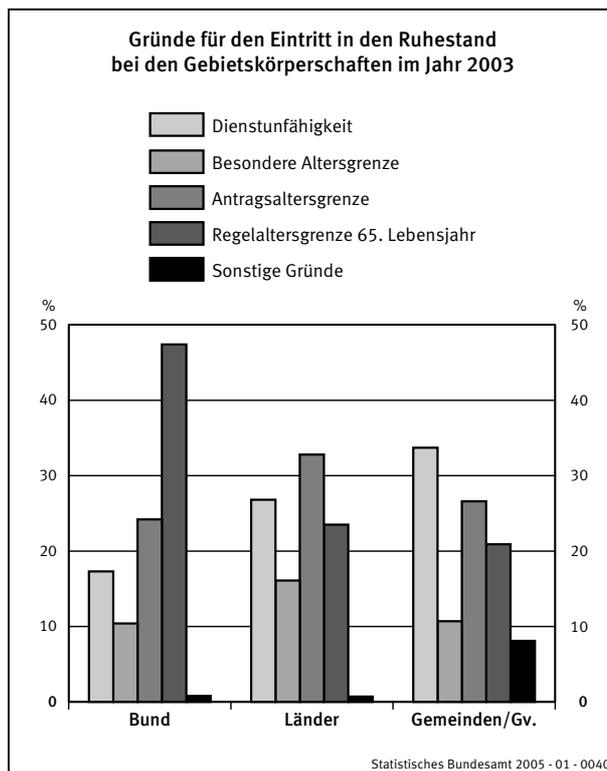


Tabelle 4: Zugänge von Versorgungsempfängern/-empfängerinnen nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Gründen für den Eintritt des Versorgungsfalles und Altersgruppen

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles — Alter	Gebietskörperschaften									Bundes-eisen-bahn- vermögen	Post ²⁾	Insgesamt	
	zu- sammen	Bund			Länder				Gemein- den/Gv. ¹⁾				
		zu- sammen	Beamte/ Beamtin- nen, Richter/ -innen	Berufs- soldaten/ -soldat- innen	zu- sammen	Schul- dienst	Vollzugs- dienst	übrige Bereiche					
Ruhegehalt													
Dienstunfähigkeit im Alter von ... bis unter ... Jahren	8 607	426	394	32	7 232	4 839	805	1 588	949	809	4 080	13 496	17 419
unter 45	842	83	70	13	653	92	208	353	106	82	1 594	2 518	2 720
45 – 50	788	77	65	12	591	237	148	206	120	178	919	1 885	2 491
50 – 55	1 799	87	81	6	1 516	982	232	302	196	285	845	2 929	4 286
55 – 60	2 527	70	69	1	2 220	1 646	214	360	237	103	508	3 138	4 419
60 und älter	2 651	109	109	–	2 252	1 882	3	367	290	161	214	3 026	3 503
Erreichen einer Alters- grenze	24 885	3 712	1 867	1 845	19 536	9 509	4 339	5 688	1 637	195	215	25 295	22 787
Besondere Altersgrenze	6 721	2 081	236	1 845	4 339	–	4 339	–	301	–	–	6 721	6 026
Antragsaltersgrenze 60. Lebensjahr ...	2 777	250	250	–	2 209	1 404	–	805	318	22	28	2 827	2 858
Antragsaltersgrenze 63. Lebensjahr ...	7 373	301	301	–	6 642	5 191	–	1 451	430	8	84	7 465	7 673
Regelaltersgrenze 65. Lebensjahr ...	8 014	1 080	1 080	–	6 346	2 914	–	3 432	588	165	103	8 282	6 230
Vorruhestands- regelung	521	514	–	514	7	5	–	2	–	1 919	97	2 537	1 317
Sonstige Gründe	434	18	18	–	189	26	20	143	227	–	76	510	884
Zusammen ...	34 447	4 670	2 279	2 391	26 964	14 379	5 164	7 421	2 813	2 923	4 468	41 838	42 407
Witwen-/Witwergeld													
Tod eines aktiven Beamten/einer aktiven Beamtin ...	1 457	170	110	60	1 173	468	291	414	114	65	159	1 681	1 654
Tod eines Ruhegehalts- empfängers/einer Ruhegehalts- empfängerin	10 166	2 033	961	1 072	6 652	2 493	1 701	2 458	1 481	3 488	3 283	16 937	16 231
Sonstige Gründe	92	5	2	3	39	16	6	17	48	6	561	659	68
Zusammen ...	11 715	2 208	1 073	1 135	7 864	2 977	1 998	2 889	1 643	3 559	4 003	19 277	17 953

1) Einschl. Zweckverbände. – 2) Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG.

Berufssoldaten/Berufssoldatinnen erreichten 77% das vorgesehene Ruhestandsalter, das hier in den meisten Fällen allerdings deutlich niedriger liegt (häufig bereits bei Vollen- dung des 53. Lebensjahres). In diesem Bereich wurden nur 1,3% der Neupensionäre wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, 22% nahmen eine Vor-ruhestandsrege- lung in Anspruch. Im Schuldienst kommt es wesentlich häu- figer zu Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit (33,7%), die Zahl ist aber im Vergleich zu den Vorjahren deutlich gesunken.

25 300 (61%) der in einem öffentlich-rechtlichen Dienstver- hältnis stehenden Beschäftigten im unmittelbaren öffent- lichen Dienst sind im Jahr 2003 wegen Erreichens einer Altersgrenze und 3 000 (7,3%) aufgrund von Vorruhestands- regelungen oder sonstigen Gründen aus dem aktiven Dienst ausgeschieden. Wegen Erreichens einer Altersgrenze wur- den gut 2 500 (+ 11%) Personen mehr in den Ruhestand ver- setzt als im Jahr 2002.

Die Zahl der Beamten/Beamtinnen, die erst mit Erreichen der Regelaltersgrenze von 65 Jahren aus dem aktiven Dienst ausscheiden, ist weiter gestiegen. Im Jahr 2003 waren dies mit 8 300 Personen 33% mehr als 2002. Der deutliche Anstieg ist neben den dienst- und versorgungsrechtlichen Maßnahmen auch auf die Altersstruktur der Beamtinnen und Beamten zurückzuführen.

Das durchschnittliche Zugangsalter betrug im Jahr 2003 für Beamte/Beamtinnen, Richter/Richterinnen und Berufs- soldaten/Berufssoldatinnen im unmittelbaren öffentlichen Dienst 59 Jahre (2002: 58 Jahre). Bei den ehemaligen Son- dervermögen lag das Durchschnittsalter der Neupensio- näre mit 48 Jahren (Post) bzw. 57 Jahren (Bahn) erheblich niedriger als bei den Gebietskörperschaften (60 Jahre). Im Bereich der Gebietskörperschaften treten die Berufs- soldaten/Berufssoldatinnen deutlich früher in den Ruhe- stand als andere Berufsgruppen. So waren die Be- rufssoldaten/Berufssoldatinnen, die im Jahr 2003 in den

Ruhestand versetzt wurden, aufgrund der niedrigeren Altersgrenzen, die es einem Großteil ermöglichen, bereits mit Vollendung des 53. Lebensjahres pensioniert zu werden, durchschnittlich nur 54 Jahre alt. Beamte/Beamtinnen und Richter/Richterinnen des Bundes erreichten im Schnitt ein Pensionierungsalter von 62 Jahren, die der Länder von 61 Jahren und die der Gemeinden/Gv. von 60 Jahren. In allen Bereichen hat sich das Durchschnittsalter somit erhöht.

Trotz der hohen Zahl der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit in den vergangenen Jahren und des relativ

niedrig scheinenden durchschnittlichen Pensionierungsalters waren von den 59-jährigen Beamten/Beamtinnen, Richtern/Richterinnen und Berufssoldaten/-soldatinnen der Gebietskörperschaften Ende 2003 noch drei von vier im aktiven Dienst. Nur jede(r) Vierte war bereits in den Ruhestand versetzt worden. Im Alter von 62 Jahren arbeiteten noch die Hälfte und im Alter von 64 Jahren noch gut ein Viertel. Bei den ehemaligen Sondervermögen waren bereits neun von zehn aller 59-jährigen Beamtinnen und Beamten im Ruhestand und von den 54-jährigen bereits über die Hälfte (siehe Schaubild 4).

Schaubild 4

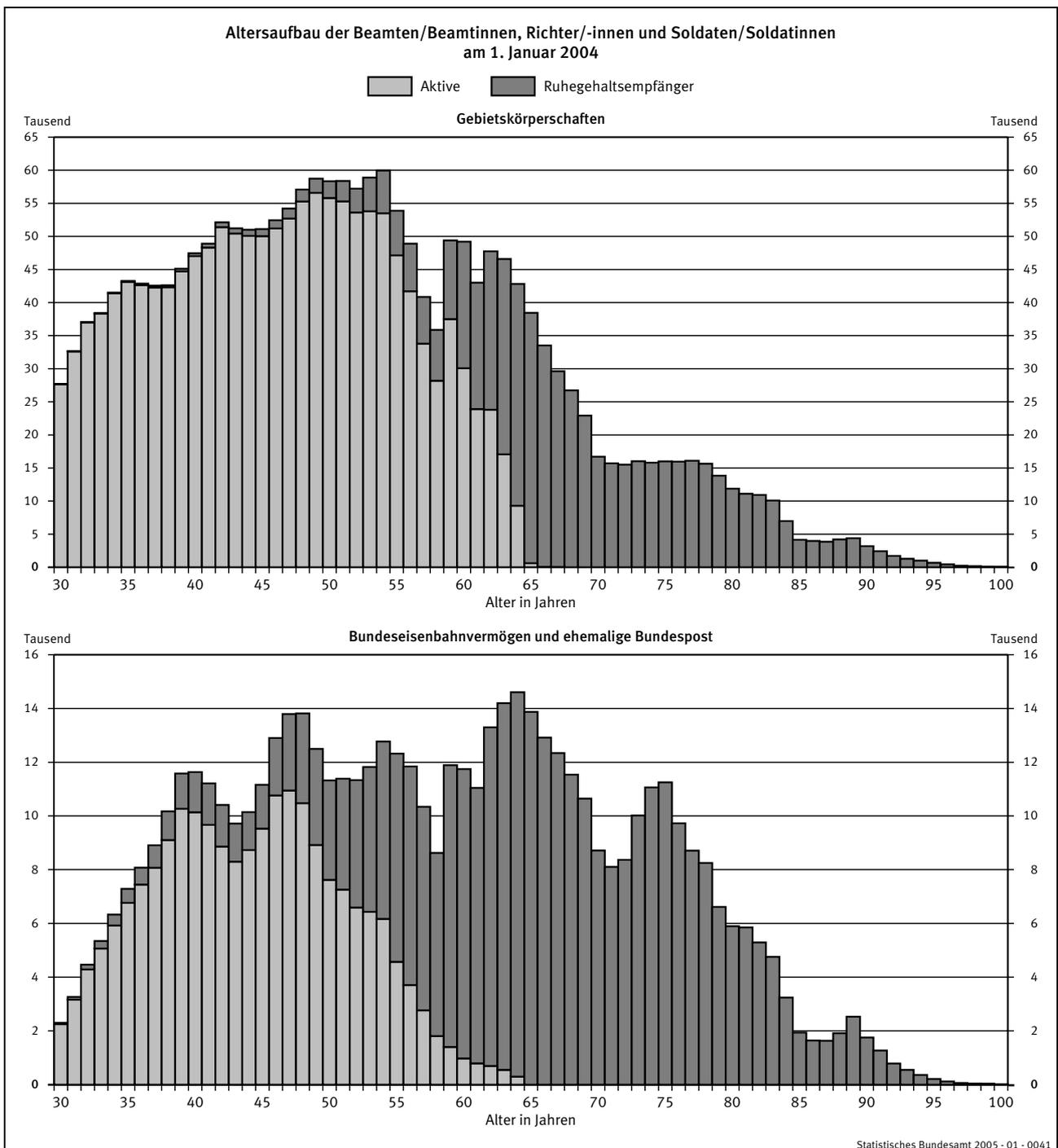


Tabelle 5: Versorgungsabgänge im unmittelbaren öffentlichen Dienst nach Altersgruppen

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bund	Länder	Gemeinden/Gv. ¹⁾	Bundeseisenbahn- vermögen	Post ²⁾	Insgesamt	
						2003	2002
Ruhegehalt							
unter 60	184	922	124	158	439	1 827	1 848
60 – 70	578	1 841	297	755	783	4 254	3 982
70 – 80	733	3 000	636	1 710	1 644	7 723	7 808
80 – 90	1 277	4 317	865	2 163	1 518	10 140	9 777
90 und älter	416	2 230	472	937	573	4 628	4 195
Zusammen ...	3 188	12 310	2 394	5 723	4 957	28 572	27 610
Witwen-/Witwergeld							
unter 60	20	243	13	18	46	340	364
60 – 70	72	290	55	97	102	616	543
70 – 80	298	1 028	249	707	508	2 790	2 861
80 – 90	1 121	3 842	1 001	3 046	1 332	10 342	10 042
90 und älter	773	3 625	1 019	2 245	1 142	8 804	8 047
Zusammen ...	2 284	9 028	2 337	6 113	3 130	22 892	21 857

1) Einschl. Zweckverbände. – 2) Deutsche Post AG, Deutsche Telekom AG, Deutsche Postbank AG.

Versorgungsabgänge

Im Jahr 2003 sind 28 600 Ruhegehaltsempfänger und -empfängerinnen sowie 22 900 Witwen/Witwer im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes aus dem Versorgungssystem ausgeschieden (siehe Tabelle 5). Bei den verstorbenen Ruhegehaltsempfängern waren 51,7% 80 Jahre oder älter. Bezogen auf den Durchschnittsbestand betrug die Abgangsquote bei den Ruhegehaltsempfängern 3,1% und bei den Witwen/Witwern 5,9%. Die höhere Abgangsquote bei den Witwen/Witwern im Vergleich zu den Ruhegehaltsempfängern ist auf den höheren Bestandsanteil (45% gegenüber 13%) der über 80-Jährigen bei den Witwen/Witwern zurückzuführen. Analog ist die Abgangsquote bei der Post, bei der nur 9% der Ruhegehaltsempfänger 80 Jahre oder älter sind, mit 2,4% sehr niedrig.

2 Durchschnittliche Ruhegehaltsbezüge

Bei den in der Versorgungsempfängerstatistik nachgewiesenen Beträgen handelt es sich um den monatlichen Bruttobetrag für den Monat Januar 2004 vor Abzug der Lohnsteuer und ohne Berücksichtigung der Beiträge für die private Kranken- und Pflegeversicherung. Die beamten- und soldatenrechtlichen Versorgungsbezüge sind im Gegensatz zu den Renten steuerrechtlich Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit und unterliegen deshalb bei ihrer Auszahlung dem Lohnsteuerabzug.

Im September 2003 wurde beschlossen, die bisher bundeseinheitlichen Bezahlsregelungen bei der jährlichen Sonderzuwendung (Weihnachtsgeld) und beim Urlaubsgeld zu öffnen, sodass nunmehr die Länder diese Leistungen für ihren Bereich abweichend regeln dürfen⁵⁾, mit der Folge, dass vor allem die Höhe dieser Zahlungen in vielen Ländern abgesenkt oder nach Besoldungsgruppen gestaffelt wurde.

Die Freiräume gelten aber auch für die Auszahlungsmodalitäten. So wird seit 2004 in einigen Bundesländern (Baden-Württemberg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Thüringen) die Sonderzahlung nicht mehr jährlich, sondern monatlich ausgezahlt. Daher sind die Bruttomonatsbezüge im Erfassungsmonat der Versorgungsempfängerstatistik in diesen Ländern deutlich gestiegen.

Der durchschnittliche monatliche Bruttobetrag betrug bei den Ruhegehaltsempfängern im Bereich des unmittelbaren öffentlichen Dienstes nach Beamten- und Soldatenversorgungsrecht im Januar 2004 2 310 Euro; eine Witwe/ein Witwer erhielt durchschnittlich 1 270 Euro und eine Waise 330 Euro (siehe Tabelle 6). Die Durchschnittsbezüge der Ruhegehaltsempfänger haben sich damit gegenüber dem Vorjahr um 2,7%, die der Witwen/Witwer um 3,3% erhöht. Neben strukturellen Veränderungen im Bestand durch Zu- und Abgänge hat sich vor allem die Erhöhung der dynamischen Bezügebestandteile um 2,4% am 1. April 2003 bzw.

Tabelle 6: Durchschnittliche Bruttomonatsbezüge im Januar 2004 nach Art der Versorgung und Beschäftigungsbereichen
EUR

Beschäftigungsbereich	Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisen- geld
Gebietskörperschaften	2 660	1 490	340
Bund	2 480	1 420	320
Beamte/Beamtinnen und Richter/-innen	2 520	1 400	320
Berufssoldaten/-soldatinnen ...	2 450	1 440	330
Länder	2 720	1 530	340
Schuldienst	2 800	1 710	350
Vollzugsdienst	2 180	1 160	270
Übrige Bereiche	2 970	1 600	380
Gemeinden ¹⁾	2 590	1 430	340
Bundeseisenbahnvermögen ²⁾	1 760	930	310
Post ²⁾	1 680	910	260
Unmittelbarer öffentlicher Dienst ...	2 310	1 270	330

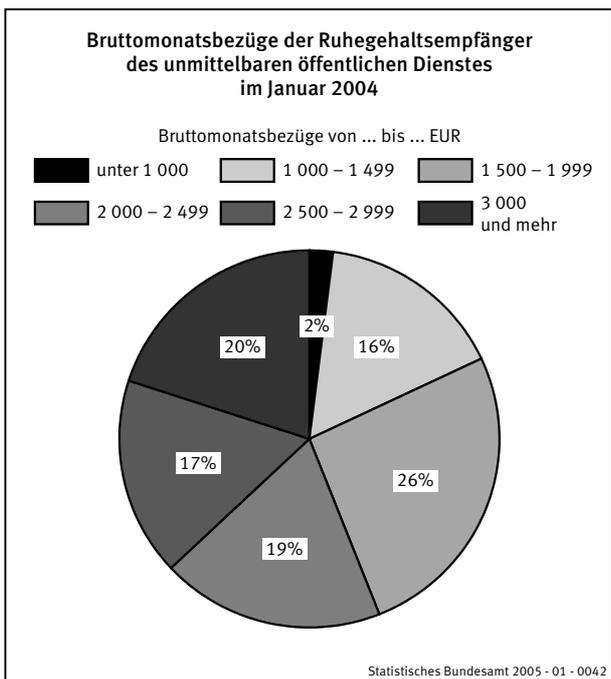
1) Einschl. Zweckverbände. – 2) Einschl. Kap. II G 131.

5) Siehe Gesetz über die Anpassung von Dienst- und Versorgungsbezügen in Bund und Ländern 2003/2004 sowie zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (Bundesbesoldungs- und -versorgungsanpassungsgesetz 2003/2004 – BBVAnpG 2003/2004) vom 10. September 2003 (BGBl. I S. 1798).

am 1. Juli 2003 auf die Höhe der Durchschnittsbezüge ausgewirkt. Gleichzeitig wurden die Bezüge in Folge des Versorgungsänderungsgesetzes 2001 allerdings um gut 0,5 Prozentpunkte gekürzt.

Gut ein Viertel der Ruhegehaltsempfänger im unmittelbaren öffentlichen Dienst bezieht zwischen 1 500 und 1 999 Euro im Monat, rund 17% erhalten weniger als 1 500 Euro und ein Fünftel erhält mehr als 3 000 Euro (siehe Schaubild 5).

Schaubild 5



Bei den einzelnen Dienstherren verlief die Entwicklung insbesondere wegen der oben beschriebenen Änderung der Auszahlungsmodalitäten der Sonderzahlung unterschiedlich. Der Bund musste seinen Ruhegehaltsempfängern im Januar 2004 mit 2 480 Euro durchschnittlich 2,1% mehr zahlen als im Vorjahr. Die ehemaligen Beamten/Beamtinnen und Richter/Richterinnen der Länder erhielten mit durchschnittlich 2 720 Euro um 3,0% höhere durchschnittliche Ruhegehaltsbezüge als im Vorjahr. Aufgrund des Schuldienstes ist hier der Anteil an Versorgungsempfängern aus dem höheren und gehobenen Dienst überdurchschnittlich hoch. Betrachtet man die Länder mit monatlicher Auszahlung der Sonderzahlung separat, so stiegen die durchschnittlichen Bruttobezüge um 6% von 2 710 Euro (2003) auf 2 880 Euro (2004). In den Bundesländern, die die Sonderzahlung hingegen noch jährlich auszahlen, stiegen die Bruttomonatsbezüge um knapp 1% von durchschnittlich 2 600 Euro (2003) auf 2 620 Euro (2004). Ähnlich verhält es sich auch bei den Bezügen der Witwen/Witwer und der Waisen; hier stiegen die durchschnittlichen Bezüge in den Bundesländern mit monatlicher Auszahlung der Sonderzahlung um 6,9 bzw. 5,5%, in den Ländern mit jährlicher Auszahlung nur um 1,5 bzw. 0,2%. Die oben beschriebene

Regelung greift auch bei den Gemeinden, so stiegen die durchschnittlichen Bruttomonatsbezüge der Gemeinden mit monatlicher Auszahlung der Sonderzahlung um 5,5% (Ruhegehaltsempfänger), 6,6% (Witwen und Witwer) bzw. 4,7% (Waisen), in den Gemeinden mit jährlicher Auszahlung nur um 1,2% (Ruhegehaltsempfänger), 2,0% (Witwen und Witwer) bzw. 2,6% (Waisen).

Die Pensionäre der ehemaligen Bundesbahn erhielten monatlich durchschnittliche Bruttobezüge in Höhe von 1 760 Euro (+2,3%) und die ehemaligen Beamten/Beamtinnen der Post in Höhe von 1 680 Euro (+1,2%).

Aufgrund des hohen Anteils an Ruhegehaltsempfängern aus dem mittleren und einfachen Dienst beziehen 80% der Pensionäre bei Bahn und Post weniger als 2 000 Euro Ruhegehalt im Monat. Bei den Gebietskörperschaften liegt dieser Anteil bei nur etwa 23%.

Neupensionäre erhalten durchschnittlich 69,3% ihrer Dienstbezüge

Bis die Neuregelungen des Versorgungsreformänderungsgesetzes 2001 bezüglich der Ruhegehaltssätze wirksam werden, beträgt das Ruhegehalt für jedes Jahr ruhegehaltsfähiger Dienstzeit 1,875%, insgesamt jedoch höchstens 75% der ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge. Der Höchstruhegehaltssatz wird damit nach 40 ruhegehaltsfähigen Dienstjahren erreicht. Diese Regelung gilt seit 1992 und ersetzt die bis dahin geltende degressive Ruhegehaltsskala, nach der der Höchstsatz von 75% bereits nach 35 Dienstjahren erreicht wurde. Für die am 31. Dezember 1991 vorhandenen Beamtinnen und Beamten gelten befristete Übergangsregelungen, die zu einem gleitenden Übergang auf die neue Skala führen. Die Bezüge der derzeitigen Versorgungsempfänger errechnen sich daher überwiegend noch nach der bis 1991 gültigen Ruhegehaltsskala und den damit verbundenen Übergangsregelungen. Der hinterbliebene Ehegatte erhält bisher als Witwen-/Witwergeld 60% des Ruhegehalts des/der Verstorbenen. Das Waisengeld beträgt für die Halbwaisen 12%, für die Vollwaisen 20% und für die Unfallwaisen 30% des Ruhegehaltes.

Bei den Neupensionären sind die durchschnittlichen Ruhegehaltssätze im Jahr 2004 leicht angestiegen. Dies dürfte auf den erheblichen Rückgang der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit zurückzuführen sein. Im Jahr 2004 erhielt ein Neupensionär im unmittelbaren öffentlichen Dienst durchschnittlich 69,3% seiner ruhegehaltsfähigen Dienstbezüge. Ein Jahr zuvor waren es 69,2% gewesen. Bei den Nachfolgeunternehmen der ehemaligen Sondervermögen Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost war der durchschnittliche Ruhegehaltssatz aufgrund des niedrigen Pensionierungsalters mit 66,0% deutlich geringer als bei den Gebietskörperschaften mit 70,1%. Den zum Erhebungsstichtag 1. Januar 2004 gezahlten Ruhegehältern (Altbestand und Neuzugänge) lagen im Durchschnitt Ruhegehaltssätze von 71,4% zugrunde. Die höchsten Ruhegehaltssätze erreichten die Berufssoldaten mit durchschnittlich 73,6%, ehemalige Beamte der Post kamen nur auf 69,7%.

3 Versorgungsausgaben 2003 um 1,8% gestiegen

Insgesamt mussten alle Dienstherren im Jahr 2003 in ihren Haushalten 34,5 Mrd. Euro für die Altersversorgung⁶⁾ ihrer ehemaligen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bereitstellen; auf die Gebietskörperschaften entfiel hiervon ein Betrag von 24,4 Mrd. Euro⁷⁾. Gegenüber dem Vorjahr sind die Versorgungsausgaben insgesamt um 1,8% gestiegen. Dies ist überwiegend auf die gestiegene Zahl von Versorgungsempfängern zurückzuführen. Die Anpassung der Versorgungsbezüge um etwa 1,8% (2,4% vor Berücksichtigung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001) ab 1. April 2003 für die Besoldungsgruppen A 2 bis A 11 bzw. ab 1. Juli 2003 für die restlichen Besoldungsgruppen wurde durch die in vielen Ländern erfolgte Absenkung der Sonderzahlung zum Teil kompensiert.

Bei den einzelnen Dienstherren verlief die Entwicklung der Versorgungsausgaben unterschiedlich. Beim Bund lagen die Versorgungsausgaben 2003 mit 5,0 Mrd. Euro nur um 1,2% über denen des Jahres 2002. Der relativ niedrige Anstieg der Versorgungsausgaben des Bundes ist auf den weiter abnehmenden Bestand der Leistungsberechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz zurückzuführen. Die ehemaligen Beamten (einschl. Richter und Hinterbliebene) des Bundes erhielten Versorgungsbezüge in Höhe von gut 2,1 Mrd. Euro (+ 2,5%), die ehemaligen Berufssoldaten der Bundeswehr 2,3 Mrd. Euro (+ 2,7%) und die Leistungsberechtigten nach dem Gesetz zu Artikel 131 Grundgesetz 0,6 Mrd. Euro (– 7,9%). Bei den Ländern betragen die Versorgungsausgaben 16,6 Mrd. Euro (+ 2,3%), im kommunalen Bereich 2,9 Mrd. Euro (+ 1,2%), beim Bundeseisenbahnvermögen gut 4,2 Mrd. Euro (– 0,2%) und beim Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation 5,3 Mrd. Euro (+ 1,0%). [U](#)

6) Versorgungsbezüge ohne Zuführungen zur Versorgungsrücklage.

7) Versorgungsausgaben des Bundes (einschl. Soldatenversorgung und Versorgung nach G 131), der Länder und Kommunen.

Dipl.-Geographin Sarah Nasse, Dipl.-Geographin Jasmin Singer

Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von organischen Reststoffen

Die Europäische Verordnung zur Abfallstatistik¹⁾ soll ab dem Berichtsjahr 2004 eine bessere Vergleichbarkeit der nationalen Abfallstatistiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) ermöglichen. Für Vergleiche und Auswertungen von Abfallproduktion und -entsorgung in den Mitgliedstaaten sind harmonisierte Definitionen und einheitliche Vorgehensweisen bei der Datenermittlung erforderlich. Daher wurde von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, eine Reihe von Pilotstudien initiiert, mit dem Ziel Methodiken auszuarbeiten, die eine Erhebung verlässlicher Daten in den Mitgliedstaaten gewährleisten. Diese Erfahrungsberichte dienen der EU als Entscheidungshilfe.

Neben anderen Mitgliedstaaten führte auch Deutschland eine Pilotstudie zur abfallstatistischen Erfassung von Abfällen aus den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei durch. In diesen Bereichen existieren zurzeit noch keine EU-einheitlichen Abgrenzungen zwischen Sekundärrohstoff/Produkt (= Nichtabfall) und Abfall. Die nationalen sowie EU-weiten Auslegungen und Anwendungen des Abfallbegriffes gehen in den Bereichen Landwirtschaft und Umwelt je nach Blickwinkel auseinander. Beispielsweise herrscht Uneinigkeit darüber, ob Schnittreste, die bei der Ernte auf landwirtschaftlichen Flächen zurückbleiben, als Abfälle zu betrachten sind oder nicht, also ob sie abfallstatistisch erfasst werden müssen oder nicht. Einige internationale Ansätze der Abfallstatistik zielen auf eine Dokumentation von derartigen Stoffströmen in den Wirtschaftsbereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei ab, indem die dort jährlich anfallenden

Gesamtmengen an organischen Reststoffen als „potenzielle Abfälle“ bezeichnet werden. Dabei stellt sich zunächst das Problem, ab wann man bei diesen Stoffen von Abfällen sprechen kann. Die entscheidende Frage in der deutschen Pilotstudie lautete daher: Welche Abfälle/Stoffe sollen aus den relevanten Wirtschaftsbereichen für Zwecke der Abfallstatistik erhoben werden und welche nicht?

Um dies zu klären, konzentrierte sich die deutsche Pilotstudie auf den Umgang mit organischen Reststoffen und Nebenprodukten in den untersuchten Wirtschaftsbereichen. Eine rechtlich verbindliche Abgrenzung zwischen Sekundärrohstoff/Produkt (= Nichtabfall) und Abfall konnte dabei von abfallstatistischer Seite nicht vorgegeben werden. Die Pilotstudie diente dazu, sinnvolle methodische Vorgehensweisen zur abfallstatistischen Erhebung organischer Stoffe aufzuzeigen.

Dieser Aufsatz fasst die wichtigsten Ergebnisse der deutschen Pilotstudie zusammen. Im Folgenden wird kurz die Erhebungsmethodik der deutschen Abfallstatistik vorgestellt. Daran schließt sich die Betrachtung der organischen Stoff- bzw. Abfallströme in den Wirtschaftsbereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei an. Abschließende Empfehlungen runden die Darstellung ab.

Arbeitsweise der Abfallstatistik

Im Bereich Abfall folgt das Umweltstatistikgesetz (UStatG)²⁾ weitestgehend den Definitionen und Zielen des Kreislauf-

1) Verordnung (EG) Nr. 2150 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. November 2002 zur Abfallstatistik (Amtsbl. der EG Nr. L 332 vom 9. Dezember 2002, S. 1).

2) Gesetz über Umweltstatistiken (Umweltstatistikgesetz – UStatG) vom 21. September 1994 (BGBl. I S. 2530), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 19. Dezember 1997 (BGBl. I S. 3158).

wirtschafts- und Abfallgesetzes (KrW-/AbfG) von 1996³⁾. Nach dem KrW-/AbfG sind Abfälle alle beweglichen Sachen, deren sich ihr Besitzer entledigt, entledigen will oder entledigen muss.

Zudem legt das KrW-/AbfG in § 4 eine Zielhierarchie fest, nach der Abfälle in erster Linie zu vermeiden sind, insbesondere durch die Verminderung ihrer Menge und Schädlichkeit. In zweiter Linie sind Abfälle „ordnungsgemäß und schadlos“ stofflich oder energetisch zu verwerten und erst nach ihrer weitestmöglichen Verwertung „gemeinwohlverträglich“ zu beseitigen.

Nach dem UStatG sind seit 1996 nun zwar alle wesentlichen Komponenten der Abfallentsorgung nachgewiesen, das Abfallaufkommen sowie seine Herkunft können allerdings im Unterschied zum vorher gültigen UStatG nur noch über die Summe der an die Entsorgungsanlagen angelieferten Abfälle geschätzt werden.

Berichtspflichtig für die Abfallstatistik sind alle Betreiber von genehmigten Abfallentsorgungsanlagen im betrieblichen Bereich und in der Entsorgungswirtschaft sowie die Einsammler von Abfällen. Befragt werden zusätzlich die

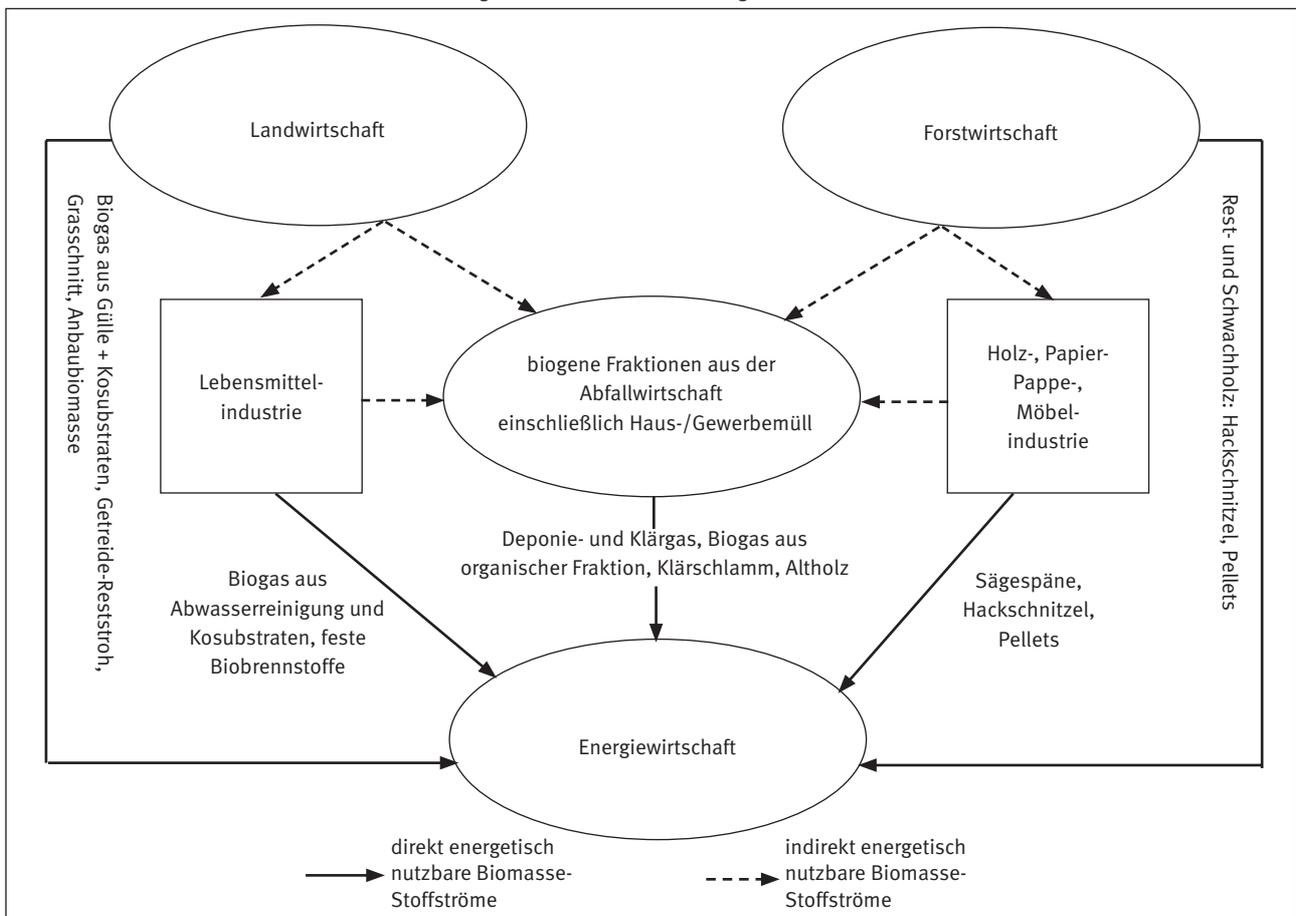
Aufbereiter/Recycler von ausgewählten Stoffen, wie Altglas, Altpapier, Kunststoffen, Kompost und Bauabfällen. Durch die Totalerhebung bei den Abfallentsorgungsanlagen und die zusätzlichen Informationen aus der Einsammlung und Aufbereitung der Abfälle kann auch für die landwirtschaftlichen Stoffe, sobald sie im System der Abfallentsorgung ankommen, eine zur Entsorgung anstehende Menge direkt ermittelt werden.

Aufgrund des sehr dichten Netzes an gesetzlichen Regelungen für den Umgang mit organischen Stoffen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft kann davon ausgegangen werden, dass sämtliche organische Mengen, die nicht weiter genutzt werden, im System der Abfallentsorgung ankommen. Der typische Umgang mit diesen Reststoffen wird in den folgenden Kapiteln beschrieben.

Organische Reststoffe aus der Viehhaltung

Tierische Ausscheidungen werden in Deutschland hauptsächlich zu Düngezwecken genutzt. In Regionen mit intensiver Tierhaltung kommt es aufgrund der hohen Mengen

Biogene Stoffströme in der Energiewirtschaft



Quelle: Fritsche, U. R. u. a.: „Stoffstromanalyse zur nachhaltigen energetischen Nutzung von Biomasse – Endbericht“, Öko-Institut (Institut für angewandte Ökologie e.V.), Darmstadt 2004, S. 5.

3) Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz (KrW-/AbfG) vom 27. September 1994 (BGBl. I S. 2705).

an anfallenden Exkrementen teilweise zu regionalen Überschüssen. Als Beispiel für einen Umgang mit Wirtschaftsdüngerüberschüssen dient das Bundesland Nordrhein-Westfalen. Die Gesamtmenge an aus der Nutztierhaltung stammendem Stickstoff und Phosphat ist im Hinblick auf die Gesamtfläche des Bundeslandes geringer als zur langfristigen Sicherung der Pflanzenernährung in Nordrhein-Westfalen notwendig. Die hohe Zahl an Veredlungsbetrieben mit geringem Nutzflächenanteil führt allerdings zu Wirtschaftsdüngerüberschüssen auf Kreis- bzw. Betriebsebene. Diese Überschüsse werden teilweise entweder nachbarschaftlich an Ackerbaubetriebe verteilt oder an Nährstoffbörsen, auch Güllebörsen genannt, weitergegeben. Nährstoffbörsen organisieren den Kontakt zwischen Anbietern und Abnehmern für Wirtschaftsdünger. Die Nachvollziehbarkeit der Nährstoffflüsse wird dabei über ein Lieferscheinverfahren mit einer zentralen Datenbank gewährleistet (Nährstoffma-

nagement- und -dokumentationssystem). Die Weitergabe von Wirtschaftsdüngern aus Überschuss- in Bedarfsregionen führt in letzteren vor allem zur Einsparung von Stickstoff- und Phosphatmineraldüngern und damit zur finanziellen Entlastung der Landwirte sowie zur Schonung der sehr begrenzten natürlichen Phosphatlagerstätten.⁴⁾

Nicht infektiöse tierische Fäkalien, die nicht als Dünger auf Ackerflächen eingesetzt oder an Güllebörsen weitergegeben werden können, werden anderweitig verwertet oder beseitigt. Zum Teil werden feuchte organische Abfälle etwa durch eine Separierung⁵⁾ vorbehandelt und anschließend an Verwertungs- bzw. Beseitigungsanlagen geliefert. Eine Verwertung kann in Kompostierungs-, Biogas- oder Feuerungsanlagen erfolgen. Das Schaubild auf S. 59 demonstriert dazu typische Stoffströme aus der Land- und Forstwirtschaft in die Energiewirtschaft.

Abfälle aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei 2002 nach Anfall an Verwertungs- und Beseitigungsanlagen
Tonnen

Abfallschlüssel nach EAV ¹⁾	Bezeichnung	Ins-gesamt	De-ponie	Abfall-verbren-nungs-anlagen	Feue-rungs-anlagen	Chemisch-physika-lische Be-handlung	Sortier-an-lagen	Schredder-anlagen	Mechanisch-biologische Anlagen	Boden-behand-lungs-anlagen	Kompos-tierungs-/ Biogas-/ Ver-gärungs-anlagen	Ver-brin-gung über Tage	Sons-tige
02 01 01	Schlämme von Wasch-/Reini-gungsvorgängen	1 139	43	19	0	391	-	-	-	-	686	-	-
02 01 02	Abfälle aus tieri-schem Gewebe	5 667	721	3 285	0	-	-	-	-	-	1 661	-	-
02 01 03	Abfälle aus pflanzlichem Gewebe	99 614	864	918	0	-	-	-	1	6 587	76 860	-	14 384
02 01 04	Kunststoffabfälle (ohne Verpa-ckungen)	6 332	3 677	472	19	-	2 011	15	43	-	-	-	95
02 01 06	tierische Aus-scheidungen, Gülle/Jauche und Stallmist (einschl. verdorbenem Stroh), Abwässer, getrennt gesamt und extern behandelt	1 467 532	362	513	0	-	-	-	-	487	1 466 170	-	-
02 01 07	Abfälle aus der Forstwirtschaft .	132 186	717	46 599	2 758	-	-	-	-	-	81 800	312	-
02 01 08*	Abfälle von Chemikalien für die Landwirtschaft, die gefährliche Stoffe enthalten	24	0	24	0	-	-	-	-	-	-	-	-
02 01 09	Abfälle von Chemikalien für die Landwirtschaft mit Ausnahme derjenigen, die unter 02 01 08 fallen	1	1	0	-	-	-	-	-	-	-	-	-
02 01 10	Metallabfälle ..	6	6	0	0	-	-	-	-	-	-	-	-
02 01 99	Abfälle ansonsten nicht genannt	9 042	833	278	0	-	-	-	-	-	7 931	-	-
	Gesamtmenge ...	1 721 543	7 224	52 108	2 777	391	2 011	15	44	7 074	1 635 108	312	14 479

1) Europäisches Abfallartenverzeichnis EAV. - * kennzeichnet gefährliche Abfälle.

4) Siehe auch <http://www.naehrstoffboerse.de> (Stand: 16. August 2004).

5) Gülleaufbereitung, bei der Feststoffe von der flüssigen Phase getrennt werden. Näheres dazu und zu anderen Vorbehandlungsmethoden siehe Abwassertechnische Vereinigung ATV e.V. (Hrsg.): „Wirtschaftsdünger, Abfälle und Abwässer aus landwirtschaftlichen Betrieben – (Merkblatt ATV-M 702)“, 1995.

Wie die Tabelle zeigt, wurden im Jahr 2002 insgesamt etwa 1,5 Mill. t tierische Exkreme als Abfälle entsorgt, und zwar überwiegend über Kompostierungs-, Biogas- oder Vergärungsanlagen. Die Gesamtmenge an über Anlagen (ohne Tierkörperbeseitigungsanlagen) entsorgten Abfällen aus tierischem Gewebe belief sich 2002 auf 5 667 t, die zu 58% in Abfallverbrennungsanlagen beseitigt und zu 30% über Kompostierungs-, Biogas- oder Vergärungsanlagen entsorgt wurden. Die insgesamt auf Deponien abgelagerte Menge an Abfällen aus tierischem Gewebe und an Exkrementen aus der Tierhaltung lag bei lediglich 1 083 t. (Durch Krankheitserreger, Giftstoffe o.ä. kontaminierte tierische Nebenprodukte sind in diesen Mengen nicht enthalten.)

Exkurs: Biogasanlagen

Organische Materialien mit vergleichsweise hohen Wasseranteilen, wie tierische Exkreme, Schlämme oder auch Silageabwässer, eignen sich gut zur Biogaserzeugung.⁶⁾ In Deutschland nimmt die Bedeutung von Biogasanlagen bei der Abfallverwertung seit Jahren zu. Allein im Jahr 2001 kamen 600 neue Anlagen dazu.⁷⁾ Ende 2003 waren insgesamt 1 700 Anlagen in Betrieb⁸⁾, darunter 379 Anlagen mit Abfallverwertung⁹⁾. Der Trend zur zunehmenden Nutzung von Biomasse zur Stromerzeugung wird sich vermutlich auch in Zukunft fortsetzen, da das im Juli 2004 neu verabschiedete Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG)¹⁰⁾ verbesserte Rahmenbedingungen für den Bau von Biogasanlagen schafft, insbesondere durch Investitionsförderungen und höhere Einspeisevergütungen für die Stromerzeugung, vor allem bei ausschließlicher Nutzung von Gülle und Pflanzenteilen. Zum anderen dürfen nach § 6 Abs. 2 Nr. 1 Abfallablagerversordnung (AbfAbIV)¹¹⁾ ab Juni 2005 in Deutschland keine Abfälle mit hohen organischen Anteilen mehr auf Deponien abgelagert werden. Daher kann in Zukunft auch mit einer Zunahme an betriebseigenen Biogasanlagen in landwirtschaftlichen Unternehmen gerechnet werden. In diesem Zusammenhang werden Anlagen ab einem Tierbestand von 60 bis 100 Großvieheinheiten als wirtschaftlich betrachtet.¹²⁾

In den aktuellen abfallstatistischen Erhebungen in Deutschland sind Abfallmengen in Biogasanlagen dann enthalten, wenn der Betreiber einer solchen Anlage nicht nur eigene Rückstände und Abfälle einsetzt, sondern auch Abfälle von Dritten in den Anlagen behandelt.

Die Nutzung von organischen Stoffen wird in den kommenden Jahren durch die Förderung der erneuerbaren Energien zunehmen. Der Teil organischer Stoffe, der tatsächlich an

Anlagen der Abfallentsorgung ankommt, wird immer geringer werden.

Organische Reststoffe aus der Jagd

Besteht der Verdacht, dass auf der Jagd erlegte Tiere mit einer auf Mensch oder Tier übertragbaren Krankheit infiziert sind, müssen alle Körperteile (einschl. Häute) von Wildtieren nach Art. 4 der EU-Verordnung Nr. 1774/2002¹³⁾ in Verbrennungsanlagen oder Tierkörperbeseitigungsanlagen beseitigt werden und wären im Fall der Verbrennung in der nationalen Abfallstatistik erfasst (nicht erfasst wird die Lieferung an Tierkörperbeseitigungsanlagen).

Erlegtes Wild, das für den menschlichen Verzehr bestimmt ist, sollte im Hinblick auf das Fleischhygienerecht in einer eigens dafür eingerichteten Wildkammer ausgenommen und gehäutet werden.¹⁴⁾ Hierbei entstehende Abfälle, wie Innereien, Haut und Läufe, fallen nicht unter die EU-Verordnung Nr. 1774/2002. Das zum menschlichen Verzehr bestimmte Fleisch unterliegt mit einigen Ausnahmen, zum Beispiel bei Eigenverbrauch durch den Jäger, einer Fleischuntersuchung.¹⁵⁾ Fleisch, das bei dieser Untersuchung als genussuntauglich eingestuft wird, fällt unter die EU-Verordnung Nr. 1774/2002 „Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte“, muss entsprechend beseitigt werden und wird damit an den Entsorgungsanlagen (ausgenommen bei Lieferung an Tierkörperbeseitigungsanlagen) abfallstatistisch erfasst.

Ein Großteil des erlegten Wildes wird direkt im Wald ausgeweidet. Bei der Jagd von einzelnen Tieren werden die dabei anfallenden Innereien in der Regel unschädlich im Wald vergraben. Bei großen Jagdgesellschaften wird die Entsorgung der organischen Reste über einen Abdecker organisiert. Zum Teil werden auch die bei der Häutung und Entbeinung anfallenden Abfälle zurück in den Wald gebracht und dort vergraben, als Köder für Raubwild eingesetzt oder mit dem Hausmüll entsorgt. Die im Wald verbleibenden oder unsachgemäß entsorgten organischen Abfälle sind bisher in keiner Weise erfasst.

Organische Reststoffe aus dem Pflanzenbau

Die einstreulose Viehhaltung sowie die Spezialisierung auf reinen Ackerbau haben dazu geführt, dass in vielen Regionen Deutschlands Strohüberschüsse existieren.¹⁶⁾ Diese

6) Schulz, W. u. a.: „Positionen des BUND zur energetischen Nutzung von Biomasse“, 2000, unter www.bund.net (Stand: 19. August 2004).

7) Siehe www.iwrpressdienst.de (Stand: 19. August 2004).

8) Siehe Institut für Energetik und Umwelt (Hrsg.): „Monitoring zur Wirkung der Biomasseverordnung auf Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), Forschungs- und Entwicklungsvorhaben 201 41 132 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes, Leipzig 2003, S. 67.

9) Siehe Fachserie 19 „Umwelt“, Reihe 1 „Abfallentsorgung 2002“, erhältlich unter www.destatis.de/shop.

10) Artikel 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Rechts der Erneuerbaren Energien im Strombereich vom 21. Juli 2004 (BGBl. I S. 1918).

11) Vom 20. Februar 2001 (BGBl. I S. 305); geändert durch Artikel 2 der Verordnung über Deponien und Langzeitlager und zur Änderung der Abfallablagerversordnung vom 24. Juli 2002 (BGBl. I S. 2807).

12) Siehe www.umweltlexikon-online.de (Stand: 19. August 2004) sowie Europäischer Wirtschaftsdienst EUWID (Hrsg.): „Recycling und Entsorgung“, Nr. 33, Jhg. 14 (Stand: 10. August 2004).

13) Verordnung (EG) Nr. 1774/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 3. Oktober 2002 mit Hygienevorschriften für nicht für den menschlichen Verzehr bestimmte tierische Nebenprodukte (Amtsbl. der EG Nr. L 273 vom 10. Oktober 2002, S. 1), geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 808/2003 der Kommission vom 12. Mai 2003 (Amtsbl. der EU Nr. L 117 vom 13. Mai 2003, S. 1) und der zu ihrer Durchführung ergangenen Rechtsakte der Europäischen Gemeinschaft.

14) Siehe Deutscher Jagdschutz-Verband e. V. (Hrsg.): „Erlegtes Haarwild: Wildbretgewinnung unter Berücksichtigung fleischhygienerechtlicher Vorschriften“, 4. Aufl., Bonn 1993.

15) Fleischhygienegesetz FHG, in der Fassung vom 30. Juni 2003 (BGBl. I S. 1242, 1585), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes zur Änderung des Fleischhygienegesetzes und der Fleischhygieneverordnung vom 4. November 2004 (BGBl. I S. 2688), www.juris.de.

16) Siehe Fußnote 6.

sowie betriebliche Heuüberschüsse werden vielerorts – teilweise auch überregional – an andere Betriebe mit Nutztierhaltung weiterverkauft, zum Beispiel über Anzeigen in landwirtschaftlichen Zeitungen. Im trockenen Sommer 2003 fand der Handel sogar grenzüberschreitend in die Nachbarstaaten statt. Weiterhin werden pflanzliche Reste (Gras, Silage, Stroh, Gemüseabfälle, Kartoffelkraut, Laub usw.), die nicht auf landwirtschaftlichen Flächen als Humuslieferanten bzw. zur Verbesserung der Bodenstruktur verbleiben, zunehmend in Verbrennungs-, Kompostierungs- oder Biogasanlagen verwertet. In Letzteren werden vor allem Silomais, Grünschnitt, Gärstoff und Getreidereste eingesetzt. In manchen Bundesländern wird die energetische Nutzung von Biomasse (Holzreste usw.) besonders unterstützt, in Rheinland-Pfalz wird dazu eine Biomasse-Börse aufgebaut, die ab Februar 2005 den Handel mit Biomasse ermöglichen soll.¹⁷⁾

Im Jahr 2002 wurden insgesamt 99 614 t Abfälle aus pflanzlichem Gewebe (EAV-Schlüssel 02 01 03) an Abfallbeseitigungs- oder Abfallverwertungsanlagen geliefert. Davon wurden 76 860 t kompostiert. 14 384 t gingen an nicht näher benannte Anlagen („Sonstige“). Durch Verbrennung und Deponierung wurde eine Menge von 1 782 t entsorgt. Auch die Menge an über Anlagen entsorgten Schlämmen von Wasch- und Reinigungsvorgängen (EAV-Schlüssel 02 01 01) betrug lediglich 1 139 t (siehe die Tabelle auf S. 60). Die insgesamt geringe Menge an pflanzlichen Reststoffen, die als Abfälle entsorgt werden, resultiert wie bei den tierischen Reststoffen wahrscheinlich daraus, dass die Hauptmenge als betriebseigene Düngemittel und als Input für betriebliche Biogasanlagen in der Landwirtschaft eingesetzt wird.

Organische Reststoffe aus der Forstwirtschaft

Holzreste, die beim Holzeinschlag zum Zweck des Verkaufs von Stamm- und Industrieholz im Wald zurückbleiben, wie die Wurzelmasse, abgeschälte Rinde, Fruchtstände, Blätter, Nadeln und Reisholz (Zweige bis zu 7 cm Durchmesser), dienen der Nährstoffrückführung in den Boden und leisten einen wichtigen Beitrag zur Humusbildung.¹⁸⁾

2002 wurden 132 186 t Abfälle aus der Forstwirtschaft (EAV-Schlüssel 02 01 07) an Anlagen erfasst. Von der genannten Gesamtmenge wurden 62% kompostiert, wobei es sich vor allem um Rinden- und Laubabfälle handeln dürfte, und 37% in Abfallverbrennungsanlagen oder Feuerungsanlagen energetisch verwertet, wozu sich besonders Schwachholz anbietet. In der Forststatistik wird zwar auch die Kategorie „Sonstiges Holz“ erfasst, worunter man nicht verwertetes, im Wald verbleibendes Holz versteht, allerdings wird dieses Holz teilweise von Privatpersonen im Rahmen der Vergabe von Schlagraum als Brennholz aufgearbeitet. Damit bleibt

die Frage, wie viele Tonnen Holzreste tatsächlich im Wald zurückbleiben, ungeklärt. Für 2002 wurden vom Statistischen Bundesamt als „Sonstiges Holz“ 1,3 Mill. m³ Laubholz sowie 1,6 Mill. m³ Nadelholz gemeldet.¹⁹⁾

Organische Reststoffe aus der Fischerei

Küsten- und Hochseefischerei

Organische Abfälle entstehen im Wesentlichen erst bei der Weiterverarbeitung des Fangs im Rahmen der Lebensmittelherstellung. Organische Reste aus der Fischverarbeitung (Fischreste und -abschnitte) sowie Siebkrabben (Nebenprodukt der Krabbenfischerei) werden größtenteils zur Fischmehl- bzw. Fischölherstellung genutzt. Siebkrabben werden zum Teil auch direkt verfüttert. In Deutschland werden Fischmehl und Fischöl nur in einem einzigen Landbetrieb in Cuxhaven sowie auf zwei Fang- und Verarbeitungsschiffen hergestellt. Insgesamt wurden im Jahr 2002 etwa 20 000 t Fischmehl und -öl produziert, davon 95% in dem besagten Landbetrieb.²⁰⁾ Ein Teil der Fischreste wird allerdings auf See direkt zurück ins Meer geworfen. Die Gesamtmenge an entstandenen Fischresten wird in der Fischereistatistik der Bundesanstalt für Ernährung und Landwirtschaft in Hamburg über die Differenz „Fangmenge – Anlandemenge“ erfasst.²¹⁾

Bei der Fischerei auf bestimmte Fischarten gehen zum Beispiel Jungfische der Zielart, andere Fischarten, Wirbellose oder Meeressäuger als Beifänge mit in die Netze.²²⁾ Von diesen Beifängen werden marktfähige Fische in der Regel verkauft, der Rest wird als so genannter Discard schon auf See wieder über Bord geworfen. Diese Prozedur überleben bei vielen Arten nur wenige Individuen. Die Gesamtmenge an gefangenen Fischen (Zielfischarten + Beifänge) liegt in der Fischereistatistik vor und wird der EU gemeldet.

Fluss-, Seen- und Teichfischerei

Für diesen Bereich liegen bisher kaum abfallstatistische Daten vor, was unter anderem an der schwierigen Berichts-kreisabgrenzung liegt. Fischzucht wird nämlich häufig im Nebenerwerb von Einzelpersonen oder zum Beispiel durch Angelvereine betrieben. In der Teichwirtschaft fallen in erster Linie Schlämme und Fischreste an. Erstere werden entweder beim winterlichen Trockenlegen der Teiche von Mikroorganismen abgebaut oder in geringen Mengen in der Landwirtschaft auf den Boden aufgebracht. Bezüglich der Fischabfälle fällt das Gros wiederum in der Nahrungsmittelindustrie an. Der Anteil von Rückwürfen in der Fluss- und Seefischerei sowie der Umgang mit Fischresten in der Teichwirtschaft sind für die Abfallstatistik nicht erfassbar.

17) Siehe Europäischer Wirtschaftsdienst EUWID (Hrsg.): „Recycling und Entsorgung“, Nr. 38, Jhg. 14, 14. September 2004.

18) Siehe Fußnote 6.

19) Siehe Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): „Holzmarktbericht 2002“, Bonn 2003.

20) Siehe Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (Hrsg.): „Jahresbericht über die deutsche Fischwirtschaft 2003“, Bonn 2003.

21) Näheres dazu siehe Fußnote 20.

22) Siehe Institut für Ostseefischerei Rostock (Hrsg.): „Selektivität von in der Ostsee eingesetzten Netzen“ unter www.bfa-fish.de.

Fazit

Der Umgang mit organischen Reststoffen in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei zeigt die Bedeutung dieser Stoffe als natürliche Düngemittel und die komplexen Nutzungsmöglichkeiten, die sich zunehmend auch im Rahmen der Energieerzeugung entwickeln. Die größten Mengen an organischen Reststoffen fallen in Deutschland wie zu erwarten in Land- und Forstwirtschaft an. Dazu gehören zum einen Pflanzenreste, die in großen Mengen bei der Ernte von Feldfrüchten oder beim Holzeinschlag anfallen. Diese verbleiben vorwiegend auf den Flächen, auf denen sie entstehen. Sie begünstigen den Nährstoffkreislauf des Bodens und dienen somit gleichzeitig einer nachhaltigen Bewirtschaftung. Zum anderen resultieren Wirtschaftsdünger aus der Tierhaltung und werden als preiswerter Ersatz von Mineraldüngern auf die Felder aufgebracht. In Regionen mit einer Überschussproduktion von Wirtschaftsdüngermengen entwickeln sich zunehmend Verteilungsmärkte, so genannte Güllebörsen. Durch die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energien nehmen die Einsatzmöglichkeiten von tierischen und pflanzlichen Reststoffen in Anlagen zur Gewinnung von Energie stetig zu. Die hier eingesetzten Stoffe sind jetzt wertvoller Input für die Betreiber solcher Anlagen. Diese vielfältigen Verwendungszwecke zeigen, dass die Darstellung von Stoffströmen in den beobachteten Wirtschaftsbereichen durch Umwandlungsprozesse, vielfältige Nutzungsarten bzw. Entsorgungsarten mit großen Schwierigkeiten verbunden ist.

Über die Abfallstatistik ist die Erfassung organischer Mengen, deren weitere Verwendung anderweitig nicht nutzbringend möglich ist, gewährleistet. Die Ermittlung von Abfallmengen an den Entsorgungsanlagen wird aus abfallstatistischer Sicht als eine sinnvolle Methode angesehen, um Abfälle aus den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Fischerei zu erfassen. Die Idee, die gesamte erzeugte Menge eines Stoffes als potenziellen Abfall anzusehen und in der Abfallstatistik zu ermitteln, wird aus Sicht der amtlichen Statistik abgelehnt. Die Aufgabe der Abfallstatistik liegt nicht in der Verfolgung von gesamten Stoffströmen, sondern nur in der Erfassung der Abfallströme. Von der Erhebung pflanzlicher Reste, die zum Beispiel bei der Getreide- oder Holzernte entstehen, wird grundsätzlich abgeraten. Zum einen ist eine sinnvolle statistische Erfassung pflanzlicher Reste nicht möglich, zum anderen ist die Verrottung der Ernterückstände ein Teil des Nährstoffkreislaufs. [u](#)

Dr. Stefan Linz, Andreas Martin

Preisentwicklung im Jahr 2004

Im Jahr 2004 sind die Verbraucherpreise vor allem in Folge von Gesundheitsreform, Tabaksteuererhöhungen und anziehenden Ölpreisen gestiegen. Die jährliche Teuerungsrate lag 2004 bei 1,6% – ohne die Sonderentwicklungen in diesen Bereichen hätte die Veränderung der Verbraucherpreise nur 0,4% betragen. Auf den vorgelagerten Wirtschaftsstufen gab es im Jahr 2004 neben der Ölpreissteigerung eine drastische Erhöhung der Rohstoffe für die Stahlerzeugung, die sich auf die Entwicklung der Import-, Erzeuger- und Baupreise ausgewirkt hat.

Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

Der Verbraucherpreisindex für Deutschland ist im Jahresdurchschnitt 2004 gegenüber 2003 um 1,6% gestiegen. Im Jahr 2003 betrug der Anstieg noch 1,1% und 2002 lag die Jahresteuierung bei 1,4%. In den ersten Monaten des Jahres 2004 ist die Inflationsrate vor allem aufgrund der Wirkung von administrativen Maßnahmen relativ stark angestiegen.

Inflationsbeitrag verschiedener Indexpositionen im 1. Hj 2004 nach Monaten

Indexposition	Jan.	Febr.	März	April	Mai	Juni
Inflationsbeitrag in Prozentpunkten						
Tabakwaren	0,0	0,0	0,3	0,3	0,3	0,3
Gesundheitspflege	0,6	0,6	0,6	0,7	0,7	0,7
Heizöle, Kraftstoffe	-0,2	-0,4	-0,3	0,1	0,5	0,3
Verbleibende Inflation	0,8	0,7	0,5	0,5	0,5	0,4
Prozent						
Verbraucherpreisänderung insgesamt	+1,2	+0,9	+1,1	+1,6	+2,0	+1,7

Ab April 2004 haben Preissteigerungen bei Heizöl und Kraftstoffen den Preisauftrieb noch deutlich verstärkt.

In der Tabelle ist jeweils der Inflationsbeitrag der Indexpositionen Tabakwaren, Gesundheitspflege und Heizöl/Kraftstoffe dargestellt. Angegeben ist der Beitrag dieser Positionen zur Veränderungsrate des Verbraucherindex gegenüber dem Vorjahr in Prozentpunkten. Die gesamte Inflationsrate entspricht jeweils der Summe der angegebenen Inflationsbeiträge.

Die Umsetzung der ersten Stufe der Gesundheitsreform für gesetzlich Krankenversicherte führte in den ersten drei Monaten des Jahres 2004 zu einer um 0,6 Prozentpunkte höheren Preisänderung gegenüber dem Vorjahr. Preistreibend waren hier Maßnahmen wie die Praxisgebühr für Arztbesuche, der Wegfall der Zuzahlungen für Brillengläser, die Änderungen der Zuzahlungen für Arzneimittel und Krankenhausaufenthalte usw. Ein weiterer Schritt der Gesundheitsreform zum 1. April 2004 – die Regelung der Kostenübernahme für nicht verschreibungspflichtige Medikamente – wirkte sich nochmals leicht preiserhöhend aus, sodass der Inflationsbeitrag der Indexpositionen zur Gesundheitspflege auf 0,7 Prozentpunkte weiter anstieg.

Diese administrativen Maßnahmen wirken sich jeweils ein Jahr lang auf die Inflationsrate aus: Ab dem Zeitpunkt der Maßnahme verschiebt sich das Preisniveau nach oben und die Preise werden dann in den folgenden 12 Monaten mit dem niedrigeren Preisniveau des Vorjahresmonats verglichen, welches vor der Maßnahme gegeben war.

Mit der Tabaksteuererhöhung im März 2004 kam eine Preiserhöhung der Tabakwaren hinzu, die bis November 2004

einen Inflationsbeitrag von 0,3 Prozentpunkten umfasste. Die Tabaksteuererhöhung selbst machte rein rechnerisch 0,2 Prozentpunkte aus. Die verbleibenden 0,1 Prozentpunkte des Inflationsbeitrags der Tabakwaren gehen auf zeitgleiche Preiserhöhungen der Tabakbranche zurück. Eine weitere Tabaksteuererhöhung im Dezember 2004 ließ den Inflationsbeitrag der Tabakwaren auf 0,6 Prozentpunkte ansteigen.

Die Energiepreise haben vor allem in der zweiten Jahreshälfte preissteigernd gewirkt. Die seit Anfang des Jahres heftig ansteigenden Ölpreise konnten in Deutschland zunächst noch durch die Euro-Aufwertung abgefedert werden, sodass sich Anfang des Jahres 2004 noch immer rückläufige Preise für Heizöl und Kraftstoffe zeigten. Ab April 2004 hat sich das Bild jedoch umgekehrt: Das Ausmaß der Ölpreissteigerungen hatte den preisdämpfenden Wechselkurseffekt nun übertroffen, sodass eine preistreibende Wirkung der Energiepreise auf den Gesamtindex gegeben war. Den stärksten Einfluss auf den Verbraucherpreisindex hatte der Ölpreis im Oktober 2004. Die Teuerungsrate war in diesem Monat zu etwa einem Drittel auf die Preissteigerungen bei Heizöl und Kraftstoffen zurückzuführen.

Inflationsbeitrag verschiedener Indexpositionen im 2. Hj 2004 nach Monaten

Indexposition	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Inflationsbeitrag in Prozentpunkten						
Tabakwaren	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,6
Gesundheitspflege	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7
Heizöle, Kraftstoffe	0,4	0,5	0,4	0,7	0,5	0,3
Verbleibende Inflation	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,5
Prozent						
Verbraucherpreisänderung insgesamt	+1,8	+2,0	+1,8	+2,0	+1,8	+2,1

Rechnet man den Einfluss der Tabakwaren, der Positionen zur Gesundheitspflege und der beiden Energieträger aus dem Verbraucherpreisindex heraus, so verbleibt für die übrigen Positionen des Verbraucherpreisindex eine relativ geringe Teuerungsrate, die im Verlauf des Jahres 2004 zwischen 0,3 und 0,8% lag. Abgesehen vom Ölpreis und den Wirkungen der genannten administrativen Maßnahmen waren also die Preisbewegungen auf der Verbraucherstufe ausgesprochen ruhig.

Auf den Rohstoffmärkten sind im Jahr 2004 nicht nur die Ölpreise, sondern insbesondere auch die Preise der Vorprodukte für die Stahlproduktion angestiegen. Das ist vor allem auf den verstärkten Rohstoffverbrauch der aufstrebenden asiatischen Staaten zurückzuführen. In China wirkt sich – neben hohen Wachstumsraten der Industrie – auch ein verstärkter Ausbau der Infrastruktur auf die Nachfrage insbesondere nach Rohstoffen für die eigene Stahlproduktion aus. Zusätzlich wurde der Bedarf an Rohstoffen durch die Konjunkturerholung in den Vereinigten Staaten angeheizt.

Für die deutsche Industrie führte der Anstieg der Weltmarktpreise für Rohstoffe 2004 zu einem Kostenauftrieb, der nur teilweise durch den starken Euro abgefedert wurde. Wäh-

rend die in US-Dollar notierten Rohstoffe ohne Energie im Jahresdurchschnitt 2004 um 20,6% anstiegen, war in der Euro-Notierung ein Anstieg von 9,7% zu verzeichnen.

Der auch in Euro noch deutlich zu verzeichnende Kostenanstieg wird von der heimischen Industrie zum Teil auf die Verkaufspreise der in Deutschland hergestellten Produkte überwältigt. In der Regel zeigt sich bei einem nachhaltigen Anstieg der Rohstoffpreise etwa drei Monate später eine Preiserhöhung bei den deutschen Vorleistungsgütern, die dann vier Monate später auch die nachgelagerten Stufen der industriellen Fertigung in Deutschland erreicht. Im Durchschnitt ist der nach etwa vier Monaten zu verzeichnende Anstieg der Erzeugerpreise dann allerdings deutlich schwächer ausgeprägt als die ursprüngliche Rohstoffpreiserhöhung. Bei einzelnen, besonders betroffenen Produktarten des Erzeugerpreisindex können jedoch auch noch sehr starke Preissteigerungen zu beobachten sein. So wurde im Jahresdurchschnitt 2004 in Deutschland bei Betonstahl eine Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr um 51,3%, bei Walzdraht um 42,6% sowie bei Profilstahl um 37,3% festgestellt.

Der Preisschub lässt sich allerdings noch nicht bis zur Verbraucherstufe statistisch weiterverfolgen. Mit dem Groß- und Einzelhandel kommen Handelsmargen hinzu, durch die Preiserhöhungen abgefedert werden. Zwischen den Unternehmen der Wirtschaftsstufen bestehen außerdem häufig langfristige Lieferverträge, sodass Preiserhöhungen erst nach Ablauf der Vertragsdauer weitergegeben werden können. Das führt dazu, dass sich die Preissteigerung abschwächt und die Auswirkung der Rohstoffpreiserhöhung ab dem Großhandelspreisindex nicht mehr direkt abgelesen werden konnte.

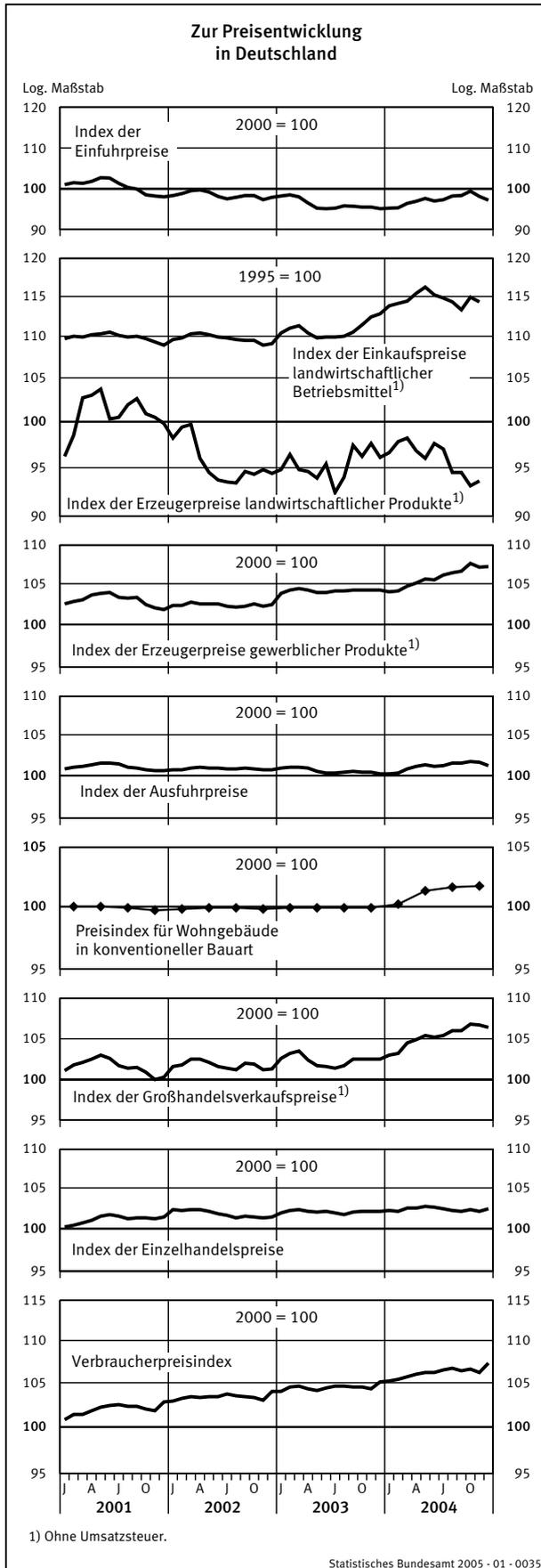
Bei einzelnen, besonders betroffenen Branchen konnte man allerdings die Auswirkungen einzelner Preisschübe noch erkennen. So führte zum Beispiel in der Baubranche der Bedarf an Stahlbeton und anderen Erzeugnissen der Stahlindustrie dazu, dass sich die Preiserhöhungen bei Stahlerzeugnissen auch im Baupreisindex niederschlugen, der die Entwicklung der Preise für den Neubau von Gebäuden misst. Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden zeigte 2004 einen Preisanstieg von 1,3% gegenüber dem Vorjahr, während es in den Jahren zuvor in der Baubranche so gut wie keine Preissteigerungen gab.

Preisindizes auf den verschiedenen Wirtschaftsstufen

	Jahresdurchschnitt 2004 gegenüber 2003 in %
Einfuhrpreise	+1,0
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	+3,3
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	-1,1
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte	+1,6
Ausfuhrpreise	+0,5
Wohngebäude in konventioneller Bauart	+1,3
Großhandelsverkaufspreise	+2,9
Einzelhandelspreise	+0,3
Verbraucherpreise	+1,6

1) Vorläufiges Ergebnis.

Schaubild 1

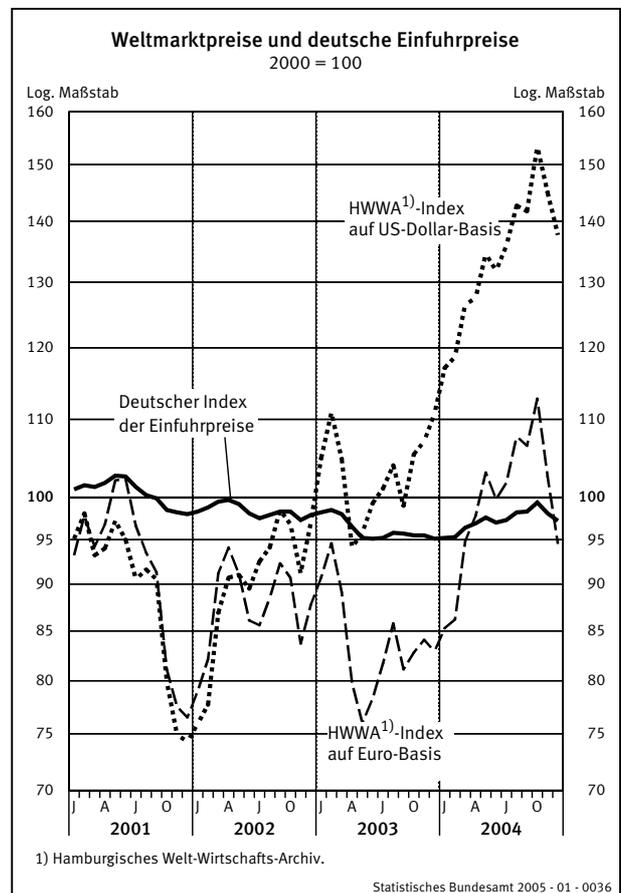


Weltmarktpreise

Der vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv berechnete HWWA-Rohstoffpreisindex misst die preislichen Veränderungen in der Rohstoffimportrechnung der Industrieländer und ist ein Indikator für die Kostenentwicklung importierter Rohstoffe. Auf der Basis von Preisen in US-Dollar lag der HWWA-Index im Jahresdurchschnitt 2004 um 30,4% über dem Vorjahresniveau. Die höchste Veränderungsrate im Vorjahresvergleich war im Oktober mit + 45,5% zu verzeichnen. Zum Jahresende beruhigte sich das Preisklima ein wenig, vor allem wegen der wieder leicht rückläufigen Rohölpreise. Im Dezember lagen die Rohstoffpreise auf US-Dollar-Basis aber immer noch um 24,4% über dem Vorjahresniveau.

Für die deutsche Wirtschaft fiel der Preisanstieg für importierte Rohstoffe wegen des gestiegenen Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresdurchschnitt zwar weniger stark aus, dennoch lag der HWWA-Index auf Euro-Basis im Jahresdurchschnitt 2004 mit + 18,5% erheblich über dem Stand des Vorjahres. Während in den ersten beiden Monaten des Jahres 2004 die Rohstoffpreise auf Euro-Basis noch niedriger waren als im entsprechenden Vorjahreszeitraum, führten ab März starke Preisanstiege zu deutlich positiven Jahresveränderungsraten. Besonders starke Preissteigerungen auf Euro-Basis gab es im Jahresdurchschnitt 2004 bei Eisenerz und Schrott (+ 25,9%), Nichteisen-Metallen (+ 24,5%) und Rohöl (+ 18,8%).

Schaubild 2



Frachtraten in der Seeschifffahrt

Der Index der Seefrachtraten in der Linienfahrt – berechnet auf Euro-Basis – lag im Jahresdurchschnitt 2004 um 3,0% unter dem Niveau des Vorjahres. Über 70% der Frachtraten wurden in US-Dollar gemeldet. Die sich auch im Jahr 2004 fortsetzende Dollarschwäche gegenüber dem Euro hatte daher einen erheblichen Einfluss auf dieses Ergebnis. Bezogen auf die einzelnen Fahrtgebiete kam es zu folgenden Entwicklungen: In der Europafahrt (–0,3%), in der Afrikafahrt (–2,1%) und in der Fahrtregion Asien/Australien (–7,9%) lagen die Frachtraten im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr niedriger. Dagegen stiegen die Frachtraten in der Amerikafahrt um 1,0%.

	Gesamtdindex	Linienfahrt	
		Einkommende Fahrt	Ausgehende Fahrt
		1995 = 100	
2003 D	100,6	94,7	106,1
2004 D	97,6	93,5	101,5
2003 Dezember	96,0	91,7	100,1
2004 Januar	93,2	88,1	98,0
Februar	93,1	88,0	98,0
März	96,4	91,9	100,8
April	100,0	96,3	103,5
Mai	99,4	95,6	102,9
Juni	99,1	95,1	102,8
Juli	100,1	97,4	102,6
August	99,9	97,4	102,2
September	100,1	97,7	102,3
Oktober	100,1	96,2	103,8
November	95,7	90,1	101,0
Dezember	94,2	88,5	99,5

Ein- und Ausfuhrpreise

Nachdem der Index der Einfuhrpreise im Jahresdurchschnitt 2003 gegenüber dem Vorjahr spürbar gesunken war (–2,2%), stiegen die Importpreise im Jahr 2004 wieder an (+1,0%). Von Januar bis März lagen die Einfuhrpreise zwar noch unter dem Vorjahresniveau, ab April sorgten vor allem ansteigende Rohstoffpreise dafür, dass das Preisniveau deutlich über dem Vorjahresstand lag. Die höchste Jahressteigerungsrates war im Oktober zu verzeichnen (+4,1%), dies war gleichzeitig der höchste Stand seit April 2001 (ebenfalls +4,1%). Besonders starke monatliche Preissteigerungen wurden im März (+1,2% gegenüber dem Vormonat), im August (+0,9%) und im Oktober (+1,1%) ermittelt. Zum Jahresende gingen die Einfuhrpreise wieder zurück, im Dezember betrug die Jahressteigerungsrates noch +2,2%.

Im Jahresdurchschnitt 2004 stiegen die Preise für Importe aus der Eurozone (+1,9%) deutlich stärker als aus der Nicht-

	Dez. 2004 2000 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 2003	Dez. 2004
		Dez. 2002	Dez. 2003
Einfuhrgüter insgesamt	97,2	–2,9	+2,2
Güter der Ernährungswirtschaft	101,6	–0,4	–0,1
Güter der gewerblichen Wirtschaft	96,8	–3,1	+2,4
Rohstoffe	107,8	–6,1	+17,0
Halbwaren	104,1	–0,2	+16,8
Fertigwaren	94,7	–3,0	–0,7

Eurozone (+0,5%), was hauptsächlich auf die Wechselkurssteigerungen des Euro insbesondere gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen ist.

Charakteristisch für die Entwicklung der Einfuhrpreise war im Jahr 2004 eine starke Verteuerung bei einer Reihe von Rohstoffen und Halbwaren. Zwar wurde der allgemeine Anstieg der Weltmarktpreise durch den Wertgewinn des Euro gegenüber dem US-Dollar für deutsche Importeure merklich abgeschwächt, trotzdem ergab sich im Jahresdurchschnitt 2004 für Rohstoffe ein Preisanstieg von 9,7% und für Halbwaren von 14,9%. Bei Energierohstoffen ist besonders die Preisentwicklung von Rohöl und Erdgas beachtenswert. Importiertes Rohöl verteuerte sich gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 17,5%, wobei in den ersten drei Monaten des Jahres noch negative Jahressteigerungsrates zu verzeichnen waren. Danach stiegen die Rohölpreise in mehreren Schüben an (mit Ausnahme eines zwischenzeitlichen Rückgangs im Juni), der Höhepunkt der Teuerung wurde im Oktober mit +48,8% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat erreicht. Seitdem verbilligten sich Erdölimporte zwar wieder, die Jahresveränderungsrates betrug im Dezember jedoch immer noch +19,8%. Einen ähnlichen Verlauf wiesen die Preise für importierte Mineralölerzeugnisse auf, die im Jahresdurchschnitt um 19,6% höher waren als 2003. Ohne Erdöl und Mineralölerzeugnisse lag die Teuerung auf der Einfuhrseite im Jahresdurchschnitt 2004 bei –0,1% (Dezember 2004 gegenüber Dezember 2003: +0,9%).

Importiertes Erdgas war im Durchschnitt des Jahres 2004 um 5,0% preiswerter als im Jahr 2003. Dabei ist jedoch zu beachten, dass Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahr nur bis September zu verzeichnen waren. Seit Juni kontinuierlich ansteigende Gaspreise, die in ihrer Entwicklung mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung der Ölpreisdynamik folgen, führten jedoch zum Jahresende zu deutlich positiven Jahressteigerungsrates. Im Dezember 2004 mussten deutsche Importeure schon 15,4% mehr bezahlen als im Dezember des Vorjahres.

Ein weiterer deutlicher Preistrend auf den internationalen Rohstoffmärkten, der auch das deutsche Importpreisklima spürbar beeinflusste, bestand in der sprunghaften Verteuerung von Rohstoffen für die Metallerzeugung. Auslöser war die deutlich gestiegene weltweite Nachfrage, insbesondere aufgrund des anhaltenden Wirtschaftsbooms in China. So erhöhten sich im Jahresdurchschnitt die Preise für die Einfuhr von Eisenerz um 11,9% und von NE-Metallerzen um 37,8%. Auch die in der Metallverhüttung vielfach eingesetzte Importsteinkohle verteuerte sich erheblich (+39,5%).

Eine Folge der beschriebenen Tendenzen war, dass auch für importierten Walzstahl (+20,5%) sowie für NE-Metalle und Halbzeug daraus (+14,6%) deutlich mehr bezahlt werden musste als noch im Vorjahr.

Der im Jahresverlauf deutlich gestiegene Kurs des Euro ist eine wesentliche Ursache dafür, dass sich die deutschen Importe für Fertigwaren – sie gehen mit einem Gewicht von rund 74% in die Berechnung des Einfuhrpreisindex ein – im Jahresdurchschnitt 2004 gegenüber 2003 ver-

billigten (-1,1%). Besonders starke Preisrückgänge waren bei Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (-10,5%), nachrichtentechnischen Geräten und Einrichtungen (-6,6%) sowie elektronischen Bauelementen (-6,9%) zu beobachten.

Die deutschen Exporteure konnten auf den Auslandsmärkten im Jahr 2004 keine größeren Preiserhöhungen realisieren. Trotz der starken Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar stieg der Index der Exportpreise im Durchschnitt des Jahres 2004 nur um 0,5% an. Im Dezember 2004 betrug die Jahresteuersatzrate +1,0%.

	Dez. 2004 2000 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 2003 Dez. 2002	Dez. 2004 Dez. 2003
Ausfuhrgüter insgesamt	101,2	-0,5	+1,0
Güter der Ernährungswirtschaft	100,1	+0,4	-2,4
Güter der gewerblichen Wirtschaft	101,3	-0,5	+1,2
Rohstoffe	106,2	-5,0	+4,4
Halbwaren	113,0	-0,5	+14,3
Fertigwaren	100,6	-0,5	+0,5

Die Preise für Mineralölerzeugnisse nahmen auf der Ausfuhrseite einen ähnlichen Verlauf wie auf der Einfuhrseite. Sie stiegen im Jahresdurchschnitt um 11,4% und lagen im Dezember um 20,4% über dem Niveau vom Dezember 2003. Fertigwaren, die einen Großteil des deutschen Warenexports (im Basisjahr 2000: 89,2%) ausmachen, waren im Jahresdurchschnitt 2004 im Vergleich zu 2003 nur zu leicht erhöhten Preisen abzusetzen (+0,1%). Für einige wichtige Exportgüter konnten dabei geringfügige Preisaufschläge durchgesetzt werden (Maschinen +0,8%, chemische Erzeugnisse +0,6%). Bei Lastkraftwagen (+0,2%) und Personenkraftwagen (+0,1%) war das Preisniveau nahezu unverändert, bei Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen (-10,2%) sowie elektronischen Bauelementen (-8,5%) setzte sich der Preisverfall der vergangenen Jahre verstärkt fort.

Da im Jahresdurchschnitt 2004 die Ausfuhrpreise weniger stark anstiegen als die Einfuhrpreise, verschlechterten sich

	Index der		Terms of Trade ¹⁾
	Ausfuhrpreise	Einfuhrpreise	
	2000 = 100		
2003 September	100,5	95,7	105,0
Oktober	100,4	95,5	105,1
November	100,4	95,5	105,1
Dezember	100,2	95,1	105,4
2004 Januar	100,2	95,2	105,3
Februar	100,3	95,3	105,2
März	100,8	96,4	104,6
April	101,1	96,9	104,3
Mai	101,3	97,6	103,8
Juni	101,1	97,0	104,2
Juli	101,2	97,3	104,0
August	101,5	98,2	103,4
September	101,5	98,3	103,3
Oktober	101,7	99,4	102,3
November	101,6	98,1	103,6
Dezember	101,2	97,2	104,1

1) Wegen der Unterschiede zwischen den Außenhandelspreisindizes und den Außenhandels-Durchschnittswertindizes differieren auch die jeweils berechneten Terms of Trade.

die Terms of Trade für Deutschland, die als Relation aus dem Ausführpreisindex und dem Einfuhrpreisindex errechnet werden (-0,6%). Zu Jahresbeginn waren dabei noch positive Jahresveränderungsraten der Terms of Trade zu verzeichnen (Februar +2,6%), die vergleichsweise starke Erhöhung der Importpreise im Jahresverlauf führte jedoch zu einem Rückgang, der im Oktober seinen vorläufigen Höhepunkt erreichte (-2,7%).

Agrarpreise

Die aus Sicht der Landwirte ungünstige Entwicklung der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte hat sich auch im Jahr 2004 nicht grundlegend geändert. Die Preise lagen nach vorläufigen Berechnungen im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,1% niedriger als 2003. Im Jahr 2002 betrug der Preisrückgang noch 6,2%. Gegenüber 1982, dem Jahr mit den bisher höchsten Erzeugerpreisen für landwirtschaftliche Produkte, lagen die Preise 2004 sogar um 24,8% niedriger.

Im November 2004 war das durchschnittliche Preisniveau landwirtschaftlicher Erzeugnisse im Vergleich zum November 2003 4,1% geringer. Während sie bei Preisen für pflanzliche Produkte in diesem Zeitraum stark rückläufig waren (-16,9%), haben sich die für tierische Produkte erhöht (+3,7%). Bei diesen beiden Hauptgruppen haben sich damit die Preistrends im Vergleich zur Situation im Jahr zuvor umgekehrt (November 2003 gegenüber November 2002: +12,9% bei pflanzlichen und -2,3% bei tierischen Produkten).

	Veränderung in % gegenüber	
	Nov. 2003 Nov. 2002	Nov. 2004 Nov. 2003
Landwirtschaftliche Produkte insgesamt ..	+3,0	-4,1p
Pflanzliche Produkte	+12,9	-16,9
Getreide	+27,4	-26,9
Hackfrüchte	+17,9	-25,0
Ölpflanzen	+2,7	-24,8
Obst	+8,3	-23,3
Gemüse	+13,4	-6,7
Baumschulerzeugnisse	+0,8	+0,1
Schnittblumen und Topfpflanzen	+2,6	-3,3
Tierische Produkte	-2,3	+3,7p
Schlachtvieh	-4,6	+16,6
darunter:		
Rinder	-8,1	+15,0
Kälber	+6,7	+0,3
Schweine	-4,9	+23,3
Schlachtgeflügel, lebend	+9,3	-3,9
Milch	-3,5	-1,7p
Eier	+24,4	-36,2

Bei den pflanzlichen Produkten gingen die Preise von November 2003 bis November 2004 – mit Ausnahme von Baumschulerzeugnissen (+0,1%) – bei allen Gruppierungen meist mit zweistelligen Veränderungs-raten zurück. Hierfür sind die guten Witterungsbedingungen des Jahres 2004 verantwortlich, die teilweise zu Rekorderten in Deutschland und in einigen anderen EU-Ländern geführt haben. Der starke Preisrückgang von Hackfrüchten (-25,0%) ist vor allem auf den Preiseinbruch bei Speisekartoffeln (-63,6%) zurückzuführen, der von Ölpflanzen (-24,8%) auf den Preis-

rückgang bei Raps (-25,8%). Bei Obst (-23,3%) machte sich auch das aufgrund des starken Euro gestiegene Angebot von Importen aus Nicht-Euro-Ländern bemerkbar.

Bei den tierischen Produkten verteuerten sich von November 2003 bis November 2004 Schlachtrinder und Schlachtschweine deutlich (+15,0 bzw. +23,3%). Hier kamen einerseits abgebaute Viehbestände und geringere Fleisch-Lagerbestände und andererseits eine stabilisierte Fleischnachfrage und besonders bei Schweinen auch ein relativ hoher Fleischexport zusammen. Schlachtgeflügel war demgegenüber im November 2004 billiger als ein Jahr zuvor (-3,9%). Der starke Preisrückgang bei Eiern (-36,2%) beruht auf einem großen Angebot, das in Folge relativ hoher Eierpreise im Jahr 2003 entstanden sein könnte.

Auf der Einkaufsseite haben sich die Preise für die Landwirte von November 2003 auf November 2004 erhöht (+1,8%). Die größte Preissteigerung zeigte sich bei Brenn- und Treibstoffen (+11,5%). Hier erhöhten sich vor allem die Preise für Heizöl (+26,5%) und Diesel (+12,5%). Starke Preissteigerungen waren auch bei Düngemitteln (+4,8%), bei der Unterhaltung von Maschinen und Geräten (+3,5%), bei Neubauten (+3,5%), bei neuen Maschinen (+2,5%) sowie bei allgemeinen Wirtschaftsausgaben (+3,2%) zu beobachten. Nennenswerte Preisrückgänge gab es demgegenüber bei Futtermitteln (-8,9%) und bei Pflanzenschutzmitteln (-1,9%).

	Veränderung in %	
	Nov. 2003 gegenüber Nov. 2002	Nov. 2004 gegenüber Nov. 2003
Landwirtschaftliche Betriebsmittel insgesamt	+3,2	+1,8
Düngemittel	+3,5	+4,8
Futtermittel	+8,4	-8,9
Saat- und Pflanzgut	+2,4	-0,2
Pflanzenschutzmittel	-5,6	-1,9
Brenn- und Treibstoffe	+5,4	+11,5
Allgemeine Wirtschaftsausgaben	+1,2	+3,2
Unterhaltung der Gebäude	+0,3	+0,7
Unterhaltung der Maschinen und Geräte ..	+2,2	+3,5
Neubauten	+0,2	+3,5
Neue Maschinen	+1,7	+2,5

Da von November 2003 auf November 2004 die Preise auf der Absatzseite gefallen, die auf der Einkaufsseite jedoch gestiegen sind, haben sich in diesem Zeitraum die sektoralen Terms of Trade der Landwirtschaft – errechnet als Quotient aus dem Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte und dem Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (x 100) – deutlich zuungunsten der Bauern verschoben (-5,8%). Im Dezember 2003 waren sie

„Terms of Trade“ der Landwirtschaft mit pauschaler Umsatzsteuer

	1995 = 100	Veränderung in % gegenüber Dezember des Vorjahres
2000 Dezember	89,1	+0,1
2001 Dezember	91,1	+2,2
2002 Dezember	85,9	-5,7
2003 Dezember	85,2	-0,8
2004 November	81,8p	-5,8p ¹⁾

1) Veränderung gegenüber November des Vorjahres.

bereits leicht (-0,8%) und im Dezember 2002 ebenfalls deutlich (-5,7%) zurückgegangen.

Die Preise für Rohholz sind im Oktober 2004 gegenüber Oktober 2003 durchschnittlich um 5,1% gesunken. Dies ist vor allem auf den starken Preisrückgang bei Industrieholz (-23,4%) zurückzuführen. Die Preise für Kiefer-Industrieholz haben sich binnen Jahresfrist sogar fast halbiert (-46,3%). Beim Stammholz (-0,2%) kompensierten sich dagegen die Preisrückgänge bei Buche der Güteklasse B (-13,0%) und Kiefer der Güteklasse C (-1,9%) sowie die Preiserhöhungen bei Eiche (+10,5%), Fichte (+3,0%) und Kiefer (+1,9%) jeweils der Güteklasse B.

Erzeugerpreise gewerblicher Produkte

Die Preise von im Inland produzierten und abgesetzten gewerblichen Erzeugnissen sind im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,6% und damit in etwa derselben Größenordnung wie im Jahr 2003 (+1,7%) gestiegen. Im Laufe des Jahres 2004 kam es ab Februar – als die Erzeugerpreise noch unter dem Niveau des gleichen Vorjahreszeitraumes lagen (-0,1%) – zu einem kontinuierlichen Anstieg der Jahresteuerraten bis zum Oktober (+3,3%). Im Dezember betrug der Abstand zum Vorjahresmonat +2,9%. Besonders starke Preissprünge im Vormonatsvergleich waren im März und im Juli (jeweils +0,6%) sowie im Oktober (+0,9%) zu verzeichnen.

	Veränderung in %		
	Dez. 2004 2000 = 100	Dez. 2003 gegenüber Dez. 2002	Dez. 2004 gegenüber Dez. 2003
Gewerbliche Erzeugnisse			
insgesamt	107,2	+1,8	+2,9
Energie	116,8	+8,0	+3,3
Erzeugnisse der			
Vorleistungsgüterproduzenten	105,3	-0,1	+5,1
Investitionsgüterproduzenten	102,6	+0,1	+0,6
Konsumgüterproduzenten ...	106,5	+0,5	+2,3
Bergbau und Gewinnung von			
Steinen und Erden	118,1	+4,7	+7,9
Erzeugnisse des Verarbeitenden			
Gewerbes	105,2	+0,2	+3,2
Elektrischer Strom, Gas, Fernwärme, Wasser	118,4	+10,7	+0,8

Die Entwicklung der Erzeugerpreise war im Jahr 2004 von zwei bemerkenswerten Tendenzen bestimmt: vom starken Anstieg der Preise für Mineralölzeugnisse sowie von der Preisexplosion auf dem Stahlmarkt. Ohne Energie stiegen die Erzeugerpreise gegenüber dem Vorjahr um 1,5% an.

Bei den Mineralölprodukten wurde die Indexentwicklung maßgeblich von den Preissteigerungen bei importiertem Rohöl beeinflusst (siehe Einfuhrpreise). Mineralölzeugnisse verteuerten sich im Durchschnitt des Jahres 2004 um 6,4%. Die höchste Jahresteuerrate wurde im Oktober mit +19,6% gemessen. Seitdem sind die Preise wieder etwas zurückgegangen, lagen im Dezember 2004 jedoch immer noch deutlich über dem Vorjahresniveau (+9,5%). Kraftstoffe waren im Dezember 2004 um 6,6% teurer als im Dezember des Vorjahres. In diesem Zusammenhang fällt auf, dass die Teuerungsrate von Diesel (+12,4%) erheblich über der von Benzin (+1,9%) lag. Bei anderen Mineralölpro-

dukten ergaben sich folgende durchschnittliche Jahresveränderungsraten für das gesamte Jahr 2004 (bzw. für den Dezember): leichtes Heizöl +14,4% (+26,0%), schweres Heizöl -6,7% (-0,3%), Flüssiggas +14,4% (+24,5%). Auch andere Energiearten waren im Jahresdurchschnitt 2004 zum Teil erheblich teurer als im Vorjahr. Die Preise für inländische Steinkohle erhöhten sich um 31,6%, elektrischer Strom verteuerte sich um 5,2%.

Die auf den internationalen Rohstoffmärkten zu beobachtenden Preiserhöhungen bei wichtigen Rohstoffen für die Metallerzeugung führten ab Beginn des Jahres 2004 zu einem erheblichen Anstieg der Stahlpreise. In Deutschland produzierter und abgesetzter Walzstahl verteuerte sich im Jahresdurchschnitt um 22,6%, wobei im Jahresverlauf ständig steigende Teuerungsraten zu beobachten waren. Im Dezember betrug der Preisabstand zum vergleichbaren Vorjahresmonat +37,7%. Die stärksten Preisanstiege waren bei folgenden Stahlsorten zu verzeichnen: Betonstahl (+51,3% im Jahresdurchschnitt 2004 und +35,9% von Dezember 2003 bis Dezember 2004), Walzdraht (+42,6 bzw. +53,2%), schwere Profile (+37,3 bzw. +71,1%) und Formstahl (+29,0 bzw. +56,7%).

Da auch andere typische Vorleistungsgüter zum Jahresende 2004 teurer waren als noch im Dezember 2003 (z.B. chemische Grundstoffe +10,5%, Zement +5,0%, Frischbeton +4,1%, Metallrohre +21,7%, Kupfer und Kupferhalbzeuge +17,9%, metallische Sekundärrohstoffe +35,2%, nichtmetallische Sekundärrohstoffe +14,3%), lagen die Preise für Erzeugnisse der Vorleistungsgüterproduzenten insgesamt deutlich über dem Stand vom Dezember 2003 (+5,1%). Im Jahresdurchschnitt 2004 erhöhten sich die Preise für Vorleistungsgüter um 2,8%.

Die Investitionsgüterhersteller konnten im Jahr 2004 nur geringe Preissteigerungen von 0,2% durchsetzen. Dabei verteuerten sich beispielsweise Maschinen um 1,0%, Personenkraftwagen um 1,4%, Lastkraftwagen um 1,7% und Schienenfahrzeuge um 1,0%. Gleichzeitig gingen die Preise für Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen um 10,3%, für elektronische Bauelemente um 7,3% und für nachrichtentechnische Geräte und Einrichtungen um 7,8% zurück.

Die Erzeugnisse der Konsumgüterproduzenten waren im Jahrdurchschnitt 2004 um 1,0% teurer als im Vorjahr (darunter Verbrauchsgüter +0,5%, Verbrauchsgüter +1,1%). Besonders starke Preiserhöhungen ergaben sich bei Tabakerzeugnissen (+11,3% gegenüber 2003) als Folge der beiden Tabaksteuererhöhungen im März und im Dezember 2004. Bei den meisten anderen Konsumgütern waren nur relativ geringe Jahresteuerraten bzw. Preisrückgänge zu beobachten. Nahrungs- und Futtermittel waren beispielsweise im Jahresdurchschnitt um 1,0% teurer als 2003, Haushaltsgeräte um 0,4%, optische und fotografische Geräte um 0,5% und Möbel um 1,0%, während sich Bekleidung um 1,2% verbilligte.

Baupreise

Seit 1995 befindet sich die Bauwirtschaft in einer Krise. Abgesehen vom Jahr 1999 waren die realen Bauinvestitionen

in jedem Jahr rückläufig. Auch im Jahr 2004 hat sich dieser Trend fortgesetzt. Dieser Rückgang war allerdings nicht mehr so stark wie in den drei Jahren vorher. Nach ersten Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für das Jahr 2004 gingen die realen Bauinvestitionen gegenüber 2003 um 2,5% zurück (Wohnungsbau: -1,4%).

Der nochmalige Rückgang der Bauinvestitionen hat sich im Jahr 2004 nicht mehr auf die Preisentwicklung für Wohngebäude (konventionelle Bauart) ausgewirkt. Nach acht Jahren stagnierender oder rückläufiger Preise - nur im Jahr 2000 unterbrochen durch eine leichte Preiserhöhung von 0,3% - war 2004 erstmals wieder ein nennenswerter Preisanstieg in Höhe von 1,3% zu beobachten, der auf die oben erwähnte Vertuierung der Stahlpreise zurückzuführen sein dürfte. Im Vergleich zum November 2003 lagen die Preise für Wohngebäude im November 2004 um 1,8% höher. Unter den Bauarbeiten gab es binnen dieser Jahresfrist nennenswerte Preiserhöhungen bei Stahlbauarbeiten (+7,4%), bei den Heiz- und zentralen Wassererwärmungsanlagen (+5,6%) sowie bei den Gas-, Wasser- und Abwasserinstallationsanlagen (+5,3%). Preisrückgänge gab es vor allem bei Erdarbeiten (-1,6%) und bei Fliesen- und Plattenarbeiten (-1,8%). Während Rohbauarbeiten in diesem Zeitraum um 1,5% teurer wurden, erhöhten sich die Preise für Ausbauarbeiten um 2,0%.

Preisindex für Wohngebäude¹⁾
Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsmonat in %

	2001	2002	2003	2004
Februar	-0,1	+0,1	+0,1	+0,3
Mai	-	+0,1	-	+1,1
August	-0,1	-	-	+0,3
November	-0,2	-0,1	-	+0,1

1) In konventioneller Bauart, einschl. Umsatzsteuer.

Die Anbieter von Fertighäusern waren in den Vorjahren von der schlechten Konjunktur im Wohnungsbau in geringem Umfang betroffen als konventionelle Bauunternehmen. Auch im Jahr 2004 konnten sie die Preise für vorgefertigte Einfamiliengebäude (ohne Unterkellerung) erhöhen, und zwar um 1,0% (2003 gegenüber 2002: +0,4%). Die Preiserhöhung liegt nur geringfügig unter der für konventionelle Einfamilienhäuser. Hier lagen die Preise im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,2% höher als ein Jahr zuvor (2003 gegenüber 2002: +0,1%).

Preisindizes für Einfamiliengebäude¹⁾

Jahr	In vorgefertigter Bauart ²⁾		In konventioneller Bauart	
	2000 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2000 = 100	Veränderung gegenüber Vorjahr in %
2001	101,2	+1,2	99,9	-0,1
2002	101,8	+0,6	99,9	-
2003	102,2	+0,4	100,0	+0,1
2004	103,2	+1,0	101,2	+1,2

1) Einschl. Umsatzsteuer. - 2) Ohne Unterkellerung.

Die Investitionen in Nichtwohngebäude durch öffentliche und gewerbliche Bauherren waren 2004 wie die Investitionen in Wohnbauten rückläufig (-9,3 bzw. -4,5%). Auch hier konnten sich die Preise von der Entwicklung der Auf-

tragslage entkoppeln. Im November 2004 lag der Preisindex für Bürogebäude gegenüber November 2003 um 2,0%, der für gewerbliche Betriebsgebäude sogar um 2,6% höher.

Die Investitionen in Tiefbauten durch öffentliche und gewerbliche Bauherren waren 2004 etwas weniger rückläufig als die in Hochbauten (-2,1 bzw. -1,7%). Im Gegensatz dazu haben sich die Preise für den Straßenbau im Jahr 2004 aus Sicht der Bauunternehmen ungünstiger entwickelt als die für Nichtwohngebäude. Sie blieben im Vergleich zum Jahr 2003 unverändert.

Preisindizes für sonstige Bauwerke ¹⁾		
Veränderung gegenüber dem vorhergehenden Erhebungsmonat in %		
	Gewerbliche Betriebsgebäude	Straßenbau
2004 Februar	+0,3	+0,1
Mai	+1,2	-0,2
August	+0,7	+0,3
November	+0,4	-0,1

1) Einschl. Umsatzsteuer.

Großhandelsverkaufspreise

Auf der Großhandelsstufe erhöhten sich die Preise im Jahresdurchschnitt 2004 gegenüber dem Vorjahr um 2,9%. Dabei stiegen die Preise bis zum Oktober kontinuierlich an, besonders hohe monatliche Preissteigerungen waren im März (+1,3%), im August (+0,6%) und im Oktober (+0,8%) zu verzeichnen. Im Oktober wurde auch die höchste Jahresveränderungsrate (+4,2%) gemessen, seitdem sind die Großhandelspreise wieder leicht rückläufig. Im Dezember 2004 betrug die Jahresteuersrate noch +3,8%.

Besonders hohe Preissteigerungen waren im Jahresdurchschnitt 2004 beim Großhandel mit Erzen, Eisen, Stahl, NE-Metallen und Halbzeug (+21,7%) sowie mit festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen (+6,3%) zu verzeichnen. Auf die Ursachen dieser Preiserhöhungen wurde schon in den vorigen Abschnitten näher eingegangen. Die Preisentwicklung beim Großhandel mit Tabakwaren (+11,7% gegenüber dem Vorjahr) ist hauptsächlich auf die Tabaksteuererhöhungen zum 1. März und zum 1. Dezember 2004 zurückzuführen. Im Großhandel für Getreide, Saaten und Futtermittel wurde im Jahresvergleich ebenfalls

	Dez. 2004 2000 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 2003 Dez. 2002	Dez. 2004 Dez. 2003
Großhandelsverkaufspreise insgesamt	106,4	+1,2	+3,8
Großhandel mit:			
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren ..	94,9	+9,9	-9,4
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	110,5	+2,4	+3,0
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	99,7	-0,2	-1,4
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen ..	117,4	+1,8	+13,3
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	89,6	-3,4	-3,2
Sonstiger Großhandel	105,3	+2,4	+0,5

mehr bezahlt (+3,5%). Preisrückgänge gegenüber 2003 waren dagegen u. a. beim Großhandel mit Büromaschinen (-6,1%) sowie mit pharmazeutischen Erzeugnissen und medizinischen Hilfsmitteln (-5,5%) zu beobachten.

Verbraucherpreise

Das den privaten Haushalten verfügbare Einkommen ist im Jahr 2004 nominal um 1,3% gestiegen (2003: +1,2%; 2002: +0,7%). Der deutsche Einzelhandel (ohne Kraftfahrzeughandel und Tankstellen) hatte in den ersten elf Monaten des Jahres 2004 nominal 1,5% und real 1,6% Umsatzrückgang zu verbuchen und die privaten Konsumausgaben sind im vergangenen Jahr preisbereinigt um 0,3% gesunken. Bei dieser Ausgangslage blieb dem Einzelhandel wenig Spielraum für Preiserhöhungen.

Der Index der Einzelhandelspreise ist im Jahresdurchschnitt 2004 um 0,1% gesunken (nach +0,6% im Jahr 2002 und ±0 im Vorjahr 2003). Dies lag im Wesentlichen an den Preisrückgängen im Einzelhandel mit Bekleidung (-0,5%; 2003: -0,6%), im Einzelhandel mit elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten (-3,8%; 2003: -3,0%), im Einzelhandel mit medizinischen und orthopädischen Artikeln (-3,6%, 2003: -2,2%) sowie bei Apotheken (-1,0%, 2003: -1,1%). Die deutlichsten Preisanhebungen gab es, insbesondere aufgrund der beiden Steuererhöhungen für Tabakwaren (im März und Dezember 2004), beim Einzelhandel mit Tabakwaren (+8,7%, 2003: +6,8%). Auch die Preise des Einzelhandels, der nicht in Verkaufsräumen stattfindet – hierzu zählt auch der Verkauf von leichtem Heizöl –, stiegen um 1,3% (2003: +0,4%).

	Veränderung in % gegenüber	
	Dezember 2003 Dezember 2002	Dezember 2004 Dezember 2003
Einzelhandelspreise	+0,7	+0,3
Verbraucherpreise	+1,1	+2,1

Die Preise für Endverbraucher haben sich im Jahr 2004 um 1,6% erhöht (2003: +1,1%). Besonders stark waren dabei die Preisaufschläge im Gesundheitswesen (+19,2%), bei den Tabakwaren (+11,3%), für leichtes Heizöl (+11,4%) und für Kraftstoffe (+4,4%, darunter Normalbenzin +4,2%, Superbenzin +4,1%, Dieselmotorkraftstoff +6,1%). Spürbare Preisrückgänge waren bei den Informationsverarbeitungsgeräten (-13,8%), im Bereich der Nachrichtenübermittlung (-0,8%) und bei den Nahrungsmitteln (-0,3%) festzustellen.

Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte sich nur eine Teuerungsrate von +1,4% ergeben; die Mineralölprodukte verteuerten sich im Jahresdurchschnitt um 5,6% (2003: +4,4%). Haushaltsenergie verteuerte sich um 3,8% (2003: 3,5%). Die Preise für Strom, Gas und Fernwärme stiegen um 4,0%, 1,0% bzw. 2,1% (2003: +5,0%, +5,1%, -0,3%). Ohne Berücksichtigung der gesamten Energiekomponente – Haushaltsenergie und Kraftstoffe – ergibt sich ebenfalls eine Teuerungsrate für das Jahr 2004 von 1,4% (2003: +0,9%).

Verbraucherpreisindex nach Waren und Dienstleistungen

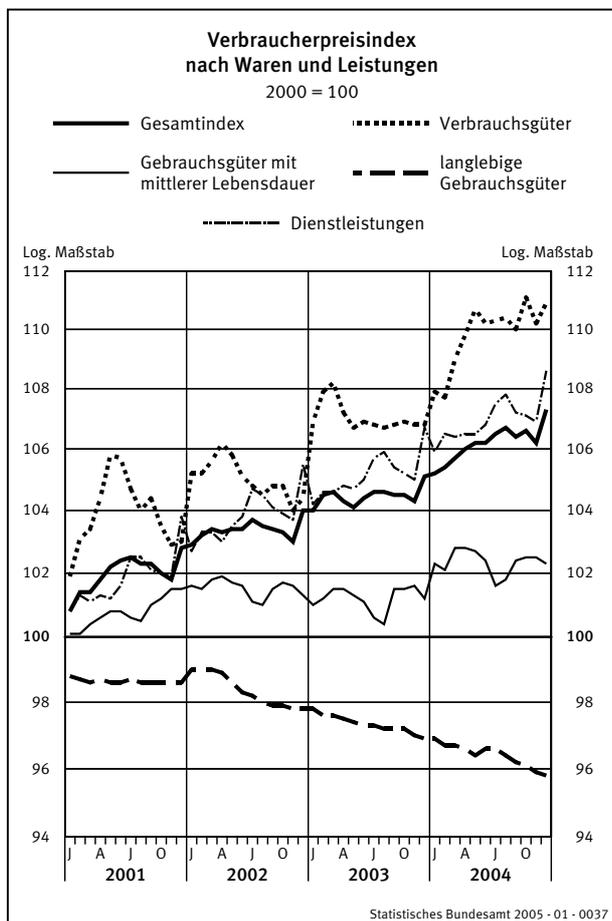
Jahr Monat	Gesamtindex	Waren					Dienstleistungen
		zusammen	Verbrauchsgüter	Haushaltsenergie (Strom, Gas und andere Brennstoffe)	Gebrauchsgüter mit mittlerer Lebensdauer	langlebige Gebrauchsgüter	
2000 = 100							
2001 D	102,0	102,1	103,9	109,1	100,8	98,6	101,8
2002 D	103,4	102,9	105,0	108,0	101,5	98,4	103,8
2003 D	104,5	103,7	107,1	111,8	101,2	97,3	105,2
2004 D	106,2	105,4	109,9	116,1	102,4	96,4	107,0
2004 Dezember	107,3	105,8	110,9	118,7	102,3	95,8	108,6
Veränderung Dezember gegenüber Dezember des Vorjahres in %							
2001	+1,6	+1,0	+1,5	+0,4	+1,2	-0,4	+2,1
2002	+1,2	+0,6	+1,4	+0,8	-0,2	-0,8	+1,6
2003	+1,1	+1,2	+2,3	+4,0	-0,1	-0,9	+1,1
2004	+2,1	+2,2	+3,8	+6,0	+1,1	-1,1	+1,8

Der Rückgang der Preise für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke, der schon im Vorjahr zu beobachten war (-0,1%), hat sich im Jahr 2004 verstärkt (-0,4%). Am stärksten sanken die Preise für Gemüse (-3,5%) und Bohnenkaffee (-5,0%). Damit liegt die Preisentwicklung für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke – auch in längerfristiger Betrachtung seit 2000 – wieder unter der allgemeinen Teuerung.

Besonders hervorgetreten ist im Jahr 2004 die Preisentwicklung für die Gesundheitspflege. Dabei ist zu beachten,

dass im Verbraucherpreisindex als „Preis“ für eine Leistung des Gesundheitswesens der Finanzierungsanteil der privaten Haushalte herangezogen wird. Damit wirkt sich die zu Beginn des Jahres wirksam gewordene Gesundheitsreform mit ihrer Verlagerung von Gesundheitskosten von den gesetzlichen Krankenversicherungen hin zu den privaten Haushalten auf den Verbraucherpreisindex sehr deutlich aus. Die Leistungen für die Gesundheitspflege (z.B. Medikamente einschl. Rezeptgebühr, ärztliche und zahnärztliche Dienstleistungen einschl. Praxisgebühr, Krankenhäuser usw.) haben sich binnen Jahresfrist um knapp 20% verteuert. Ohne Einbeziehung des Gesundheitswesens hätte sich der Verbraucherpreisindex im Jahr 2004 nur um 0,9% erhöht. Das Konzept der Berücksichtigung der Ausgaben im Gesundheitswesen im Verbraucherpreisindex wird am Beispiel der Medikamente im nebenstehenden Kasten ausführlicher dargestellt.

Schaubild 3



Verbraucherpreisindex für Deutschland
Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %

2004 Januar	+1,2
Februar	+0,9
März	+1,1
April	+1,6
Mai	+2,0
Juni	+1,7
Juli	+1,8
August	+2,0
September	+1,8
Oktober	+2,0
November	+1,8
Dezember	+2,1

Die Preise für Telekommunikationsdienstleistungen lagen im Jahresdurchschnitt 2004 im Vergleich zum Jahr 2003 um 0,4% niedriger. Deutlich günstiger als im Jahresdurchschnitt 2003 wurde die Internet-Nutzung, sie verbilligte sich um 3,3%. Der Preisindex für Telefondienstleistungen im Festnetz lag im Jahr 2004 um 0,2% höher als 2003. Ortsgespräche (-4,8%), Inlandsferngespräche (-7,2%), Gespräche vom Festnetz in die Mobilfunknetze (-0,1%) und Auslandsgespräche (-0,8%) waren im Jahresdurchschnitt 2004 günstiger als im Vorjahr. Dagegen stiegen die Anschluss- und Grundgebühren um 6,0%. Die Preise für das Mobiltelefonieren fielen im Jahr 2004 im Vergleich zum Jahr 2003 um 1,1%.

Die Entwicklung der Preise für Medikamente im Jahr 2004

Im deutschen Verbraucherpreisindex wird ein Teilindex für pharmazeutische Erzeugnisse nachgewiesen. Für das Jahr 2004 ergab sich dafür ein Wert von +18,1%. Im Einzelhandelspreisindex für Apotheken wird für das Jahr 2004 dagegen ein Preisrückgang von 1,0% ausgewiesen. Diese Ergebnisse scheinen sich zu widersprechen, vor allem wenn man berücksichtigt, dass in beide Indizes die Preisentwicklung für Medikamente mit großem Gewicht eingeht.

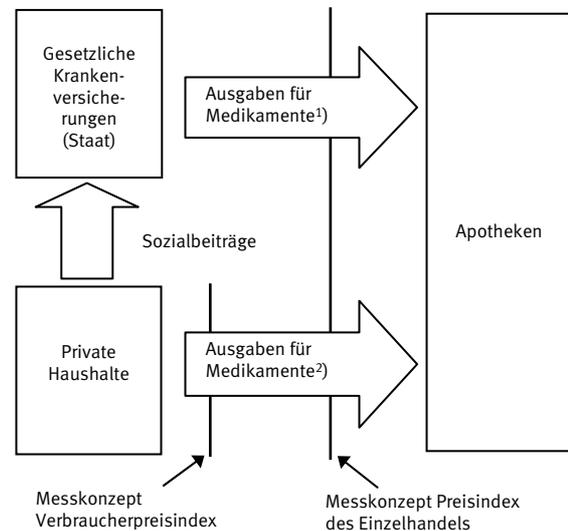
Den unterschiedlichen *Abdeckungsbereich* der beiden Indizes verdeutlicht die Übersicht 1. Beide Indizes erfassen neben den Medikamenten auch andere pharmazeutische Erzeugnisse, wie zum Beispiel Gesundheitstees, Vitaminpräparate usw. In den Apotheken werden darüber hinaus auch andere medizinische Erzeugnisse, wie zum Beispiel Verbandskästen, Wundpflaster oder Fieberthermometer verkauft, diese werden im Verbraucherpreisindex in einer gesonderten Position nachgewiesen. Das Gleiche gilt für therapeutische Geräte und Ausrüstungen, wie Blutdruckmessgeräte oder Massagegeräte. Dazu kommen noch Sortimentsbestandteile der Apotheken, die nicht der Gesundheitspflege zuzuordnen sind (z.B. Nahrungsmittel, Bekleidungsartikel, Bücher). Der Anteil dieser „Nebensortimente“ am Umsatz der Apotheken ist jedoch zu gering, als dass er die Differenzen in den Ergebnissen erklären könnte. Dazu ist es erforderlich, sich die Messkonzepte der beiden Preisindizes bei den Medikamenten genauer anzusehen.

Übersicht 1

Verbraucherpreisindex Pharmazeutische Erzeugnisse	Preisindex des Einzelhandels Apotheken
Medikamentenkäufe (nicht in Apotheken)	
Käufe von anderen pharmazeutischen Erzeugnissen (nicht in Apotheken)	
Käufe von Medikamenten	Verkäufe von Medikamenten
Käufe von anderen pharmazeutischen Erzeugnissen	Verkäufe von anderen pharmazeutischen Erzeugnissen
	Verkäufe von anderen medizinischen Erzeugnissen
	Verkäufe von therapeutischen Geräten und Ausrüstungen
	Verkäufe sonstiger Waren

Die Unterschiede in den *Messkonzepten* verdeutlicht Übersicht 2. Die privaten Haushalte leisten Ausgaben für Medikamente an die Apotheken, zum Teil sind das Apothekenabgabepreise (für nicht erstattungsfähige Medikamente oder bei privat krankenversicherten Personen), zum Teil sind das Eigenbeteiligungsbeiträge (Rezeptgebühren) der gesetzlich krankenversicherten Personen. Die Preisentwicklung dieser Ausgaben wird vom Verbraucherpreisindex gemessen. Zusätzlich leisten die privaten Haushalte Beiträge zu den gesetzlichen Krankenversicherungen. Dies sind Sozialbeiträge an das Sozialversicherungssystem (Staat) und damit nicht Bestandteil der Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte und auch nicht Teil des Verbraucherpreisindex.

Übersicht 2



1) Erstattungen des Differenzbetrags zwischen Apothekenabgabepreis und Rezeptgebühr für gesetzlich krankenversicherte Personen. – 2) Apothekenabgabepreise für nicht erstattungsfähige Medikamente und bei privat Krankenversicherten, Rezeptgebühren bei gesetzlich krankenversicherten Personen.

Diese gesetzlichen Krankenversicherungen leisten ihrerseits einen Finanzierungsbeitrag für Medikamente an die Apotheken, und zwar in Höhe der Differenz zwischen Apothekenabgabepreis und Rezeptgebühr bei gesetzlich Krankenversicherten. Der Preisindex für den Einzelhandel misst die Preisentwicklung des Apothekenabgabepreises unabhängig davon, wer letztlich die Zahlungen leistet.

Die Gesundheitsreform hat – unter anderem durch die Erhöhung der Rezeptgebühren – zu einer deutlichen Verschiebung der Finanzierungsanteile von privaten Haushalten und gesetzlichen Krankenversicherungen geführt. Nach dem Messkonzept des Verbraucherpreisindex wird diese Mehrbelastung der privaten Haushalte voll erfasst, nach dem Messkonzept des Einzelhandelspreisindex dagegen nicht.

Die *Preisentwicklung der Medikamente* (ohne Berücksichtigung der Rezeptgebühren) fällt im Rechengang sowohl des Verbraucherpreisindex als auch des Preisindex des Einzelhandels an, sie wird jedoch in der Regel nicht gesondert veröffentlicht. Aufgrund der aktuellen Diskussion über die tatsächliche Preisentwicklung für Medikamente wird diese in der Tabelle für die einzelnen Monate und das Jahr 2004 dargestellt.

Für den Jahresdurchschnitt 2004 ergibt sich ein Preisrückgang für Medikamente von 0,5%. Das Ziel der Gesundheitsreform, den Kostenanstieg im Gesundheitswesen zu begrenzen, scheint zumindest bezüglich der Preise für Medikamente erreicht. Eine Differenzierung der Preisentwicklung nach patentgeschützten Medikamenten und Generika ist derzeit nicht möglich.

In die Berechnung gehen die Preise für die etwa 450 gängigsten Medikamente, differenziert nach den gängigsten Packungsgrößen, ein. Die Repräsentativität der Ergebnisse ist damit sowohl für den Verbraucherpreisindex als auch für den Einzelhandelspreisindex gewährleistet.

Preisentwicklung für Medikamente
Veränderung gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %

Jan. 2004	Feb. 2004	März 2004	April 2004	Mai 2004	Juni 2004	Juli 2004	Aug. 2004	Sep. 2004	Okt. 2004	Nov. 2004	Dez. 2004	Jahr 2004
-0,9	-	-0,2	-1,2	+0,1	-	-	-	+0,1	+0,1	+0,1	+0,1	-0,5

Verbraucherpreisindex für Deutschland

	Dez. 2004 2000 = 100	Veränderung in % gegenüber	
		Dez. 2003 Dez. 2002	Dez. 2004 Dez. 2003
Gesamtindex	107,3	+ 1,1	+ 2,1
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	104,4	+ 1,4	- 0,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	127,6	+ 5,1	+ 14,3
Bekleidung und Schuhe	100,0	- 0,5	- 0,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	107,2	+ 1,5	+ 1,8
Einrichtungsgegenstände u. Ä. für den Haushalt sowie deren Instandhaltung	101,8	+ 0,1	- 0,3
Gesundheitspflege	123,5	+ 0,8	+ 20,1
Verkehr	108,9	+ 1,8	+ 2,2
Nachrichtenübermittlung	94,8	+ 0,7	- 1,8
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	103,6	- 1,1	- 0,6
Bildungswesen	111,0	+ 2,2	+ 3,7
Beherbergungs- und Gaststätten- dienstleistungen	111,1	+ 0,4	+ 1,0
Andere Waren und Dienst- leistungen	108,3	+ 2,0	+ 0,9

Außerhalb der EU wiesen in Europa Norwegen (+0,6%) und die Schweiz (+0,8%) niedrigere Teuerungsraten als Deutschland auf. [U](#)

Gemessen an den für europäische Zwecke berechneten harmonisierten Verbraucherpreisindizes hatte Deutschland im Jahr 2004 mit 1,8% eine unterdurchschnittliche Inflationsrate (Europäische Union: + 2,0%, Währungsunion: + 2,1%). Geringere Teuerungsraten als Deutschland verzeichneten im Jahr 2004 nur Finnland (+ 0,1%), Dänemark (+ 0,9%), Schweden (+ 1,0%), Litauen (+ 1,1%), das Vereinigte König-

Internationaler Vergleich der Verbraucherpreisindizes¹⁾

	Veränderung in % ²⁾			
	Dezember 2003		Dezember 2004	
	Dezember 2002	Dezember 2003	Dezember 2002	Dezember 2003
Deutschland	+ 1,1	(2)	+ 2,2	(8)
Belgien	+ 1,7	(9)	+ 1,9	(7)
Dänemark	+ 1,2	(3)	+ 1,0	(4)
Finnland	+ 1,2	(3)	+ 0,1	(1)
Frankreich	+ 2,4	(13)	+ 2,2	(8)
Griechenland	+ 3,1	(17)	+ 3,1	(15)
Irland ³⁾	+ 3,3	(18)	+ 2,8	(14)
Italien	+ 2,5	(15)	+ 2,4	(10)
Luxemburg	+ 2,4	(13)	+ 3,5	(17)
Niederlande	+ 1,6	(7)	+ 1,2	(5)
Österreich	+ 1,3	(5)	+ 2,5	(12)
Portugal	+ 2,3	(12)	+ 2,6	(13)
Schweden	+ 1,8	(10)	+ 0,9	(3)
Spanien	+ 2,7	(16)	+ 3,3	(16)
Vereinigtes Königreich	+ 1,3	(5)	+ 1,6	(6)
Japan ³⁾	- 0,5	(1)	+ 0,8	(2)
Kanada ³⁾	+ 1,6	(7)	+ 2,4	(10)
Vereinigte Staaten ³⁾	+ 1,8	(10)	+ 3,5	(17)

1) Für die Mitgliedstaaten der EU werden nur die Veränderungsraten der harmonisierten Verbraucherpreisindizes nachgewiesen. – 2) Zahlen in Klammern = Rangfolge. – 3) Jeweils Vergleich der Novemberergebnisse.

reich (+ 1,3%) und die Niederlande (+ 1,4%). Am stärksten stiegen die Preisniveaus in der Slowakei (+ 7,4%), in Ungarn (+ 6,8%) und in Lettland (+ 6,2%). Die Teuerung in der Eurozone lag 2004 mit + 2,1% genau auf Vorjahresniveau. Gleiches gilt für die Europäische Union insgesamt (+ 2,0%).¹⁾

1) Bei den Jahresteuerraten sowohl für Finnland als auch für die Eurozone und die Europäische Union insgesamt handelt es sich um vorläufige Ergebnisse.

Dr. Robert Amler

Der Nutzen von Statistiken aus Sicht eines Unternehmens

In der derzeitigen Diskussion um die Entlastung der Wirtschaft von bürokratischen Verpflichtungen werden Statistiken oftmals nur unter dem Kosten- und Belastungsaspekt betrachtet. Über den Nutzen der Statistiken für Unternehmen wird dagegen nur selten gesprochen. Im nachfolgenden Beitrag stellt Dr. Robert Amler dar, wie der Bereich Automatisierungs- und Antriebstechnik der Firma Siemens durch die Analyse statistischer Daten aus internen und externen Quellen den Geschäftserfolg verbessert. Dr. Amler ist bei Siemens in zentraler Funktion für Geschäftsplanung und Konjunkturbeobachtung tätig. Bei dem vorliegenden Aufsatz handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Vortrags, den Dr. Robert Amler am 14. Oktober 2004 im 27. CEIES-Seminar „Die Erstellung von Unternehmensstatistiken – Kosten und Effizienz“ gehalten hat.

1 Rund 2 Mill. Euro Aufwand jährlich für statistische Meldungen bei Siemens A & D

Siemens Automation and Drives – fortan Siemens A&D – ist Weltmarktführer für industrielle Automatisierungs- und Antriebstechnik. Siemens A&D produziert an 65 großen, weltweit verteilten Fertigungsstandorten Produkte und Systeme, wie elektrische Schütze und Schalter, Motoren und Industriesteuerungen einschließlich der Software und Kommunikationstechnik für Maschinen sowie zur Automatisierung von Anlagen in verschiedenen Industrien. Mit gut 51 800 Beschäftigten erlöste diese Unternehmenssparte im Geschäftsjahr 2004 einen Umsatz von 8,8 Mrd. Euro und erwirtschaftete eine deutlich über dem Branchendurchschnitt liegende Umsatzrendite von 12,2%.

Für ein großes Unternehmen ist es gar nicht einfach zu ermitteln, welche statistischen Meldungen überhaupt abgegeben werden. Da Siemens A&D global tätig ist, sind statistische Meldungen in Deutschland, den europäischen Ländern, in Amerika sowie an den asiatischen Standorten abzugeben. Grob geschätzt dürften all diese statistischen Meldungen den Bereich Automation and Drives mit etwa 2 Mill. Euro im Jahr belasten.

In Deutschland sind zahlreiche Meldungen an die statistischen Ämter für die verschiedenen Produktfamilien abzugeben. Zu melden sind die Auftragseingänge, Umsatzwerte, Beschäftigtenzahlen, Löhne und Gehälter, die Ein- und Ausfuhren und Angaben für Umweltstatistiken. An die Kartellbehörden sind Marktanteile zu melden, dazu kommen spezifische statistische Meldungen an Erhebungen von Verbänden und anderen Organisationen. Und dies je nach Meldekategorie monatlich, jährlich oder im mehrjährigen Turnus. Im Kontext dieses Aufsatzes wird der Begriff „Statistik“ weit gefasst und beinhaltet die Daten aus der amtlichen und nichtamtlichen Statistik, zudem die Daten aus dem Unternehmen selbst. In der Praxis meiner Tätigkeit werden Analysen regelmäßig mit Daten aus verschiedenen Quellen durchgeführt, sodass interne Unternehmensdaten, amtliche und nichtamtliche Statistiken im Prinzip gleichberechtigt nebeneinander stehen. Der Vorzug der amtlichen Daten gegenüber den nichtamtlichen Daten aus externen Quellen ist unbestreitbar die hohe Qualität und die Neutralität der Institutionen, die sie zur Verfügung stellen.

Bedeutet Wirtschaftsstatistiken einen Zusatzaufwand? Eindeutig „ja“, wenn man die Informationen selbst nicht nutzt.

Nein, wenn man die – im Berichtswesen eines Unternehmens meist ohnehin vorhandenen – Daten

- im Zeitverlauf beobachtet, zum Beispiel um Veränderungen zu erkennen;
- für Vergleiche zur eigenen Positionsbestimmung nutzt;
- für weiterführende Analysen verwendet;
- nutzt, um Zusammenhänge ausfindig zu machen.

Per se stiften statistische Daten keinen Nutzen, verwendet man sie aber, um einen bestimmten Zweck damit zu erreichen, haben sie einen Nutzen und die statistische Meldung wird damit wichtig. Natürlich ist davon auszugehen, dass dieser Nutzen von Mensch zu Mensch unterschiedlich bewertet wird. Welche Wirtschaftsstatistiken wegfallen oder inwieweit sie reduziert werden können, kann damit am besten der Nutzer entscheiden. Solange die Statistiken so gut wie nichts kosten, wird er sich seine Entscheidung leicht machen. Erst wenn dafür „richtig“ bezahlt werden müsste, würde er Aufwand und Nutzen ernsthaft abwägen. Angesichts des internationalen Wettbewerbsdrucks und der schwierigen Lage vieler deutscher Unternehmen ist heute in Deutschland eine Tendenz vorhanden, Statistiken vorschnell als „zu teuer“ einzustufen, und damit die Forderung nach ihrer Einstellung zu verbinden. Aber es gilt auch mit Blick auf die Statistiken zu bedenken, dass vieles davon nie wieder rekonstruierbar wäre und sich auch der Neubeginn sehr schwierig gestalten würde, wenn sich doch herausstellt, dass bestimmte Daten unverzichtbar waren.

2 Nutzen und Nutzer der statistischen Auswertungen

Die eingangs erwähnten statistischen Meldungen, die ein Unternehmen abgibt, werden von unterschiedlichen Einheiten im Unternehmen selbst genutzt. Tabelle 1 gibt hierüber einen Überblick.

Tabelle 1: Beispiele für die Verwendung von Wirtschaftsstatistiken in einem Unternehmen

Nutzergruppe	Verwendungszweck
Forschung und Entwicklung	Neue Marktanforderungen identifizieren
Vertrieb	Die eigene Wettbewerbsposition ermitteln, auch für Kosten- und Effizienzvergleiche
Produktion	Maßnahmen zur Produktivitätssteigerung vorbereiten, Qualitätsinformationen ermitteln
Unternehmensleitung	Präsentationen vorbereiten, Basis für Entscheidungen schaffen (bezüglich Investitionen, neuen Produkten, Kapitalkosten)

Forscher und Entwickler nutzen Statistiken, um auf die Bedürfnisse der Nachfrager reagieren zu können, Ver-

triebsexperten brauchen sie zur eigenen Positionsbestimmung im Wettbewerb, in der Produktion werden sie zu Kostenvergleichen benötigt, das Management nutzt sie für Investitionsentscheidungen und für interne und externe Präsentationen.

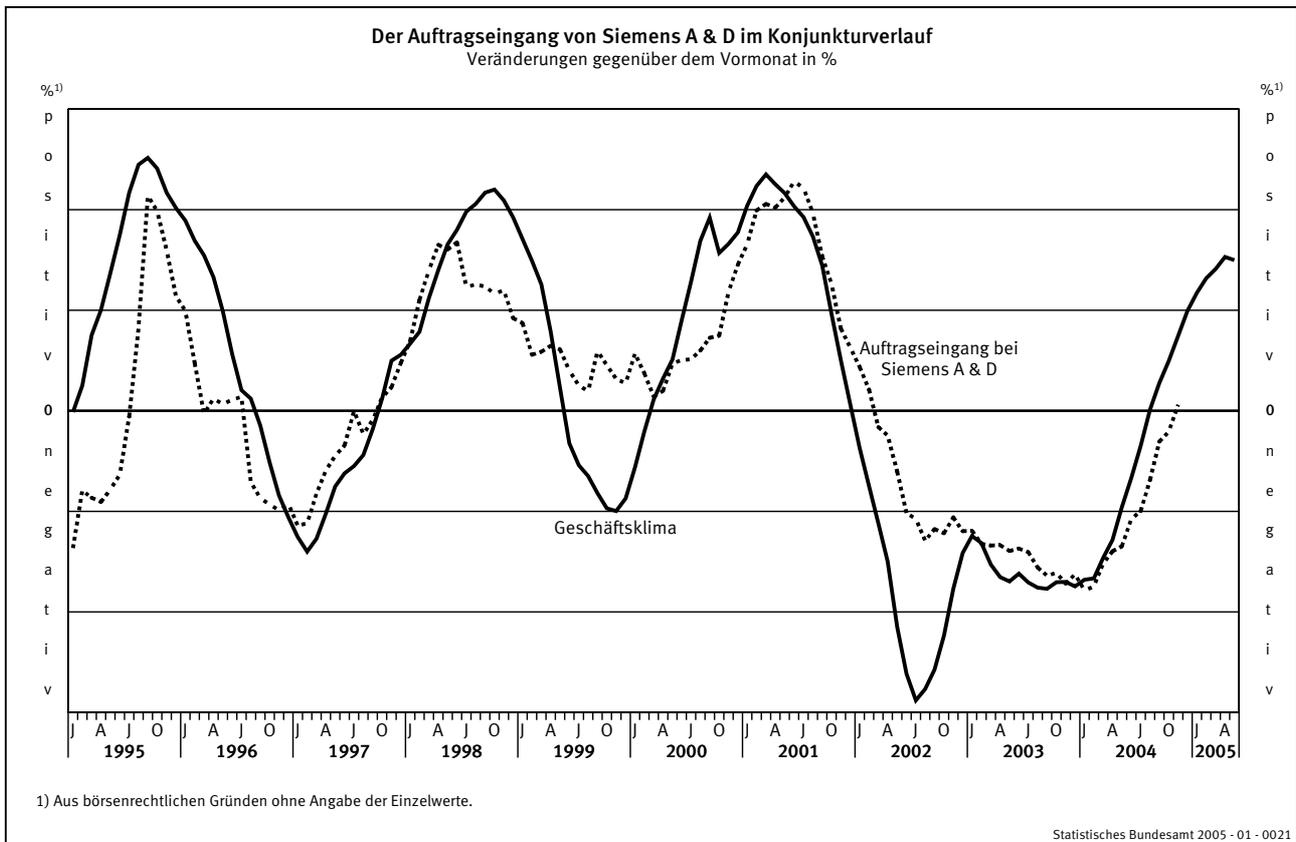
Diese verschiedenen Ziele könnten nicht erreicht werden, wenn man die statistischen Daten selbst nicht hätte und andere sie auch nicht zur Verfügung stellen würden. Zu ergänzen ist noch, dass zumindest in größeren Unternehmen solche Analysen und Darstellungen von speziellen Fachabteilungen aufbereitet werden. Diese haben damit eine wichtige Rolle, aus all den vorhandenen statistischen Daten etwas Aussagekräftiges zu machen und einen Wert aus ihnen zu schöpfen.

3 Mit statistischen Analysen den Geschäftserfolg optimieren

Siemens A&D verwendet als Basis für Geschäftsprognosen einerseits Konjunkturtestdaten, wie sie zum Beispiel vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München auf Branchenebene veröffentlicht werden und die auf monatlichen Abfragen von mehreren tausend Unternehmen beruhen. Andererseits verwenden wir dazu viele Zeitreihen nach Ländern und Branchen zu Themen wie Auftragseingänge, Umsätze, Kapazitätsauslastung usw. Als Ergebnis erhalten wir ein Schaubild, das uns zeigt, welche Richtung unser Auftragseingang in den nächsten Monaten nehmen wird. Das Schaubild 1 stellt zum einen das so genannte Geschäftsklima dar, zum anderen die Entwicklung unseres Auftragseingangs im Zeitverlauf. Diese statistischen Anwendungen belegen, dass der Auftragseingang des Siemens-Bereiches Automation and Drives in der Vergangenheit sehr eng entlang des Indikators Geschäftsklima verlief. Die Annahme ist, dass das auch in der Zukunft gelten wird, das heißt dass wir im nächsten halben Jahr mit steigenden Auftragszahlen rechnen können.

Diese Prognosen liefern wichtige Informationen für das Ressourcenmanagement, man denke zum Beispiel an Materialvorräte und Personalkapazität. Um Ihnen ein Bild über die Bedeutung dieser in meiner Abteilung erstellten Geschäftsprognosen zu geben, möchte ich sagen, dass wir solche Analysen und Prognosen für mehrere hundert Teilaggregate unseres Unternehmensbereichs machen, für fast alle unsere zehn Geschäftsgebiete, für Deutschland sowohl wie für viele Länder Europas, die Vereinigten Staaten und China, aber auch für einzelne Produktfamilien als Wert- und Stückzahlprognosen, und das Ganze meist im vierteljährlichen Turnus. Dass die Nachfrage nach unseren Geschäftsprognosen seitens unserer Werks- und Vertriebskollegen steigt, ist meines Erachtens ein Beweis für den Nutzen dieser Beschäftigung mit statistischen Daten. Auch wenn es schwierig ist, diesen Nutzen zu quantifizieren, wird deutlich, dass diese Methode einen Beitrag dazu leistet, dass es der Bereich Automation and Drives zunehmend besser schafft, in konjunkturell schlechten Zeiten ordentliche Renditen zu erwirtschaften, indem die Ressourcen schnell angepasst werden. Die Herausforderung

Schaubild 1



besteht darin, nicht jede (Konjunktur-)Kurve voll auszuführen, sondern wie beim Skilaufen die „Ideallinie“ zu finden. Diese Ideallinie findet aber nur der, der die Strecke und die jeweils nächste Kurve kennt. Anders ausgedrückt: Wie stark wird der nächste Konjunkturreinbruch sein, wie lange wird er dauern und wie steil geht es danach wieder aufwärts?

Der Hinweis sei erlaubt, dass es Siemens A&D insbesondere in den Minima und Maxima der Konjunktur besser als zahlreichen Wettbewerbern gelingt, seine Ergebnissituation zu stabilisieren. Ich glaube, dass sich jeder wirtschaftlich denkende Mensch aufgrund meiner letzten Ausführungen die Frage des Nutzens von Unternehmensstatistiken selbst beantworten kann, denn ein halber Prozentpunkt mehr Rendite bedeutet für uns etwa 40 Mill. Euro Ergebnis. Zum Personalaufwand für diese statistischen Auswertungen möchte ich erwähnen, dass ich diese Prognosearbeiten mit vier exzellent ausgebildeten Mitarbeitern und einigen Ansprechpartnern in unseren Vertriebs-, Fertigungs- und Regionalorganisationen bewältige.

Die Datenbasis, die wir aufgebaut haben, ist in der nachfolgenden Tabelle 2 dargestellt. Besonders wichtig ist mir dabei der Hinweis, dass wir rund siebzehn Mal so viele externe statistische Datenreihen verwenden wie interne Datenreihen und dass wir über alle großen Länder und Investitionsgüterbranchen gut mit statistischen Daten bestückt sind. Die finanzielle Belastung dafür hält sich

dabei in Grenzen, da etwa 60 bis 70% der Datenreihen von amtlichen oder quasi-amtlichen Stellen stammen.

Tabelle 2: Basisdaten für die Wirtschaftsanalyse bei Siemens A & D

Gegenstand der Nachweisung	Anzahl der Branchen	Anzahl der Indikatoren je Branche	Zeitreihen insgesamt
Externe wirtschaftliche Zeitreihen – in der Regel aus amtlichen und quasi-amtlichen Quellen –			
Vereinigte Staaten	100	10	1000
Deutschland	70	20	1400
Italien	60	6	360
Japan	200	5	1000
China	400	4	1600
20 weitere europäische Länder	15 bis 30	5 bis 20	etwa 6000
40 Länder im Raum Asien/Pazifik	1 bis 20	5	etwa 650
Insgesamt ...	X	X	etwa 12000
Andere Zeitreihen aus externen Quellen (produkt- oder branchenspezifisch) – in der Regel von nationalen Verbänden –			
Bauwirtschaft			
Automobilbereich			
Chemische Industrie			
Werkzeugmaschinen			
Maschinenbau			
Nahrungs- und Genussmittel			
Zusammen ...			5000
Basis-Zeitreihen aus internen Quellen:			1025

4 Erfolg auf regionalen Märkten durch statistische Analysen

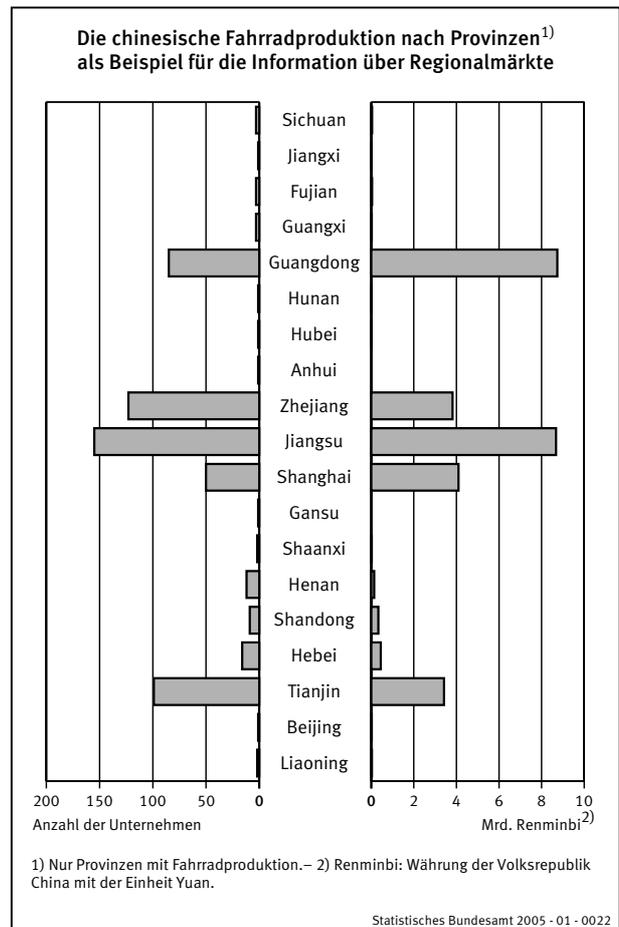
Als global tätiges Unternehmen haben wir in den letzten Jahren sehr viel Geld in den Geschäftsausbau in China investiert. Die Wachstumsraten waren dort bekanntermaßen in den letzten Jahren gigantisch – man konnte eigentlich fast nichts falsch machen. Inzwischen sind wir an einem Punkt angekommen, an dem wir die Eckwerte grob abgesteckt haben. Weiteres Wachstum setzt voraus, dass man ganz genau weiß, in welche Provinzen man gehen muss, welche weiteren Kundengruppen man mit welchen Produkten bedienen will usw. Da wir ein Wirtschaftsunternehmen sind, müssen wir dies unter erwerbswirtschaftlichen Aspekten tun, also mit minimalem Aufwand an Einsatzfaktoren einen möglichst hohen Ertrag erzielen.

Deshalb haben wir uns alle statistischen Daten Chinas für jede Provinz nach Branchen besorgt und für die Indikatoren „Beschäftigte“, „Produktion“ und „Anzahl der Unternehmen“ aus dem Chinesischen ins Englische übersetzt und in eine Datenbank eingepflegt. Diese drei Indikatoren ergeben für die 30 Provinzen Chinas und ihre jeweils 233 Branchen bzw. Fachzweige rund 21 000 Datensätze. In einem Zwischenschritt haben wir dann 32 Branchenaggregate für unseren eigenen Geschäftsauftrag gebildet und damit eine bessere Übersichtlichkeit erreicht. Zum einen können wir damit nun ganz schnell eine Provinz oder ein Sample von Provinzen nach den für uns relevanten Branchen analysieren, um einen Geschäftsplan erarbeiten zu können, der uns sagt, mit wie viel Vertriebspersonal und an wie vielen Standorten in den Provinzen Siemens A & D mit welchen Produkten vertreten sein müsste. Zum anderen können wir ebenso rasch analysieren, in welchen Provinzen für uns relevante Branchen am stärksten vertreten sind, um auch hierfür einen optimalen Marktauftritt zu gestalten. Lassen Sie mich das Ganze einmal kurz an einem Beispiel außerhalb des Geschäftsauftrags von Siemens Automation and Drives vorstellen. Stellen Sie sich vor, Sie müssten die Hersteller von Fahrrädern mit irgendwelchen Maschinen bedienen – wo denken Sie, dass Sie die meisten Kunden finden werden? Zudem stellt sich die Frage: flächendeckender Vertriebsauftritt oder nicht? Bei der Beantwortung dieser Fragen kann unsere Datenbank schnell erste Hinweise geben (siehe Schaubild 2).

Die Fahrradproduktion beschränkt sich im Wesentlichen auf ganz wenige Provinzen in der östlichen und nordöstlichen Region sowie in der südlichen Provinz Guangdong. Ich kann Ihnen garantieren, dass durch diese Darstellung über Branchen, die direkt unser A & D-Spektrum betroffen haben, viel Erstaunen ausgelöst wurde – lang gediente Vertriebsleute in China haben nicht alles so ganz richtig gewusst.

Die Höhe des Aufwands für die benötigten Unternehmensstatistiken war und ist auch in diesem Beispiel zu Regionalinformationen über Märkte bescheiden, verglichen mit dem Nutzen, der aus all den Meldungen, die die Unternehmen der Welt abgeben, gezogen werden kann. Alternativ können Sie solche Analysen natürlich auch von Beratungsfirmen durchführen lassen. Aber ohne die statistischen Grunddaten könnten auch diese keine Analysen machen.

Schaubild 2



Mein Credo zu unserem heutigen Thema sollte aus Sicht eines Weltunternehmens damit klar geworden sein: Statistik ist gut und nützlich – es kommt darauf an, dass man etwas daraus macht. Und die Kosten dafür sind im wahrsten Sinne des Wortes „erträglich“. [u](#)

Neuerscheinungen¹⁾ vom 27. Dezember 2004 bis 21. Januar 2005

• Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Dezember 2004	13,75
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, September 2004	18,70
Wahl der Abgeordneten des Europäischen Parlaments aus der Bundesrepublik Deutschland am 13. Juni 2004, Heft 4: Wahlbeteiligung und Stimmabgabe der Männer und Frauen nach dem Alter	11,20
Ausgewählte Zahlen zur Energiewirtschaft, Juli 2004	8,70
• Fachserien		
Fachserie 3: Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
Reihe 2.2.1 Betriebe mit ökologischem Landbau 2003	9,-
Reihe 3 Landwirtschaftliche Bodennutzung und pflanzliche Erzeugung 2003	15,-
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		
Reihe 3.1 Produktion im Produzierenden Gewerbe, 3. Vierteljahr 2004	18,70
Reihe 4.1.1 Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden, Oktober 2004	..	14,-
Fachserie 7: Außenhandel		
Reihe 1 Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel, Oktober 2004	10,20
Fachserie 17: Preise		
Reihe 2 Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), November 2004	7,45
Reihe 4 Baupreisindizes, November 2004 (Eilbericht)	1,75
Reihe 7 Verbraucherpreisindizes für Deutschland, November 2004	10,79
Reihe 7 Dezember 2004 (Eilbericht)	3,-

Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		EUR [D]
Reihe 1.1 Konten und Standardtabellen – Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 2004	8,-
Fachserie 19: Umwelt		
Reihe 2.3 Unfälle mit wassergefährdenden Stoffen 2003	6,-
• Elektronische Veröffentlichungen		
Außenhandel nach Waren und Ländern, Oktober 2004 (CD-ROM)	..	25,-
• Bund/Länder-Veröffentlichungen		
Gemeindeverzeichnis, Stand: 31.12.2003 (CD-ROM)	98,-

Neueröffnung des Statistik-Shops des Statistischen Bundesamtes

Ab sofort steht nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes im neu organisierten Statistik-Shop online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/shop

Gleichzeitig werden alle aktuellen **Fachserien**, deren Neuerscheinungen bislang an dieser Stelle aufgeführt waren, in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Statistik-Shop bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse <http://www.destatis.de/presse/deutsch/cal.htm> abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/93 53 50, Telefax + 49 (0) 7071/93 53 35, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.